

Svenja Schulze fordert mehr Solidarität; Vor dem Parteitag der SPD kritisieren mehrere Anträge die Asylpolitik der Ampel

taz, die tageszeitung

Mittwoch 06. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 500 words

Byline: Anna Lehmann

Highlight: Vor dem Parteitag der SPD kritisieren mehrere Anträge die Asylpolitik der Ampel

Body

Von Anna Lehmann

Die Themen Migration und Integration dürften auf dem SPD-Parteitag am Wochenende für kontroverse Debatten sorgen. Derzeit liegen 58 Anträge dazu vor, die meisten setzen sich kritisch mit der Asylpolitik der SPD-geführten Bundesregierung auseinander. Das reicht von der Forderung, das Gemeinsame Europäische Asylsystem als inhuman abzulehnen, bis zur Einführung des kommunalen Wahlrechts für alle Ausländer.

Selbst aus dem SPD-Parteivorstand kommen nun Vorschläge, die Asylpolitik zu korrigieren. Etwa von der Genossin Svenja Schulze aus Münster in Nordrhein-Westfalen, im sonstigen Leben auch Bundesentwicklungsministerin in der Ampelregierung.

Deutschland trage eine historische Verantwortung für Menschen, die vor Vertreibung, Verfolgung, Zerstörung und Krieg fliehen, heißt es in dem Antrag, der der taz vorliegt. Abschottung, Ober- und Belastungsgrenzen sind keine Lösung, sondern Populismus, schreibt Schulze und schlägt damit einen deutlich solidarischeren Grundton an als zuletzt in der politischen Debatte üblich. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sprach im November im Spiegel etwa davon, dass Deutschland endlich im großen Stil abschieben müsse.

Schulze fordert eine Versachlichung der Debatte um Migrationspolitik und konkret eine bessere Unterstützung der Aufnahmeländer im Globalen Süden. Rund 80 Prozent der weltweit 110 Millionen Flüchtlinge fänden Aufnahme im Nachbarland. Sie dürfen wir mit dieser Aufgabe nicht allein lassen, schreibt Schulze und fordert die Bundesrepublik auf voranzugehen. Beim Globalen Flüchtlingsforum Mitte Dezember müsse Deutschland eine Führungsrolle einnehmen und ganz konkrete Unterstützung bei der Bildung, Gesundheit und Beschäftigung für Flüchtlinge zusagen.

Schulze fordert Migrationsabkommen mit Partnerländern, hält jedoch nichts von der Forderung, Entwicklungsgelder zu kürzen, falls Staaten nicht bereit sind zu kooperieren. Die Debatte in der EU kritisiert sie. Die Antworten, nach denen viele EU-Mitgliedsstaaten rufen, funktionieren schlichtweg nicht. Seit Jahren verenge sich der Diskurs

Svenja Schulze fordert mehr Solidarität Vor dem Parteitag der SPD kritisieren mehrere Anträge die Asylpolitik der Ampel

immer mehr auf restriktive Maßnahmen, so die Genossin und warnt bei der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vor einer Aushöhlung des Asylrechts.

Die Anträge, die bereits vorliegen, gehen zum Teil deutlich darüber hinaus So fordert der Landesverband Berlin, dem Gemeinsamen Europäischen Asylsystem nur zuzustimmen, wenn Familien mit minderjährigen Kindern von jeglicher Form von Grenzverfahren ausgenommen seien. Die Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt fordert, alle Außenlager zu schließen. Die Jusos wollen die Seenotrettung entkriminalisieren und Arbeitsverbote abschaffen.

Wie all diese Forderungen auf dem Parteitag behandelt werden, wird sich am Donnerstag entscheiden. SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert bereitet in Absprache mit den Jusos, der AG Migration, Fach- und Kommunalpolitikern ebenfalls einen Antrag vor, der am Donnerstag vom Vorstand verabschiedet werden soll. Auch Schulzes Antrag könnte darin aufgehen.

Load-Date: December 5, 2023

End of Document

Wie Faeser in Tiflis Tatkraft simuliert; Kommentar von Daniel Bax zum Migrationsabkommen mit Georgien

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 455 words

Byline: Daniel Bax

Body

Kommentar von Daniel Bax zum **Migrationsabkommen** mit Georgien

Die deutsche Grenze wird auch im Kaukasus gesichert. Diese Botschaft soll von den Bildern ausgehen, die Bundesinnenministerin Nancy Fae-ser mit ihrem Amtskollegen in Tiflis zeigen, wie sie ein gemeinsames **Migrationsabkommen** unterzeichnen.

Anders als es der Name nahelegt, soll das Abkommen vor allem dazu dienen, Migration zu verhindern. Abgelehnte Asylbewerber sollen schneller wieder nach Georgien abgeschoben werden können. Andere sollen mit Informationskampagnen davon abgehalten werden, in Deutschland überhaupt erst Asyl zu suchen. Zudem soll der Austausch von Studierenden, Auszubildenden und Forschern verstärkt und es Saisonarbeitern einfacher gemacht werden, in Deutschland einen Job anzunehmen. Dass Fachkräfte aus Georgien in großem Stil nach Deutschland auswandern, will die Regierung in Tiflis verhindern: Sie fürchtet einen Brain-Drain.

Die Vereinbarung hat mehr symbolischen als praktischen Wert. Denn Georgien spielt in Sachen Migration für Deutschland eine Nebenrolle. Dass Hunderte von Menschen aus Georgien jeden Monat in Deutschland erfolglos Asyl beantragen, mag Arbeit machen. Die meisten Asylsuchenden kommen derzeit aber aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, dem Iran und der Türkei, und die meisten von ihnen haben ein Anrecht auf Schutz. Hinzu kommen über 1 Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die kein Asyl beantragen, aber trotzdem untergebracht werden müssen. Mit all diesen Ländern gibt es bisher keine Migrationsabkommen.

Stattdessen suchen Scholz und Fae-ser in Nigeria und Ghana, Marokko und Tunesien, ja sogar in Kirgistan und Kolumbien nach Partnern, um weitere Migrationsabkommen abzuschließen bisher mit mäßigem Erfolg. Nur mit Indien wurde man schon einig. Beide wissen, dass sich die irreguläre Migration dadurch nicht stoppen und Abschiebungen im großen Stil so nicht erreichen lassen. Aber sie wollen Tatkraft simulieren: deshalb ihr demonstrativer Aktionismus.

Den Wunsch, ungewollte Einwanderung von Asylsuchenden zu begrenzen, teilt Deutschland mit dem Rest von Europa. Deshalb hat die EU auf den griechischen Inseln Auffanglager eingerichtet, in denen Flüchtlinge kaserniert

Wie Faeser in Tiflis Tatkraft simuliert Kommentar von Daniel Bax zum Migrationsabkommen mit Georgien

werden, dafür lässt sie illegale Pushbacks an ihren Außengrenzen zu. Als neue Idee kommt hinzu, Asylverfahren außerhalb der EU durchzuführen. Vorreiter war Großbritannien, das seine Asylverfahren nach Ruanda auslagern will. Italien folgt und verhandelt mit Albanien, um Flüchtlinge künftig dorthin zu verfrachten.

Auf der Strecke bleibt das Recht auf Asyl, das immer weiter ausgehöhlt wird: im Großen durch die EU oder durch einzelne Staaten wie in Tiflis. Grenzen zu schützen ist wichtiger geworden, als Menschen zu schützen.

Zum Thema

Load-Date: December 19, 2023

End of Document

Am Ende eines verheerendes Jahres; Auf dem Globalen Flüchtlingsforum am Mittwoch will das UNHCR Hilfe für Vertriebene und Aufnahmeländer mobilisieren. Viele Zielländer verschärfen derweil ihr Migrationsrecht

taz, die tageszeitung

Mittwoch 13. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1048 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Auf dem Globalen **Flüchtlingsforum** am Mittwoch will das UNHCR Hilfe für Vertriebene und Aufnahmeländer mobilisieren. Viele Zielländer verschärfen derweil ihr **Migrationsrecht**

Body

Von Christian Jakob

Die Welt stehe am Ende eines verheerenden Jahres, das von neuen, wiederaufgeflamten und nicht enden wollenden **Flüchtlingssituationen** geprägt sei, sagt Arafat Jamal vom UN-**Flüchtlingswerk** UNHCR. Der Bedarf an humanitärer Hilfe übersteigt die Ressourcen, Konflikte haben 114 Millionen Menschen gewaltsam vertrieben und aus ihrem bisherigen Leben gerissen.

Jamal koordiniert das am Mittwoch startende Globale **Flüchtlingsforum** der Vereinten Nationen in Genf. Die Organisation will mit dem Treffen Hilfe für Vertriebene und die Länder und Gemeinden mobilisieren, die sie aufnehmen. Vertreter aus über 100 Ländern, darunter Staats- und Regierungschefs, sollen bei den Beratungen vor allem die Umsetzung des 2018 beschlossenen Globalen Pakts für **Flüchtlinge** der UN vorantreiben.

Die politischen Bedingungen für das Treffen sind indes schwierig. In vielen Zielländern von Fluchtbewegungen werden Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen dieser Tage verschärft.

Die französische Nationalversammlung etwa debattierte am Montag den Entwurf eines Einwanderungsgesetzes, das unter anderem Abschiebungen erleichtern soll. Dies soll auch Menschen, die bei ihrer Ankunft in Frankreich jünger als 13 Jahre alt waren, sowie ausländische Eltern französischer Kinder betreffen. Präsident Emmanuel Macron hatte ursprünglich ein Gesetz angekündigt, das sowohl die Integration von Migranten fördern als auch das Abschieben erleichtern sollte. Der mehrheitlich rechte Senat hatte jedoch einen zentralen Artikel gekippt, nach dem Migranten, die in Branchen mit Personalmangel arbeiten, eine Aufenthaltsgenehmigung bekommen sollten. Diskutiert wird, die medizinische Versorgung von Migranten auf Nottfälle zu reduzieren. Ein Bündnis aus rechten Parteien und Grünen wies das Vorhaben aber am Montag allerdings vorerst ab.

Am Ende eines verheerenden Jahres Auf dem Globalen Flüchtlingsforum am Mittwoch will das UNHCR Hilfe für Vertriebene und Aufnahmeländer mobilisieren. Viele Ziel....

Einen Tag später warb in Großbritannien Premier Rishi Sunak für Zustimmung zum neuen Asylgesetz. In sozialen Medien forderte Sunak die Abgeordneten auf, das härteste Gesetz gegen illegale Einwanderung zu unterstützen, das es je gab. Großbritannien könne damit selbst kontrollieren, wer ins Land komme nicht kriminelle Banden oder ausländische Gerichte. Der Gesetzentwurf soll den Plan wiederbeleben, Asylbewerber ins ostafrikanische Ruanda abzuschieben. Das Oberste Gericht hatte das Vorhaben im November blockiert.

Am Freitag hatten sich die UN mit einer außergewöhnlich deutlichen Stellungnahme gegen neue europäische Pläne zur Flüchtlingsabwehr gestellt. In einem gemeinsamen Gastbeitrag von UNHCR-Direktor Filippo Grandi und der neuen IOM-Chefin Amy Pope heißt es, dass alle Menschen, die auf der Suche nach Sicherheit an eine Grenze kommen, Zugang zum Hoheitsgebiet erhalten, um Asyl beantragen zu können. Menschen dieses Recht zu verweigern oder Asylsuchende in Drittländer auszulagern, verstößt gegen das Völkerrecht. Es sind Akte der Grausamkeit, so Grandi und Pope in dem im Spiegel und dem Time-Magazine veröffentlichten Text.

Eine wachsende Zahl europäischer Politiker, unter anderem der Migrationsbeauftragte der rot-grün-gelben Bundesregierung, Joachim Stamp, prüft derzeit Möglichkeiten, Asylverfahren in Drittstaaten auszulagern. Die CDU will eine entsprechende Forderung in ihr neues Grundsatzprogramm aufnehmen. Ohne eine Beteiligung von UNHCR und IOM sind solche exterritorialen Asylverfahrenszentren allerdings kaum denkbar.

Das Genfer Flüchtlingsforum findet zwischen den zwei womöglich letzten EU-Verhandlungsrunden zu ihrer seit 2014 beratenen Reform des Gemeinsamen Asylsystems GEAS statt. Auf dem Tisch liegt unter anderem ein Konzept zu Schnellverfahren in geschlossenen Lagern an den EU-Außengrenzen. Vor Beginn der Abschlussberatungen am Donnerstag hatte die spanische Ratspräsidentschaft vorgeschlagen, auch Minderjährige ab sechs Jahren diesen Verfahren zu unterziehen. Bisher war ein Mindestalter von 12 Jahren im Gespräch. Die Grünen hatten die Schnellverfahren, die Deutschland 2019 ins Spiel gebracht hatte, lange kategorisch abgelehnt. Im Frühsommer aber stimmte Deutschland im Rat den Kommissionsvorschlägen zu. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 18. Dezember angesetzt.

Derweil meldete die EU-Grenzschutzagentur Frontex am Montag für 2023 die höchste Zahl irregulärer Grenzübertritte in der EU seit 2016. Demnach erreichten in den ersten elf Monaten des Jahres insgesamt 355.000 Menschen ohne Einreiseerlaubnis das EU-Territorium ein Plus von 17 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den höchsten Anstieg um 116 Prozent auf rund 32.400 Menschen verzeichnete Frontex dabei auf der sogenannten Westafrika-Route aus Ländern wie Senegal und Mauretanien über den Atlantischen Ozean zu den Kanarischen Inseln. Und um 61 Prozent auf rund 153.000 Menschen stieg die Zahl der Ankommenden im zentralen Mittelmeer.

Der politische Druck, diese Zahlen zu senken, ist angesichts der erstarkenden extremen Rechten hoch und die Skrupel sind oft entsprechend niedrig.

Am Montag etwa berichteten der Spiegel und die Recherche-NGO Lighthouse Reports, dass auch eine mit der russischen Söldnergruppe Wagner in Verbindung stehende libysche Miliz daran beteiligt ist, Flüchtlinge und Migranten auf dem Mittelmeer einzufangen und nach Libyen zurückzutransportieren. Bisher war vor allem bekannt geworden, dass die von der EU und Italien ausgebildete und ausgestattete libysche Küstenwache dies tut. Laut Zählung der UN gab es dabei in diesem Jahr bisher 14.500 solcher Pullbacks auf dem Meer Richtung West- und Zentrallibyen, häufig in direkter Kooperation mit europäischen Stellen. Wie nun der Spiegel berichtete, fängt auch die dem General Haftar unterstehende und als Foltertruppe bekannte Tareq-bin-Zeyad-Brigade aus Bengasi Flüchtlingsboote ab, die aus der östlichen Mittelmeer-Region Richtung Italien und Malta unterwegs sind. Dem Bericht zufolge haben in mindestens drei Fällen Frontex oder maltesische Behörden die Flüchtlingsboote entdeckt, die Haftars Männer anschließend aus der maltesischen Such- und Rettungszone nach Libyen schleppten, wo die Insassen eingesperrt und misshandelt werden. Haftars Männer sind demnach zu Handlangern der EU geworden, obwohl sie selbst am Schleppergeschäft in Libyen beteiligt sind.

meinung + diskussion

Eine wachsende Zahl europäischer Politiker will Asylverfahren in Drittstaaten auslagern

Am Ende eines verheerendes Jahres Auf dem Globalen Flüchtlingsforum am Mittwoch will das UNHCR Hilfe für Vertriebene und Aufnahmeländer mobilisieren. Viele Ziel....

migrationspolitik

Load-Date: December 12, 2023

End of Document

Verlogener Umgang; Die Migrationsdebatte wird meist faktenfrei und von Ressentiments getrieben geführt. Die vielbeschworenen Drittstaatenlösungen funktionieren nicht

taz, die tageszeitung

Mittwoch 06. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1003 words

Byline: Ilija Trojanow

Highlight: Die **Migrationsdebatte** wird meist faktenfrei und von Ressentiments getrieben geführt. Die vielbeschworenen Drittstaatenlösungen funktionieren nicht

Body

schlagloch

Aus den Niederlanden kommt nicht nur die düstere Kunde, dass man in einem (einst) toleranten Land Wahlen allein auf Grundlage von Ressentiments gewinnen kann, sondern auch ein großartiges Buch, das uns helfen könnte, eine solche Politik der niederen Gefühle zu bekämpfen. Das aktuelle Buch von Hein de Haas **Migration**. 22 populäre Mythen und was wirklich hinter ihnen steckt beginnt mit einem klaren Satz: Das Phänomen ist zu vielschichtig für einfaches Schwarz-Weiß-Denken. Auch zu wichtig, könnte man hinzufügen.

Und trotzdem: Wir haben keine seriöse **Migrationsdebatte** mehr. Stattdessen Pöbeleien und Propaganda. Die **Flüchtlinge** aus Syrien kamen: Das Boot ist voll. Dann kamen die **Flüchtlinge** aus der Ukraine das Boot ist nicht mehr voll. Wie der Soziologe de Haas mit unzähligen Fakten beweist, wissen die Allermeisten von uns nicht, worüber sie reden. Es hilft, sich zunächst einmal die Geschichte der **Migration** vor Augen zu führen: Allein zwischen 1846 und 1924 verließen rund 48 Millionen Europäer den Kontinent. Mitte des 20. Jahrhunderts, nach dem Zweiten Weltkrieg, waren die **Flüchtlingzahlen** in Europa höher als heute. Was ist also neu? Die außereuropäische Herkunft der **Migranten**. Die **Migrationsströme** fließen nun umgekehrt.

Die meisten Zuwanderer kommen auf legalem Weg. 90 Prozent der afrikanischen Migranten verlassen laut de Haas den Kontinent mit gültigen Einreisepapieren. Ergo sei das Hauptproblem nicht, dass die Grenzen nicht ausreichend gesichert sind, sondern dass das Zuwanderungssystem nicht funktioniert und trotz der großen Nachfrage nach Arbeitskräften keine geeigneten legalen Möglichkeiten bietet. Das führt zur Kriminalisierung der Zuwanderung.

Denn die Nachfrage nach Arbeitskräften ist der Motor der Migration. Die europäischen Politiker bedienen sich oft einer binären Opposition zwischen (guten) Flüchtlingen und (schlechten) Wirtschaftsmigranten. Diese

Verlogener Umgang Die Migrationsdebatte wird meist faktenfrei und von Ressentiments getrieben geführt. Die vielbeschworenen Drittstaatenlösungen funktionieren n....

Unterscheidung ist bequem, da je nach Bedarf mehr Menschen zu bösen Wirtschaftsmigranten erklärt werden können. Allerdings benötigen die europäischen Volkswirtschaften dringend weitere Arbeitskräfte. Ein grundlegender Widerspruch, den wir nicht ehrlich debattieren. De Haas: Man kann nicht gleichzeitig die Wirtschaft öffnen und die Zuwanderungspolitik liberalisieren und dem Wunsch der Bevölkerung nach weniger Migration nachkommen.

Neben Arbeitsplätzen sind Demokratie und Menschenrechte die hauptsächlichen Ursachen dafür, dass Menschen in Europa Schutz suchen. Ergo macht ein Teil unserer Gesellschaft folgende teuflische Rechnung auf: Egal, welche Knöpfe wir drücken, es gelingt uns nicht, die Fluchtmigration nach Europa zu senken. Woran liegt das? An unserer übertriebenen Humanität! An unserer liberalen Verfassung! Was wäre, wenn wir das alles beiseite räumen? Wieso beseitigen wir nicht gleich unsere demokratische Attraktivität?

Die momentan beschworenen Lösungen, etwa die Unterbringung von Flüchtlingen in Drittländern, ist seit Längerem schon Praxis. Wie es funktioniert, hat die Webseite openDemocracy neulich recherchiert. Das britische Innenministerium behauptet, Flüchtlingen aus aller Welt einen sicheren und legalen Weg zu bieten über ein Programm des UN-Flüchtlingshilfswerks. Wie wir zukünftig mit Asylberechtigten umgehen werden, zeigt das Beispiel von zwanzig irakischen Familien, die 2011 aus Irak geflohen waren. Das Haus einer der Familien war vom Islamischen Staat in die Luft gesprengt worden; ein Mädchen verbrannte bei dem Angriff. Andere waren als Anhänger religiöser Minderheiten oder Angestellte der Regierung bedroht.

Alle zwanzig Familien haben saubere Dokumente, die bislang nur einen Nutzen haben sie beweisen, dass diese Menschen seit einem Jahrzehnt auf eine Neuansiedlung warten. Nach der Registrierung prüft das Flüchtlingshilfswerk die Fälle, und nach einem positiven Bescheid übernimmt einer von achtzehn Staaten (darunter das Vereinigte Königreich) den Antrag auf Asyl. Seit Jahren nun harren diese Menschen aber in der Warteschleife in Drittstaaten aus. Ein Kind ist mangels Medikamenten gestorben, ein Ehemann hat einen Schlaganfall nicht überlebt. Die meisten von ihnen bedauern nun, diesem Verfahren vertraut zu haben. In ihrer Verzweiflung erscheint ihnen ein morsches, übervolles Boot die bessere Alternative gewesen zu sein.

Ein weiteres Beispiel: Obwohl in Sonntagsreden unseren Unterstützern in Afghanistan mit viel Pathos dankend gedacht wurde, sind laut Spiegel erst dreizehn (13!) von ihnen im Rahmen eines Bundesaufnahmeprogramms nach Deutschland gekommen. Dabei sollten pro Monat rund tausend Menschen legal einreisen dürfen. Ob für die Diskrepanz der Zahlen Bürokratie, Schlamperei oder Zynismus verantwortlich sind, spielt in diesem Zusammenhang keine Rolle. Entscheidend ist, dass durch die Verlagerung der Asylprüfung ins ferne Ausland das Asylrecht endgültig zur Makulatur wird.

Vor Jahren traf ich in der Hauptstadt von Sierra Leone eine Gruppe von abgeschobenen Flüchtlingen, die teilweise hervorragend deutsch sprachen und sich über Wasser hielten, indem sie in den dortigen Schulen Vorträge hielten, um die Jüngeren vor einer Flucht zu warnen. Zwischen 2015 bis 2019 finanzierte die EU mehr als 130 solche Aufklärungskampagnen. Kosten: 45 Millionen Euro. Alles für die Katz! Sie lachen uns nur aus, sagte einer. Ihr seid Versager, sonst nichts. Ein Sinnbild unseres teilweise absurden und fast immer verlogenen Umgangs mit Migration.

Wie de Haas nüchtern konstatiert: Was als Flüchtlingskrise bezeichnet wird, ist in Wirklichkeit eine politische Krise und spiegelt den mangelnden Willen wider, Geflüchtete aufzunehmen und die Verantwortung mit anderen Zielländern zu teilen.

Man bedient sich einer binären Opposition zwischen (guten) Flüchtlingen und (schlechten) Wirtschaftsmigranten

Ilija Trojanow ist Schriftsteller und Autor mehrerer Bücher. Vor Kurzem ist sein neuer Roman Tausend und ein Morgen bei S. Fischer erschienen.

Die Schlagloch-Vorschau:

13. 12.

Verlogener Umgang Die Migrationsdebatte wird meist faktenfrei und von Ressentiments getrieben geführt. Die vielbeschworenen Drittstaatenlösungen funktionieren n....

Jagoda Marini

20. 12.

Mathias Greffrath

27. 12.

Georg Diez

3. 1.

Robert Misik

Load-Date: December 5, 2023

End of Document

Die rechte Propaganda gegen die Migration zeigt Wirkung auch bei der Ampel; der leitartikel

taz, die tageszeitung

Samstag 11. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 2

Length: 806 words

Byline: Christian Jakob

Body

der leitartikel

Von Christian Jakob

Zu den Charakterzügen von CDU-Chef Friedrich Merz gehört es bekanntermaßen, schnell beleidigt zu sein und das dann auch lange zu bleiben. Sein Verhalten nach der Bund-Länder-Konferenz (MPK) im Kanzleramt Montagnacht erklärt das aber nur zum Teil.

Bei Pilzpfanne, Gulasch und Rotkohl berieten die Ministerpräsidenten mit Kanzler Olaf Scholz über das wohl heißeste Thema dieser Tage: die Migration oder besser: Wie die unerwünschten Formen der Migration einzudämmen sind. Merz hatte schon vor Monaten erklärt, dies sei das größte Problem im Lande, und alle nickten fleißig. Merz, der Staatsmann, bot Scholz damals verantwortungsschwer an, bei dessen Deutschlandpakt mitzuarbeiten, wenn es dabei auch gegen die Migration gehe. Seither aber verabschiedete die Ampel nur selbstgemachte Asylrechtsverschärfungen.

Bei der Bund-Länder-Runde sollte es nun um Reformen gehen, die auch die Unionsländer mittragen. Merz ist kein Ministerpräsident und war nicht dabei. Trotzdem setzten sich die Unions-Regierungschefs mit einigen Forderungen durch. Es soll nun doch keinen Familiennachzug für subsidiär schutzbedürftige Bürgerkriegsflüchtlinge geben und 3 Jahre statt bisher 18 Monate lang nur eingeschränkte Sozial- und Gesundheitsleistungen für Asylsuchende.

Merz, der kürzlich sogar von Kolumnist Franz Josef Wagner Bild-gerüffelt wurde, weil er sich über Zahnbehandlungen für Flüchtlinge aufregte, musste das gefallen haben. Tatsächlich war er so wütend, dass er nicht mehr mit Scholz reden wollte. Zu viel, so fand er wohl, war in Sachen Flüchtlingsabwehr an ihm vorbeigelaufen. Damit ist das Thema Deutschlandpakt zum Thema Migration aus meiner Sicht erledigt, sagte er beleidigt.

Dass Merz Geltungsdrang es nicht verträgt, wenn Scholz MPK-Beschlüsse, bei denen er selbst nicht mitgeredet hatte, als historisch verkauft, ist eine Sache. Eine andere ist, dass die Union das Migrationsthema zu immer

Die rechte Propaganda gegen die Migration zeigt Wirkung auch bei der Ampel der leitartikel

größerer Dramatik hochkocht, um das angebliche Versagen der Ampel als umso existenzieller hinstellen zu können. Gleichzeitig will man sich nicht dafür verantwortlich machen lassen müssen, wenn es doch nicht läuft. Am Ende werden wir für einen Deutschlandpakt Migration mitverhaftet, weil wir Regeln mittragen, die aus unserer Sicht nicht ausreichen und die die Zahlen im Frühjahr 2024 eben nicht wirklich nach unten bringen, sagte ein CDU-Bundesvorstandsmitglied der dpa. Im Frühjahr 2024 sind EU-Wahlen. Das ist die strategische Seite von Merz Bockigkeit.

Wie sehr der Kampf gegen die Migration, die das Land ja eigentlich dringend bräuchte, von rechts aufgeladen wird, zeigt auch die Wortwahl der Parlamentarischen Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Katja Mast: Merz verabschiedet sich vom nationalen Konsens. Er will keine Verantwortung für Deutschland übernehmen. Abschottung als nationaler Konsens und Merz als Windei, das in der Stunde der Not dem Vaterland nicht zu Seite steht mit solchen Sozialdemokraten braucht es keine Rechtspopulisten mehr.

Natürlich reicht das, was die Ampel tut, um die Flüchtlinge draußen zu halten, der Union grundsätzlich nie. Also geht es immer weiter mit den Verschärfungen. Und die FDP macht mit. So forderte der schleswig-holsteinische FDP-Abgeordnete Maximilian Mordhorst ein politisches Betätigungsverbot für Nicht-EU-Ausländer. Kein Wahlrecht, keine Mitbestimmung in Parteien oder anderen Gremien, keine Versammlungsfreiheit. Und schon am Morgen nach der MPK forderte Bundestags-Vize Wolfgang Kubicki, dass ein Viertel einer Stadt nicht mehr als 25 Prozent Migrantenanteil haben darf, damit keine Parallelgesellschaften entstehen.

Der offenkundig unerfüllbare Vorstoß wird ohne Folgen bleiben anders als der von der MPK an den Bund ergangene Auftrag zu prüfen, ob Asylverfahren in Drittstaaten möglich sind.

In Dänemarks Hauptstadt Kopenhagen ist dies aufmerksam registriert worden. Die dänische Regierung war 2020 die erste, die mit dem Diplomaten Anders Tang Friborg einen Migrationsbotschafter ernannt hatte. Seine Aufgabe: Ein afrikanisches Land finden, in das Dänemark alle Ankommenden Asylsuchenden bringen darf. Er antichambrierte unter anderem in Libyen, Ruanda, Tunesien, Marokko, Ägypten und Sudan fast durchgängig Länder mit katastrophaler Menschenrechtsbilanz. Friborg blitzte letztlich überall ab. Österreich und die Schweiz haben zwischenzeitlich signalisiert, dass auch sie dabei wären. Und Friborgs deutscher Amtskollege, der Migrationsbeauftragte der Ampel, Joachim Stamp, machte schon früh klar, dass er die Verlegung von Asylverfahren nach Afrika prüfen will. Da verhandelt Friedrich Merz sicher gern mit.

Was die Ampel tut, um die Flüchtlinge draußen zu halten, reicht der Union nie. So geht es weiter mit den Verschärfungen. Und die FDP macht mit

Christian Jakob

ist taz-Redakteur im Ressort Recherche und Reportage.

Load-Date: November 10, 2023

Warum Migranten erwünschter sind als Geflüchtete; doppelblind

taz, die tageszeitung

Samstag 09. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: ZUKUNFT; S. 20

Length: 510 words

Byline: Jean Dumler

Body

doppelblind

Worum geht es?

Laut dem UNHCR, dem **Flüchtlingskommissariat** der Vereinten Nationen, waren Ende 2022 weltweit 108,4 Millionen Menschen auf der Flucht. In dieser Zahl stecken **Geflüchtete**, Binnenvertriebene, **Asylsuchende** und andere Personen, die internationalen Schutz benötigen. Menschen, die aus freiwilliger Entscheidung in einen anderen Staat migrieren, sind nicht mit eingerechnet, da es keine klare Definition für Mi-gran-t:in-nen gibt.

Geflüchtete haben bereits einen Flüchtlingsstatus erhalten, der ihnen völkerrechtlichen Schutz garantiert, während Asylsuchende keinen rechtlich definierten Status im Zielland haben. Trotz der unterschiedlichen Definitionen für zugewanderte Menschen werden im öffentlichen Diskurs verschiedene Bezeichnungen abwechselnd, mitunter willkürlich verwendet. Aber welchen Unterschied machen diese Wörter genau?

Die Studie

In der Sozialpsychologie gibt es bereits Studien dazu, wie sich Sprache auf die Wahrnehmung von Gruppen auswirkt. Doch um vergleichbare Ergebnisse in verschiedenen Ländern zu haben, untersuchte nun eine Studie unter der Leitung der Universität Bern in neun Ländern – Australien, Tschechien, Finnland, Frankreich, Italien, Portugal, Schweden, Schweiz und Vereinigtes Königreich –, wie sich Bezeichnungen für Zugewanderte auf die Einstellungen gegenüber diesen Menschen auswirken.

Erst analysierten sie den öffentlichen Diskurs in den neun Ländern, um herauszufinden, welche Wörter für Einwanderer verwendet werden. Dann wurden einige hundert Teilnehmende pro Land zufällig einer von drei Gruppen zugeordnet und zu ihren Einstellungen gegenüber Zugewanderten befragt. Dabei benutzten die For-sche-r:in-nen in einer Gruppe den Begriff von Migranten, in einer anderen Flüchtlinge und einmal Asylbewerber.

Die Teilnehmenden, die zu Migranten befragt wurden, hatten positivere Einstellungen gegenüber Einwanderern ausgesprochen als die Teilnehmenden mit den Begriffen Flüchtlinge und Asylbewerber. Sie empfanden, dass

Warum Migranten erwünschter sind als Geflüchtete doppelblind

Migranten mehr Vorteile für das Land bringen, da sie die Wirtschaft ihres Landes wettbewerbsfähiger gemacht haben, die Kultur ihres Landes mit anderen Traditionen bereichert und das globale positive Image ihres Landes verbessern. Allen drei Gruppen war es wichtiger, Menschen aufzunehmen, die vor Krieg und Verfolgung eingewandert sind als aus wirtschaftlichen Gründen. Trotzdem rief der allgemein gehaltene Begriff die positivste Konnotation hervor.

Was bringt s?

Die Bezeichnung von Mi-gran-t:in-nen in den Zielländern hat demnach einen Einfluss darauf, wie willkommen sie dort sind. Wenn politische Kommunikation die Vorteile von Migration betont, wirkt sich das möglicherweise positiv auf die Zustimmung aus. Der Haken daran: Politiker*innen, die diese Empfehlung gerade- nicht beachten, tun das zum Teil mit Vorsatz. Jean Dumler

Neue wissenschaftliche Studien stellen wir jede Woche hier vor und erklären, welchen Fortschritt sie bringen. Sie wollen die Studie finden? Jede hat einen Code, den Digital Object Identifier, kurz DOI. Hier lautet er: 10.1002/ejsp.2947.

Load-Date: September 8, 2023

Radio Bremens Migrationsumfrage bedient rechte Argumentationen; suggeriert

taz, die tageszeitung

Freitag 03. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26-27

Length: 676 words

Byline: Amira Klute

Body

suggestiert

Radio Bremen hat brennende Fragen, genauer: Das Fernsehmagazin *buten un binnen* interessiert, wie zufrieden Menschen in Bremen mit der aktuellen **Asyl-** und **Migrationspolitik** sind. Man denkt sich also Fragen aus und Antwortmöglichkeiten und 5.579 Menschen, Meinungsmelder aus Bremen, Bremerhaven und Umland, antworten.

Ergebnis: 80 Prozent sind unzufrieden. Wenn auch aus einigermaßen unterschiedlichen Gründen: Kriminalität, Rechtsruck, schlechte Unterbringung. Der Flüchtlingsrat Bremen kritisiert die Umfrage scharf als tendenziös und als Beitrag zu einem rassistischen Diskurs. Jetzt hat der Flüchtlingsrat sogar eine Rüge beim Rundfunkrat erbeten.

Das ist mehr als richtig, denn die Umfrage bedient rechte Argumentationen und ist schlicht nicht mit dem Programmauftrag der Öffentlich-Rechtlichen vereinbar. Einige Fragen sind suggestiv (Auf einer Skala von 0 bis 10: Wie groß ist Ihre Sorge über mögliche Folgen der Migration?), andere wollen menschenrechtsverletzende Forderungen (keine Bargeldauszahlungen , EU-Außengrenzen schützen oder konsequenter Abschieben) bewertet sehen oder suggerieren, dass Abschiebungen begrüßenswert seien (Wie gelingt aus Ihrer Sicht in Bremen die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern und Asylbewerberinnen?)

Andere Fragen produzieren uneindeutige Ergebnisse. Schon die zweite Frage (Wie zufrieden sind Sie mit der aktuellen Asyl- und Migrationspolitik im Land Bremen?) ist so ein Fall. Wer überhaupt nicht zufrieden angibt, kann entweder meinen, dass Geflüchteten zu viele Rechte zugestanden werden oder dass die Asylrechtsverschärfungen falsch sind. Für Frank Schulte, den Regionalchef von *buten un binnen* , ist diese Vielfalt ein Beweis dafür, dass die Umfrage sehr differenziert sei. Genauso gut kann man argumentieren, dass hier völlig konträre Positionen in den 80-Prozent- Topf der Unzufriedenen geworfen werden.

Besonders gefährlich ist, dass die Umfrage rassistischen Unwahrheiten eine Plattform bietet. Zwar ist der Artikel zur Umfrage von einem Hintergrundbericht mit Zahlen und Fakten zu Migration und Flucht in Bremen begleitet, trotzdem bleiben Aussagen von Befragten, die Unwahrheiten enthalten, kommentarlos stehen. So sei für viele der

Radio Bremens Migrationsumfrage bedient rechte Argumentationen suggeriert

Befragten eine möglicherweise steigende Kriminalität besorgniserregend. Damit wird einer Behauptung Raum gegeben, die eine oft bemühte rassistische Erzählung bedient und das ohne sachliche Einordnung.

Was falsch ist an dieser Umfrage, zeigt sich am deutlichsten bei der klaffenden Leerstelle derjenigen, die nicht gefragt werden, die nicht zu Wort kommen: Geflüchtete, Mi-gran-t*in-nen und migrantisierte Menschen selbst. Deren Perspektiven tauchen in der Umfrage nämlich nicht auf. Die Fragen richten sich offensichtlich an Nicht-Geflüchtete. Die Umfrage schließt ein Drittel der Bre-me-r*in-nen aus, kritisiert auch der Flüchtlingsrat. Dadurch wird aktiv ein Othering betrieben, also die Spaltung der Gesellschaft in Wir und die Anderen. Im Fernsehbeitrag von buten un binnen über die Ergebnisse der Umfrage wird das besonders deutlich. Wenn Geflüchtete auftauchen, dann ohne Gesicht, von hinten gefilmt und: stumm.

Laut Rundfunkstaatsvertrag soll der öffentlich-rechtliche Rundfunk die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft erfüllen. Zu dieser Gesellschaft gehören alle, auch geflüchtete Menschen. Dazu sagt Schulte in buten un binnen, dass die Perspektive von Geflüchteten im Programm des Senders zur Genüge auftauche. Die Umfrage sei ein wichtiges Zeichen für Menschen mit bestimmten Meinungen, die mitunter das Gefühl hätten, dass diese ausgeblendet würden. Man müsse auch deren Positionen aufnehmen, um Rechtspopulisten ausschließen zu können.

Hinter der ganzen Sache steckt also das alte Argument: der AfD schaden, indem man rechten Positionen Raum gibt. Radio Bremen hat nach Meinungen gefragt, wie wär s damit: Rechte Inhalte übernehmen schwächt nicht Rechte, sondern ist rechts. Punkt. Amira Klute

Geflüchtete, Mi-gran-t*in-nen und migrantisierte Menschen kommen nicht zu Wort

Load-Date: November 2, 2023

Im Wettkampf der Asylverschärfungen; Die einen wollen die Liste der Herkunftsstaaten erweitern, die anderen Abschiebungen ausweiten. Regierung und Opposition überbieten sich mit ihren restriktiven Plänen in der Migrations- und Flüchtlingspolitik

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 811 words

Byline: Dinah Riese, Cem-Odos Güler

Highlight: Die einen wollen die Liste der Herkunftsstaaten erweitern, die anderen Abschiebungen ausweiten.

Regierung und Opposition überbieten sich mit ihren restriktiven Plänen in der **Migrations-** und **Flüchtlingspolitik**

Body

Von Dinah Riese und Cem-Odos Güler

Es sagt einiges aus über den Stand der **Asyldebatte**, dass man manchmal nicht auf Anhieb sagen kann, wer eigentlich mit wem regiert. Man wolle die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten nicht nur um Georgien und Moldau erweitern, sondern auch um die Ma-ghreb-staa-ten Tunesien, Algerien und Marokko, beschloss am Montag das Präsidium der mitregierenden FDP. **Geflüchtete** sollen Sach- statt Geldleistungen bekommen, **Asylanträge** sollen in Drittstaaten ausgelagert werden. Genau das fordert in einem aktuellen Antrag, der am Freitag im Bundestag debattiert werden soll, auch die oppositionelle Union.

Der Entwurf liegt der taz vor. Demnach will die Unionsfraktion Abschiebungen ausweiten, Grenzkontrollen nach Tschechien, Polen und zur Schweiz einführen und Sachleistungen für **Asylsuchende** den Vorzug geben. Alle Bundesaufnahmeprogramme sollen ausgesetzt werden, auch das für Afghanistan. Und **Asylverfahren** sollen uneingeschränkt in sicheren Drittstaaten möglich sein.

Einen Deutschlandpakt in der Migrationspolitik nennt die Union ihre Vorschläge ein direkter Seitenhieb auf Olaf Scholz (SPD). Der Bundeskanzler hatte der Union Anfang September seinerseits einen Deutschlandpakt angeboten, mit dem Genehmigungsverfahren beschleunigt, aber auch die Verwaltung digitalisiert und Unternehmen gefördert werden sollten. Die ausgestreckte Hand von mir ist da, sagte am Dienstag CDU-Parteichef Friedrich Merz. Aus dem Bundeskanzleramt habe es bislang keine substanziellen Vorschläge bezüglich des Scholz schen Deutschlandpaktes gegeben. Daher mache die Union mit ihrem Vorstoß zur Begrenzung der illegalen Migration nun einen eigenen Aufschlag. CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt ergänzte: Die Scholz-Fata-Morgana des Deutschlandpakts, die er uns präsentiert hat, muss mit Inhalten gefüllt werden.

Im Wettkampf der Asylverschärfungen Die einen wollen die Liste der Herkunftsstaaten erweitern, die anderen Abschiebungen ausweiten. Regierung und Opposition übe....

Ich bedauere, dass die Union den Entschluss gefasst hat, nur ein Thema herauszugreifen: Migration , sagte der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich und warf der CDU vor, lediglich auf einen innenpolitischen Vorteil aus zu sein. Zugleich äußerte er sich selbstgewiss über die Migrationspolitik der Regierungsparteien. Nur diese Koalition ist in der Lage, die Jahrhundertaufgabe der Migration zu beantworten. Mit anderen Parteien ist eine vernünftige, aus unterschiedlichen Elementen bestehende Migrationspolitik nicht möglich.

Auf der italienischen Mittelmeerinsel Lampedusa schnellen derzeit die Zahlen der ankommenden Geflüchteten in die Höhe, die humanitäre Lage ist desaströs. Längst ist daraus auch in Deutschland ein innenpolitisches Thema geworden nicht zuletzt, weil in Hessen und Bayern in wenigen Wochen Landtagswahlen anstehen.

Die Union versucht, die Bundesregierung in Migrationsfragen vor sich herzutreiben. Nicht ohne Erfolg: Grünen-Chefin Ricarda Lang forderte am Montag endlich Fortschritte bei den Rückführungsabkommen. Zwar kassierte Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) in Sachen Obergrenze eine Abfuhr der Bundesinnenministerin. Doch seit Monaten meldet sich Nancy Faeser vor allem mit restriktiven Plänen zu Wort. Einige Punkte aus dem Unionsantrag hatte sie Anfang August schon selbst in einem Diskussionspapier in den Raum gestellt, etwa die Verlängerung des Ausreisegewahrsams von 10 auf 28 Tage. Zuletzt hatte das Bundesinnenministerium die freiwillige Aufnahme von Geflüchteten aus Italien ausgesetzt mit der Begründung, das Land verweigere seinerseits die Rücknahme Geflüchteter nach dem Dublin-Abkommen.

Deutschland sollte derzeit keine Migranten aus Italien aufnehmen , bekräftigte nun FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai in der Rheinischen Post. Vielmehr brauche es mehr EU-Grenzschutz, durch physische Grenzen ebenso wie eine strengere Überwachung des Mittelmeeres . Viele Kommunen seien bei der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern schon jetzt akut überfordert .

Der Grünen-Abgeordnete Julian Pahlke widerspricht: Den Solidaritätsmechanismus jetzt aufzukündigen, sende kein gutes Signal an die Staaten, mit denen wir gerade über eine Neuaufrichtung des europäischen Asylsystems verhandeln , sagte er der taz. Europäische Solidarität aufzukündigen eignet sich wirklich nicht als Wahlkampfansatz. Auch die Forderungen nach mehr Restriktion sieht er kritisch. Vielmehr müsse der Bund die Kommunen ausreichend unterstützen, auch finanziell. Es ist einfach nicht die Realität, dass man einen Schalter umlegt, und dann fliehen weniger Menschen. Auch die grüne Migrationsexpertin Filiz Polat fordert eine nationale Kraftanstrengung für eine Integrationsoffensive . Die Union führe Scheindebatten . Es sei die Fortsetzung einer Politik, die wir aus 16 Jahren unionsgeführtem Innenministerium kennen und die gescheitert ist .

Die Union versucht, die Bundesregierung in Migrationsfragen vor sich herzutreiben. Nicht ohne Erfolg
migrationspolitik in deutschland

Load-Date: September 19, 2023

Perspektiven statt Grenzen; Die EU setzt auf den Migrationsdeal mit der Türkei und die Verlagerung des Grenzschutzes. Sinnvoller wäre es, Flüchtenden eine Zukunft zu ermöglichen

taz, die tageszeitung

Montag 17. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1012 words

Byline: J. Olaf Kleist

Highlight: Die EU setzt auf den Migrationsdeal mit der Türkei und die Verlagerung des Grenzschutzes. Sinnvoller wäre es, Flüchtenden eine Zukunft zu ermöglichen

Body

debatte

Mit der Ankunft von Millionen Flüchtlingen, die vorwiegend in kleinen Booten über die Ägäis einreisten, brach 2015 das Asylsystem in Europa zusammen. Nur durch zivilgesellschaftliches Engagement gelang die Aufnahme und Integration der Schutzsuchenden. Zugleich ächzten staatliche Institutionen über Jahre unter ihren Aufgaben. Vielfach sollten administrative Tricks und neue Gesetze helfen, den Zugang zu Verfahren und Rechten zu verringern, um so die Belastungen für Verwaltungen zu mindern. Echte Reformen des europäischen Asylsystems, die den Anforderungen eines demokratischen Kontinents der Zuflucht entsprechen würden, blieben weitgehend aus. Stattdessen ging die EU im Frühjahr 2016 einen Flüchtlingsdeal mit der Türkei ein, bei dem es offiziell um ein Rückführungs- und Aufnahmeprogramm ging. Es funktionierte nie.

Zentral für die Umsetzung war die Bekämpfung von irregulärer Migration, die zunächst in der Verantwortung türkischer Sicherheitsbehörden lag. Wie weit der Rückgang von Ankunftszahlen in Griechenland ab 2016 überhaupt dem Übereinkommen geschuldet ist, bleibt umstritten. Politisch gilt es dennoch als Erfolg und als Vorbild für Migrationsabkommen mit anderen Nachbarstaaten der EU. Doch die EU hat die falschen Schlüsse aus der Zusammenarbeit mit der Türkei gezogen und verrennt sich in eine migrationspolitische Sackgasse.

Die bemerkenswerteste, in Europa aber kaum wahrgenommene Leistung ist die Aufnahme und Versorgung von über 3,5 Millionen syrischen Flüchtlingen in der Türkei. Möglich war dies nur durch ein differenziertes und innovatives humanitäres Programm mit hoher finanzieller Unterstützung durch die EU. Trotz vieler Schwierigkeiten in der Umsetzung hat es Sy-re-r*in-nen Lebensperspektiven in ihrer Herkunftsregion und oft eine neue Heimat gegeben.

Perspektiven statt Grenzen Die EU setzt auf den Migrationsdeal mit der Türkei und die Verlagerung des Grenzschutzes. Sinnvoller wäre es, Flüchtenden eine Zukunft....

Schutz und Zukunftsperspektiven sind die wichtigsten Faktoren, damit Vertriebene ihre Flucht nicht fortsetzen. Die Migrationsabkommen mit Staaten auf Fluchtrouten nach Europa fördern jedoch kaum das eine noch das andere. Im Gegenteil setzen sie auf Grenzsicherungen und die gewaltsame Vermeidung von irregulärer Migration. Die Erfahrungen zeigen, dass das keine gute Idee ist. Die türkische Regierung hat ihre Kontrolle über die gemeinsame Grenze wiederholt als diplomatisches Druckmittel gegen die EU genutzt: es wäre doch schade, würde irreguläre Migration nach Europa wieder einsetzen, raunte man kaum verhohlen in Richtung EU, wenn ganz andere politische Fragen im Raum standen. Andere Staaten haben längst begonnen, diese migrationspolitische Instrumentalisierung zu kopieren.

Zudem hat sich gezeigt, dass irreguläre Migration durch die Verlagerung des Grenzschutzes in die Türkei nicht langfristig gestoppt wurde. Vielmehr wurde eine brutale und teils illegale Abwehr von Schutzsuchenden betrieben: Flüchtende gerieten unter Beschuss, Boote wurden ins Meer zurückgedrängt, menschenrechtlich bedenkliche Lager errichtet. Die vermeintliche Externalisierung eines gewaltsamen Grenzschutzes ist keine Lösung der Grenzfragen und fällt über kurz oder lang auf die EU zurück.

Die alternativ oft geforderte Gewährleistung von sicheren und regulären Wegen für Flüchtlinge ist aber ebenfalls Illusion. Zum einen sind die Kapazitäten solcher dauerhaften Programme relativ gering und zum anderen sehr selektiv. Sie erreichen nur bedingt jene, die sich in die Boote setzen müssen. Keine Frage, Visa für humanitäre, aber auch Arbeits- und Studienzwecke sind eine wichtige Ergänzung zum Asyl, indes beeinflussen sie die irreguläre Migrationsbewegung kaum.

Eine wichtige Ausnahme sind sehr umfangreiche, internationale Aufnahmeprogramme. Europa könnte über ein gut organisiertes Programm relativ einfach etwa 200.000 Flüchtlinge pro Jahr aufnehmen. Auf fünf Jahre angelegt, wäre dies eine Entlastung für die Türkei und auch ein wichtiges Signal der geteilten Verantwortung. Die Kombination aus Neuansiedlungen und lokaler Integration ist eine Möglichkeit für den überfälligen Wandel der europäischen Flüchtlingspolitik.

Die Zahl irregulärer Ankünfte in Griechenland würde so zunächst stark sinken. Allerdings würde die irreguläre Migration nicht aufhören. Und das ist in Ordnung. Irreguläre Migration ist rechtlich und normativ gerechtfertigt, wenn sie genutzt wird, um Asyl zu beantragen. Dazu muss der Zugang zum Asylverfahren gewährleistet werden. Grenzschutz und Flüchtlingsschutz sind nicht gegensätzlich, sondern sie gehen Hand in Hand. Grenzschutz in der EU sieht zurzeit nur die Bekämpfung von irregulärer Migration vor, anstatt das Recht auf Asyl im Schengener Grenzkodex und im Mandat von Frontex festzuschreiben. Es braucht klare Verfahren, sodass Asyl-be-wer-be-r*in-nen in funktionierende Asylverfahren kommen, auch wenn sie irregulär einreisen.

Was radikal klingen mag, ist tatsächlich nur realistisch. Die wichtigsten flüchtlingspolitischen Lehren der letzten Jahre lauten: Der Schutz von Flüchtlingen ist keine Schwäche, sondern eine Stärke demokratischer Migrationspolitik. Mit der Förderung von Rechtssicherheit und Lebensperspektiven in Herkunftsregionen werden weniger Vertriebene auf irregulärem Weg Asyl in Europa suchen. Und: Irreguläre Migration wird es immer geben. Europa kann Asylsuchenden Schutz bieten, selbst wiederholt und in größerem Umfang.

Die EU muss von dem aussichtslosen Vorhaben abkommen, sich mit Gewalt gegen irreguläre Migration abzuschotten, wie sie es im Deal mit der Türkei versucht hat. Denn der Preis dieser Abwehr sind unsere menschenrechtlichen Normen und unsere Rechtsstaatlichkeit. Wir müssen das Flüchtlingsrecht schützen. Ein Neuanfang in der flüchtlingspolitischen Kooperation mit der Türkei kann ein erster Schritt in die Richtung eines demokratischen Flüchtlingsschutzes in Europa sein.

Die EU hat die falschen Schlüsse gezogen und verrennt sich in eine migrationspolitische Sackgasse

J. Olaf Kleist

ist Autor und Politikwissenschaftler mit dem Schwerpunkt Flucht- und Flüchtlingsforschung und heute Co-Leiter der Fachgruppe Demokratie, Transfer und Politikberatung am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) Berlin.

Perspektiven statt Grenzen Die EU setzt auf den Migrationsdeal mit der Türkei und die Verlagerung des Grenzschutzes. Sinnvoller wäre es, Flüchtenden eine Zukunft....

Load-Date: July 26, 2023

End of Document

Neue Steine für die Festung Europa; Die EU-Institutionen einigen sich auf eine Verschärfung des Asylrechts. Wenige Monate vor der Europawahl stehen die Zeichen weiter auf Abschottung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 883 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: Die EU-Institutionen einigen sich auf eine Verschärfung des Asylrechts. Wenige Monate vor der Europawahl stehen die Zeichen weiter auf Abschottung

Body

Aus Brüssel Eric Bonse

Sechs Monate vor der Europawahl haben sich Unterhändler des Europaparlaments, der Mitgliedstaaten und der EU-Kommission auf eine umstrittene Reform der Asylpolitik geeinigt. Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sprach von einer historischen Einigung.

Mit dem Deal, der am Mittwochmorgen nach zweitägigen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen in Brüssel vereinbart wurde, will die EU die irreguläre Migration eindämmen, aber auch Rechtspopulismus einen Riegel vorschieben. Kritiker sagen, sie übernehme damit die Politik der Rechten und vergreife sich am Asylrecht.

Künftig sollen Asylverfahren bereits an den EU-Außengrenzen stattfinden, um Flüchtlinge mit geringen Aufnahmechancen an der Weiterreise zu hindern. Für die Grenzverfahren sollen geschlossene Lager geschaffen werden, betroffen sind auch Familien mit Kindern.

Die Bundesregierung wollte begleitete Kinder aus humanitären Gründen von den Grenzverfahren ausnehmen, konnte sich jedoch nicht durchsetzen. Staaten mit besonders hohem Migrationsdruck, wie Italien oder Griechenland, hatten auf den harten Regeln bestanden.

Auf Drängen der osteuropäischen Staaten wurde zudem eine Krisenverordnung beschlossen, mit der die Regeln weiter verschärft werden können. Sie soll greifen, wenn Migranten instrumentalisiert werden. Dies hat die EU zunächst der Türkei, zuletzt auch Russland vorgeworfen.

Mit den neuen Regeln, die auch eine lückenlose Erfassung der Migranten und Abschiebungen in sichere Drittstaaten vorsehen, werde eine Lücke geschlossen, sagte Kommissionsvize Margaritis Schinas. Nach der Coronakrise und dem Ukrainekrieg stelle sich die EU nun auch der Migration.

Neue Steine für die Festung Europa Die EU-Institutionen einigen sich auf eine Verschärfung des Asylrechts.
Wenige Monate vor der Europawahl stehen die Zeichen w....

Bundeskanzler Olaf Scholz sprach von einem ganz wichtigen Beschluss. Die Reform sei ein Schlüssel, um Migration zu steuern und zu ordnen, humanitäre Standards für Geflüchtete zu schützen und die irreguläre Migration zu begrenzen, sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser. Scholz und Faeser hatten im Frühsommer den Weg für eine Einigung frei gemacht. Sie nahmen ihre Vorbehalte gegen die nun beschlossenen Grenzverfahren weitgehend zurück, sodass sich die EU-Innenminister auf eine gemeinsame Position einigen und in die Verhandlungen gehen konnten.

Seither ruhten alle Hoffnungen auf dem Europaparlament. Die EU-Abgeordneten sollten verhindern, dass auch Kinder in geschlossene Lager geschickt werden, hieß es in Berlin. Dies war vor allem den deutschen Grünen wichtig, die die Reform lange abgelehnt haben. Doch am Ende zog das Parlament den Kürzeren. Selbst in der Fraktion der Grünen unterstützten nicht alle den deutschen Wunsch. Eine große Koalition aus Konservativen, Sozialdemokraten und Liberalen gab in Brüssel den Ton an, auch die rechtskonservative EKR mischte eifrig mit.

Die Abgeordneten konnten zwar noch einige kleine Verbesserungen durchsetzen. So sollen alle Asylbewerber, die in ein ordentliches Verfahren kommen, einen Anspruch auf Rechtsberatung bekommen. Unbegleiteten Kindern will die EU mit einer besonderen Betreuung helfen.

Als Erfolg gilt auch, dass ein sogenannter Solidaritätsmechanismus eingeführt wird. Erstmals werden nun die EU-Mitgliedstaaten zu Solidarität verpflichtet, sagt Außenministerin Annalena Baerbock. Damit steigen wir endlich in eine europäische Verteilung ein.

Allerdings können sich unwillige Staaten von der Aufnahme von Migranten freikaufen, indem sie 20.000 Euro pro Kopf als Kompensation in die EU-Kasse zahlen. Zudem sollen auch andere Leistungen, etwa Unterstützung beim Migrationsmanagement in Drittstaaten, angerechnet werden.

Somit bleibt fraglich, ob die Reform tatsächlich mehr Solidarität bringt. Grüne und Linke fürchten, dass die EU-Staaten am Ende mehr in Abschottung investieren, anstatt mehr Migranten aufzunehmen. Die Festung Europa könnte so noch hermetischer werden. Die Reform wird nicht das gewünschte Ergebnis bringen, warnt die Europaabgeordnete Terry Reintke von den Grünen. Stattdessen würden Grenzverfahren und Inhaftierung großes menschliches Leid und immense Probleme bei der Umsetzbarkeit für die Mitgliedstaaten mit sich bringen.

Der heutige Tag ist ein historischer Kniefall vor den Rechtspopulisten in der EU, sagt Cornelia Ernst von der Linken. Das Parlament sei zum Fußabtreter der Mitgliedstaaten geworden und habe die massivste Verschärfung des Asylrechts seit Gründung der EU ermöglicht.

Die Abgeordneten hätten den Deal zwar noch platzen lassen können. Bis zur Europawahl bleibt genug Zeit, EU-Gesetze können noch bis Mitte März verabschiedet werden. Doch am Ende wurde der Druck wohl zu groß. Der spanische Ratsvorsitz wollte unbedingt einen Deal vor Weihnachten. Nun können die EU-Politiker Vollzug melden und die frohe Botschaft über die Einigung unter die Bürger bringen. Ob sie die gewünschte Wirkung bei der Europawahl zeigt, ist jedoch fraglich. Von einem Konsens ist die EU immer noch weit entfernt; Ungarn hat schon Widerstand angekündigt.

Zudem dürfte noch einige Zeit vergehen, bis die Reform tatsächlich greift. Die insgesamt fünf Verordnungen treten nämlich erst 24 Monate nach der noch fehlenden Verabschiedung im Frühjahr 2024 in Kraft also nicht vor 2026. Dann ist die Europawahl längst gelaufen.

inland

Konservative, Sozialdemokraten und Liberale gaben den Ton an, auch die rechtskonservative EKR mischte mit

Load-Date: December 20, 2023

Neue Steine für die Festung Europa Die EU-Institutionen einigen sich auf eine Verschärfung des Asylrechts.
Wenige Monate vor der Europawahl stehen die Zeichen w....

End of Document

FDP will Asyilleistungen kürzen; Der kleine Koalitionspartner wärmt flüchtlingsfeindliche Vorschläge auf und sperrt sich gegen ein Demokratiefördergesetz, das im Kampf gegen Antisemitismus helfen soll

taz, die tageszeitung

Dienstag 07. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 533 words

Byline: Jasmin Kalarickal

Highlight: Der kleine Koalitionspartner wärmt flüchtlingsfeindliche Vorschläge auf und sperrt sich gegen ein Demokratiefördergesetz, das im Kampf gegen Antisemitismus helfen soll

Body

Von Jasmin Kalarickal

Pünktlich vor der Bund-Länder-Runde am Montag, bei der auch das Reizhema Migration auf der Tagesordnung stand, hat das FDP-Präsidium erneut niedrigere Sozialleistungen für Asylsuchende gefordert. Das hohe Niveau an Sozialleistungen dürfe nicht länger Anreize für irreguläre Migration nach Deutschland setzen, heißt es in dem Beschluss von Montag. Bei der Migration müsse nun eine neue Realpolitik eingeleitet werden, sagte der FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai dazu.

Aus Sicht der FDP heißt das: Die Kosten für Asylsuchende müssen möglichst gering ausfallen. Dafür solle die Dauer des Bezugs niedriger Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz über den 18. Monat hinaus verlängert werden. Die individuellen Bedarfe könnten zudem nach unten korrigiert werden. Unter bestimmten Bedingungen sei auch eine Absenkung des Leistungs-niveaus auf nahe Null möglich, etwa wenn feststehe, dass ein anderer EU-Mitgliedsstaat nach den Dublin-Regelungen zuständig ist, heißt es in dem Papier weiter. Daneben soll eine elektronische Bezahlkarte eingeführt werden.

Gänzlich neu sind die Forderungen nicht. Erst vergangene Woche hatten Parteichef und Finanzminister Christian Lindner und Bundesjustizminister Marco Buschmann in einem Gastbeitrag in der Welt Leistungskürzungen für Asylsuchende angeregt. Die FDP erhofft sich, dass dadurch die sogenannten Pull-Faktoren reduziert werden, also Anreize, nach Deutschland zu migrieren. Das Push-und-Pull-Modell aus der Migrationsforschung ist unterkomplex. Doch die FDP versucht sich nach vielen Wahlschläppen stärker gegen die Koalitionspartner SPD und Grüne zu profilieren.

Auch ein zweiter Beschluss des FDP-Präsidiums zum geplanten Demokratiefördergesetz sorgt für Unmut innerhalb der Koalition. Darin heißt es: Das Gesetz müsse die Prävention gegen jede Form von Extremismus stärken. Dazu

FDP will Asylleistungen kürzen Der kleine Koalitionspartner wärmt flüchtlingsfeindliche Vorschläge auf und sperrt sich gegen ein Demokratiefördergesetz, das i....

zählten Links-, Rechts-, oder islamistischer Extremismus . Kern des Beschlusses ist, dass keine Fördergelder an Initiativen fließen sollen, die demokratiefeindliches, islamistisches oder antisemitisches Gedankengut verbreiten oder das Existenzrecht Israels in Frage stellen . Einen ähnlichen Vorstoß hatte vor Kurzem die CDU gemacht.

Das Demokratiefördergesetz hängt schon seit Monaten in der Warteschleife. Dabei hatten Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Grüne) und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) schon Ende 2022 einen Entwurf vorgelegt. Doch damit ist die FDP nicht zufrieden. Sie pocht auf die Wiedereinführung der Extremismusklausel, welche verlangt, dass Initiativen Verfassungstreue bekunden. SPD und Grüne sind dagegen. In der kritisierte FDP-Politikerin Linda Teuteberg zudem, dass der Entwurf bislang zu woke seiBild und Extremismus von links nicht ernst genug nehme. Statt Vielfalt würde darin linkslastige Einfalt gefördert .

Die grüne Innenpolitikerin Misbah Khan hat dafür kein Verständnis. Wer in der aktuellen Zeit ein Gesetz in Frage stellt, von dem maßgeblich die langfristige Prävention von Antisemitismus abhängig ist, zeigt sich unsolidarisch mit allen Jüdinnen und Juden in Deutschland , erklärte sie der taz. Die Prävention von Antisemitismus und Rassismus ist das Gebot der Stunde.

Load-Date: November 6, 2023

End of Document

Rückführen und einreisen lassen; Deutschland verhandelt mit sechs Ländern über Migrationsabkommen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 430 words

Highlight: Deutschland verhandelt mit sechs Ländern über **Migrationsabkommen**

Body

Die Bundesregierung verhandelt derzeit mit mindestens sechs Staaten über den Abschluss von **Migrationsabkommen**. Sie sollen einerseits die Rückführung von Menschen ohne Bleiberecht in ihre Herkunftsländer ermöglichen, andererseits die Einwanderung von Fachkräften in den deutschen Arbeitsmarkt regeln.

Der für den Abschluss der Abkommen eingesetzte Sonderbevollmächtigte Joachim Stamp sei derzeit mit mehreren Ländern in vertraulichen Gesprächen, teilte das Bundesinnenministerium der Deutschen Presse-Agentur auf Anfrage mit. Aktuell genannt werden können dabei Georgien, Moldau, Kenia, Kolumbien, Usbekistan und Kirgistan.

Immer wieder hatten Am-pel-po-li-ti-ke-r*in-nen in der aktuellen Asyldebatte auf die Rolle der Migrationsabkommen verwiesen. Diese erhöhten die Chancen, irreguläre Migration zu reduzieren und nicht bleibeberechtigte Personen schneller zurückzuführen, hatte etwa FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai erklärt. Aus allen sechs Ländern, um die es nun geht, kommen allerdings derzeit nur wenige Asylsuchende nach Deutschland.

Bereits vor Stamps Amtsantritt wurde im Dezember mit Indien ein erstes Migrationsabkommen unterzeichnet. Es blieb bis heute das einzige. Mit Usbekistan und Kirgistan gibt es inzwischen immerhin Absichtserklärungen. Die entsprechende Vereinbarung mit Kirgistan wurde am Freitag während des Zentralasien-Gipfels bei Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) unterzeichnet. Aus den beiden früheren Sowjetrepubliken kommen aber aktuell nur sehr wenige Asyl-be-wer-be-r*in-nen nach Deutschland. Aus Kirgistan gab es laut Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge von Januar bis August dieses Jahres 51 Erstanträge auf Asyl, aus Usbekistan 92. Insgesamt wurden in diesem Zeitraum rund 204.000 Erstanträge auf Asyl in Deutschland gestellt. Auch Kenia (267 Erstanträge), Kolumbien (1.999 Erst-anträge) und Moldau (1.094) zählen nicht zu den Hauptherkunftsländern. Georgien (6.691) rangiert in der Statistik etwas weiter oben.

Die Regierungen Georgiens und Moldaus haben dem Bundesinnenministerium zufolge Bereitschaft für Gespräche geäußert. Beide Länder hätten eine besondere Priorität, weil über zehn Prozent der abgelehnten Asylanträge aus diesen beiden Ländern kämen. Tatsächlich werden fast alle Asylanträge von Menschen aus Georgien und Moldau abgelehnt. Sie machen aber zusammen nicht einmal vier Prozent der Asylgesuche in diesem Jahr aus. Die

Rückführen und einreisen lassen Deutschland verhandelt mit sechs Ländern über Migrationsabkommen

Bundesregierung will sie als sogenannte sichere Herkunftsstaaten einstufen. Kri-ti-ke-r*in-nen bringen in beiden Fällen rechtsstaatliche sowie menschenrechtliche Bedenken vor. (dpa, afp, taz)

Load-Date: October 4, 2023

End of Document

Dumm und grausam; Die Lage für Flüchtlinge in Deutschland wird immer prekärer. Nun wird auch noch über eine Arbeitspflicht für Asylsuchende diskutiert. Mit Härte gegen Migranten soll der Rechten Einhalt geboten werden. Doch das wird nicht funktionieren

taz, die tageszeitung

Freitag 13. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 13

Length: 662 words

Byline: Caspar Shaller

Highlight: Die Lage für Flüchtlinge in Deutschland wird immer prekärer. Nun wird auch noch über eine Arbeitspflicht für Asylsuchende diskutiert. Mit Härte gegen Migranten soll der Rechten Einhalt geboten werden. Doch das wird nicht funktionieren

Body

talkshow

Von Caspar Shaller

Die Verrohung der Debatte hat ein neues Niveau erreicht. Deutschland hat das Konzept Arbeitslager zur Perfektion gebracht, und nun diskutiert man hierzulande, unliebsame Menschen Zwangsarbeit leisten zu lassen.

Die Bundesländer haben auf der Ministerpräsidentenkonferenz darüber beraten, ob man eine Arbeitspflicht für Asylsuchende einführen soll. Die SPD-geführten Länder wollen das mittragen. Flüchtlinge sollen dazu verdonnert werden können, gemeinnützige Arbeit zu leisten – offenbar sogar in Krankenhäusern oder auf dem Bau. Denn aktuell ist es Asylbewerbern neun Monate lang verboten, eine Arbeit aufzunehmen. Das muss sich ändern. Aber eine Pflicht zur unbezahlten Arbeit ist mit den Prinzipien eines liberalen Rechtsstaats nicht zu vereinbaren.

Im Deutschlandfunk darauf angesprochen, ob Zwangsarbeit sozialdemokratischen Werten entspreche, sagte die Ministerpräsidentin des Saarlands Anke Rehlinger (SPD), ohne eine Sekunde zu zögern: es kommt auf die Ausgestaltung an. Offenbar hat sie kein Problem mit Zwangsarbeit. Beziehen von ALG II sollte diese Einstellung von SPD-Politiker:innen bekannt vorkommen.

Diese neue Härte gegen Flüchtlinge soll auch den Aufstieg der AfD bremsen. Gerade die Hessen-Wahl habe gezeigt, dass die Wähler mehr Strenge wollten. Aus dem vergangenen Sonntag die Lektion zu ziehen, man müsse gegen Migration vorgehen, ist zynisch und menschenverachtend – aber vor allem ist es falsch.

Dumm und grausam Die Lage für Flüchtlinge in Deutschland wird immer prekärer. Nun wird auch noch über eine Arbeitspflicht für Asylsuchende diskutiert. Mit Härte....

Nancy Faeser hat in Hessen als Spitzenkandidatin genau die Geisteshaltung verfochten, die jetzt im Raum steht: mehr Druck auf Migrant:innen, Beschränkung der Zuwanderungszahlen, mehr Abschiebungen. Das war Kalkül aus dem Lehrbuch von Sahra Wagenknecht, um konservative Wähler:innen zurückzugewinnen. Doch mit diesen Positionen ist Faeser krachend gescheitert. Die SPD verlor ein Viertel ihrer Wähleranteile von 2019. Stattdessen gewannen die AfD und die CDU.

Das ergibt Sinn: Warum sollen Wähler:innen, die für möglichst schnelle Abschiebungen sind, politische Akteure wählen, die bei dem Thema mal Hü und mal Hott rufen. Es gibt doch bereits Politiker:innen, die ein strenges Migrationsregime schon immer im Programm hatten. Es zeigt sich, dass wenn linke oder liberale Politiker:innen rechte Themen übernehmen, gewinnen letztlich nur die Rechten.

Die Menschen in diesem Land stehen schon jetzt vor vielen Problemen, die ihren Alltag stark belasten und Angst vor der Zukunft machen. Die Mieten werden höher und höher, die Schlagen vor den Kopf werden immer länger. Selbst Eigenheimbesitzer müssen fürchten, dass ihr einziger Puffer vor den Preissteigerungen durch die Kosten einer unsinnig auf Einzelne abgewälzten ökologischen Transformation zunichtegemacht wird.

Und es droht noch mehr wirtschaftliche Unsicherheit. Der IWF sagt voraus, dass die Wirtschaft in Deutschland schrumpfen wird. In fast keinem anderen westlichen Land passiert Vergleichbares. Das liegt auch daran, dass andere Länder das neoliberale Mantra teilweise zurückgelassen haben. In den USA, in Frankreich, sogar in Großbritannien, wird die Industriepolitik wiederentdeckt. Ein sanfter Keynesianismus schwebt aus dem Grab empor, öffentliche Investitionen stehen endlich wieder auf dem Programm. Aber unsere Bundesregierung steckt mental noch in den dunkelsten Zeiten der 2010er Jahre fest. Die unsägliche Schuldenbremse bringt sogar liberale Ökonomen wie Adam Tooze zur Verzweiflung ob der Sturheit und Dummheit dieser Regierung.

Zur Dummheit gesellt sich nun auch noch die Grausamkeit. Statt irgendeine Maßnahme zu unternehmen, die den Menschen ihr Leben erleichtern würde, hackt die Politik lieber auf schutzbedürftigen Minderheiten herum. Statt materielle Bedingungen zu verbessern, führt die Regierung einen Kulturkampf auf dem Rücken der Schwächsten. Um von ihrem eigenen Versagen abzulenken, lassen Politiker Menschen Zwangsarbeit leisten. Das darf man ihnen nicht durchgehen lassen.

Die Regierung führt einen Kulturkampf auf dem Rücken der Schwächsten

Load-Date: October 12, 2023

Überzeugungsbesuch in Rom; Parallel zum Versuch der EU-Innenminister, zu einer neuen EU-Asylpraxis zu finden, besucht Bundeskanzler Olaf Scholz die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni. Die steht wegen ihrer Migrationspolitik gerade extrem unter Druck

taz, die tageszeitung

Freitag 09. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 2

Length: 766 words

Byline: Stefan Reinecke

Highlight: Parallel zum Versuch der EU-Innenminister, zu einer neuen EU-Asylpraxis zu finden, besucht Bundeskanzler Olaf Scholz die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni. Die steht wegen ihrer Migrationspolitik gerade extrem unter Druck

Body

Aus Rom Stefan Reinecke

Die größte Irritation gab es beim Landeanflug auf Rom, eine Bö zwang den Regierungsflieger noch mal durchzustarten. Ansonsten lief der Besuch von Kanzler Scholz in Italien rund. Der Sozialdemokrat und der Postfaschistin verstehen sich, beide postideologisch gestimmt, bestens. Die Zeiten, als SPD-Chef Lars Klingbeil die Wahl der Rechten Giorgia Meloni eine falsche Richtungsentscheidung nannte, sind vorbei.

Scholz lobte Italien als verlässlichen Freund, mit dem man ausgezeichnete, enge Beziehungen pflege. Meloni lobte die intensive Dynamik der Beziehungen. Im Herbst ist ein Regierungstreffen geplant. Dass der Himmel der beidseitigen Beziehungen blau ist, liegt vor allem an Meloni, die in der EU Friedenssignale gesendet hat. Le Pen und Orban hat sie noch nicht getroffen, Scholz nun schon zum zweiten Mal. Und Meloni winkte auch die Sperrung von 6 Milliarden EU-Euro an Ungarn wegen Orbans Demokratieabbau durch. Und: Anders als viele autoritäre Rechte in der EU hat Meloni mit Putin nichts am Hut und unterstützt Sanktionen und Waffenlieferungen an die Ukraine.

Parallel zu Scholz' Visite tagen die EU-Innenminister, die eine neue schärfere EU-Asylpraxis suchen. Das ist Zufall, passt aber. Denn da gibt es Komplikationen zwischen Rom und Berlin. Italien ist ein zentraler Ankunftsart der Flüchtlinge aus Nordafrika. Meloni sagte: Deutschland weiß, dass es ohne Italien keine bessere Migrationspolitik in der EU gibt. Das klang wie eine Drohung durch die Blume. Also hier der liberale, um Menschenrechte besorgte Sozialdemokrat, dort die rabiate, rechte Abschiebepolitikerin? Ja, auch. Aber es ist keineswegs das ganze Bild.

Überzeugungsbesuch in Rom Parallel zum Versuch der EU-Innenminister, zu einer neuen EU-Asylpraxis zu finden, besucht Bundeskanzler Olaf Scholz die italienische

Im Ziel weniger Flüchtlinge in der EU sind sich Scholz und Meloni einig. Der Dissens ist, wie man das erreicht. Die Ampel will Zentren an den EU-Außengrenzen. Dort sollen Migranten aus Ländern mit geringer Anerkennungsquote bis zu drei Monate festgehalten werden und nach Prüfung des Asylanspruchs entweder in EU-Länder weiter reisen oder abgeschoben werden. Deutschland bietet dafür finanzielle und organisatorische Hilfe an. Doch für Italien wäre dies das Gegenteil der bisherigen Praxis. Nämlich Flüchtlinge nicht registriert nach Norden ziehen zu lassen. 2022 kamen rund 100.000 in Italien an nur 20.000 blieben dort.

Meloni steht unter starkem selbst erzeugten Druck, Migration rigide zu begrenzen. Das war eines ihrer Wahlversprechen. Doch die Zahlen steigen 2023. Auch seit das autoritäre Regime in Tunesien eine rassistische Kampagne gegen dunkelhäutige Afrikaner initiierte.

Meloni will Flüchtlingszentren nach Tunesien und Libyen auslagern. Man müsse die Primär-Migration in den Griff bekommen, so Meloni bei der Pressekonferenz am Donnerstag. Scholz' Anspruch, Migranten human und in Einklang mit geltendem Recht zu behandeln, so der Kanzler in einem Interview mit einer italienischen Zeitung, würde das Hohn sprechen. Solche Zentren außerhalb sind, wie das Beispiel Australien zeigt, schnell organisierte Unmenschlichkeit.

Berlin hält Melonis Versuche, Tunesien und Libyen für solche Zentren zu gewinnen, für aussichtslos. Die gemeinsame Linie scheint nun zu sein, Tunesien finanziell zu helfen um Migration von dort zu verhindern. Am Sonntag wird Meloni dorthin mit Mark Rutte und Ursula von der Leyen reisen.

Melonis Taktik ist pragmatisch. Bislang hält sich die Regierung in Rom bei dem Asylideal in der EU bedeckt man will keine Brücke sprengen. Die Rechnung: Wenn es etwas gibt, was weniger Migration bedeutet, ist man verhandlungsbereit. Aber das würde heißen: eine verbindliche Zusage anderer EU-Staaten, anerkannte Flüchtlinge aus Italien aufzunehmen, und die Sicherheit, Abgelehnte abschieben zu können. Sonst wird Meloni bei ihrer jetzigen Praxis bleiben: NGO-Rettungsboote schikanieren, Geflüchtete nicht registrieren und hoffen, dass weiterhin die Meisten nach Norden weiterziehen. Man werde in der EU eine gemeinsame Lösung finden, so die Regierungschefin etwas vage.

Scholz verwies darauf, dass Deutschland eine Million U-krainer aufgenommen hat. Von den 240.000 Asylsuchenden 2023 seien 80 Prozent nicht an der EU-Außengrenze registriert worden. Ein Wink Richtung Meloni. SPD-Innenministerin Nancy Faeser hatte schon angedeutet, man könne auch wieder Grenzkontrollen einführen.

Meloni lobte bei der Pressekonferenz entschlossen die eigene Flüchtlingspolitik. Italien rette im Mittelmeer Leben und leiste hervorragende Arbeit. Scholz ließ dies unkommentiert. Die Worte humanitäre Flüchtlingspolitik fielen bei der Pressekonferenz nicht.

Man werde in der EU eine gemeinsame Lösung finden, sagt Meloni

Load-Date: June 8, 2023

Die Illusion der Kontrolle; Der EU-Asylkompromiss führt nicht zu wesentlich weniger Migration, er vermehrt nur das Unglück an den Außengrenzen. Die Grünen bezahlen für ihr Ja einen Preis

taz, die tageszeitung

Samstag 17. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 15

Length: 1648 words

Byline: Stefan Reinecke

Highlight: Der EU-Asylkompromiss führt nicht zu wesentlich weniger Migration, er vermehrt nur das Unglück an den Außengrenzen. Die Grünen bezahlen für ihr Ja einen Preis

Body

Von Stefan Reinecke

Der Mann ließ im Bundestag kein gutes Haar an dem Asylkompromiss. Anstatt das Asylrecht zu bewahren, soll es nun so weit eingeschränkt werden, dass das einer Abschaffung gleichkommt, sagte der Bündnisgrüne. Man errichte Mauern aus Gesetzen und Abkommen, um sich die Geflüchteten vom Leib zu halten und sie schnell in Drittstaaten zu entsorgen. Wer aus einem Nachbarland kam, hatte kein Recht auf Asyl mehr. Das war ungefähr so, als wenn Irland beschließen würde, dass nur, wer zu Fuß kommt, Asyl beantragen darf.

Diese Szene spielte sich 1993 ab. Konrad Weiß, Abgeordneter von Bündnis 90, redete vergeblich der SPD ins Gewissen. Das Grundgesetz wurde mit SPD-Stimmen geändert.

Der Asylkompromiss vor 30 Jahren und der EU-Asylkompromiss 2023 ähneln sich in manchem. Das Ziel ist: Migranten abschrecken. Dafür werden die Rechte von Asylbewerbern beschnitten, ohne das Asylrecht komplett zu streichen. Auch der Schmierstoff dieser Operation ist ähnlich: Es ist die Konstruktion der sogenannten sicheren Drittstaaten. Ein syrischer Flüchtling, der aus der Türkei in die EU kommt, kann künftig wieder zurückgeschickt werden, auch wenn er in der EU Anrecht auf Asyl hat. Ob und wie oft das passieren wird, ist offen. Aber es ist möglich. Auch die Asylzentren, Kernstück der EU-Reform, folgen einem Vorbild, das 1993 in Deutschland erfunden wurde. Flüchtlinge, die per Flugzeug kommen, landen seitdem nicht in Deutschland, sondern in einer Art Transitraum, in dem die Fiktion der Nichteinreise, so der juristische Ausdruck, gilt. Auch in den geplanten EU-Asylzentren finden sich Geflüchtete in einem fiktiven Europa wieder.

Bekannte Argumente, gemischte Gefühle. Das Ganze wirkt wie ein Remake. Nur die Grünen spielen diesmal nicht die tapfere Opposition, sondern die Rolle der SPD. Halb fallen sie, halb zieht es sie hin. Am Ende werden sie wohl, nach ausreichend öffentlich dargebotener Zerknirschung, dem stählernen Gebot der Realpolitik folgen.

Die Illusion der Kontrolle Der EU-Asylkompromiss führt nicht zu wesentlich weniger Migration, er vermehrt nur das Unglück an den Außengrenzen. Die Grünen bezahl....

Auch wenn die Rhetorik 2023 nicht so aggressiv und fremdenfeindlich klingt wie 1993, tauchen in dem Diskurs ähnlich suggestive Bilder auf. In Talkshows und Bundestagsdebatten werden mehr oder weniger verklausuliert drei Erzählungen bedient. Alle drei haben die gleiche Botschaft: Wir müssen uns schützen. Das erste Bild: Nur ganz wenige Migranten sind Verfolgte. Das Gros sind Wirtschaftsflüchtlinge.

So ist es nicht jedenfalls derzeit. Im Jahr 2022 bekamen fast drei Viertel aller Asylsuchenden Schutz und wurden als Verfolgte anerkannt. Nur in 28 Prozent der Fälle wurde der Asylantrag als unbegründet abgelehnt. Trotzdem werden Flüchtlinge generell als Schwindler verdächtigt.

Das zweite Bild: Die illegalen MigrantInnen kommen nach Deutschland und arbeiten dann nicht. Auch das stimmt so nicht. Es ist kompliziert, die Daten etwas schütter. Aber: Die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland ist aus demografischen Gründen günstig. Auch Ungelernte werden verzweifelt gesucht. So gehen Experten davon aus, dass trotz Hürden wie der Sprache rund 55 Prozent jener Migranten arbeiten, die 2015/16 nach Deutschland kamen. Tendenz steigend. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist aufwendig und kostspielig. Aber Leute, die hier sind, auszubilden ist effektiver, als Arbeitskräfte in der Ferne zu umwerben, die dann lieber nach Kanada gehen. Das Bild vom Flüchtling, der es sich in der sozialen Hängematte bequem macht, ist jedenfalls falsch.

Drittens: Wir müssen an der Grenze durchgreifen und die illegalen Migranten (böse, weil Wirtschaftsflüchtlinge) von den verfolgten Asylsuchenden (nehmen wir auf, weil wir gute Menschen sind) trennen. Dieses Bild ist vielleicht das wirksamste. Und abgründigste. Es legt nahe, dass die Politik an der Grenze für Ordnung sorgen kann, wenn sie es nur will. Hart, aber fair. Repressiv, aber gerecht. Man muss nur entschlossen das richtige Anreiz- oder vielmehr Abschreckungssystem etablieren schon lässt sich globale Migration steuern, und das Problem ist wenn nicht gelöst, so doch entscheidend gemildert. Dieses Bild ist so fatal, weil es eingängig und schwer zu widerlegen ist. Migration ist ein vielschichtiger, komplexer, verwirrender, sich wandelnder Prozess. Gerade deshalb ist es attraktiv, an einfache, gerade Lösungen zu glauben, die man sich nur trauen muss.

Diesem Geist entspricht der EU-Asylkompromiss mit den geplanten haftähnlichen Lagern und verkürzten Verfahren. Er befeuert die Vorstellung, dass man Migration lenken, berechnen, unterdrücken und einer weitgehenden Kontrolle unterwerfen kann.

Doch das wird nicht so sein und das ist der Unterschied zwischen 1993 und 2023. Deutschland gelang es damals auch mittels Drittstaaten, Zahlen radikal zu senken: von fast einer halben Million im Jahr 1992 auf 19.000 im Jahr 2007. Die Bundesrepublik machte sich einen schlanken Fuß auf Kosten geduldiger Nachbarn. Als 2011 auf Lampedusa Tausende Flüchtlinge ankamen, erklärte CSU-Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich in einer bemerkenswerten Mixtur aus Dummheit und Arroganz, das sei Italiens Problem. Das kam 2015/16 als Bumerang zurück.

Die Lage in der EU ist 2023 anders. Denn die dienstbaren Drittstaaten, die Flüchtlinge abwehren, existieren so nicht. Die EU hat zwar moralisch abgründige Deals mit Autokraten in Afrika geschlossen, die rosafarbenen Mobilitätspartnerschaften getauft wurden. Entwicklungshilfe und Handelsvergünstigungen für Länder wie Ägypten, Marokko und Niger wurden an die Bedingung gekoppelt, MigrantInnenrouten zu unterbrechen. Die EU hat kreativ ein komplexes Netz entworfen, um zweifelhafte Regime mit Geld dazu zu bringen, Abgeschobene wieder zurückzunehmen.

Staatsgrenzen zeichnen sich nicht mehr, wie der Staatstheoretiker Thomas Hobbes einst schrieb, dadurch aus, dass sie bewaffnet sind und auf die anliegenden Nachbarn gerichtete Kanonen haben. Grenzen im globalen Kapitalismus sind flexible, oft nach vorne verlagerte Systeme, mit denen sich die reichen Zentren die Zuwanderung aus den armen Peripherien vom Leib zu halten versuchen. Der Soziologe Steffen Mau hat diese Grenzen mit ausgefeilten Überwachungssystemen und diffusen Rechtsräumen griffig als Sortiermaschinen beschrieben. Sie haben etwas Ausuferndes. Im Vergleich mögen die Grenzen der Ära der klassischen Nationalstaaten mit ihren Schlagbäumen wenn nicht harmlos, so doch verlässlich und übersichtlich erscheinen.

Doch so beängstigend diese Sortiermaschinen mitunter wirken sie sind prekär, anfällig, fragil. Die EU ist auf die politischen Kalküle autokratischer Regime angewiesen. Die EU verfügt nicht über die imperiale Macht, den

Die Illusion der Kontrolle Der EU-Asylkompromiss führt nicht zu wesentlich weniger Migration, er vermehrt nur das Unglück an den Außengrenzen. Die Grünen bezahl....

(nord)afrikanischen Staaten den eigenen Willen zu diktieren. Einzelne europäische Länder haben mehr als 300 Rücknahmeabkommen mit Staaten geschlossen, um Migranten wieder loszuwerden mit durchwachsenem Erfolg. Fast 80 Prozent der Abschiebebefehle wurden 2021 in der EU nicht umgesetzt. Auch der gerade heftig umworbene tunesische Staatschef hat wenig Neigung, als Europas gekaufter Grenzpolizist zu gelten.

Die Sortiermaschinen funktionieren manchmal, mal stottern sie, mal fallen sie aus, dann laufen sie wieder auf Hochtouren. Migration ist nur bedingt regulierbar. Sogar die repressive Grenze zwischen Mexiko und den USA, an der Trump brutal Tausende Kinder von ihren Eltern trennte, funktioniert aus US-Sicht nur wie ein mehr oder weniger guter Filter. Auch unter Joe Biden werden Millionen festgenommen, abgewiesen, abgeschoben. Trotzdem leben in den USA mehr als elf Millionen sogenannte illegale Migranten.

In einem hoch vernetzten, weltumspannenden Markt mit extremem Wohlstandsgefälle, in dem Kapital und Waren, Informationen und Datenströme so frei und schnell wie nie zuvor fließen, ist es ein Kinderglaube, dass man Flüchtlinge nach Belieben stoppen und in brauchbare und lästige aufteilen kann. Im globalen Dorf weiß man auch in Ecuador und Nigeria, welche Migrationsrouten gerade funktionieren.

Die Idee, man werde mit dem EU-Kompromiss nun die Zahlen in den Griff kriegen, so CSU-Mann Manfred Weber, hat etwas Einfältiges. Denn wer in Westafrika viel Geld investiert, den Tod in der Sahara und das Ertrinken im Mittelmeer riskiert, sich Schlepperbanden anvertraut, Kriminelle und Frontex einkalkuliert, der wird sich kaum davon abschrecken lassen, dass die EU beschleunigte Verfahren einführt. Dieser Asylkompromiss führt nicht zu wesentlich weniger Migration. Er vermehrt nur das Unglück an den Außengrenzen.

Dieser Asylkompromiss stützt den inneren Zusammenhalt der EU. Das Grenzregime wird, sollte es funktionieren, künftig weniger national und mehr von der EU bestimmt sein. Das ist ein Schritt hin zu einer staatsähnlicheren EU. Europa einigt sich mit sich selbst auf Kosten der Migranten.

Und die Grünen? Die SPD hat ihr Ja zum Asylkompromiss 1993 nicht viel gekostet. Günter Grass trat aus das war zu verschmerzen. Für die Grünen ist die Lage heikler. Denn die realpolitisch motivierte Zustimmung zum Asylkompromiss beschädigt ihr Selbstbild als Partei mit einem privilegierten Zugang zur Moral. Die FDP will mit Freiheit, die Union mit Christlichem, die SPD mit Gerechtigkeit assoziiert werden die Grünen stehen für universelle Moral. Sie sind eine post-na-tio-na-le, globalisierungsaffine Partei. Auch deshalb haben sie eine besondere Nähe zu Flucht und dem Schutz individueller Menschenrechte. Und sind dort verletztlich.

Als staatstragende Partei werden die Grünen wohl zustimmen. Contre c ur und aus Pragmatismus. Pragmatismus aber richtet Schäden an, wo es um Werte geht, die dem politischen Spiel entzogen sein sollten. Die Grünen wird dieses Ja verändern, sie werden normaler und noch mittiger. Eine liberale Partei mit dem handelsüblichen Maß an Doppelmoral.

Der Kompromiss befeuert die Vorstellung, dass man Migration lenken, berechnen, unterdrücken und einer Kontrolle unterwerfen kann

Stefan Reinecke ist Autor im Parlamentsbüro der taz. Seine Schwerpunkte sind die SPD und die Linkspartei.

Load-Date: June 16, 2023

Faeser legt Kehrtwende an der Grenze hin; Nach dem Treffen von Scholz und Merz im Kanzleramt nähern sich Regierung und Union in Fragen der Migrationspolitik an. Auch die Grünen signalisieren Kompromissbereitschaft

taz, die tageszeitung

Dienstag 17. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 5

Length: 682 words

Byline: Cem-Odos Güler, Daniel Bax

Highlight: Nach dem Treffen von Scholz und Merz im Kanzleramt nähern sich Regierung und Union in Fragen der **Migrationspolitik** an. Auch die Grünen signalisieren Kompromissbereitschaft

Body

Aus Berlin Daniel Bax und Cem-Odos Güler

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) hat am Montag stationäre Grenzkontrollen nach Polen, Tschechien und zur Schweiz angekündigt. Außerdem sollen die Kontrollen in Bayern an der Grenze zu Österreich um weitere sechs Monate verlängert werden. Ein entsprechender Antrag sei bei der EU-Kommission eingereicht worden, teilte ihr Ministerium am Montag mit. Damit vollzieht sie eine weitere Kehrtwende in der **Migrationspolitik**. Es dürfte nicht die letzte sein.

Am Freitagabend hatte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mit CDU-Chef Friedrich Merz und Ländervertretern bei einem Abendessen im Kanzleramt über ein gemeinsames Vorgehen beim Thema Migration gesprochen. Alle Seiten nannten die etwa zweistündigen Beratungen anschließend konstruktiv, auch wenn es keine konkreten Ergebnisse gab. Ein Regierungssprecher sagte aber am Montag in Berlin, beide Politiker würden in der Frage viele Punkte ähnlich bewerten.

Zuvor hatten die Bundesländer am Freitag bei einer Ministerpräsidentenkonferenz (MPK) ihre Forderungen an den Bund in der Migrationsfrage formuliert. In einem 15-seitigen Papier verlangten die Länder unter anderem deutlich mehr Geld für die Versorgung von Geflüchteten, schnellere Asylverfahren und die Einführung einer bundesweiten Bezahlkarte, die Asylsuchende anstelle von Geldzahlungen erhalten sollen.

Die Union begrüßte am Montag die Ankündigung der Innenministerin, die Grenzkontrollen auszuweiten: Ein überfälliger Schritt sei das, lobte Bayerns Innenminister Joachim Hermann (CSU) und forderte, dass der Bund auch mehr Polizisten an den Grenzen zur Verfügung stellen müsse. Auch aus der SPD kam am Montag Zustimmung. Brandenburgs sozialdemokratischer Ministerpräsident, Dietmar Woidke, sagte, der jetzige Zustand an

Faeser legt Kehrtwende an der Grenze hin Nach dem Treffen von Scholz und Merz im Kanzleramt nähern sich Regierung und Union in Fragen der Migrationspolitik an.

den Grenzen sei nicht hinnehmbar. Der Staat muss hier handeln. Die stationären Kontrollen können dazu ein wichtiger Beitrag sein.

Scharfe Kritik kam dagegen von Pro Asyl: Grenzkontrollen schrecken Menschen nicht ab, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, erklärte die rechtspolitische Sprecherin der Organisation, Wiebke Judith. Sie sagte, es sei besorgniserregend, dass dort, wo Grenzkontrollen stattfänden, Asylsuchende auch vermehrt zurückgewiesen würden. Das sind illegale Pushbacks an Binnengrenzen, die von der deutschen Bundesregierung nicht toleriert werden dürfen, so Judith.

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Daniel Günther forderte hingegen einen breiteren Schulterschluss zwischen Union und Regierung: Alle Anstrengungen müssen sich in den kommenden Monaten darauf richten, dass die demokratischen Parteien gemeinsam die Handlungsfähigkeit des Staates und der staatlichen Institutionen beweisen, sagte der CDU-Politiker der Welt. SPD-Chefin Saskia Esken bat CDU-Chef Friedrich Merz um konstruktive Mitarbeit: Merz könne als Oppositionsführer im Bund viel dazu beitragen, dass alle dabei mitwirkten, dass die Maßnahmen, die EU, Bund und Länder vereinbart hätten, zügig umgesetzt werden, schmeichelte sie ihm im Handelsblatt.

Die Grünen signalisieren im Ringen um einen härteren Kurs in der Migrationspolitik Kompromissbereitschaft. Seine Partei sei bereit, Kompromisse zu machen, wenn sie den Kommunen helfen, sagte Parteichef Omid Nouripour der Augsburger Allgemeinen. Alle Vorschläge sind willkommen, wenn sie rechtskonform und machbar sind und wenn sie die Kommunen voranbringen.

Während Scholz die von den Ländern am Freitag vorgebrachten Vorschläge nach einer Beschleunigung der Asylverfahren, stationären Grenzkontrollen und einer bundesweit einheitlichen Bezahlkarte für Asylbewerber lobte, gehen diese Forderungen der Union nicht weit genug. CDU und CSU fordern weiterhin unter anderem einen Richtwert für die Aufnahme von Flüchtlingen eine Art Obergrenze und die Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsländer, in die Flüchtlinge leichter abgeschoben werden können.

Bis zu einem Treffen aller Ministerpräsidenten mit Scholz in Berlin am 6. November sollen nun konkrete Lösungen gefunden werden.

Grenzkontrollen schrecken Menschen nicht ab, die vor Krieg und Verfolgung fliehen

Load-Date: October 16, 2023

Asyl an EU-Außengrenze?; Scholz, Faeser und NGOs lehnen Vorstoß von CDU und FDP ab

taz, die tageszeitung

Mittwoch 01. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 334 words

Byline: Ya mur Ekim Çay

Highlight: Scholz, Faeser und NGOs lehnen Vorstoß von CDU und FDP ab

Body

Von Ya mur Ekim Çay

Kurz vor dem Bund-Länder-Gipfel am 6. November, bei dem es um Asylpolitik gehen soll, fordern NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) und der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr Asylverfahren außerhalb Europas durchzuführen. Irreguläre Migration muss beendet werden, damit wir denjenigen Menschen gerecht werden können, die wirklich unsere Hilfe brauchen, weil sie vor Krieg und Vertreibung fliehen, sagte Wüst der Süddeutschen Zeitung. Ähnlich wie beim Flüchtlingsdeal zwischen der Türkei und der EU solle man auch mit Ländern Nordafrikas Vereinbarungen treffen, damit die Verfahren dort stattfinden, mit Schutzgewährung nach rechtsstaatlichen Regeln. Ziel sei es zu verhindern, dass Menschen, die keinen Schutzstatus erwarteten, überhaupt nach Deutschland einreisen. Auch FDP-Mann Dürr erklärte, eine solche Regelung würde Klarheit über den Schutzstatus schaffen und verhindern, dass sich Menschen ohne Perspektive auf die gefährliche Route übers Mittelmeer begeben.

Innenministerin Nancy Faeser nannte am Dienstag auf ihrer Marokkoreise die von ihr geplanten Migrationsabkommen mit einzelnen Herkunftsstaaten zielführender. Auch Kanzler Olaf Scholz erklärt in Accra, man müsse sich fragen, ob Drittstaaten bei solch einer Idee überhaupt kooperieren wollten. Deutlicher wurde Oliver Kulikowski von Sea-Watch, das sich für die Rettung von Menschen im Mittelmeer einsetzt: Wer so was vorschlägt, hat entweder keine Ahnung von der Realität an den Außengrenzen oder nutzt gezielt Begriffe wie Menschlichkeit um die Abschaffung des Rechts auf Asyl voranzutreiben. Wiebke Judith von Pro Asyl erklärte, die Idee sei faktisch ein systematischer Rückzug Deutschlands und Europas aus dem internationalen Flüchtlingsschutz. Solche Vorstöße seien rechtlich kaum umsetzbar und funktionierten auch in der Praxis meist nicht, wie der EU-Türkei-Deal zeige. Europa kann und sollte Menschen aufnehmen und wir sollten die Probleme innerhalb der EU lösen und sie nicht externalisieren.

Load-Date: October 31, 2023

Asyl an EU-Außengrenze? Scholz , Faeser und NGOs lehnen Vorstoß von CDU und FDP ab

End of Document

In Asyldebatten belächelt man uns ; Zum Weltflüchtlingstag diskutiert in Bremerhaven ein Podium über den Zusammenhang von Klima und Migration

taz, die tageszeitung

Montag 19. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 28

Length: 597 words

Byline: Emily Kietsch

Highlight: Zum Weltflüchtlingstag diskutiert in Bremerhaven ein Podium über den Zusammenhang von Klima und **Migration**

Body

das wird

Interview Emily Kietsch

taz: Frau Braun, warum thematisieren Sie zum Weltflüchtlingstag den Klimawandel?

Katherine Braun: Wo es ohnehin Hunger- und Ressourcenkonflikte gibt, verstärkt der Klimawandel bestehende Probleme und Krisen. Der Klimawandel allein führt aber nicht zu Fluchtbewegungen, er steht mit Faktoren wie Ernährungsunsicherheit, kriegesischen Konflikten und Ressourcenknappheit in Wechselwirkung. Dabei gibt es ganz unterschiedliche Gründe zu fliehen. Extremwetterereignisse wie Starkregen oder Hurrikans führen zu einer direkten Vertreibung. Langsam fortschreitende Klimaveränderungen, die langfristig Lebensgrundlagen zerstören, führen zu anderen Formen der **Migration**.

Ist Klimamigration denn definiert?

Eine Definition ist schwierig, das hängt auch von der Art des Wetterphänomens ab. Im Kontext des Klimawandels ist die Unterscheidung zwischen freiwilliger und erzwungener Migration verwischt. In internationalen Kontexten spricht man deshalb von menschlicher Mobilität. Der Begriff führt verschiedene Dimensionen zusammen und weist zugleich auf eine bestehende Schutzlücke hin: Bei dem Begriff Flucht denkt man an die Genfer Flüchtlingskonvention. Aber unter deren Schutz fallen Menschen, die wegen des Klimawandels fliehen, nicht.

Was muss passieren, damit diese Schutzlücke geschlossen wird?

Wenn man die Flüchtlingskonvention ändert, besteht Anlass zur Sorge, dass diese verwässert wird. Daher wäre ein Zusatzprotokoll sinnvoll, das den Schutz von Menschen regelt, die wegen des Klimas fliehen müssen. Bei Abschiebeverboten könnte die Klimakrise im Herkunftsort als Bedrohung für Leib und Leben berücksichtigt werden.

In Asyldebatten belächelt man uns Zum Weltflüchtlingstag diskutiert in Bremerhaven ein Podium über den
Zusammenhang von Klima und Migration

Da gibt es erste Urteile. Wir brauchen aber eine Vielzahl verschiedener Instrumente, auch ganz pragmatische: zusätzliche legale Migrationswege und mehr regionale Abkommen, die Migration zwischen Regionen erleichtert.

Wie meinen Sie das?

Zahlen belegen: Viele Menschen migrieren in die ihnen am nächsten liegende sichere Region, manchmal auch nur vorübergehend, wenn zum Beispiel ein Familienangehöriger für Erntearbeiten oder in Städte migriert. Dafür braucht es Ansätze, die den Menschen ermöglichen, in Würde in ihrer Region zu bleiben, aber auch geschützt migrieren zu können. Wenn legale Wege der Migration fehlen, wählen Menschen lebensgefährliche Routen und sind Menschenrechtsverletzungen und Ausbeutung ausgeliefert.

Haben Sie das Gefühl, dass es überall angekommen ist, dass man Klima und Flucht zusammendenken muss?

In Klimaverhandlungen schon, auch dank der Klimabewegung. In Asyldebatten überhaupt nicht, da belächelt man uns, wenn wir über zusätzliche Schutzmechanismen sprechen. In der Klimadebatte herrscht hingegen noch die Auffassung: Wir müssen die Menschen schützen, sodass sie nicht fliehen müssen. Das ist richtig, aber man darf dann nicht sagen: Darum sollten sie nicht kommen. Um klimabedingte menschliche Mobilität zu adressieren, müssen wir das Silo-Denken loswerden. Verschiedene Politikfelder kommunizieren nicht miteinander, sie widersprechen sich sogar. Während die Entwicklungszusammenarbeit und die Klimapolitik Migration auch als Anpassungsstrategie anerkennen, wird Klimawandel in der Migrations- und Asylpolitik eher als Gefahr für die innere Sicherheit gedeutet. Wir entfernen uns immer mehr von menschenrechtsorientierten Ansätzen. Das macht auch die Reform des europäischen Asylsystems deutlich.

Katherine Braun

46, ist Migrationswissenschaftlerin und Referentin für Flucht und Menschenrechtsfragen bei der Nordkirche.

Filmabend und Podiums-diskussion Brückenschlag : Di, 20. 6., 16 Uhr, Klimahaus Bremerhaven

Load-Date: June 18, 2023

Zugeständnisse der grünen Spitze; Menschenrechte und restriktive Maßnahmen: Auf dem Parteitag ringen Grüne um Geflüchtetenpolitik

taz, die tageszeitung

Dienstag 28. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 545 words

Byline: Sabine am Orde

Highlight: Menschenrechte und restriktive Maßnahmen: Auf dem Parteitag ringen Grüne um Geflüchtetenpolitik

Body

Von Sabine am Orde

Bleich steht Erik Marquardt am späten Samstagabend auf der Bühne in der Karlsruher Messehalle. Tag und Nacht hat er über Formulierungen im Beschlusspapier verhandelt, noch bis kurz vor der Debatte zu Migrations- und Asylpolitik. Marquardt, Europaabgeordneter und Flüchtlingsexperte der Grünen, gehörte der Antragskommission des Bundesparteitags an, er war für den Antrag des Bundesvorstands zu Flucht und Migration zuständig. Ein großer Teil der Delegierten war damit nicht zufrieden, es gab 130 Änderungsanträge.

Bis in letzter Minute wurde versucht, möglichst viele davon zu einen. Der Bundesvorstand sei den Kri-ti-ke-r*in-nen dabei mitunter deutlich entgegengekommen, hört man. Offenbar war die Sorge groß, die Abstimmungen zu verlieren. Marquardt spricht von spannenden und sinnvollen Ergänzungen. Was genau am Ende beschlossen wurde, ging in Karlsruhe allerdings unter, weil vor allem ein Antrag der Grünen Jugend im Fokus stand, der am Ende deutlich scheiterte. Knapp unterlag der Vorstoß, den Titel zu verändern. Aus Humanität und Ordnung sollte Humanität und Menschenrechte werden.

Zahlreiche andere Änderungsanträge der Kri-ti-ke-r*in-nen aber wurden ganz oder in veränderter Form übernommen, inzwischen liegt der Beschluss vor. Einige von ihnen hat Julian Pahlke, heute Bundestagsabgeordneter, früher Seenotretter, eingebracht. Mit dem Beschluss bin ich jetzt sehr zufrieden, sagte er der taz.

Unter dem Titel Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik versucht das Papier weiterhin einen Spagat: Es betont die Menschenrechte und das Streben nach einer humanitären Geflüchtetenpolitik und bekennt sich auch zu restriktiven Maßnahmen. Rausgefallen aus dem Papier ist nun etwa ein Satz, der besagte, dass die Flüchtlingszahlen runter müssen, wenn die Kapazitäten erschöpft sind. Kri-ti-ke-r*in-nen waren der Ansicht, damit werde der rechte Diskurs bedient. Hinzugekommen sind ein klares Bekenntnis zur Seenotrettung, eine Ablehnung des Konzepts der sicheren Herkunftsstaaten und von

Zugeständnisse der grünen Spitze Menschenrechte und restriktive Maßnahmen: Auf dem Parteitag ringen
Grüne um Geflüchtetenpolitik

Abschiebungen von Je-si-d*in-nen in den Irak. Ebenso die Forderung nach einer engen parlamentarischen Kontrolle der europäischen Grenzschutzagentur Frontex auf europäischer und nationaler Ebene.

Thematisiert werden auch die Verhandlungen zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems, kurz GEAS. Dazu heißt es jetzt: Grenzverfahren dürfen nicht dazu führen, dass weiter Haftlager wie Moria an den Außengrenzen entstehen, die die Würde und die Rechte von Schutzsuchenden verletzen. Viele befürchten genau das, wenn sich die Reform durchsetzt. Auch sagen die Grünen zu, auf allen Ebenen für Verbesserungen bei der GEAS-Reform kämpfen. Das Ergebnis soll gemeinsam bewertet werden. Unsere jeweiligen Positionierungen zu den einzelnen Rechtsakten werden wir davon abhängig machen, ob unter dem Strich () Verbesserungen stehen.

Kri-ti-ke-r*in-nen meinen, damit könne am Ende auch ein Nein stehen, auch wenn das wohl eher unrealistisch ist. Die Bundespartei hat sich dafür ausgesprochen, die Rechte von Geflüchteten zu unterstützen, sagt Pahlke. Das ist gerade jetzt wichtig, wenn Konservative das Grundrecht auf Asyl angreifen und mit völkerrechtswidrigen Ideen um sich werfen.

Load-Date: November 27, 2023

End of Document

Willkommen heißen; Eine solidarische Migrationspolitik in Europa ist doch möglich. Darüber haben sich in Brüssel Bürgermeister ausgetauscht. Sie fordern direkte EU-Mittel für Kommunen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 772 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Eine solidarische **Migrationspolitik** in Europa ist doch möglich. Darüber haben sich in Brüssel Bürgermeister ausgetauscht. Sie fordern direkte EU-Mittel für Kommunen

Body

Aus Brüssel Christian Jakob

Während nationale Regierungen immer schärfere Töne gegen **Flüchtlinge** und Mi-gran-t:in-nen anschlagen, halten Kommunen vielfach dagegen. Rund ein Dutzend solcher Kommunen versammelte sich am Dienstag und Mittwoch in Brüssel. Sie fragen: Wie kann die EU Städten helfen, die sagen: Wir haben Platz ? Und wie können diese Städte ihrerseits Einfluss auf die **Migrationspolitik** nehmen?

718 europäische Kommunen, die sich aktiv für eine solidarische **Migrationspolitik** einsetzen zählt die Moving Cities Map , eine von der Robert Bosch Stiftung finanzierte Plattform. Parallel zum Aufstieg der Rechtspopulisten haben sich Kommunen in 14 Netzwerken zusammengeschlossen von den österreichischen Bürgermeistern mit Herz bis zu den Welcoming Territories in Frankreich. Sie weisen darauf hin, dass es fast immer die Kommunen sind, die sich um die Ankommenden kümmern müssen. Doch die politischen Kompetenzen für die Bedingungen, unter denen die **Migration** stattfindet, liegen woanders.

Kroatiens Hauptstadt Zagreb zum Beispiel wird seit 2021 von der links-grünen Partei Mo emo! (Wir können!) regiert. An der Grenze geht die kroatische Nationalregierung voller Gewalt gegen Flüchtende vor, setzt kaum verhohlen auf massenhafte Pushbacks. Die Hauptstadt hingegen hat sich den Leitspruch Stadt der Vielfalt und Integration aller Bürger gegeben. Wir wollen bei der lokale Integrationspolitik weiter gehen als die nationale Regierung, sagt Gordan Bosanac, der seit dem Mo emo! -Überraschungssieg für die Flüchtlingsaufnahme zuständig ist.

Als wir eine Notunterkunft bauen wollten, hieß es, das werde sofort viel mehr Menschen anziehen. Die Stadt ließ sich davon nicht abhalten und errichtete die Unterkunft auf eigene Rechnung. Die Notunterkunft habe sich nicht als Pull-Faktor erwiesen. Doch der Fall zeigt das Grundproblem der liberalen Stadtverwaltungen: Sie haben nur eine

Willkommen heißen Eine solidarische Migrationspolitik in Europa ist doch möglich. Darüber haben sich in Brüssel Bürgermeister ausgetauscht. Sie fordern direkte

sehr begrenzte Zuständigkeit. Integration fällt in die Zuständigkeit der Nationalstaaten. Und die machen sich bisweilen einen schlanken Fuß oder setzen auf demonstrative Härte.

Migration gilt als zentrales Thema nationaler Souveränität , sagt Federico Alagna, der an der Scuola Normale Superiore in Florenz zu kommunaler Migrationspolitik forscht. Auf kaum einem Gebiet versuchen nationale Regierungen stärker ihre Linie durchzusetzen. Wie sollen die Kommunen den Regierungen dafür Spielräume abtrotzen? Umso schwieriger ist dies, weil gerade große Städte oft eher links oder liberal regiert werden und deshalb in Opposition zur Regierung stehen.

Zu hoffen, dass die Leute weggehen ist keine Integrationspolitik , sagte die Vertreterin einer deutschen Großstadt auf der Brüsseler Konferenz in einem nicht öffentlichen Panel. Sie gehen zur Schule, sie finden Jobs. Das müssen wir den Leuten erklären. Denn um die künftigen Bürger müsse man sich bereits heute kümmern. Sonst gibt es mehr Probleme in der Zukunft. Die Kommunen müssen dabei auch mit der Schwierigkeit umgehen, dass den nationalen Regierung ihre progressiven Projekte teils gar nicht so recht sind. Doch nicht nur bei der Frage, wer überhaupt ins Land darf, sondern auch bei jener, wer für diese dann bezahlt, gibt es Konflikte

Janne Grote, Vertreter des Berliner Senats in der International Alliance of Safe Harbours fordert, dass Kommunen leichter direkt Mittel von der EU bekommen ohne den Umweg über die Nationalregierung. Die meisten Menschen ziehen in die Städte und erledigen die Arbeit bei der Aufnahme. Die Städte müssen deshalb viel stärker gehört werden , sagt Grote. In den laufenden Verhandlungen um die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystem sei das aber nicht der Fall.

Mehr Macht den Regionen, den Städten und den Menschen, die dort wohnen auf diese Formel bringt es der italienische Forscher Alagna. Er sieht darin die Chance auf eine Europäisierung von unten .

Der EU-Kommission ist das Problem der begrenzten kommunalen Spielräume im Migrationsbereich bewusst. Doch bis sich etwas ändert, wird es dauern. Der aktuelle Haushalt läuft bis 2027. Ab 2025 wird über den Haushalt ab 2028 diskutiert. Dann wird das Thema sicher auf dem Tisch landen , sagt Anna Schmidt, die bei der Brüsseler Kommission für Migration- und Asylpolitik zuständig ist. Einstweilen ermutige die Kommission die nationalen Regierungen, regionale und kommunale Stellen bei der Mittelverteilung einzubeziehen, sagte eine Kollegin Schmidts. Geschehe das, übernehme Brüssel bis zu 95 statt sonst nur 70 Prozent der Kosten bewilligter Projekt aus dem EU-Asylfonds AMIF.

Große Städte werden oft links oder liberal regiert, National-regierungen sind eher konservativ

Load-Date: October 11, 2023

Europas Türsteher in Afrika; Die EU will in der Migrationspolitik enger mit Tunesien kooperieren. Heißt: Brüssel schickt Geld, damit Tunis die Menschen von der Flucht übers Mittelmeer abhält. Dabei steckt in dem nun unterzeichneten Deal wenig Neues und das hat einen Grund

taz, die tageszeitung

Dienstag 18. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 978 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Die EU will in der Migrationspolitik enger mit Tunesien kooperieren. Heißt: Brüssel schickt Geld, damit Tunis die Menschen von der Flucht übers Mittelmeer abhält. Dabei steckt in dem nun unterzeichneten Deal wenig Neues und das hat einen Grund

Body

Von Christian Jakob

Das Schlimmste kommt zum Schluss nach diesem Motto haben die Unterhändler der EU und Tunesiens ihre Absichtserklärung in Sachen Migration offenkundig verfasst, das am Sonntag unterzeichnet wurde. Seitenlang ist darin von Versprechen die Rede: Investitionen, bessere Flugverbindungen, neue Ausbildungshilfen, grüne Transformation und schnelles Internet per Glasfaserkabel. Erst dann geht es ums eigentliche Thema Migration und was Tunesien tun soll, um diese nach Europa zu verhindern.

Wir haben ein gutes Paket. Jetzt ist es Zeit, es umzusetzen, sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen nach dem Treffen in der tunesischen Hauptstadt. Mit dabei hatte sie die Regierungschefs von Italien und der Niederlande, Giorgia Meloni und Mark Rutte. Tunesiens Präsident Kais Saied sprach mit Blick auf die toten Flüchtlinge im Mittelmeer und in der Wüste von einer unmenschlichen Situation, die im Kollektiv gelöst werden müsse.

Räumt man die wohlklingenden diplomatischen Formeln beiseite, sieht der Migrationsdeal zwischen EU und Tunesien Folgendes vor: Das nordafrikanische Land soll erstens Flüchtlinge daran hindern, überhaupt ans Mittelmeer zu gelangen. Zweitens soll es unterbinden, dass von seinen Küsten Boote Richtung Italien ablegen. Drittens soll Tunis Boote auf See aufhalten und die Insassen nach Tunesien zurückbringen auch Schiffbrüchige, genau wie die libysche Küstenwache. Viertens soll es dabei helfen, die Aufgehaltenen in ihr Herkunftsland zurückzubringen wohl gemeinsam mit der UN-Migrationsagentur IOM. Und schließlich, fünftens, soll es eigene Bürger:innen, denen die Abschiebung aus der EU droht, schneller und unkomplizierter zurücknehmen.

Europas Türsteher in Afrika Die EU will in der Migrationspolitik enger mit Tunesien kooperieren. Heißt: Brüssel schickt Geld, damit Tunis die Menschen von der F....

Bereits vor ihrem letzten Besuch im Juni hatte von der Leyen aus dem Außenpolitischen Instrument (NDICI) der EU dafür Geld als Gegenleistung bereitgestellt: 105 Millionen Euro für Migration sowie 150 Millionen Euro für Grenzmanagement und Schmuggelbekämpfung. Zudem könnte Tunesien über mehrere Jahre Kredite über insgesamt 900 Millionen Euro bekommen.

Es kommt nicht von ungefähr, dass die europäische Seite am Sonntag die Umsetzung so sehr betonte. Denn das nun umrissene Maßnahmenpaket enthält kaum Neues. Fast alles darin findet sich so oder ähnlich in Vereinbarungen, die Italien, die EU und andere EU-Staaten in der Vergangenheit mit Tunesien getroffen hatten. Schon im 1998 in Kraft getretenen Assoziierungsabkommen waren der Kampf gegen irreguläre Migration und mehr Abschiebungen von Tu-ne-sie-r*in-nen vorgesehen. Aktions-pläne, eine privilegierte Partnerschaft, eine Mobilitätspartnerschaft, ein von Deutschland aufgebautes Beratungszentrum für arbeitssuchende Abgeschobene und viele Millionen Euro aus dem 2016 aufgelegten EU-Nothilfefonds für Afrika folgten. Immer ging es dabei auch um Tunesiens Dienste als Türsteher.

Nur fielen diese zuletzt nicht mehr so aus, wie die Europäer sich das vorstellten. Laut den jüngsten verfügbaren Zahlen waren von Januar bis Mai 2023 rund 51 Prozent aller in Italien ankommenden Flüchtlinge in Tunesien gestartet. Etwa jeder siebte der Ankommenden war selbst tunesischer Staatsbürger. Vor allem Italiens rechtsextreme Regierungschefin Meloni steht deshalb unter Druck: Sie hatte mit dem Versprechen, die Flüchtlingszahlen zu senken, im Herbst 2022 die Wahl gewonnen. Stattdessen sind seit ihrem Amtsantritt so viele Flüchtlinge nach Italien gelangt wie seit mehreren Jahren nicht.

Tunesien ist durch seine geografische Lage und seine vergleichsweise stabile und prowestliche Führung seit Langem einer der Wunschpartner der EU in Sachen Migrationskontrolle. Bis zum Sturz des Diktators Ben Ali während des Arabischen Frühlings 2011 hatte das Land einschlägig und zuverlässig kooperiert: Ben Ali hatte es den eigenen Staats-bür-ge-r*in-nen per Gesetz verboten, ohne EU-Visum auf dem Seeweg nach Italien zu reisen. Seine Polizei setzte das Verbot durch und stellte auch sicher, dass keine Menschen aus anderen Teilen Afrikas Tunesiens Küsten nutzten, um Richtung Europa abzulegen.

Nach der Revolution aber wurde der Druck aus der Zivilgesellschaft groß, sich nicht länger als Türsteher der Europäer herzugeben. Seither ist die Linie der wechselnden Regierungen in dieser Frage ambivalent. Auf der einen Seite ließ sie sich etwa ab 2016 aus Deutschland mit Hightech-Grenzzäunen und Trainings für Grenzschrüter beim BKA in Wiesbaden, deutschen Experten vor Ort, einem grenzpolizeilichen Verbindungsbeamten, Bodenaufklärungssystemen, Wärmebildkameras und Radarsystem aufrüsten. All dies sollte nicht nur gegen Migrant:innen, sondern auch beim Kampf gegen islamistische Gruppen helfen.

Doch gleichzeitig schwankte der Grad, in dem Tunesien sich Europa verpflichtet fühlte und Flüchtlinge stoppte und erodierte zuletzt so sehr, dass es Nachbarland Libyen als Haupt-Transitstaat ablöste. Das soll, wenn es nach der EU geht, mit dem neuen Abkommen anders werden auch, weil Tunesien durch seine desolate Wirtschaftslage zu Zugeständnissen gezwungen ist.

Die Regierung in Tunis weigert sich derweil kategorisch, die von der EU schon ab 2018 so dringend geforderten Zentren für europäische Asyl(vor)verfahren auf seinem Territorium zuzulassen. Oder wie Marokko oder die Türkei aus anderen Ländern stammende abgelehnte Asylbewerber aus der EU zurückzunehmen. Sie fürchtet, dass diese Menschen am Ende im Land bleiben würden.

Tunesien bekräftigt seine Position, kein Land zu sein, das der Ansiedlung von Migrant:innen mit irregulärem Status ist, heißt es deshalb auch in der Vereinbarung vom Sonntag etwas sperrig. In Tunis ahnt man, dass hier bald weiter Druck gemacht wird: Der Migrationsbeauftragte der Bundesregierung, der FDP-Politiker Joachim Stamp, hat europäische Asylverfahren in Nordafrika als klare politische Priorität benannt.

Wir haben ein gutes Paket. Jetzt ist es Zeit, es umzusetzen

eu-migrationspolitik

Europas Türsteher in Afrika Die EU will in der Migrationspolitik enger mit Tunesien kooperieren. Heißt: Brüssel schickt Geld, damit Tunis die Menschen von der F....

Load-Date: July 17, 2023

End of Document

Tausende für das Recht auf Asyl; Am Sonntag gab es bundesweit Proteste gegen die GEAS-Pläne

taz, die tageszeitung

Montag 27. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 462 words

Byline: Uta Schleiermacher

Highlight: Am Sonntag gab es bundesweit Proteste gegen die GEAS-Pläne

Body

Gleich der erste Redner attackiert die Grünen: Wir brauchen keine Humanität und Ordnung, sagt Tareq Alaows zum Auftakt der Stop-GEAS-Demonstration in Berlin – das sind die Schlagworte, mit denen die Grünen auf ihrem Parteitag gerade über die Asylpolitik diskutieren. Was wir brauchen ist eine Rückkehr zum normalen Zustand, ruft der flüchtlingspolitische Sprecher von Pro Asyl. Denn es sei nicht normal, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken und Frontex von oben mit Drohnen zuschaut, dass Menschen zwischen Grenzen festsitzen oder dass Familien getrennt werden.

Rund 1.000 Menschen sind Sonntagmittag zur Demonstration auf den Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg gekommen, um von dort zur Parteizentrale der SPD zu ziehen. Kundgebungen und Aktionen gab es zeitgleich auch in Kiel, Bremen, Bielefeld, Dresden, Marburg, Köln, Mainz, Nürnberg und Würzburg. Tausende Menschen demonstrieren nach Angaben der Initiative Stop GEAS damit am Sonntag bundesweit für das Recht auf Asyl. Sie wollen, dass die Bundesregierung ihre Migrationspolitik an den Menschenrechten ausrichtet und dass das Europäische Parlament sich der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) widersetzt.

Im GEAS sind Mindeststandards zu Asylverfahren und zum Umgang mit Asylsuchenden in der EU festgelegt. Voraussichtlich noch vor der Europawahl im kommenden Mai sollen die Neuerungen im EU-Parlament beschlossen werden. Initiativen und flüchtlingspolitische Gruppen warnen davor, dass mit den GEAS-Plänen das Asylrecht in der EU verschärft und ausgehöhlt wird. Sie befürchten Menschenrechtsverletzungen und ein faktisches Ende des individuellen Grundrechts auf Asyl.

In Museen hier in Berlin werden Menschen für Fluchthilfe geehrt, sagt eine Rednerin von SOS Humanity in Berlin. Heute dagegen werden Geflüchtete und ihre Helfer systematisch kriminalisiert. Mit ihren GEAS-Plänen wolle die EU sogenannte irreguläre Migration einschränken und Schleuser bekämpfen. Aber es gibt keine legalen Fluchtwege, kritisiert sie.

Tausende für das Recht auf Asyl Am Sonntag gab es bundesweit Proteste gegen die GEAS-Pläne

Menschen stünden als Schleuser vor Gericht, weil sie in der Nähe des Schiffsmotors saßen, sagt sie. Bald könnten auch in Deutschland Menschen für Seenotrettung vor Gericht stehen , fürchtet sie Grundlage dafür biete die geplante Änderung des Aufenthaltsgesetzes, die der Bundestag noch bestätigen muss.

Das Bundesinnenministerium weist das bisher von sich. Im Fall einer Übergabe an die Behörden sind die Personen formal nicht eingereist, sodass eine beabsichtigte Umgehung der Einreisekontrolle nicht vorliegt , heißt es dort. Die Stop-GEAS-Kampagne überzeugt das nicht. Wir unterstützen die Kämpfe der Menschen auf der Flucht , sagt Alaows. Die Parlamente sollten sowohl die GEAS-Pläne als auch die Ausweitung des Schleuser-Paragrafen ablehnen. Uta Schleiermacher

Load-Date: November 26, 2023

End of Document

Unkontrollierte Migration im Kabinett Sunak; Großbritanniens Anlauf, die Asylpartnerschaft mit Ruanda zu retten, stürzt die konservative Regierung in die Krise. Der für Migration zuständige Staatsminister tritt zurück

taz, die tageszeitung

Freitag 08. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 635 words

Byline: Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Highlight: Großbritanniens Anlauf, die Asylpartnerschaft mit Ruanda zu retten, stürzt die konservative Regierung in die Krise. Der für Migration zuständige Staatsminister tritt zurück

Body

Aus London Daniel Zylbersztajn-Lewandowski

Großbritanniens Premierminister Rishi Sunak sieht sich mit einer Regierungskrise konfrontiert, direkt nach der Unterzeichnung einer neuen Asylpartnerschaft mit Ruanda. Am Mittwochabend trat der für das Thema zuständige Staatsminister für Einwanderung, Robert Jenrick, zurück. Er stellte sich damit gegen seinen Chef, Innenminister James Cleverly, der am Dienstag in Ruanda den neuen Deal vorgestellt und am Mittwoch einen Gesetzentwurf im Schnellverfahren zu seiner Umsetzung präsentiert hatte.

Der Gesetzentwurf soll die mit Ruanda vereinbarte Abschiebung von ohne Erlaubnis eingereisten Asylsuchenden, vor allem von jenen, die mit Booten von Frankreich den Ärmelkanal überquert haben, auf eine rechtlich unanfechtbare Grundlage stellen. Es erklärt Ruanda zum sicheren Drittstaat und macht es unmöglich, dies prinzipiell juristisch anzufechten. Schon auf der ersten Seite verlautbart Innenminister James Cleverly allerdings, er könne keine Zusicherung abgeben, dass das Gesetzeswerk mit der europäischen Menschenrechtskonvention konform sei.

Denn vorgesehen ist, dass Gerichte bei Abschiebungen nach Ruanda nicht auf die britische Menschenrechtsgesetzgebung aus dem Jahr 1998 oder die UN-Flüchtlingskonvention von 1951 zurückgreifen können. Damit soll dem Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in Straßburg die Grundlage genommen werden, Abschiebungen per einstweilige Verfügung zu unterbinden, wie es im Juni 2022 geschehen war.

Doch Robert Jenrick schien all das immer noch nicht robust genug. Klagen und Berufungsverfahren seitens von Abschiebung bedrohten Personen würden damit nicht verhindert, behauptete er. Premierminister Sunak habe seine Einwände ignoriert, schrieb er in seiner auf X, früher Twitter, veröffentlichten Rücktrittserklärung. Stattdessen hätten

Unkontrollierte Migration im Kabinett Sunak Großbritanniens Anlauf, die Asylpartnerschaft mit Ruanda zu retten, stürzt die konservative Regierung in die Krise.

er und Mitstreiterinnen wie die ehemalige Innenministerin Suella Braverman einen Ausstieg aus der europäischen Menschenrechtskonvention gefordert.

Braverman hatte zufällig just am Mittwoch, kurz bevor Cleverlys neuer Gesetzentwurf publik wurde, ihre Abschiedsrede im Unterhaus gehalten, wie es aus dem Amt scheidenden Regierungsmitgliedern zusteht. Darin hatte sie die Politik Sunaks erneut öffentlich kritisiert und gesagt, dass die Tories bei den nächsten Wahlen abgestraft werden würden, sollte der neue Gesetzentwurf zu Ruanda nicht greifen.

Premierminister Sunak konterte in seiner Antwort gegenüber Jenrick, dass dieser die Lage fundamental missverstanden habe. Die ruandische Regierung habe nämlich eindeutig klargemacht, dass sie sich nicht an dem Abschiebungsprogramm beteiligen werde, wenn dieses als Bruch internationaler Verpflichtungen verstanden werden könnte.

Der ruandische Außenminister Vincent Biruta bestätigte dies. Das führte zu einer sofortigen scharfen Polemik der Labour-Schatteninnenministerin Yvette Cooper. Das Einzige, was die britische Regierung nun davon abhält, internationales Recht zu ignorieren, ist die Regierung Ruandas! , meinte sie.

Der Gesetzesentwurf soll ab kommendem Dienstag im Parlament behandelt werden. Ob er unverändert verabschiedet wird, ist nicht gesichert, denn parlamentarischer Widerstand ist garantiert. Die britische Flüchtlingsorganisation Refugee Council bezeichnete den Gesetzesentwurf auf X als beschämend. Er behandle Flüchtlinge wie menschliche Fracht.

Premierminister Rishi -Sunak verteidigte sein Vorgehen am Mittwoch noch einmal vehement auf einer Pressekonferenz. Er werde nicht zulassen, dass ausländische Gerichte entscheiden, was Großbritannien darf, sagte er. Doch der rechte Flügel seiner Partei bleibt ebenfalls dabei, dass Sunak nicht entschlossen genug agiere. Die oppositionellen Liberaldemokraten und Grünen forderten vorgezogene Neuwahlen.

Dem abgetretenen Jenrick geht die Ruanda-Abschiebe-politik nicht weit genug

Load-Date: December 7, 2023

Den Leuten ist halt das Hemd näher als der Rock ; Nicht nur sinkende Umfragewerte offenbaren: Die Grünen haben schon bessere Zeiten erlebt. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann über die Fehler seiner Partei in Sachen Migration und Heizungsgesetz und welche Lehren sie daraus ziehen sollte

taz, die tageszeitung

Montag 13. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1541 words

Byline: Benno Stieber, Peter Unfried

Highlight: Nicht nur sinkende Umfragewerte offenbaren: Die Grünen haben schon bessere Zeiten erlebt. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann über die Fehler seiner Partei in Sachen Migration und Heizungsgesetz und welche Lehren sie daraus ziehen sollte

Body

Interview Benno Stieber und Peter Unfried

taz: Herr Ministerpräsident, Bund und Länder haben sich jüngst auf einen Migrationspakt geeinigt. Sie haben den Vorschlag der CDU-regierten Länder für Asylverfahren in Drittstaaten mit eingebracht. Glauben Sie wirklich daran, dass das human und wirkungsvoll sein kann?

Winfried Kretschmann: Ich halte das nicht für den zentralen Punkt unserer Einigung. Das können Sie ja schon an der Formulierung erkennen. Wir haben einen Prüfauftrag formuliert und klar betont, dass die rechtlichen Standards der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Menschenrechtskonvention bindend sind. Für mich steht im Zentrum: Wir haben mit unserem Beschluss einen breiten demokratischen Konsens erreicht und einen ganz wichtigen Schritt zu mehr Ordnung in der Migrationspolitik gemacht.

Werden Ihnen und Habeck die eigenen Leute auf dem Parteitag folgen?

Erstens: Diese Idee ist ja nicht neu, sie ist bereits im Koalitionsvertrag der Ampel formuliert. Die Partei ist dem also bereits gefolgt. Zweitens: Ich habe selbst betont, dass ich mit Blick auf die Umsetzung skeptisch bin, weil sie voraussetzungsreich und hochkomplex ist. Warum kann es trotzdem lohnenswert sein, sich dieser Idee zu öffnen? Wir sprechen von Humanität und Ordnung. Und wenn wir mehr Humanität wollen, müssen wir das Sterben auf dem Mittelmeer beenden. Und wir sollten uns in einer solch schwierigen Situation Ideen nicht von vornherein verschließen.

Den Leuten ist halt das Hemd näher als der Rock Nicht nur sinkende Umfragewerte offenbaren: Die Grünen haben schon bessere Zeiten erlebt. Baden-Württembergs Min....

Falls sich die Partei darüber zerstreitet: Hat es Potenzial, die Grünen wieder zurück in die Nische zu katapultieren?

Wir haben meiner Ansicht nach einen klaren Kurs mit der Zustimmung zur europäischen Einigung GEAS eingeschlagen und mit dem Migrations-paket 2 bestätigt. Das wird jetzt mit dem Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz weitergeführt. Insofern sehe ich uns in der Breite da auf einem guten Weg. Ich habe diesen Kurs im gemeinsamen Gastbeitrag mit Ricarda Lang ja kürzlich auch nochmals skizziert.

In Hessen wird dieser Pragmatismus gerade nicht belohnt. Boris Rhein will mit der SPD regieren.

Ich muss sagen: Dass wir ausgerechnet in Hessen mit einem höchst pragmatisch agierenden Landesverband aus der Regierung fliegen, das ist schon extrem bitter. Und das muss uns als Partei wachrütteln. Der Kurs in der Migrationspolitik ist da ganz entscheidend: Runter von der Bremse bei der Eindämmung der irregulären Migration.

Manche in Ihrer Partei nennen das Abschottung.

Das ist doch Unsinn. Ohne Ordnung herrscht das Recht des Stärkeren. Humanität kann es nur in der Ordnung geben. Asyl heißt: Wer verfolgt wird, kann herkommen. Das heißt aber doch auch: Wer nicht verfolgt wird, kann eben über das Asylrecht nicht kommen, sonst wird das Asylrecht ausgehöhlt. Man braucht doch kein Asylrecht, wenn jeder kommen und bleiben kann, wie er möchte. Wir müssen die irreguläre Migration begrenzen, sonst kommt das Asylrecht unter die Räder. Wenn die Grüne Jugend jetzt von Abschottung redet, kann man nur fragen: Wo leben die denn? Wir haben gerade eine Million ukrainische Flüchtlinge aufgenommen. Das ist das Gegenteil von Abschottung.

Was ist es dann?

Es ist die Voraussetzung, damit die, die wirklich Schutz brauchen, aufgenommen, untergebracht und integriert werden können. Wir sind in einer Überlast. Die Kommunen sind schlichtweg überfordert. Von den Geflüchteten 2015 haben wir etwa 60 Prozent in Arbeit und damit auch 40 Prozent im Sozialsystem. Das heißt, mit jedem Schwung von Geflüchteten bleibt ein Sockel. Es ist klar, dass man irgendwann überlastet ist. Das Asylrecht ist eine wichtige zivilisatorische Errungenschaft. Diese müssen und werden wir erhalten. Außerdem öffnet die Bundesregierung ja jetzt wirklich die Korridore für reguläre Einwanderung. Das klar zu trennen ist zentral, wenn wir die Akzeptanz für Flüchtlinge erhalten wollen.

Kritiker sagen, alle beschlossenen Maßnahmen bringen nichts, und das zahle dann auch wieder auf das Konto der Rechten ein.

Es geht doch erst mal darum, die Situation anzuerkennen. Und dafür muss meine Partei klären, ob sie überhaupt Begrenzung will. Die, die das nicht wollen, sagen meist, ihr bedient rechte Narrative. Die anderen sagen, es bringt nichts.

Und Sie?

Ich glaube, das sind viele Bausteine, die zusammen was bringen. Es ist richtig, dass es den einen Hebel nicht gibt und wir die großen Fragen nur europäisch lösen können, deshalb ist die GEAS-Reform zum europäischen Asylsystem so zentral. Aber in dieser schwierigen Lage müssen wir bereit sein, auch kleine Hebel zu ziehen. Zum Beispiel die Bezahlkarte statt Bargeld. Das ist keine Abkehr von der Humanität. Aber wir reduzieren den Anreiz für irreguläre Migration. Wenn wir nichts tun in dieser Frage, dann entsteht der Eindruck, der Staat ist handlungsunfähig. Das ist die allergefährlichste Botschaft überhaupt! Das treibt die Menschen zu den Rechten.

Die Umfragewerte Ihrer Partei gehen im Bund wie in Baden-Württemberg zurück. Sehen die Wähler die Grünen als Schönwetterpartei, die man nicht mehr wählt, wenn es ernst wird?

Das könnte man meinen, aber es ist doch erstaunlich; denn wir haben als Partei in den letzten Monaten Enormes geleistet: Wenn man sieht, mit welcher Wucht die Außenministerin in der Ukraine Krise agiert hat als Partei, die aus der Friedensbewegung entstanden ist und Robert Habeck in der Energiekrise Gas in Katar gekauft und LNG-

Den Leuten ist halt das Hemd näher als der Rock Nicht nur sinkende Umfragewerte offenbaren: Die Grünen haben schon bessere Zeiten erlebt. Baden-Württembergs Min....

Terminals gebaut. Beide haben höchst entschlossen und klar agiert, und wir sind gut über den Winter gekommen. Das widerspricht dieser These. Aber es scheint trotzdem so zu sein.

Wie kann Ihre Partei Vertrauen zurückgewinnen?

Wir müssen Lehren aus den letzten Monaten ziehen und zeigen, dass wir Politik mit Augenmaß und Pragmatismus machen können. In der Klimapolitik müssen wir klar in den Zielen, aber offen in den Wegen sein. Da nutzt es nichts, wenn man sagt: Die Wissenschaft sagt uns aber, das ist ganz dringlich.

Warum nicht? Ist das für die Leute schon zu komplex?

Den Leuten ist halt das Hemd näher als der Rock, das ist evolutionäre Prägung. Die Leute haben weniger Angst vor der nächsten Flutkatastrophe als vor der Finanzierung der nächsten Heizung. Deshalb ist der Satz Wir müssen die Menschen mitnehmen eben keine leere Floskel.

Was hat die Grünen genau zurückgeworfen?

Ich fang andersrum an: Wir waren immer dann stark, wenn wir uns als Partei erkennbar was zugemutet haben vom Kosovokrieg bis zum Kohlekompromiss. Beim Heizungsgesetz hat sich das umgekehrt. Da ist bei vielen am Anfang das Gefühl entstanden: Es wird über uns hinweg entschieden. Man verliert dann erst mal Vertrauen. Das sieht man an den Kompetenzzuschreibungen, sogar bei der Klima-politik.

Hätte man beim Gebäudeenergiegesetz mehr aufs Volk hören müssen?

Ja. Das ist ja jetzt auch bei allen angekommen. Von der Anlage her kommt bei uns Grünen oft auch ein Moment großer Staatsgläubigkeit dazu. Aber wir leben in einer sozialen Markt-wirtschaft. Kein staatliches Konzept kann so innovativ sein wie ein Markt, in dem Tausende von Menschen Ideen haben. Da braucht man eher Preis-signale, um das zu lenken. Es geht darum, dass wir ein kopierfähiges Modell von klimafreundlichem Wohlstand und erfolgreichem nachhaltigem Wirtschaften entwickeln, das andere Länder übernehmen, weil sie sehen, dass es funktioniert.

Sie haben sich in der Unterstützung von Wirtschaftsminister Habeck beim Heizungsstreit sehr zurückgehalten.

Entscheidend war die Korrektur, die er gemacht hat, die verbindliche Wärmeplanung der Kommunen: Das haben wir in Baden-Württemberg schon sehr früh auf den Weg gebracht. Dabei ist es nicht so, dass wir den Menschen in Baden-Württemberg nicht auch Ordnungspolitik zumuten. Wir haben im ersten Schritt eine Photovoltaikpflicht für Nichtwohngebäude eingeführt und im zweiten Schritt für Wohnneubauten und für Bestandsgebäude bei grundlegenden Dachsanierungen. Es gab da nur ein leises Grummeln, aber keinen Protest, weil es ein klar umgrenzter Eingriff ist mit überschaubaren Kosten. Wir haben seitdem einen steilen Anstieg an Photovoltaik.

Die grüne Sprechformel lautet neuerdings, man habe jetzt so viel in so kurzer Zeit gemacht, man müsse das Zitat Habeck einwirken lassen . Ist das nur eine Umschreibung für Kapitulation?

Sehe ich nicht so. Politik ist die Kunst des Möglichen. Es ist also sehr weise, das anzuerkennen. Ich glaube, dass wir den Leuten zurzeit offensichtlich auf die Nerven gehen. Die Leute haben das Gefühl, wir sagen ihnen, wie sie heizen sollen, wie sie sich fortbewegen sollen, wie sie essen sollen, und wir sagen ihnen zum Schluss sogar, wie sie reden dürfen und wie nicht.

Das Narrativ der Grünengegner.

Ja und das geht den Leuten einfach auf den Zeiger. Darum bin ich ganz der Meinung von Robert Habeck: Wichtige Dinge haben wir jetzt klima-politisch eingeleitet, und entscheidend ist, dass wir uns nicht im Klein-Klein verzetteln, sondern die Dinge kraftvoll an-packen, die richtig viel bringen. Ob wir jetzt innerdeutsch fliegen oder nicht, ist -größenordnungsmäßig einfach ir-relevant. Wir müssen Wind-räder bauen, wir müssen Photovoltaik auf die

Den Leuten ist halt das Hemd näher als der Rock Nicht nur sinkende Umfragewerte offenbaren: Die Grünen haben schon bessere Zeiten erlebt. Baden-Württembergs Min....

-Dächer bringen, wir müssen schnell aus der Kohlekraft aussteigen, und wir müssen grüne Technologie massiv vorantreiben, die Produktion res-sourcen- und energieeffizienter hinkriegen.

In der Klimapolitik klar in den Zielen, aber offen in den Wegen sein

Load-Date: November 12, 2023

End of Document

Bidens Problem im Süden; An der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze werden immer mehr Familien, die die Grenze illegal überqueren, festgenommen. Derweil beginnt der US-Wahlkampf und Migration ist ein wichtiges Thema

taz, die tageszeitung

Montag 04. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 618 words

Byline: Hansjürgen Mai

Highlight: An der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze werden immer mehr Familien, die die Grenze illegal überqueren, festgenommen. Derweil beginnt der US-Wahlkampf und Migration ist ein wichtiges Thema

Body

Aus Washington Hansjürgen Mai

Rekord an der mexikanisch-US-amerikanischen Grenze: Im vergangenen Monat wurden dort mehr Familien, die versuchten, illegal in die USA zu gelangen, aufgegriffen als je zuvor. Aus vorläufigen Zahlen der US-Grenzschutzbehörde CBP geht hervor, dass Familien im August zum ersten Mal im Laufe der Amtszeit von US-Präsident Joe Biden die größte demografische Gruppe der an der Grenze Festgenommenen waren. Wie die US-Zeitung Washington Post berichtet, wurden im vergangenen Monat mindestens 91.000 Menschen, die Teil einer Familieneinheit waren, von US-Grenzschützern verhaftet.

Der alte Rekord aus der Amtszeit von Bidens Amtsvorgänger Donald Trump wurde damit um mehrere Tausend übertroffen. Im Mai 2019 wurden etwas weniger als 85.000 Familienmitglieder an der Grenze verhaftet.

Für Biden stellen die steigenden illegalen Einwanderungszahlen vor allem im Hinblick auf die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr ein Problem dar. Immigrationsgesetze, die seit mehreren Jahrzehnten nicht mehr angepasst worden sind, und eine verschärfte Asyl- und Flüchtlingspolitik tragen paradoxerweise zum Anstieg der illegalen Einwanderung bei.

Ex-Präsident Trump nutzte den wachsenden Unmut gegen Migranten und Geflüchtete im Land, um 2016 die Präsidentschaftswahlen für sich zu entscheiden. Auch im aktuell beginnenden Wahlkampf werfen Trump und seine republikanischen Konkurrenten um das Amt des Präsidentschaftskandidaten mit Anti-Immigrations-Parolen um sich. Einige wollen sogar das US-Militär zur Grenzsicherung einsetzen, um damit den Strom von Migranten und illegalen Drogen, wie sie sagen, zu stoppen.

Bidens Problem im Süden An der mexikanisch- US -amerikanischen Grenze werden immer mehr Familien, die die Grenze illegal überqueren, festgenommen. Derweil begin....

Wenn Drogenhändler Fentanyl über die Grenze schmuggeln, dann wird es das Letzte, was sie getan haben. Wir werden Gewalt anwenden und sie eiskalt töten , sagte etwa der republikanische Gouverneur Floridas, Ron DeSantis, während der ersten TV-Debatte im Vorwahlkampf im vergangenen Monat. Der 44-Jährige konkurriert unter anderem mit Trump um die Position des republikanischen Präsidentschaftskandidaten.

Doch auch die demokratische Regierung von Biden hat sich in den vergangenen Jahren in Sachen Immigrations- und Asylpolitik nicht mit Ruhm bekleckert: Der aus der Trump-Zeit übernommene sogenannte Title 42 endete trotz Protesten von Menschenrechtsorganisationen erst im Mai dieses Jahres. Die Regelung, die aufgrund der Coronapandemie geschaffen wurde, vereinfachte die Abschiebung von illegal Eingereisten. Menschenrechtsorganisationen hatten der Regierung Biden vorgeworfen, sie als Mittel, illegale Einwanderung zu drosseln, zu missbrauchen.

Nach dem Ende von Title 42 führte die Regierung neue Verordnungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik ein. Laut US- und internationalem Recht kann jeder, der in die USA gelangt, Asyl beantragen. In der Vergangenheit dauerte es aber oft Jahre, bis ein Gericht eine Entscheidung bezüglich des Asylantrags traf. Die neuen Regeln besagen nun: Nur Personen, die sich bereits vor dem Betreten von US-Boden online oder per App angemeldet haben oder zunächst in einem Transitland Asyl beantragt haben, haben weiterhin ein Recht auf Asyl.

Interessengruppen haben Klage gegen diese Verschärfung eingereicht. Diese durchläuft derzeit die Gerichte. Bis das geklärt ist, kommen die neuen Regeln, die von Gegnern als Asylverbot bezeichnet werden, aber zur Anwendung. Nach einem anfänglichen Rückgang der illegalen Einwanderungszahlen sind diese in den vergangenen beiden Monaten wieder deutlich angestiegen.

Die US-Regierung versucht, die Lage an der Grenze unter Kontrolle zu bringen und den Republikanern damit den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Leidtragenden sind die, die auf der Suche nach dem American Dream ihr Leben aufs Spiel -setzen.

Load-Date: September 3, 2023

Schikanen ohne Ende; Kommentar von Daniel Bax zum Migrationsgipfel von Bund und Ländern

taz, die tageszeitung

Mittwoch 08. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 429 words

Byline: Daniel Bax

Body

Kommentar von Daniel Bax zum Migrationsgipfel von Bund und Ländern

Die Union überzieht. Dass die Verhandlungen zwischen Bund und Ländern in der Nacht zu Dienstag neun Stunden dauerten, lag auch an den ständig neuen asylpolitischen Forderungen der Union, mit denen sie die Bundesregierung vor sich her trieb. Da nützte es nichts, dass sich einige SPD-Politiker schon vorausseilend für Asylverfahren außerhalb der EU ausgesprochen haben – ein menschenrechtlich fragwürdiges Unterfangen. Die Unions-Länder packten das Thema trotzdem auf den Verhandlungstisch, auch wenn es für die Kommunen kaum relevant ist.

Viel bedeutsamer ist das Geld. Bei dieser zentralen Frage für die Kommunen gab es am Ende einen Kompromiss: Pro Asyl-be-wer-be-r*in werden sie vom Bund ab nächstem Jahr 7.500 Euro erhalten. Dieser atmende Deckel wird den Kommunen tatsächlich helfen, Geflüchtete angemessen unterzubringen. Alle anderen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Zahl der Asyl-be-wer-be-r*in-nen zu senken, sind dagegen zweitrangig, denn ob sie die gewünschte Wirkung entfalten, ist fraglich.

Die fortgesetzten Kontrollen an den deutschen Grenzen werden niemanden davon abhalten, sich auf den Weg zu machen, genauso wenig wie der Beschluss, Flüchtlingen erst nach drei Jahren reguläre Sozialhilfesätze zu gewähren oder eine Bezahlkarte einzuführen. Das sind bloß Schikanen. Menschen, die aus Not fliehen, wird das kaum abschrecken, auch wenn Politiker von Union und FDP ganz fest an vermeintliche Pull-Faktoren glauben magisches Denken, das einer vulgärliberalen Fantasiewelt entspringt.

Dass der nun gefundene Kompromiss einen sehr historischen Moment markiert, wie ein übermüdeter Kanzler Scholz nach dem Treffen am frühen Dienstagmorgen erklärte, darf bezweifelt werden. Immerhin: Mit der einen Milliarde, die bei den Leistungen gekürzt werden, kann Finanzminister Christian Lindner nun die Unternehmen beglücken. Die Länder werden seinem Wachstumschancengesetz im Bundesrat vermutlich nicht mehr im Wege stehen. Bei den Ärmsten zu sparen, um nach oben zu verteilen, das ist ganz nach dem Geschmack der FDP.

Schikanen ohne Ende Kommentar von Daniel Bax zum Migrationsgipfel von Bund und Ländern

Klar ist aber auch, dass der Union die Verschärfungen nicht reichen. Sie wird sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, die Debatte auch weiterhin mit ständig neuen Vorschlägen zu torpedieren. Mit der Kommission zur besseren Steuerung der Migration, auf die sich Bund und Länder nun ebenfalls geeinigt haben, findet sie dafür nun ein neues Forum. Sie wird es nutzen, um die quälende Asyldebatte mit immer neuen und überzogenen Vorschlägen auch weiterhin in die Länge zu ziehen.

Load-Date: November 7, 2023

End of Document

Programm mit wackeligen Grundsätzen; Die CDU stellt einen Entwurf für ihr neues Grundsatzprogramm vor. Bei der Migration setzt die Partei auf Asylverfahren in Drittstaaten und will ein Comeback der Atomkraft

taz, die tageszeitung

Dienstag 12. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 744 words

Byline: Cem-Odos Güler

Highlight: Die CDU stellt einen Entwurf für ihr neues Grundsatzprogramm vor. Bei der **Migration** setzt die Partei auf **Asylverfahren** in Drittstaaten und will ein Comeback der Atomkraft

Body

Aus Berlin Cem-Odos Güler

Bislang ist es nur ein Entwurf, doch die CDU will mit ihrem Grundsatzprogramm eine Kehrtwende in der **Migrationspolitik** vollziehen. Wir gehen auf das Prinzip Drittstaaten. Sowohl das Verfahren als auch der Schutz müssen dort stattfinden, sagte CDU-Generalsekretär Carsten Linnemann am Montag in Berlin. Bei der Vorstellung eines Entwurfs zur Neuausrichtung der Partei macht die CDU-Spitze deutlich, dass sie sich von einer konservativen Welle getragen fühlt. Die Union fordert eine neue Leitkultur für Deutschland und demonstriert Offenheit für die Kernenergie. Ein Parteitag soll im Mai über das Programm entscheiden.

Seit den verlorenen Bundestagswahlen 2021 setzt sich die CDU mit sich selbst auseinander. Dabei beschäftigt sich die Union mit der durchaus schmerzhaften Frage, wofür sie nach 16-jähriger Amtszeit von Ex-Bundeskanzlerin Angela Merkel und zwei Jahren in der Opposition eigentlich steht. Mit dem Grundsatzprogramm möchte die CDU wieder den Weg an die Macht finden. Die neue Charta macht die Bruchlinie zwischen Merkels Erbe und dessen Bedeutung für Parteichef Friedrich Merz einmal mehr deutlich. Wie die Partei den Entwurf nun diskutiert, wird entscheidend für die kommenden Monate werden.

Dabei erachtet Linnemann, der die Grundwertekommission leitet, die Diskussionen zum neuen Programm als weitestgehend abgeschlossen. Die CDU Deutschlands ist wieder regierungsfähig. Sollte es zu einer vorgezogenen Bundestagswahl kommen, wären wir bereit, sagte er am Montag im Konrad-Adenauer-Haus. Trotzdem dürfte es bei einigen Themen im Programm durchaus noch mal Streit innerhalb der Union geben. Das betrifft neben der Neuausrichtung der Migrationspolitik auch die Frage zur Nutzung der Atomenergie: In beiden Themenbereichen versucht die Unions-Spitze nun eine profilierte Abkehr von Merkels Erbe.

Programm mit wackeligen Grundsätzen Die CDU stellt einen Entwurf für ihr neues Grundsatzprogramm vor.
Bei der Migration setzt die Partei auf Asylverfahren in Dr....

Zur Atomenergie heißt es in dem Programmentwurf, Deutschland könne zurzeit nicht auf die Kernkraft verzichten. Wir setzen bei der Gesamtenergieversorgung von morgen auf Technologieoffenheit in Anwendung und Forschung. Dazu gehörten neben Brennstoffzellen und Wasserstoffkraftwerken auch Kernkraftwerke der vierten und fünften Generation .

In den Diskussionen zum Grundsatzprogramm hatte sich die Union auch in der Vergangenheit bereits dafür ausgesprochen, an den Möglichkeiten der Atomenergie weiterzuforschen. Doch über die Anwendung von Atomkraft, wie es jetzt auch impliziert wird, wurde innerhalb der CDU immer heftig gestritten. So hatte sich Andreas Jung, der als stellvertretender Parteivorsitzender die Ausrichtung der CDU in Fragen der Nachhaltigkeit verantwortet, skeptisch gegenüber einem Wiedereinstieg in die Atomenergie geäußert.

Im Gespräch mit der taz hatte er den derzeitigen Rückbau der Atomkraftwerke zwar auch als Fehler bezeichnet, sich aber zurückhaltend in der Frage neuer Kraftwerke geäußert. Bei einer Klausurtagung der CDU vor einem Jahr in Weimar sorgte er dafür, dass genau dies als möglicher Prüfauftrag nicht festgehalten werden solle.

Im Januar will nun erst einmal der Unions-Vorstand über das Dokument abstimmen. Die Diskussionen um die Atomenergie werden dabei ebenso im Vordergrund stehen wie die Fragen zur Neuausrichtung der Migrationspolitik und Leitkultur . Hier bekennt sich die Union in ihrem Grundsatzprogramm zwar auf das Grundrecht auf Asyl im Grundgesetz: Wer sich auf Artikel 16a Grundgesetz beruft, weil er nicht aus einem EU-Mitgliedstaat oder aus einem anderen sicheren Drittstaat nach Deutschland einreist, und dies erfolgreich tut, soll Schutz in unserem Land finden.

Doch die Partei lässt im Unklaren, wie ein solches Asylverfahren in die Praxis umgesetzt werden soll, denn die Union fordert in dem Entwurf jetzt gleichzeitig Kontingente in der Migrationspolitik. Eine Koalition der Willigen in der EU solle jährlich einen Anteil schutzbedürftiger Menschen aus dem Ausland aufnehmen. Wie die Regelungen auf der Basis der Genfer Flüchtlingskonvention und der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte basieren soll, zu der sich die Union auch im Entwurf weiterhin bekennt, bleibt unklar.

Linnemann betonte am Montag erneut, wie die Union sich mit dem Grundsatzprogramm ganz unabhängig von anderer Parteien in Zukunft aufstellen wolle. Das Dokument solle schließlich die Orientierung für die Partei in den kommenden zehn Jahre begründen wenn diese Stoßrichtung die interne Abstimmung im Mai beim Parteitag besteht.

CDU Deutschland ist wieder regierungsfähig

Load-Date: December 11, 2023

Sie kommen trotzdem; Konservative übernehmen die Sprache und die Forderungen der Rechten. Doch Migration lässt sich nur schwer kontrollieren. Ein Essay

taz, die tageszeitung

Samstag 23. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 3

Length: 1529 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Konservative übernehmen die Sprache und die Forderungen der Rechten. Doch Migration lässt sich nur schwer kontrollieren. Ein Essay

Body

Von Christian Jakob

Ob man nicht das -Udenkbare -denken müsse, um die Flüchtlingszahlen zu drücken, fragte ein Journalist diese Woche den einstigen Bundespräsidenten -Joachim Gauck. Und Gauck, der sich als früherer Kämpfer gegen das DDR-Unrecht so gern als moralische Autorität verkauft, raunte zustimmend, die Politik müsse neue Möglichkeiten wagen, um dem Kontrollverlust zu begegnen.

So wird geredet, wenn Konservative den Kampf mit ihrer zunehmend erfolgreichen rechtsextremen Konkurrenz in der Migrationspolitik auszutragen versuchen. Und die Konservativen ziehen dabei den Kürzeren.

2016 fand der damalige Innenminister Horst Seehofer (CSU), dass eine Nettoneuaufnahme von 200.000 Menschen pro Jahr verkraftbar sei. Dann funktioniert auch die Integration, und die extreme Rechte bleibe klein. So bewarb er seine Obergrenze. In diesem Jahr werden es netto wohl einige Tausend mehr.

Ist das nicht noch halbwegs verkraftbar?

Scheinbar nicht. Vom Kontrollverlust, von Kommunen am Limit, Grenzen der Leistungsfähigkeit ist die Rede. Und das hat nicht nur mit der Zusatzbelastung durch die Ukrainer:innen zu tun. Die extreme Rechte setzt den Ton, die Konservativen ziehen nach. Parteichef Friedrich Merz etwa, der mit der Geste eines Mächtigenstaatsmanns Kanzler Olaf Scholz anbot, dessen Deutschlandpakt mitzutragen, wenn dabei als Erstes die Migration angegangen werde. Denn die sei das größte Problem.

Konservative reden so, weil sie bislang darauf bauen konnten, dass es ihnen schon zugutekomme, den bloßen Eindruck zu erwecken, irgendetwas gegen die Migration zu unternehmen. Aber diese Zeiten sind vorbei. Wer den Leuten jeden Tag erzählt, dass die Flüchtlinge ihr größtes Problem seien, nährt zweifellos den Wunsch nach

Sie kommen trotzdem Konservative übernehmen die Sprache und die Forderungen der Rechten. Doch Migration lässt sich nur schwer kontrollieren. Ein Essay

durchschlagenden Lösungen, wenn die Zahlen nicht zurückgehen. Auf die Ankunftsahlen hat aber nur bedingt Einfluss, wer an moralischen und rechtlichen Mindeststandards festhält.

Immer wieder gern fordert etwa die Union mehr Grenzkontrollen. Dabei wird jedes Mal so getan, als gelangten die Menschen ins Land, weil sie niemand bei der Einreise abweist. Doch es ist einerlei, wie viele Polizisten in Kufstein oder Bad Schandau stehen abweisen dürfen sie Ankommende nicht, solange diese einen Asylantrag stellen wollen.

Genauso ist es mit Sachleistungen, die es lange gab und die die Union nun wieder einführen will. Dabei glaubt niemand ernsthaft, dass Menschen plötzlich nicht mehr nach Deutschland wollen, weil es in den ersten Monaten nach Ankunft Kantinenessen statt Bargeld gibt. Deutschland bleibt, unabhängig davon, für viele Menschen als Ziel attraktiv: weil sie hier auf Arbeit hoffen, Menschen kennen, die hier, trotz allem, gute Erfahrungen gemacht haben, sich eine Existenz aufgebaut haben.

Leistungskürzung ist eines der alten Rezepte, die Geflüchtete zwar schikanieren, die aber nicht dazu führen, dass sie ihre Zukunftspläne und Reisewege ändern. Im alten Parteiengefüge reichten sie der Union aber, um im konservativen Milieu zu punkten, indem sie zeigte: Wir tun was gegen die ganzen Flüchtlinge.

Die kommen aber trotzdem. Und dann?

Neu ist, dass es mit der AfD nun eine Konkurrenz gibt, die für sich in Anspruch zu nehmen vermag, es wirklich ernst mit dem Flüchtlingsstopp zu meinen. Dass dies ihresgleichen etwa in Italien oder Österreich nicht gelingt, weil sich Migration nur schwer kontrollieren lässt, spielt für die Wahrnehmung der AfD hierzulande noch keine Rolle. Die Union weiß das. Sie bleibt deshalb nicht bei den alten Rezepten stehen, sondern geht langsam weiter.

Es beginnt im Vokabular: Als Invasion oder Landnahme bezeichnen Rechtsextreme die Migration seit Langem. Giorgia Meloni stellte sich dieser Tage vor die UN und verlangte einen globalen Krieg gegen Schlepper. Man muss fast schon froh sein, dass sie nicht gleich einen globalen Krieg gegen Flüchtlinge forderte. Diese Art zu reden aber sickert langsam in das konservative Milieu ein. Begonnen hat es 2021, als Polen die Lage an der Grenze zu Belarus einen hybriden Krieg nannte und deutsche Konservative diese Wortwahl übernahmen. Gaucks Undenkbares fällt auch in diese Kategorie. Solches Reden zersetzt moralische Standards.

Auf der realen Ebene sind die Folgen absehbar: beim lauter werdenden Ruf nach Militärschiffen, die Flüchtlingsboote in die Abfahrtschäfen zurückdrängen, wie Meloni es verlangt; oder bei der Bereitschaft, mit dem individuellen Asylrecht zugunsten von Kontingenten Schluss zu machen die Gnade soll den Rechtsanspruch ersetzen. Gnädig ist aber gerade kaum jemand.

Es war der damalige FPÖ-Innenminister Herbert Kickl, der diese Forderung auf dem EU-Innenministertreffen 2018 erstmals offiziell einbrachte: keine Asylanträge mehr auf europäischem Territorium; Aufnahme nur noch auf freiwilliger Basis. Ein Akt der Behauptung nationaler Souveränität sei dies, ist von rechten Propagandisten zu hören. Davon würden die wirklich Schutzbedürftigen profitieren, meinen Konservative. Die CDU-Politiker Thorsten Frei, Friedrich Merz und Jens Spahn dachten in diesem Jahr ebenso wie nun Gauck laut darüber nach, wenn auch teils Relativierungen folgten.

Die Folgen würden so aussehen: Es würden trotzdem weiter Menschen ankommen, die teils nicht abgeschoben werden könnten. Ihnen würde das Arbeiten verboten, weil ja nur noch vorab Ausgesuchte bleiben dürften. Sie müssten also alimentiert werden. Die Kontingente für die formale Aufnahme würden EU-weit absehbar mickrig ausfallen, viele Länder würden wohl exakt null Plätze anbieten. In den Transitstaaten würden sich deshalb immer mehr Menschen stauen, was die EU dort kaum beliebter, sondern sie vielmehr weiter erpressbar machen würde.

Es kommt nicht von ungefähr, dass die Nato 2022 auf Antrag Spaniens mögliche Massenankünfte von Flüchtlingen aus Afrika orchestriert durch das dort immer stärker präsente Russland in ihre Liste der größten strategischen Gefahren aufgenommen hatte. Denn die EU ist mit den Flüchtlingen angreifbar, solange sie daran scheitert, dem Thema die innenpolitische Sprengkraft zu nehmen. Lukaschenko, Erdoğan und auch Marokko haben vorgeführt, wie

Sie kommen trotzdem Konservative übernehmen die Sprache und die Forderungen der Rechten. Doch Migration lässt sich nur schwer kontrollieren. Ein Essay

leicht Polen, Griechenland oder Spanien sich unter Druck setzen lassen, wenn Flüchtlinge über die Grenzen geschickt werden. Die Kommission will solcher Instrumentalisierung Geflüchteter begegnen, indem sie gestattet, deren Rechte einzuschränken. Helfen wird das nicht. Wenn die EU Flüchtlinge zur Waffe erklärt, muss sie sich nicht wundern, wenn diese als solche gegen sie in Stellung gebracht werden.

Dabei ließe sich mit der Lage durchaus anders und besser umgehen. Ideen dafür gibt es viele. Angebote zirkulärer Migration, wie sie sogar der damalige CDU-Innenminister Wolfgang Schäuble schon 2007 vorschlug: Mehrjahresvisa für junge Menschen aus Afrika, die -einen Beruf lernen, Erfahrungen sammeln, Geld sparen können und dann zurückgehen. Wer mit jungen Leuten in Afrika spricht, hört oft: Genau das wäre s.

Oder Patenschaftsmodelle wie Neustart im Team, bei dem private Unterstützernetze den Menschen in der ersten Zeit nach der Ankunft helfen. Kommunen, die unter Bevölkerungsschwund und Leerstand leiden und Unterstützungsprogramme für Neuankömmlinge anbieten. Die Verzahnung kommunaler und zivilgesellschaftlicher Ressourcen für die Aufnahme in den Solidarity-Cities-Netzwerken. Im Oktober treffen sich in Brüssel Bürgermeister aus ganz Europa - auch aus Polen und Kroatien -, deren Städte sagen: Wir haben Platz.

Und letztlich steht hinter all dem natürlich auch der immer dramatischer werdende Arbeitskräftemangel: Mehrere Hunderttausend Menschen pro Jahr müssten kommen, um die Lücke im Land zu füllen. Industrie- und Handwerksbetriebe, Kitas, Schulen und Pflegedienste - wo heute die Ausfälle durch den Krankenstand kaum noch aufzufangen sind, wird in einigen Jahren gar nicht mehr aufgemacht, wenn sich nichts ändert. Eine Chance dazu wäre ein echter Spurwechsel - die Möglichkeit für Asylsuchende, leichter ein Arbeitsvisum zu bekommen. Helfen kann, dass Deutschland nach 2015 eine einzigartige Infrastruktur aufgebaut hat, um Ankommende mit Nachqualifizierung auf dem Weg in die Arbeit zu unterstützen. Die FDP allerdings hat den Spurwechsel in den Ampel-Koalitionsverhandlungen stark erschwert.

Für solche Ideen gibt es wenig Raum, wenn sich alle permanent gegenseitig darin bestätigen, dass die Lage außer Kontrolle sei. Der Weg aus dieser Misere ist fürs Erste weniger in der Migrationspolitik selbst zu suchen. Er führt eher darüber, wie über diese gesprochen wird. Die Frage ist, ob es gelingt, die Überhitzung wieder abzukühlen. Das ist der einzige Weg, um mittelfristig überhaupt wieder über gerechtere Lastenteilung sprechen zu können.

Die Lage nach den beiden letzten großen Flüchtlingsankünften 2015/2016 und 2022 die Ukrainer:innen zeigt dies: Es kamen viele, viel mehr als heute. Aber es gab die Bereitschaft, konstruktiv mit der Lage umzugehen. Sie wurde nicht populistisch ausgeschlachtet und konnte so gut bewältigt werden.

Hören Sie zur neuen deutschen Asyldebatte auch den Bundestalk, den Podcast der taz: [taz.de/Bundestalk](https://www.taz.de/Bundestalk)

Für Ideen gibt es wenig Raum, wenn sich alle gegenseitig bestätigen, dass die Lage außer Kontrolle sei

Load-Date: September 22, 2023

Sie wollen die Verzweifelten irgendwo abladen; Italiens rechte Regierung will Schutzsuchende in Drittstaaten verwahren, bis über ihre Asylanträge entschieden ist. Nimmt sich die Bundesregierung das zum Vorbild?

taz, die tageszeitung

Samstag 11. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 11

Length: 1486 words

Byline: Christian Jakob, Dinah Riese

Highlight: Italiens rechte Regierung will Schutzsuchende in Drittstaaten verwahren, bis über ihre Asylanträge entschieden ist. Nimmt sich die Bundesregierung das zum Vorbild?

Body

Von Christian Jakob und Dinah Riese

Die Leichenhalle soll direkt neben dem Pier entstehen, für die, die auf dem Weg gestorben sind. Für die anderen ist der Parcours genau vorgezeichnet: Warten, Krätze-Screening, medizinische Untersuchung, Warten, polizeiliche Registrierung, Warten, Abtransport in Bussen. 3.500 Quadratmeter groß wird das neue Ankunftszentrum im Hafen der albanischen Kleinstadt Shëngjin, vier Meter hoch der Zaun, auch das ist schon genau in den Plänen festgelegt.

Abgeladen wie Giftmüll

39 Seiten ist das der taz vorliegende Protokoll stark, das Albaniens Ministerpräsident Edi Rama und Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni am Montag in Rom unterzeichneten. Neben dem Registrierungszen-trum im Hafen darf Italien bis Frühjahr 2024 noch ein weiteres Lager mit knapp 3.000 Plätzen, auf einem alten Militärgelände etwas weiter nördlich, errichten. Auf Hoher See Gerettete will Italien künftig dorthin statt auf das eigene Festland bringen. Bewacht von italienischer Polizei sollen bis zu 36.000 Menschen pro Jahr dort den Ausgang ihres italienischen Asylverfahrens abwarten. Am Ende soll die Einreise nach Italien oder, wohl häufiger, die Abschiebung stehen.

Ein Coup für Meloni, eine Überraschung für alle anderen. Kein anderer EU-Staat hat bisher einen vergleichbaren Deal mit einem Drittstaat abschließen können. Rama hatte 2018 noch gesagt, Albanien werde niemals solche EU-Flüchtlings-lager akzeptieren. Dies gelte auch dann, wenn seinem Land als Gegenleistung ein EU--Beitritt in Aussicht gestellt werde. Er sei grundsätzlich dagegen, verzweifelte Menschen irgendwo abzuladen wie Giftmüll, den niemand will.

Sie wollen die Verzweifelten irgendwo abladen Italiens rechte Regierung will Schutzsuchende in Drittstaaten verwahren, bis über ihre Asylanträge entschieden ist....

Doch Meloni hatte Rama im Sommerurlaub besucht und ihn offenbar weichgekocht. Sogar die EU-Kommission war überrumpelt. Man stehe in Kontakt mit den italienischen Behörden und bitte um detail-lierte Informationen, hieß es am Dienstag aus Brüssel. Klar sei: An der vollständigen Anwendung der EU-Asylvorschriften führe kein Weg vorbei.

Tatsächlich weiß niemand, wie Italien das Vorhaben genau umzusetzen gedenkt. Der politischen Signalwirkung tut das aber keinen Abbruch.

Denn nach dem Treffen von Meloni und Rama am Montagabend trafen sich in Berlin auch die Ministerpräsidenten der Länder mit der Bundesregierung. Auf der Tagesordnung: Die Asylpolitik. Die unionsgeführten Länder waren fest entschlossen, auf dem Gipfel Asylverfahren in Drittstaaten zu beschließen. Unterstützung bekamen sie vom grünen Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann aus Baden-Württemberg. Der Rest der Runde war dagegen.

Die Debatte liegt in der Luft

Am Ende der nächtlichen Verhandlungen stand dann ein Prüfauftrag: Die Bundesregierung soll nun klären, ob und wie solche Verfahren in Drittstaaten möglich wären. Die Debatte liege in der Luft, und es wäre doch ganz absurd, sich damit nicht zu befassen, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz danach. Doch er bekräftigte: -Vieles, was gerade öffentlich diskutiert werde, sei unter anderem mit EU-Recht nicht vereinbar und auch praktisch sehr schwierig. Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) sieht den Plan kritisch.

Im Koalitionsvertrag hatte die Ampel angekündigt, zu prüfen, ob die Feststellung des Schutzstatus in Ausnahmefällen () in Drittstaaten möglich ist. Als die Ampel im vergangenen Winter ihren Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen, den FDP-ler Joachim Stamp, vorstellte, kündigte der direkt an, die Verlegung von Asylverfahren nach Afrika anzustreben. Dann würden auf dem Mittelmeer gerettete Menschen für ihre Verfahren nach Nordafrika gebracht werden, sagte Stamp im Februar. Das erfordert aber sehr viel Diplomatie und einen langen Vorlauf.

Überraschend war, dass nun auch aus den Reihen der Grünen Unterstützung kam. Und zwar von Kretschmann. Der stieß damit manchen in seiner Partei vor den Kopf.

Der MPK-Beschluss sei ein ganz wichtiger Schritt zu mehr Ordnung in der Migrations-politik, sagte Kretschmann der taz (das vollständige Interview -lesen Sie in der Montagsausgabe). Die Idee mit den Asylverfahren in Dritt-staaten stehe ja bereits im Koali-tionsvertrag. Die Grünen seien dem also bereits gefolgt. Allerdings sei er mit Blick auf die Umsetzung skeptisch, sagte Kretschmann. Voraussetzungsreich und hoch-komplex sei die. Doch wer mehr Humanität wolle, müsse das Sterben auf dem Mittelmeer beenden. Wir sollten uns in einer solch schwierigen Situation Ideen nicht von vornherein verschließen.

Die kursierenden Pläne unterscheiden sich indes erheblich. Das im Juni 2022 nach Gerichtsbeschlüssen auf Eis gelegte Projekt Großbritanniens etwa sieht vor, ankommende Asylsuchende für die Verfahren nach Ruanda auszufliegen und den ostafrikanischen Staat dafür zu bezahlen, dass er auch die Anerkannten danach inte-griert. Einen anderen Plan haben die drei SPD-Bundestagsabgeordneten Lars Castellucci, Frank Schwabe und Fabien Funke ihrer Fraktion vorgestellt. Ihnen schweben Migrations--Zentren in sicheren Dritt-staaten vor. Die sollen im Gegenzug Geld und Visa--Erleichterungen für die eigenen Bür-ge-r:in-nen bekommen.

Das UN-Flüchtlingswerk -UNHCR, EU und der jeweilige Drittstaat sollen die Zentren gemeinsam betreiben. Schutz-suchende sollen dort von sich aus vorstellig werden und Asylanträge stellen können. Niemand dürfe in den Zentren gegen seinen Willen festgehalten werden, heißt es.

Gleichzeitig sollen Menschen, die irregulär in die EU eingereist sind, dorthin gebracht werden und den Ausgang des Verfahrens abwarten. Wer anerkannt wird, darf in die EU ausreisen, die Berechtigten sollen auf EU-Staaten verteilt werden. Er sehe da mehr Potenzial für eine Einigung als bei der seit Jahren strittigen Verteilung Asylsuchender. Schließlich gehe es um Menschen, deren Schutzanspruch schon geklärt sei. Reguläre -Migration sei besser organisierbar.

Sie wollen die Verzweifelten irgendwo abladen Italiens rechte Regierung will Schutzsuchende in Drittstaaten verwahren, bis über ihre Asylanträge entschieden ist....

Funke will nur Menschen in diese Zentren bringen, die etwa durch die von ihm ebenfalls geforderte staatliche Seenotrettung auf dem Meer aufgehalten werden. Ich halte wenig davon, Menschen, die hier in Deutschland ankommen, für ein Asylverfahren wieder in einen Drittstaat zu überführen, sagt Funke. Die sollen ihr Verfahren auch künftig in Deutschland bekommen.

Anderes wäre wohl auch nicht möglich. Ju-ris-t:in-nen verweisen darauf, dass alle, die europäisches Territorium oder Hoheitsgewässer erreicht haben, einen Anspruch auf ein Verfahren in der EU haben. Funke ist auch die Abgrenzung zur Union wichtig. Das individuelle Recht auf Asyl steht für uns nicht in Frage, weder hier, noch in den Zentren, sagt Funke. Auch er hat aber keine Antwort auf die Frage, was mit abgelehnten Asylsuchenden passieren soll. Offen bleibt auch, welche Länder für ein solches Verfahren in Frage kommen. Sie sollten entlang der wichtigen Fluchtrouten liegen, so Funke, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte sollten gesichert sein. Idealerweise reden wir über Demokratien. Tunesien etwa sei für ihn derzeit keine Option.

Doch: Welches Recht soll in einem externen Asylverfahren angewandt werden? Wo sind Rechtsmittel einzulegen? Tatsächlich sagt kaum einer der Befürworter, wer solche Prüfungen durchführen soll.

Viele, die die Asylverfahren auslagern wollen, setzen dabei auf das UNHCR. Von den Vorschlägen, bei denen es eine Rolle spielen soll, erfährt die Organisation dieser Tage allerdings nur aus der Zeitung. Mit ihr gesprochen hat noch keiner. Entsprechend zurückhaltend äußert sich die Genfer Zentrale gegenüber der taz. Überstellungen in sichere Drittstaaten seien nur angemessen, wenn diese Länder die Flüchtlingskonvention und die Menschenrechte in vollem Umfang respektieren. Man sei bereit, mit allen Staaten zusammenzuarbeiten, um im Einklang mit den internationalen Standards und im Geiste der länderübergreifenden Zusammenarbeit die Rechte von Flüchtlingen zu wahren.

Die NGO Pro Asyl sieht die Debatte mit Sorge. Grundsätzlich sei zu begrüßen, wenn es mehr sichere Zugangswege zu Asyl in Europa gebe, sagt Sprecherin Wiebke Judith. Pro Asyl fordere seit Langem mehr Umsiedlung Schutzbedürftiger auf Basis von Kontingenten. Auch dabei wird ja schon im Herkunfts- oder Transitstaat zum Beispiel vom UNHCR geprüft, wer schutzbedürftig ist. Das würde viel zu wenig genutzt. Und ironischerweise fordert die Union ja momentan, dies komplett einzustellen, sagt Judith.

Humanitärer Anstrich

Doch dass etwa der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, die Abschaffung des individuellen Asylrechts zugunsten von Umsiedlung fordert, zeige, worum es der Union gehe: Nicht um eine Ergänzung der Genfer Flüchtlingskonvention, sondern um einen Ersatz dafür. Das sei der Subtext vieler derzeit diskutierter Konzepte: Man will die spontane, individuelle Flucht von Menschen komplett unterbinden und dem einen humanitären Anstrich geben, sagt Judith. Dabei ist die spontane Flucht für viele Menschen der einzige Weg, sich in Sicherheit zu begeben.

Spontane Flucht ist für viele Menschen der einzige Weg

Load-Date: November 10, 2023

Wie man die AfD groß macht; In Bayern und Hessen wurde gewählt, mit deutlichem Trend nach rechts. Das Ergebnis sollte Anlass dazu geben, in der Asyldebatte verbal abzurüsten

taz, die tageszeitung

Dienstag 10. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1020 words

Byline: Daniel Bax

Highlight: In Bayern und Hessen wurde gewählt, mit deutlichem Trend nach rechts. Das Ergebnis sollte Anlass dazu geben, in der Asyldebatte verbal abzurüsten

Body

debatte

Der Rechtsruck ist unübersehbar. Auch wenn die bisherigen Regierungskoalitionen in Hessen und Bayern bestätigt wurden, haben sich die politischen Gewichte doch verschoben. Die Ampelparteien verloren deutlich an Stimmen, die Linkspartei fliegt in Hessen nach 15 Jahren aus dem Parlament. Deutlich zugelegt haben in Hessen und Bayern nur die Unionsparteien, die AfD und die Freien Wähler. Die AfD ist in Hessen jetzt zweitstärkste und in Bayern, nach den Freien Wählern, die drittstärkste Kraft. Ihre Erfolge lassen sich nicht mehr als ein Ostphänomen abtun, das mit regionalen Besonderheiten zu erklären wäre.

Corona, Inflation, die Energiepolitik – die Gründe für den Erfolg der AfD sind vielfältig. Besonders genutzt hat ihr die aufgeheizte Asyldebatte, das ist nun einmal eine Domäne der Rechtspopulisten. Weil Union und FDP, viele Medien und zuletzt auch die SPD und Bundespräsident Steinmeier den Eindruck erweckten, die Aufnahme von Flüchtlingen sei derzeit das größte Problem und die Bundesrepublik stehe kurz vor dem Kollaps, leisteten sie unfreiwillige Wahlkampfhilfe für die AfD. Der Alarmismus und der Überbietungswettbewerb der etablierten Parteien, die in den vergangenen Wochen ständig neue Verschärfungen aus dem Hut zauberten, hat den Rechtspopulisten Auftrieb gegeben.

Die AfD konnte sich entspannt zurücklehnen und zusehen, wie andere ihr Geschäft mit der Panikmache betrieben. Die aktuell diskutierten Ideen – mehr Grenzschutz und mehr Abschiebungen, Sachleistungen und Ausweitung der Liste angeblich sicherer Herkunftsstaaten – stehen alle in ihrem Wahlprogramm. Nur in der letzten Woche vor den Wahlen machte die AfD kurz auf sich aufmerksam, indem sie sich mit Klagen über angebliche Übergriffe in eine Opferrolle warf.

Wie man die AfD groß macht In Bayern und Hessen wurde gewählt, mit deutlichem Trend nach rechts. Das Ergebnis sollte Anlass dazu geben, in der Asyldebatte verba....

Man stelle sich vor, die anderen Parteien hätten mit der gleichen Inbrunst die Klimakrise zum Hauptproblem erklärt und sich mit Vorschlägen überboten, wie der zunehmenden Erderwärmung begegnet werden kann wahrscheinlich hätten die Grünen davon profitiert. Da sich die Debatte aber nur darum dreht, wie sich die Aufnahme von Geflüchteten begrenzen lässt, und nicht darum, wie man ihnen am besten helfen kann, sind die Grünen in der Defensive. Auch die Linke konnte, obwohl sie in humanitären Fragen noch die reine Lehre vertritt, nicht davon profitieren, dass die Grünen immer mehr Konzessionen auf Kosten der Menschenrechte machen mussten.

Es liegt ja nicht an ihren politischen Leistungen, dass die AfD nun auch im Westen so gut abgeschnitten hat: Ihr Personal ist blass, in Bayern wird sie vom Verfassungsschutz beobachtet, in Hessen zerlegte sich die Landtagsfraktion fast an internen Querelen. Doch den Wähler:innen war das egal. Dass die Freien Wähler in Bayern ein Rekordergebnis erzielten, ist ebenfalls eine Zäsur. Den Skandal um ein rechtsextremes Flugblatt wusste ihr Vorsitzender Hubert Aiwanger für sich zu wenden, indem er sich als verfolgte Unschuld gerierte. Es ist dies übrigens das erste Mal in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik, dass Antisemitismusvorwürfe einem Politiker nicht geschadet, sondern sogar genutzt haben. Das liegt auch am Versagen der konservativen politischen und medialen Meinungsführer in diesem Land. Hätten Merz und Söder, FAZ und Bild anders reagiert, wäre Aiwanger damit nicht durchgekommen.

Für die FDP hat es sich nicht ausgezahlt, sich in Migrationsfragen als AfD light anzudienen. Mit Mühe hat sie es in Hessen wieder gerade so in den Landtag geschafft. Aber auch Markus Söder ist mit seinem Populismus nicht so weit gekommen, wie er gehofft hatte, denn Aiwanger und die AfD konnte er damit nicht übertrumpfen. Das sollte alle zum Umdenken bewegen und dazu, in der Asyldebatte verbal abzurüsten. Doch wird das passieren? Vermutlich nicht. Denn zumindest für Friedrich Merz und die Union ist die Rechnung aufgegangen: Der politische Gegner links der Mitte ist dezimiert, an der Union führt kein Weg vorbei. Den gesellschaftlichen Schaden nimmt er in Kauf.

Die Ampelparteien wären gut beraten, sich auf einen gemeinsamen Kurs zu einigen, wie sie es einst in ihrem Koalitionsvertrag getan haben. Würde der Finanzminister von seinem Fetisch, der Schuldenbremse, ablassen, wäre Städten und Kommunen sehr geholfen, denn die fordern schon seit Monaten mehr Geld. Sinnvoll wäre es auch, dafür zu sorgen, dass mehr Flüchtlinge schneller in Arbeit kommen. Hilfreich wäre es aber auch, auf Schlagworte wie Migrationskrise, illegale Migration und Belastungsgrenze zu verzichten, um nicht ständig den Eindruck der eigenen Überforderung zu vermitteln.

Doch wird die Union der Versuchung widerstehen, die geschwächte Konkurrenz mit dem Flüchtlingsthema weiter vor sich herzutreiben? Wohl kaum, denn Merz kann sich bestätigt fühlen: Das Ampelbündnis ist geschwächt und wird, wenn die Stimmung im Land so bleibt, wie sie ist, auch im Bund bei den nächsten Wahlen keine Mehrheit mehr haben. In dieser Situation könnten sich vor allem SPD und FDP bereit zeigen, dem Druck der Union nachzugeben und sich auf einen neuen, nationalen Schulterchluss in der Asylpolitik einzulassen.

Signale in diese Richtung häuften sich zuletzt. Politiker der Union drängen seit Wochen den Kanzler dazu, seinen Deutschlandpakt mit Bund, Ländern und der Union um das Thema Migration zu erweitern, wenn nicht sogar darauf zu konzentrieren. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Christian Lindner äußerten sich in den vergangenen Tagen zudem verdächtig positiv zum Asylkompromiss von vor dreißig Jahren: 1993 einigten sich Union und FDP mit der damals oppositionellen SPD darauf, das Asylrecht drastisch einzuschränken. Heute liegt wieder ein ähnlicher Deal in der Luft.

Für Flüchtlinge ist das keine gute Nachricht.

Es liegt ja nicht an ihren politischen Leistungen, dass die AfD nun auch im Westen so gut abgeschnitten hat

Daniel Bax ist Redakteur im Parlamentsbüro der taz. Er schreibt zu bundespolitischen Themen und interessiert sich speziell für die Themen Migration, Integration und Religion, aber auch für Popkultur und globale Musik. 2018 veröffentlichte er das Buch Die Volksverführer. Warum Rechtspopulisten so erfolgreich sind.

Wie man die AfD groß macht In Bayern und Hessen wurde gewählt, mit deutlichem Trend nach rechts. Das Ergebnis sollte Anlass dazu geben, in der Asyldebatte verba....

Load-Date: October 9, 2023

End of Document

Der Angst etwas entgegensetzen; Anna Klöpper über die Grünen in der Migrationspolitik

taz, die tageszeitung

Freitag 06. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 344 words

Byline: Anna Klöpper

Body

Anna Klöpper über die Grünen in der Migrationspolitik

Die Grünen ringen in der Migra-tionspolitik gerade heftig mit sich selbst und es ist nicht schön, ihnen dabei zuzusehen. Man mache derzeit Migrationspolitik in einem Spannungsfeld zwischen Humanität und Verantwortung, hatte Co-Frakt-ions-chefin Britta Haßelmann kürzlich gesagt. Ja, so kann man das wohl sehen: Man erinnert sich der eigenen Grundsätze Eintreten für eine humanitäre Flüchtlingspolitik und muss leider, leider das Gegenteil machen. Etwa, wie diese Woche geschehen, der Krisenverordnung der EU zustimmen, die unter anderem erlaubt, Menschen wochenlang in Abschiebehaft an den europäischen Außengrenzen festzuhalten. An der Grünen-Basis rumort es, doch das Spitzenpersonal trägt die harte EU--Linie mit: Verantwortung in der Regierung, humanitäre Mindeststandards gesichert, und so weiter.

Die Rechtspopulisten freuen sich: Die linken Kräfte müssen sich von ihren Grundsätzen verabschieden, die Mindeststandards werden mal wieder erfolgreich nach unten korrigiert. Und es wird, Überraschung, trotzdem nicht besser die Geflüchteten kommen weiterhin, weil Elend, Krieg und Tod eben immer die schlechteren Alternativen sind zum Abschiebeflieger aus Deutschland.

Es wäre Zeit, mal aus der Defensive zu kommen, für alle, die wissen, was sie mit humanitärer Flüchtlingspolitik eigentlich meinen. Haßelmanns Co-Fraktionschefin Katharina Dröge hat nun gefordert, dass auch Asyl-be-wer-be-r*in-nen im laufenden Verfahren eine Arbeitserlaubnis bekommen sollen, genauso wie Menschen mit einer temporären Duldung. Das ist keine revolutionäre Idee: Auf Seite 30 im Koalitionsvertrag steht, dass die Ampel bestehende Arbeitsverbote im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten beenden will. Mi-gra-ti-ons-ex-per-t*in-nen bezweifeln übrigens, dass wegen einer vagen Jobaussicht mehr Menschen nach Deutschland flüchten werden.

Abschottungspolitik ist ein Ausdruck von Angst, die Rechtspopulisten nutzen dieses Gefühl. Dem etwas Konkretes, Machbares entgegensetzen, kann man Verantwortung nennen.

inland

Der Angst etwas entgegensetzen Anna Klöpper über die Grünen in der Migrationspolitik

Load-Date: October 5, 2023

End of Document

Altes Thema mit neuem Konfliktpotenzial; Nach internem Streit will die Unionsfraktion über ein Positionspapier zum Thema Migration abstimmen. Es scheint, als wäre ein Kompromiss gefunden. Erst einmal

taz, die tageszeitung

Dienstag 14. März 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 876 words

Byline: Sabine am Orde

Highlight: Nach internem Streit will die Unionsfraktion über ein Positionspapier zum Thema **Migration** abstimmen. Es scheint, als wäre ein Kompromiss gefunden. Erst einmal

Body

Von Sabine am Orde

Bei der CDU ist ein altbekanntes Thema zurück nicht nur, wenn Friedrich Merz oder Jens Spahn in Talkshows auf den Putz hauen. Knapp 1.000 versammelte Parteimitglieder, bei einer Regionalkonferenz in Münster gerade nach den größten Herausforderungen für Deutschland gefragt, nannten zwar auch Themen wie Klimawandel und Digitalisierung. Aber am Ende stach **Migration** groß und fett aus der entstandenen Wortwolke hervor.

Auch in der Bundestagsfraktion der Union stand das Thema zuletzt immer wieder auf der Tagesordnung. Dass die Ampel verschiedene Gesetze dazu auf den Weg gebracht hat, war nur der Anlass. Schnell war klar: In der Fraktion hat das Thema, das die Gemeinschaft von CDU und CSU 2018 an den Rand der Spaltung gebrachte hatte, weiterhin enormes Konfliktpotenzial. Und das liegt nicht nur an der CSU.

Auch zwischen eher konservativen und eher liberalen Christ-de-mo-kra-t*in-nen ist es höchst umstritten. Wobei es neben der Inhalte oft auch um den Ton geht, in dem die Debatte geführt werden soll also darum, wie populistisch es bei der CDU zugehen darf. Und natürlich spielt die AfD eine Rolle, die mit ihrer Hetze gegen Geflüchtete und Mi-gran-t*in-nen erstarkte und der CDU am rechten Rand Stimmen abnimmt.

Wofür aber die Partei im Jahr 2023 beim Thema Migration wirklich steht? Das ist unklar.

Partei- und Fraktionschef Merz versucht nun, den Konflikt in der Fraktion abzuräumen. Zerstrittenheit kommt in der Bevölkerung nicht gut an. Und ist auch keine gute Grundlage, wenn man Ober-bür-ger-meis-te-r und Land-rä-tin-nen für Ende März medienwirksam quasi zu einem alternativen Flüchtlingsgipfel einlädt, 700 Leute insgesamt. Deshalb sollen die Abgeordneten an diesem Dienstag über ein Papier ihres geschäftsführenden Vorstands beraten. Der Titel: Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik . Darin bekennt sich

Altes Thema mit neuem Konfliktpotenzial Nach internem Streit will die Unionsfraktion über ein Positionspapier zum Thema Migration abstimmen. Es scheint, als wär....

die Union zum Grundrecht auf Asyl und zur Genfer Flüchtlingskonvention. Doch dann geht es vor allem darum, die Zahl der ankommenden Flüchtlinge zu senken. Damit Deutschland seiner humanitären Verantwortung gerecht werden kann, muss irreguläre Migration begrenzt und durch wirksame Maßnahmen spürbar verringert werden, heißt es.

Dazu sollen die EU-Außengrenzen dichter gemacht, die europäische Grenzschutzagentur Frontex ausgebaut, Asyl-Entscheidungszentren an den EU-Außengrenzen eingerichtet werden. Bis es ein gemeinsames Asylsystem gibt, um das in der EU seit Langem erfolglos gerungen wird, sollen Kontrollen auch an den deutschen Grenzen und Transitzonen möglich sein, in denen sich Asylbewerber ohne Bleibeperspektive während eines beschleunigten Verfahrens aufhalten müssen.

Zudem wird die Schaffung einer Bundesagentur für Einwanderung gefordert, die den Zuzug von ausländischen Fachkräften regeln soll. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll nur noch für Asyl-be-wer-be-r*in-nen zuständig sein. So will die Union beides strikt voneinander trennen. Auch heißt es: Ein Spurwechsel oder gar eine Wahlfreiheit zwischen Asylverfahren und Erwerbsmigration ist grundsätzlich nicht mehr notwendig.

Diese Formulierung dürfte bewusst gewählt worden sein. Sie lässt unterschiedliche Deutungen zu. Dass die Union ganz grundsätzlich gegen einen Spurwechsel ist, für die einen. Für die anderen: Dass dies erst zukünftig gilt. Und damit könnte man jetzt langjährig geduldeten und gut integrierten Flüchtlingen ein Aufenthaltsrecht und einen Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen. Wie es die CDU in NRW und Niedersachsen befürwortet. Doch an dieser Frage hatte sich im Dezember ein massiver Streit in der Fraktion entzündet.

Das Chancenaufenthaltsrecht, das die Bundesregierung da im Bundestag zur Abstimmung gestellt hatte, sieht genau diese Möglichkeit vor. Die Fraktionsspitze wollte die Abgeordneten auf ein Nein einschwören. Doch 19 von ihnen fanden das Vorhaben sinnvoll und pragmatisch, wie sie schriftlich erklärten und enthielten sich. Ex-Gesundheitsminister Herrmann Gröhe, Serap Güler, die frühe NRW-Integrationsstaatssekretärin und Bundestagsvizepräsidentin Yvonne Magwas waren dabei.

19 Abgeordnete, das sind nur zehn Prozent der Fraktion. Aber ihr Ausscheren ließ sich auch so verstehen, dass sie nicht bereit sind, alles mitzumachen. Wieder stand die Fraktion beim Thema Migration zerstritten da.

Um die Lage zu beruhigen, wurden drei fraktionsoffene Sitzungen angesetzt, in denen die Abgeordneten mit Ex-per-t*in-nen diskutieren. Die erste zum Thema Migration hat bereits stattgefunden. Auch das Positionspapier soll die Fraktion einen und das scheint auch gelungen zu sein. Von den 19 Ab-weich-le-r*in-nen jedenfalls ist kaum Kritik zu hören. Sie scheinen eher der Ansicht zu sein, etwas bewirkt zu haben. Öffentlich äußern wollen sich die meisten nicht. Nur Hermann Gröhe, der selbst dem Fraktionsvorstand angehört, sagte der taz: Das ist eine Positionsbeschreibung in Inhalt und Sprache, die geeignet ist, von der Union in großer Gemeinsamkeit vertreten zu werden.

Ausgespart in dem Papier ist unter anderen das Staatsbürgerschaftsrecht. Auch dazu kommt bald ein Gesetzesvorstoß der Ampel, eine fraktionsoffene Sitzung am Dienstagabend soll neuen Konflikten vorbeugen.

Am Spurwechsel hatte sich im Dezember ein massiver Streit in der Fraktion entzündet

migration

Load-Date: March 13, 2023

Geflüchtete sollen schneller in Arbeit kommen; Die grünen Spitzenpolitiker:innen Lang und Kretschmann fordern sinkende Flüchtlingszahlen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 02. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 682 words

Byline: Barbara Dribbusch

Highlight: Die grünen Spit-zen-po-li-ti-ke-r:in-nen Lang und Kretschmann fordern sinkende **Flüchtlingszahlen**

Body

Von Barbara Dribbusch

Das Bundeskabinett hat am Mittwoch mehrere Gesetzentwürfe zum Thema Flucht und **Migration** beschlossen. Die Entwürfe sehen einen verbesserten Datenaustausch über das Ausländerzentralregister (AZR) vor und verschärfte Strafen für Schleuser. Außerdem wurden Neuerungen beschlossen, die **Asylsuchenden** und Geduldeten einen früheren und leichteren Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen.

Wir haben heute ein weiteres bedeutendes Gesetzespaket auf den Weg gebracht, erklärte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD). Wir wollen die beruflichen Potenziale und Qualifikationen von den Menschen, die schon in Deutschland leben, bestmöglich nutzen. Dafür müssen wir sie schnellstmöglich in Arbeit bringen. Das Gesetz sehe aber klare Ausnahmen vor: Wer aus einem sicheren Herkunftsland komme oder seine Identitätsklärung verweigere, dürfe weiterhin nicht arbeiten. Die Änderungen sind an das Gesetz zu verschärften Abschieberegeln angedockt, das in der vergangenen Woche vom Kabinett beschlossen wurde.

Die Erleichterungen der Arbeitsaufnahme betreffen vor allem Asyl-be-wer-be-r:in-nen mit einer Duldung, also Menschen, die keine Anerkennung als Flüchtling haben, aber dennoch vorübergehend in Deutschland bleiben dürfen, weil sie aus den verschiedensten Gründen nicht abgeschoben werden können. Diesen geduldeten Flüchtlingen soll die Ausländerbehörde künftig eine Arbeitserlaubnis erteilen, wenn eine Abschiebung nicht unmittelbar bevorsteht. Bisher gab es dazu nur eine kann-Bestimmung, die Erteilung der Beschäftigungserlaubnis fiel also in das Ermessen der Ausländerbehörden.

Seit 2020 können Geduldete, die mindestens 18 Monate in Deutschland gearbeitet haben und sich selbst finanzieren, eine längerfristige sogenannte Beschäftigungsduldung erhalten. Mit dem neuen Gesetz wird dieser erforderliche Zeitraum der Vorbeschäftigung für eine solche Beschäftigungsduldung nun von 18 auf 12 Monate verkürzt. Außerdem reicht es, wenn die regelmäßige Arbeitszeit mindestens 20 Wochenstunden und nicht wie

Geflüchtete sollen schneller in Arbeit kommen Die grünen Spitzenpolitiker:innen Lang und Kretschmann fordern sinkende Flüchtlingszahlen

bisher 36 Wochenstunden beträgt. Die Geduldeten müssen in der Lage sein, den eigenen Lebensunterhalt zu finanzieren.

Die Beschäftigungsduldung ist befristet, nach deren Ablauf können die Betroffenen, wenn sie weiterhin in Arbeit sind, unter Umständen eine Aufenthaltserlaubnis beantragen und ihren Aufenthaltsstatus damit sichern.

Von der Beschäftigungsduldung wurde bisher eher wenig Gebrauch gemacht, auch weil die Hürde, sich selbst ohne Sozialleistungen zu finanzieren, relativ hoch ist. Mitte 2023 hatten 3.382 Personen einschließlich Familienangehörigen eine Beschäftigungsduldung.

Darüber hinaus gibt es noch Ausbildungsduldungen und Duldungen für Beschäftigte nach diesen Ausbildungen, insgesamt handelt es sich dabei um 16.000 Personen, so die Zahlen des Mediendienstes Integration. Derzeit zählt die Statistik rund 155.000 geduldete abgelehnte Asylbewerber:innen.

Eine weitere Neuerung im am Mittwoch beschlossenen Gesetz sieht vor, dass Asyl-be-wer-be-r:in-nen in Erstaufnahmeeinrichtungen also in der Regel während des laufenden Asylverfahrens künftig bereits nach sechs statt nach neun Monaten arbeiten dürfen. Allerdings braucht es Zeit, damit Geflüchtete in den hiesigen Arbeitsmarkt finden. Nach Erhebungen des Nürnberger Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) haben 7 Prozent der Geflüchteten nach einem Jahr einen Job, aber 54 Prozent nach sechs Jahren.

Der erleichterte Arbeitsmarktzugang ist Teil des Gesetzespaketes, mit dem Abschiebungen verschärft werden sollen. Im Zusammenhang damit erregte ein Gastbeitrag der Grünen-Politiker Ricarda Lang und Winfried Kretschmann im Tagesspiegel am Mittwoch Aufsehen: Lang und Kretschmann forderten in dem Beitrag, die Zahl der ankommenden Geflüchteten müsse sinken. Wenn die Kapazitäten wie jetzt an ihre Grenzen stoßen, müssen auch die Zahlen sinken, schrieben die Parteivorsitzende Lang und der baden-württembergische Ministerpräsident in dem Beitrag. Steuerung und Rückführung gehören zur Realität eines Einwanderungslandes wie Deutschland dazu, hieß es weiter.

flucht, migration und grüne

Load-Date: November 1, 2023

Faesers Flüchtlings-gip-fel bleibt ohne echte Ergebnisse; Die Bundesinnenministerin hatte am Donnerstag zum Krisentreffen mit Ländern und Kommunen geladen. Heraus kam dabei nicht viel. Entsprechend groß ist die Kritik

taz, die tageszeitung

Freitag 17. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfaeltigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 672 words

Byline: Frederik Eikmanns, Anna Lehmann

Highlight: Die Bundesinnenministerin hatte am Donnerstag zum Krisentreffen mit Ländern und Kommunen geladen. Heraus kam dabei nicht viel. Entsprechend groß ist die Kritik

Body

Von Frederik Eikmanns

Die Stimmung ist kühl, als Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Donnerstag zusammen mit Vertretern von Ländern und Kommunen vor die Presse tritt. Reinhard Sager, Präsident des Landkreistages, spricht mit Blick auf die Ergebnisse des vorangegangenen **Flüchtlingsgipfels** von großer Enttäuschung. Und es ist wirklich nicht viel, was Faeser präsentieren kann: Der Bund will zusätzliche Liegenschaften als Unterkünfte für **Geflüchtete** bereitstellen und herrichten. Neue regelmäßige Treffen sollen für bessere Zusammenarbeit der Bundesbehörden mit den Kommunen sorgen. Und ein neues Dashboard soll den lokalen Behörden eine bessere Übersicht zu den aktuellen **Flüchtlingszahlen** liefern, so wie es das Dashboard des Robert-Koch-Instituts für die Coronazahlen ermöglicht. Strukturreformen oder mehr Geld stellt die Bundesregierung dagegen nicht in Aussicht. Um Ostern herum, so Faeser, könne man mit dem Bundeskanzler erneut über Finanzen verhandeln.

Damit enttäuscht die Innenministerin Länder und Kommunen, die im Vorlauf des Gipfeltreffens vor allem betont hatten, wie dringend schnelle finanzielle Unterstützung sei. Ohne weiteres Geld könnten viele Kommunen die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen bald nicht mehr stemmen, so die Warnungen. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann von der CSU hatte sich etwa am Mittwoch dafür ausgesprochen, dass der Bund seine Beteiligung an den Unterbringungskosten verdreifache. Helmut Dedy, Geschäftsführer des Deutschen Städtetages, forderte, dass der Bund eigene Aufnahmekapazitäten aufbauen solle.

Faeser verweist am Donnerstag auf die bestehende Unterstützung für die Kommunen: Im letzten Jahr hatte der Bund 3,5 Milliarden Euro extra für die Unterbringung von Flüchtlingen bereitgestellt, für das laufende Jahr sind Ländern und Kommunen weitere 2,75 Milliarden schon versprochen. Faeser verspricht außerdem, sich für eine

Faesers Flüchtlings-gip-fel bleibt ohne echte Ergebnisse Die Bundesinnenministerin hatte am Donnerstag zum Krisentreffen mit Ländern und Kommunen geladen. Hera....

bessere Verteilung von Geflüchteten innerhalb der EU einzusetzen. Und: Sie sagt, man wolle Fluchtbewegungen nach Deutschland künftig besser steuern .

Was gemeint ist, formuliert wenig später Peter Beuth (CDU) aus, der Innenminister Hessens: Die Migration nach Europa muss stärker reguliert werden. Es ist ein Ton, den auch andere Politiker insbesondere der Union, aber auch von der FDP in den letzten Tagen angeschlagen hatten. Sie hatten auch immer wieder schnellere Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber gefordert, um die Lage in den Kommunen so zu entschärfen.

Der innenpolitische Sprecher der Union im Bundestag, Alexander Throm, sagt der taz am Donnerstag: Zu Recht fordern die Kommunen eine deutliche Begrenzung irregulärer Migration. Doch die Ampel macht genau das Gegenteil und sendet mit ihrem Paradigmenwechsel weiter Signale der Öffnung.

Tareq Alaows, flüchtlingspolitischer Sprecher von Pro Asyl, sagt dagegen: Die Debatte um vermeintlich illegale Migration ist völlig fehl am Platz. Sein Vorschlag: Eine Lösung wäre es, nachhaltige Strukturen für die Aufnahme von Geflüchteten aufzubauen. Die migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Clara Büniger, sagt gegenüber der taz: Es ist enttäuschend, dass Bund und Länder offenbar nicht von dem starren Verteil- und Unterbringungssystem für Asylsuchende abweichen wollen.

Letztes Jahr stellten rund 200.000 Menschen in Deutschland einen Asylantrag, im Januar 2023 allein waren es weitere 29.000. Im vergangenen Jahr kamen zudem rund 1 Million Menschen aus der Ukraine nach Deutschland. Wegen ihres Sonderstatus durchlaufen sie das normale Asylverfahren nicht. Dennoch sind die Kommunen für ihre Unterbringung und Versorgung zuständig.

Zuletzt hatte Faeser zusammen mit Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) zudem angekündigt, den Erdbebenopfern aus Syrien und der Türkei einfacheren Zugang zu Visa zu verschaffen. Wer Verwandte ersten oder zweiten Grades in Deutschland hat und direkt vom Erdbeben betroffen ist, soll vorübergehend nach Deutschland kommen können.

Die Debatte um vermeintlich illegale Migration ist völlig fehl am Platz

migration

Load-Date: February 16, 2023

Innenminister wollen noch mehr Härte; Nach der EU-Asylreform will die Innenministerkonferenz weitere Verschärfungen beraten. Indien oder Georgien sollen sichere Herkunftsstaaten werden, Grenzkontrollen eingeführt

taz, die tageszeitung

Mittwoch 14. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 724 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Nach der EU-Asylreform will die Innenministerkonferenz weitere Verschärfungen beraten. Indien oder Georgien sollen sichere Herkunftsstaaten werden, Grenzkontrollen eingeführt

Body

Von Konrad Litschko

Wenn sich ab Mittwoch wieder die In-nen-mi-nis-te-r:in-nen von Bund und Ländern auf ihrer halbjährlichen Konferenz (IMK) treffen, wird diesmal ein Thema im Vordergrund stehen: Migration. Dafür wird schon die Debatte um das verschärfte europäische Asylsystem sorgen, das Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) gerade mit einfädelt – aber auch die zuletzt gestiegenen Geflüchtetenzahlen hierzulande. Die aktuelle Debatte um Reformen im Asyl- und Aufenthaltsrecht wird uns sicherlich beschäftigen, sagte Gastgeberin Iris Spranger (SPD), Berlins Innensenatorin, der taz.

Nach taz-Informationen wollen die In-nen-mi-nis-te-r:in-nen mit mehreren Beschlüssen auf striktere Regeln in der Asyl- und Migrationspolitik drängen. Von Faeser ist ein Bericht zur Asyllage geplant. Das Bundesamt für Migration und Geflüchtete konstatierte in diesem Jahr bisher 125.566 Erstanträge auf Asyl – 76 Prozent mehr als im Vorjahr. Die meisten kamen von Syrer:innen, Af-gha-n:in-nen und Türk:innen. Die Kommunen hatten zuletzt über mangelnde Aufnahmekapazitäten geklagt.

Ein Vorstoß auf der IMK kommt aus Sachsen-Anhalt. Mit Blick auf das anhaltend hohe Migrationsgeschehen muss die Liste der sicheren Herkunftsstaaten erweitert werden, damit Asylverfahren beschleunigt und Rückführungen leichter vollzogen werden können, sagte Innenministerin Tamara Zieschang (CDU) der taz. Bei Asylanträgen von Staatsangehörigen aus Ländern wie Geor-gien, Indien, Algerien, Marokko, Tunesien, Moldau liegt die Anerkennungsquote bei deutlich unter 5 Prozent. In 95 Prozent dieser Fälle bestehe also kein Schutzgrund, so Zieschang. Demzufolge ist es nur folgerichtig, diese Länder auf die Liste der sicheren Herkunftsstaaten zu setzen. Mit einer solchen Einstufung würden die Asylverfahren und Abschiebungen deutlich beschleunigt.

Innenminister wollen noch mehr Härte Nach der EU-Asylreform will die Innenministerkonferenz weitere Verschärfungen beraten. Indien oder Georgien sollen sichere

Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen (CDU) will wiederum die Forderung nach Grenzkontrollen im Osten Deutschlands einbringen. Bis zu einer Umsetzung der EU-Asylreform führe daran kein Weg vorbei, so Stübgen zuletzt. Es müsse möglich sein, Geflüchtete auch an der Grenze zu Polen durch die Bundespolizei zurückzuweisen. In Bayern sei dies ja auch möglich. Andernfalls werde man bis Jahresende allein in Brandenburg mehr als 10.000 illegale Einreisen haben.

Faeser lehnt stationäre Grenzkontrollen an der deutsch-polnischen Grenze bisher ab: Das Migrationsgeschehen dort sei schwankend, die Maßnahme eine Ultima Ratio. Sie selbst will auf der IMK nach taz-Informationen für ihre Rückführungsoffensive werben, die bereits im Ampel-Koalitionsvertrag versprochen wurde. Vor allem Straftäter und Gefährder sollen schneller abgeschoben werden zu Jahresbeginn wurde hierfür die Abschiebehaftdauer von drei auf sechs Monate verlängert und FDP-Mann Joachim Stamp als Bevollmächtigter für Migrationsabkommen ernannt. Bisher ist die Offensive indes nicht sichtbar: So wurden 2022 12.945 Personen abgeschoben ein Jahr zuvor waren es 11.982 Menschen. Ein Sprecher Faesers sagte der taz am Dienstag, dass sich zumindest die generelle Rückkehrzusammenarbeit der Behörden verbessert habe.

Berlins Innensenatorin Spranger will auf der IMK nach taz-Informationen einen anderen Weg betonen: freiwillige Rückkehr. Auch tritt Berlin für vereinfachte Verfahren bei den Ausländerbehörden ein, um diese zu entlasten, und für ein Informationssystem zu Migrationsbewegungen.

Zu Faesers europäischem Asylideal kommt von den In-nen-mi-nis-te-r:in-nen Zustimmung. Es sei gut, dass dieser nicht aufgeweicht wurde, so Stübgen. Thüringens SPD-Innenminister Georg Maier sagte der taz: Sicher hätte ich mir weitere Verbesserungen gewünscht. Die Asylreform sei aber ein wichtiger Schritt, weil sie den Status quo verbessert, für eine solidarische Verteilung von Flüchtlingen in Europa sorgt und am Ende die Kommunen entlastet. Zugleich warnte Maier: Gerade die Union sollte jetzt aber nicht den Bogen mit immer schärferen Forderungen überspannen. Das Thema taugt nicht zu Skandalisierungen.

Auch ein Bündnis antirassistischer Initiativen warnt vor Verschärfungen. Auf der IMK drohe es um Abschottung und Abschiebung zu gehen. Stattdessen brauche es sichere Fluchtwege und ein Bleiberecht. Das Bündnis will am Freitag in Berlin gegen die IMK-Beschlüsse demonstrieren.

Initiativen warnen vor Abschottung und Abschiebung und wollen demonstrieren

Load-Date: June 13, 2023

Es fällt schwer, das mitzutragen, aber ; Die Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, Reem Alabali-Radovan, über den EU-Asylkompromiss, den Fachkräftemangel und den Rechtsruck in der Gesellschaft

taz, die tageszeitung

Montag 19. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1549 words

Byline: Stefan Reinecke, eikm

Highlight: Die Staatsministerin für **Migration, Flüchtlinge** und Integration, Reem Alabali-Radovan, über den EU-**Asylkompromiss**, den Fachkräftemangel und den Rechtsruck in der Gesellschaft

Body

Interview Frederik Eikmans und Stefan Reinecke

taz: Frau Alabali-Radovan, am Dienstag ist Weltflüchtlingstag, der auf die Rechte **Geflüchteter** aufmerksam machen soll. Genau diese Rechte beschneiden. Und die Ampel trägt das mit. Macht eine SPD-geführte Bundesregierung jetzt die **Asylpolitik**, von der Horst Seehofer einst nur träumen konnte? will die EU durch Schnellverfahren an den Außengrenzen

Reem Alabali-Radovan: Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, dass wir die gemeinsame europäische **Asylreform** voranbringen. Ich habe mir eine andere europäische Lösung gewünscht, aber das ist die bittere Realität, in der wir uns in Europa befinden. Deutschland ist fast allein mit der Forderung, Familien mit Kindern und Jugendliche von Grenzverfahren auszunehmen. Nur Luxemburg, Portugal und Irland teilen da noch unsere Position. Immerhin konnte erreicht werden, dass **Flüchtlinge** nicht in Drittstaaten zurückgebracht werden können, zu denen sie gar keine Verbindung haben. Dafür habe ich mich sehr eingesetzt.

Also halten Sie den EU-**Asylkompromiss** für vertretbar?

Die Reformdebatte ist ja noch nicht am Ende. Wie genau die neue EU-Asylpolitik aussehen wird, werden die Trilog-Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament zeigen. Wir sind im engen Kontakt mit den sozialdemokratischen Europaabgeordneten und werden unsere Anliegen weiter einbringen. Wir müssen aber akzeptieren, in welcher Situation wir uns auf EU-Ebene befinden. Was beschlossen wurde, macht mir große Sorgen und es fällt schwer, das mitzutragen trotzdem müssen wir damit umgehen. Wichtig ist, dass es vorangeht. Und das tut es an wichtigen Punkten: Erstmals gibt es jetzt einen solidarischen Verteilmechanismus für

Es fällt schwer, das mitzutragen, aber Die Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, Reem Alabali-Radovan, über den EU-Asylkompromiss, den Fa....

Geflüchtete, bei dem Nicht-Aufnahme-Länder Ausgleichszahlungen leisten sollen. Ohne diesen Mechanismus ließe sich das Grenzverfahren nicht rechtfertigen.

Droht damit nicht trotzdem die Aushöhlung des Asylrechts?

Es ist wichtig, dass bei Prüfung der Asylanträge alle rechtlichen Standards eingehalten werden. Es darf keine weiteren Lager wie Moria geben. Und wir müssen darauf achten, dass der Zugang zu Rechtsberatung auch in den beschleunigten und den Grenzverfahren gewährleistet wird. Die von manchen befürchteten haftähnlichen Bedingungen an den Außengrenzen dürfen nicht nach Vorbild Morias Realität werden.

Und wie soll das gelingen?

Den Grenzstaaten fehlen Expertise und Personal. Wir müssen die Grenzstaaten unterstützen. Das ist auch im Interesse der Flüchtlinge. Vor allem aber muss die Kommission als Hüterin der Verträge hier ihrer Verantwortung besser gerecht werden.

Gibt es für Sie eine rote Linie für die EU-Asylpolitik?

Restriktiver als der jetzt vorliegende EU-Kompromiss darf es nicht werden.

Die Juso-Vorsitzende Jessica Rosenthal nannte den Kompromiss ein einziges Unrecht . Und die Ex-SPD-Chefin in Hessen, Andrea Ypsilanti, ist aus Protest aus ihrer Partei ausgetreten. Verstehen Sie das?

Niemandem in der SPD fällt es leicht, diesen Schritt zu gehen. Das Thema bewegt viele, ganz besonders diejenigen mit eigener Fluchtgeschichte, wie auch ich. Natürlich frage ich mich: Wie wäre meine Geschichte verlaufen, wenn Europa schon in 90er Jahren Asylregelungen gehabt hätte, wie sie nun geplant sind.

Ihre Eltern stammen aus dem Irak, sind zum Studieren nach Moskau gegangen und dann nach Ihrer Geburt mit Ihnen nach Deutschland gekommen, wo Sie Asyl erhielten. Wäre Russland in den 90er Jahren als sicherer Drittstaat eingestuft worden, wie es nach dem EU-Plan jetzt mit Ländern wie etwa Tunesien geschehen soll?

Das sind Fragen, die ich mir stelle. Und ich bin mir tatsächlich nicht sicher.

Ist die Bundesregierung in der Asylpolitik eigentlich so scharf nach rechts abgebogen, weil die in Umfragen so viel Zustimmung hat? AfD

Im Gegenteil: Die Ampelkoalition hat mehr Fortschritte im Bereich Integration und Migration erreicht als alle Bundesregierungen davor. Wir haben das Chancen-Aufenthaltsrecht beschlossen und unabhängige Asylverfahrensberatung ermöglicht. Aber der gesamtgesellschaftliche Diskurs ist in den letzten Monaten nach rechts gerückt. Manche Äußerungen aus der Union machen mir große Sorgen. Da wird gefordert, das Asylrecht auszuhebeln oder Obergrenzen zu beschließen, es fallen Wörter wie Sozialtourismus . So werden Argumente salonfähig, die Rechten nutzen.

Sehen Sie Parallelen zwischen heute und 1993 als CDU, FDP und SPD gemeinsam das deutsche Asylrecht massiv einschränkten?

Ich sehe gewisse Parallelen zu der aktuellen Diskussionskultur. Die Art und Weise, wie damals über Menschen mit Migrationsgeschichte gesprochen wurde, hat begünstigt, dass es zu rassistischen Anschlägen wie in Mölln und Solingen kam. Deswegen appelliere ich an alle demokratischen Akteure, darauf zu achten, wie wir über die aktuelle Situation sprechen. Das Thema Migration ist ein Jahrhundertthema und ich dachte wirklich, wir sind hier weiter. Bei Anschlägen steckt natürlich auch tief verankerte rechte Ideologie dahinter. Deswegen ist es so wichtig, dass die Bundesregierung mit dem Demokratie-Fördergesetz, der Förderung von politischer Bildung und antirassistischer Arbeit vorangeht, und dass sich die Zivilgesellschaft kritisch einbringt.

Es fällt schwer, das mitzutragen, aber Die Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, Reem Alabali-Radovan, über den EU-Asylkompromiss, den Fa....

Die gesellschaftliche Stimmung konnte sich auch deshalb hochschaukeln, weil die Ampel sich monatelang weigerte, den Ländern und Kommunen mehr Geld für die Flüchtlingsaufnahme bereitzustellen. Am Ende gab es nur einmalig für dieses Jahr eine Milliarde extra. Bräuchte es keine dauerhafte Regelung?

Die Aufnahme und Integration Schutzsuchender ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Länder und Kommunen. Und wir dürfen uns nicht spalten lassen. Natürlich ist es wichtig, dass wir die Kommunen finanziell unterstützen das tun wir sehr umfangreich. Aber wir müssen auch Verfahren und Abläufe verbessern. Ich habe in einer Erstaufnahme-Einrichtung gearbeitet und weiß, dass es Prozesse gibt, die viel zu langwierig sind.

Weil Behörden nicht digitalisiert sind?

Zum Beispiel. Es geht aber auch um die Vereinfachung des Aufenthaltsrechts. Im Moment sind die Ausländerbehörden völlig überlastet.

Die Ampel will mit dem neuen Einbürgerungen beschleunigen. Macht es wirklich einen Unterschied, ob die Leute statt nach acht nun schon nach fünf Jahren Aufenthalt hier den deutschen Pass bekommen können? Staatsbürgergesetz

Ja. Das neue Staatsangehörigkeitsrecht ist ein Riesenschritt, auf den viele lange gewartet haben. Besonders am Herzen liegen mir die Vereinfachungen für die Gastarbeiter- und Vertragsarbeiter:innen-Generationen. Das ist ein Zeichen des Respekts. Auch die Mehrfachstaatsangehörigkeit ist überfällig. Die bisherigen Einbürgerungszahlen sind auch deshalb so niedrig, weil viele Menschen ihre bestehende Staatsbürgerschaft nicht abgeben wollen. Sie leben und arbeiten hier seit vielen Jahren, sind aber von der politischen Teilhabe ausgeschlossen. Dass sie endlich hier wählen dürfen, wenn sie den deutschen Pass beantragen, werde ich mit einer Einbürgerungskampagne zur Einführung des neuen Staatsangehörigkeitsrechts begleiten.

Im aktuellen Entwurf für das Staatsangehörigkeitsrecht fehlt aber eine Passage, die bisher Kindern die Einbürgerung auch dann ermöglicht, wenn sie Sozialleistungen empfangen, weil ihre Eltern solche Leistungen bekommen. Finden Sie das richtig?

Der Entwurf steht noch in der Diskussion und ich setze mich sehr dafür ein, dass es nicht zu Verschlechterungen kommt. Es muss weiterhin Ausnahmen geben.

Die Ampel will mit dem Ar-beit-neh-me-r*in-nen nach Deutschland locken. Gleichzeitig trägt die Bundesregierung den EU-Kompromiss mit, der Geflüchtete fernhalten sollen. Das ist die Spaltung in nützliche und lästige Migranten, oder? Fachkräftezuwanderungsgesetz

Es ist ganz klar, dass wir ausländische Fachkräfte brauchen. Wir dürfen aber nicht in schlechte und gute Ausländer einteilen. Das geht mir persönlich total gegen den Strich. Und wir sollten auch nicht unterschätzen, dass den Fachkräften, die wir wollen und brauchen, wichtig ist, wie wir hier über Flucht diskutieren. Studien belegen, dass ein großer Teil derjenigen, die nach Deutschland kommen, hier Diskriminierung erlebt. Das betrifft Fachkräfte wie Geflüchtete. Dem müssen wir uns entgegenstellen.

Den Alltagsrassismus in Deutschland zeigte ein , bevor sie in Mutterschutz gegangen sind. Jetzt sind Sie wieder da. Wie geht es weiter? Lagebericht, den sie Anfang Januar präsentiert haben

Der Kampf gegen Rassismus ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Am Montag berufe ich den neuen Expertinnenrat für Antirassismus ein. Er soll meine Arbeit als Antirassismusbeauftragte unterstützen. Seine Aufgabe ist es, Grundlagen zu schaffen, um Rassismus in den Strukturen und Institutionen besser bekämpfen zu können. Es geht auch darum, Rassismus offiziell zu definieren, damit wir damit konkret arbeiten können. Das klingt theoretisch, ist aber wichtig, damit sich Menschen besser gegen rassistische Diskriminierung wehren können.

Ändert sich Ihr Arbeitsalltag durch das Kind?

Es fällt schwer, das mitzutragen, aber Die Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration, Reem Alabali-Radovan, über den EU-Asylkompromiss, den Fa....

Im Bundeskanzleramt gibt es nun erstmals eine Wickelkommode (lacht). Und ich bin sensibler dafür, wie viel arbeitstätige Mütter und Familien leisten.

Reem Alabali-Radovan

33 Jahre alt, ist Staatsministerin für Migration, Flüchtlinge und Integration im Kanzleramt und SPD-Abgeordnete im Bundestag. Seit Anfang 2022 ist sie außerdem Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus.

Load-Date: June 18, 2023

End of Document

Olaf Scholz weist den Weg in die rechte Sackgasse, sagt Aziz Bozkurt von der AG Migration der SPD; die dritte meinung

taz, die tageszeitung

Montag 23. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 362 words

Byline: Aziz Bozkurt

Body

die dritte meinung

Im großen Stil abschieben. Das will Bundeskanzler Olaf Scholz. Der Satz ist verkürzt, und die Aussagen waren auch etwas differenzierter. Aber groß, Stil, abschieben, das sind die Begriffe, die haften bleiben. Ganz bewusst. Einem Olaf Scholz rutschen Worte nicht einfach so aus dem Mund. Aber strategisch sind solche Worte der Weg in die rechte Sackgasse.

Das aufgeregte Treiben der vergangenen Tage in der Migrationspolitik und diese Wortwahl sind der Katalysator für den rechten Rand. Der Krater zwischen Erwartungen und Lösungen klafft immer weiter auseinander. Und morgen fragen die Bürgerinnen und Bürger: Warum sind die Zahlen noch so hoch? Ihr hattet uns doch die Lösungen präsentiert. Auf diese Frage haben dann nur noch die Rechten eine Antwort: Zieht die Mauern hoch, schafft das Asylrecht ab. Und wieso sollte die Antwort falsch sein, wenn schon die vorherigen Forderungen nach schlechten Wahlergebnissen übernommen wurden? Wenn ich mit Nachbarinnen und Nachbarn von zukünftigen Flüchtlingseinrichtungen spreche, dann wird klar, wo sie Überlastung und Ohnmacht spüren. Es schließen Seniorenheime; Infrastruktur geht kaputt, es fehlen Wohnungen. Sie fragen sich: Was ist mit uns? Genau darum muss sich Politik kümmern. Wenn ich einen Euro in die Unterbringung von Geflüchteten stecke, dann braucht es auch einen Euro für den Zusammenhalt: für Kitas, für Schulen, für Seniorenheime. Es braucht keine Scheindebatten, wenn man die tatsächlichen Bedürfnisse der Menschen nicht erfüllen will, schlicht die Arbeit verweigert. Und eines sei auch noch an den Bund gerichtet: Die Folgen des Hamas-Terrors werden zu Migrationsbewegungen führen. Genauso wie Pakistans Ankündigung, zwei Millionen Afghanen abschieben zu wollen. Was ist Deutschlands Beitrag, um die Krisenherde zu löschen? Wie viele Migrationsabkommen hat die Ampel denn schon geschlossen?

Die sozialen Probleme der Menschen lösen, das wäre mal sozialdemokratische Politik im großen Stil.

inland

Olaf Scholz weist den Weg in die rechte Sackgasse, sagt Aziz Bozkurt von der AG Migration der SPD die dritte
meinung

Aziz Bozkurt ist Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt in der SPD und seit 2023
Staatssekretär für Soziales im Berliner Senat, der Berliner Landesregierung.

Load-Date: October 22, 2023

End of Document

Begrenzung ja, Schikane nein; Barbara Dribbusch über die Migrationsdebatte

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 340 words

Byline: Barbara Dribbusch

Body

Barbara Dribbusch über die Migrationsdebatte

Es ist wie in einer Zeitreise, wenn man liest, wie die Mi-nis-ter-prä-si-den-t:in-nen der Länder die Zuwanderung von Geflüchteten begrenzen wollen: Arbeitspflicht in den Kommunen, Sachleistungen statt Geldleistungen. Die Maßnahmen sind unwürdig und schwer zu administrieren, wie man schon aus den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts weiß. Ein alternatives Bezahlungssystem mit speziellen Karten einzuführen, damit die Geflüchteten nur ja kein Geld an Angehörige zu Hause überweisen können: Das ist doch Irrsinn.

Die Statistiken sagen, dass es derzeit vor allem Menschen aus der Ukraine, aus Syrien und Afghanistan sind, die nach Deutschland kommen und hier Schutz suchen. Jetzt den Eindruck zu erwecken, es kämen mehrheitlich Wirtschaftsflüchtlinge, die es sich im deutschen Sozialsystem gemütlich machen wollen, geht an der Realität vorbei.

Trotzdem ist es legitim, über die Optionen für die Begrenzung der Flüchtlingszahlen zu reden. Selbst tatkräftige Un-ter-stüt-ze-r:in-nen in der Helferszene fordern heute Begrenzungen und klagen darüber, dass die Situation für ihre Schützlinge hierzulande immer schwieriger wird. Denn die Geflüchteten stehen in ungewollter Konkurrenz zueinander, und die Möglichkeiten auf dem Wohnungsmarkt, im Bildungswesen verschlechtern sich für jeden Einzelnen, wenn es so viele sind. Jede Asyldebatte ist hässlich, denn sie trägt immer die Frage der Begrenzung in sich. Und es führt leider nicht zu mehr Humanität, wenn man die Lösung der praktischen Probleme auf andere abschiebt.

Arbeitsverbote für Geflüchtete in Deutschland sollte man aufheben. Aber die Liste der sicheren Herkunftsstaaten kann man durchaus ausweiten und Asylverfahren für Menschen aus Ländern mit niedriger Anerkennungsquote beschleunigen oder auslagern aus der EU, soweit möglich. Begrenzungen ja, Schikanen nein. Asylpolitik war schon immer ein unfreiwilliger Großversuch. Wir sind in einem unangenehmen Stadium und können nur daran arbeiten, den Schaden klein zu halten. Mehr ist nicht drin.

inland

Begrenzung ja, Schikane nein Barbara Dribbusch über die Migrationsdebatte

Load-Date: October 11, 2023

End of Document

Solidaritätspool statt EU-Verteilmechanismus; Die geplante EU-Migrationsreform nimmt Gestalt an. Kritiker*innen warnen vor einer Einschränkung des Rechts auf Asyl und vor mangelhaftem Datenschutz

taz, die tageszeitung

Freitag 21. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 516 words

Byline: Christian Jakob, Frederik Eikmanns

Highlight: Die geplante EU-**Migrationsreform** nimmt Gestalt an. Kri-ti-ke-r*in-nen warnen vor einer Einschränkung des Rechts auf **Asyl** und vor mangelhaftem Datenschutz

Body

Von Christian Jakob und Frederik Eikmanns

Bei den Verhandlungen über den 2020 präsentierten EU-**Migrationspakt** ist ein Ende in Sicht. Eine Vertreterin der EU-Kommission sagte am Donnerstag in Berlin, sie rechne damit, dass der aus zehn Gesetzesvorlagen bestehende Pakt im Februar 2024 beschlossen werde. Die sogenannte Trilog-Abstimmung zwischen Rat, Parlament und Kommission sei seit Kurzem im Gang. Mit dem Pakt sollen weite Teile des EU-**Asylsystems** reformiert und auf eine neue Rechtsgrundlage gestellt werden.

Auf dem Tisch liegt auch ein Vorschlag der Kommission für eine Reform der Dublin-Verordnung. Die EU-Länder, in die Schutzsuchende zuerst einreisen – also meist jene an der Außengrenze –, sollen demnach weiterhin für Asylverfahren, Aufnahme und Versorgung zuständig sein. Genau das lehnen Staaten wie Italien und Griechenland allerdings weiter ab. Lediglich für Ausnahmefälle, etwa bei familiärem Bezug, hat die Kommission die Möglichkeit einer Weiterreise für ein Asylverfahren in ein anderes Land vorgeschlagen. Das wiederum ist wohl Staaten in Zentraleuropa nicht recht.

Auch einen festen Verteilmechanismus innerhalb der EU soll es künftig nicht geben. Entlastung für die Staaten an der EU-Außengrenze soll stattdessen ein Solidaritätspool bringen, über den andere EU-Mitglieder freiwillig Aufnahmeplätze oder ersatzweise Geld- oder Sachleistungen bereitstellen. Für den bereits seit Juni 2022 geltenden freiwilligen Verteilmechanismus hätten sich 13 Staaten gemeldet. Über diesen sollen zunächst bis Sommer 12.000 Menschen aus Italien und Zypern umverteilt werden.

Die schleppende Umsetzung – Deutschland etwa hat bislang nur rund 20 Prozent der zugesagten Zahl an Menschen aufgenommen – sei unter anderem auf die unterbesetzte Verwaltung in Zypern zurückzuführen. Hinzu

Solidaritätspool statt EU-Verteilmechanismus Die geplante EU-Migrationsreform nimmt Gestalt an.
Kritiker*innen warnen vor einer Einschränkung des Rechts auf Asyl....

komme, dass die Aufnahmestaaten, vor allem Deutschland und Frankreich, Bedingungen stellten, wer kommen dürfe.

Ein Sprecher des Bundesinnenministeriums sagte der taz, Deutschland habe bis Mitte April im Rahmen des Solidaritätsmechanismus insgesamt 744 Personen übernommen, 525 aus Italien und 219 aus Zypern. Weitere Übernahmen seien geplant, das zugesagte deutsche Kontingent umfasse bis zu 3.500 Plätze. Im Sommer solle Bilanz gezogen und über eine Verlängerung entschieden werden.

Bei einer Veranstaltung des Mediendienstes Integration in Berlin kritisierte der Jurist und Migrationsforscher Constantin Hruschka am Donnerstag die Reformpläne der Kommission. Es drohten juristische Probleme, etwa weil der Zugang zum Asylverfahren womöglich unzulässig eingeschränkt werde. Auch das Recht der Flüchtlinge, sich gegen negative Asylentscheidungen zu wehren, ist bedroht. Außerdem steige die Gefahr, dass Staaten auf Pushbacks setzen, um Flüchtlinge fernzuhalten.

Hruschka fürchtet zudem Datenschutzprobleme. Die EU plane, mehr Daten über Schutzsuchende zu sammeln, diese länger zu speichern und mit anderen Daten zu kombinieren. Gleichzeitig sollen auch deutlich mehr Stellen Zugriff auf sensible Daten bekommen, etwa die deutschen Ausländerbehörden.

Das Recht, sich gegen Asyl-ent-scheidungen zu wehren, ist bedroht

Load-Date: April 20, 2023

Abkommen mit Symbolwert; Innenministerin Faeser hat ein Migrationsabkommen mit Georgien geschlossen. Die Botschaft ist klar: Nun soll es ernst werden mit der Rückführungsoffensive und dem Wandel von unkontrollierter zu kontrollierter Zuwanderung. Weitere Deals sollen folgen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1004 words

Byline: Konrad Litschko

Highlight: Innenministerin Faeser hat ein Migrationsabkommen mit Georgien geschlossen. Die Botschaft ist klar: Nun soll es ernst werden mit der Rückführungsoffensive und dem Wandel von unkontrollierter zu kontrollierter Zuwanderung. Weitere Deals sollen folgen

Body

Aus Tiflis Konrad Litschko

Es ist ein langer roter Teppich, der Bundesinnenministerin Nancy Faeser am Dienstagvormittag vor dem georgischen Innenministerium in Tiflis ausgerollt wird. Die Sonne strahlt, die Ehrengarde steht zum Empfang bereit, mit Bajonett und rot-schwarzer Uniform. Schon nachts zuvor hatten die Gastgeber den Fernsehturm, der über der Stadt auf dem Mtazminda-Berg thront, Schwarz-Rot-Gold angestrahlt. Am Dienstag nun bedankt sich der georgische Innenminister Vakhtang Gomelauri für die sehr große Unterstützung Deutschlands besonders in Sachen EU-Beitrittskandidatenstatus, der gerade erst verkündet wurde. Und -Faeser gibt einen Dank für die wunderbare Gastfreundschaft zurück. Dann greifen beide zum Stift und unterzeichnen erstmals ein Migrationsabkommen, sechs Seiten stark.

Das Abkommen ist eine Premiere zwischen beiden Ländern. Der Deal: Georgien nimmt ausreisepflichtige Landsleute zurück und erhält im Gegenzug erleichterte Arbeitsmarktzugänge. Es ist ein Abkommen, das nach dem Willen der Ampel ein Muster für weitere Länder werden soll und ein Durchbruch, um angesichts der Klagen in den Kommunen über hohe Geflüchtetenzahlen endlich Handfestes vorzulegen.

Kanzler Olaf Scholz (SPD) hatte hier zuletzt den Ton vorgegeben. Man wolle endlich im großen Stil abschieben, erklärte der Sozialdemokrat. Schon im Koalitionsvertrag hatte die Ampel eine Rückführungsoffensive angekündigt. Weil Herkunftsstaaten aber regelmäßig ihre ausreisepflichtigen Bür-ge-r*in-nen nicht zurücknehmen oder die Prozesse verzögern, setzt die Koalition nun auf Migrationsabkommen.

Abkommen mit Symbolwert Innenministerin Faeser hat ein Migrationsabkommen mit Georgien geschlossen.
Die Botschaft ist klar: Nun soll es ernst werden mit der Rüc....

Im Innenministerium in Tiflis sagt Faeser, das Abkommen sei ein bedeutsamer Schritt, um irreguläre Migration dauerhaft zu reduzieren. Georgiens Innenminister Gomelauri beruhigt seine Landsleute: Es sei mitnichten so, dass nun alle Deutschland verlassen müssten. Im Gegenteil. Mehr Türen werden geöffnet. Arbeitsvisa würden leichter erteilt, Prozesse beschleunigt. Im Anschluss trifft Faeser auch noch Premierminister Irakli Garibashvili, der das Abkommen ebenfalls lobt. Das Papier verpflichtet Georgien zudem, seine Landsleute mit einer Informationskampagne über die geringen Asylchancen in Deutschland informieren. Neben Arbeit suchen viele Ge-or-gie-r*in-nen in Deutschland vor allem medizinische Behandlungen. Trotz aller Modernisierung in den vergangenen Jahren bleibt die Krankenhausversorgung in Georgien bescheiden und teuer.

In Europa arbeiten viele Ge-or-gie-r*in-nen oft prekär in der Pflege oder im Transportwesen. Arbeitsvisa sollen erleichtert, auch die Hürden für Einreisen von Saisonarbeitskräften oder für Forschende und Studierende gesenkt werden. Umsetzen soll all das eine bilaterale Expertengruppe. Hart gepokert hatte Georgien nicht: Dort fürchtete man offenbar bei zu freien Ausreiseregeln einen Braindrain der eigenen Fachkräfte. Zudem wollte man nicht an der Visaliberalisierung rütteln: Seit 2017 dürfen Ge-or-gie-r*in-nen ohne Visum 90 Tage pro Jahr in den Schengenraum reisen. Schon am Freitag hatte auch der Bundesrat Georgien und Moldau als sichere Herkunftsstaaten eingestuft. Asylverfahren werden damit stark beschleunigt und können nun als offensichtlich unbegründet abgelehnt werden.

Ob das Abkommen mit Georgien tatsächlich ein Durchbruch wird, ist fraglich. Denn die Zahlen für Georgien sind überschaubar. Insgesamt 325.000 Asylanträge wurden seit Jahresbeginn in Deutschland gestellt, 8.993 davon kamen von Ge-or-gie-r*in-nen was immerhin Platz 6 ausmacht. Weit vorn liegen Sy-re-r*in-nen mit 97.000 Anträgen, dann folgen Tür-k*in-nen und Af-gha-n*in-nen. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge wurden die georgischen Anträge zuletzt fast komplett abgelehnt. Auch die Abschiebungen klappten recht problemlos. 1.179 gab es seit Jahresbeginn und 1.163 sogenannte freiwillige Ausreisen. Das jetzige Abkommen ist deshalb vor allem ein Symbol Faesers: Es soll nun ernst werden mit der Rückführungsoffensive und dem Wandel von unkontrollierter zu kontrollierter Zuwanderung.

Doch selbst aus der Ampel gibt es Kritik. Denn die Entwicklung in Georgien ist zweischneidig. Einerseits bejubelten gerade erst Tausende auf dem Freiheitsplatz in Tiflis den EU-Kandidatenstatus. Eine europäische Stadt, künden dort große Letter. Überall in Tiflis sieht man EU-Fahnen, eine selten gewordene europäische Euphorie ist spürbar. Andererseits orientierte sich die Regierungspartei Georgischer Traum von Premierminister Garibaschwili zuletzt auch Richtung Russland, plante ähnlich repressive Gesetze was zu Protesten führte. Die Regionen Abchasien und Südossetien sind bereits heute abtrünnig und von Russland als unabhängig anerkannt.

Vor allem die LSBTIQ*-Community hat im Land einen schweren Stand. Der Queerbeauftragte der Bundesregierung, Sven Lehmann (Grüne), lehnt daher eine Einstufung Georgiens als sicherer Herkunftsstaat ab: Für geoutete LSBTIQ* sei ein offenes Leben im Land nicht möglich. Die georgische Regierung beteilige sich selbst an der Hetze.

Auch Pro Asyl und Amnesty International hatten gegen die Einstufung Georgiens als sicheren Herkunftsstaat protestiert. Sprecherin Wiebke Judith kritisiert auch das Migrationsabkommen. Dieses fuße auf einer verfassungsmäßig nicht tragbaren Einstufung, es gebe rechtsstaatliche Rückschritte. Der georgischen Regierung kann ein solcher Blankoschein nicht ausgestellt werden, so Judith zur taz.

Für die Ampel ist das Georgien-Abkommen nur ein Baustein. Schon im Februar ernannte die Ampel den FDP-Mann Joachim Stamp als Sonderbevollmächtigten, um mehrere Abkommen dieser Art zu schließen. Stamp verhandelt unter anderem auch noch mit Usbekistan, Kirgistan, Marokko, Kenia und Kolumbien.

In Tiflis gibt sich Faeser zuversichtlich, verlässt lächelnd das Innenministerium. Es werde Zeit brauchen, bis das Abkommen mit Georgien Wirkung zeige, sagt sie. Aber am Ende werde man Kommunen und Gerichte sehr stark entlasten. Es klingt wie eine Beschwörung.

Der georgischen Regierung kann ein solcher Blankoschein nicht ausgestellt werden

georgien

Abkommen mit Symbolwert Innenministerin Faeser hat ein Migrationsabkommen mit Georgien geschlossen.
Die Botschaft ist klar: Nun soll es ernst werden mit der Rüc....

Load-Date: December 19, 2023

End of Document

Die Grünen und ihre Grenzen; Hohe Asylzahlen und innenpolitischer Druck in etlichen EU-Staaten: Die Reform des Umgangs mit Flüchtlingen droht zur Zerreißprobe zu werden. Und die Grünen stecken mittendrin

taz, die tageszeitung

Samstag 03. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 7

Length: 1326 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Hohe Asylzahlen und innenpolitischer Druck in etlichen EU-Staaten: Die Reform des Umgangs mit Flüchtlingen droht zur Zerreißprobe zu werden. Und die Grünen stecken mittendrin

Body

Von Christian Jakob

In Sachen Asyl finden sich im Programm der Grünen sehr eindeutige Passagen: Das Asylverfahren findet im aufnehmenden Mitgliedstaat statt. Vorgezogene Asylverfahrensprüfungen an den Außengrenzen lehnen wir ab, heißt es dort. Und auch in ihrem Programm zur EU-Wahl 2019 steht: Abgesperrte Massenlager in der EU, Transitzonen () lehnen wir ebenso ab wie Abschottungsabkommen, mit denen Menschen in Drittstaaten zurückgeschickt werden.

Doch viel spricht gerade dafür, dass die Partei sich daran nicht mehr gebunden fühlt. Denn das, was ihr eigenes Programm so klar ablehnt, steht am kommenden Donnerstag auf der Tagesordnung der EU-Innenminister. Und wie es derzeit aussieht, zieht die Ampelkoalition mit.

Die EU-Minister:innen wollen sich auf eine gemeinsame Linie für die seit Jahren ausstehende Reform der Asylpolitik einigen. Die Kommission drängt auf die dazu nötigen Verhandlungen mit dem Parlament. Sie will das Thema unbedingt bis zum kommenden Februar, vor der nächsten EU-Wahl, abgeräumt haben. Und angesichts der hohen Asylzahlen machen auch viele der EU-Innenminister:innen Druck.

Im Kern liegen zwei Vorschläge auf dem Tisch. Der erste: Asyl-Schnellverfahren in de facto Internierungslagern, direkt an den Außengrenzen. Die Idee stammt von Deutschlands Ex-CSU-Innenminister Horst Seehofer. Die EU-Kommission griff sie auf und legte 2020 ein Konzept vor. Doch seitdem stocken die Verhandlungen dazu. Anfang Mai sagte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) dann, die Ampel habe sich da-rauf geeinigt, dass an den Grenzen schon Asylverfahren stattfinden können. Die grünen Kabinettsmitglieder hatten Faeser Zustimmung signalisiert.

Die Grünen und ihre Grenzen Hohe Asylzahlen und innenpolitischer Druck in etlichen EU-Staaten: Die Reform des Umgangs mit Flüchtlingen droht zur Zerreißprobe zu....

Dabei waren die Grünen, als Seehofer 2018 seine Pläne für die Reform des EU-Asylsystems präsentierte, entsetzt: Seehofer lege die Axt an Europa und unseren Rechtsstaat an, schrieb damals Annalena Baerbock in der FAZ. Statt der völlig überfüllten, geschlossenen Lager, wie derzeit auf Lesbos, wo Menschen in leichten Zelten hausen und Kinder im Dreck spielen mussten Flüchtlinge nach einem ersten Screening fair und schnell auch auf die anderen europäischen Länder verteilt werden, wo dann die Asylverfahren laufen. Die bayrische Grünen-Chefin Katharina Schulze nannte Seehofers Mi-grationspolitik verantwortungslos, schädlich, und sie funktioniert auch nicht. Claudia Roth fand, der Vorschlag sei rechtsstaatlich nicht hinnehmbar. Ein faires und gründliches Asylverfahren sei kein Almosen, sondern rechtsstaatlicher Anspruch und Grundpfeiler des internationalen Flüchtlingsrechts. Eine individuelle Prüfung, wie sie das Flüchtlingsrecht explizit voraussetzt, sei an den EU-Außengrenzen, wo die Mitgliedstaaten ohnehin komplett überfordert sind, nicht vorstellbar, so Roth. Damals.

Was ist aus dieser Ablehnung geworden? Der heutige Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour sagte Anfang Mai im ZDF, es gebe keine Zustimmung der Grünen um jeden Preis. Er nannte verbindliche Verteilmechanismen als Voraussetzung. Später bekräftigte Nouripour dies.

An der menschenrechtlichen Fragwürdigkeit der Schnellverfahren und daran, dass sie Massenhäftlager bedeuten, würde ein Verteilmechanismus nichts ändern. Vor allem aber: Einen solchen Mechanismus wird es nicht geben. Die Kommission hat ihn nie geplant, weil klar ist, dass Länder wie Polen oder Ungarn nicht zustimmen würden. Eine verpflichtende Umsiedlung war, ist und wird nicht Teil des Vorschlags sein, sagt Maria Malmer Stenergard, die schwedische Migrationsministerin. Ihr Land hat derzeit die Ratspräsidentschaft inne und koordiniert die laufende Abstimmung im Rat. Verpflichtende Solidarität ist eine andere Sache, twitterte Stenergard. Länder, die keine Asylbewerber aufnehmen wollen, sollen mit Geld oder dem Aufbau von Kapazitäten Solidarität zeigen.

Dieser Solidaritätsmechanismus ist das zweite Element des Kommissionsvorschlags. Das Prinzip: Wer den überlasteten Außengrenzen-Staaten keine Flüchtlinge abnimmt, soll stattdessen zahlen müssen. Wie viel das nach den Vorstellungen der Kommission genau sein soll, das sickerte vor Kurzem erstmals durch: 22.000 Euro pro nicht aufgenommenem Flüchtling. Das Geld kann auch für Grenzschutz-Ausgaben verwendet werden, sogar mit Zahlungen für die libysche Küstenwache wäre die Verpflichtung erfüllt. Dabei gab es für die Außengrenzen-Staaten in der Vergangenheit genug Geld. Griechenland etwa bekam für die Flüchtlingsversorgung mehr als jeder andere Staat der Welt.

Nouripours Bedingung wird also nicht erfüllt. Was das für die Haltung der Partei zu der Frage bedeutet, wüsste man gern. Doch seit Wochen weigert Nouripour sich, auf taz-Anfragen zu antworten. Erst sagt seine Sprecherin, es werde leider zeitlich nicht klappen, in der Woche drauf heißt es, man habe erstmal keine Kommunikation zu dem Thema geplant. Am Donnerstag schreibt die Partei, man werde die Anfrage leider nicht kommentieren. Warum? Keine Reaktion mehr.

Der wahrscheinlichste Grund ist: Die Grünen werden bei dem Thema mittragen, was ihrem eigenen Programm widerspricht. Die wohlwollendste Deutung: Mit dem Kampf um Habecks Wärmewende sind die Kräfte der Partei offenbar aufgezehrt. Eine andere Front mutet sie sich nicht zu. In der Bundestags- und EU-Fraktion, an der Basis, bei der Grünen Jugend und bei der Heinrich-Böll-Stiftung gibt es daran viel Kritik. Die Parteispitze ficht das offensichtlich nicht an. Von Grünen-Abgeordneten heißt es, man hoffe, die Sache bleibe im Ministerrat hängen und scheitere am Widerstand anderer Staaten.

Doch das ist keineswegs sicher. Zwar sind Spanien und Griechenland wegen Wahlen oder laufender Regierungsbildung gerade etwas blockiert. Polen, Ungarn und Tschechien lehnen jede Form der verpflichtenden Flüchtlingsaufnahme strikt ab. Und die ersatzweise verpflichtende Zahlung auch. Der Ständige Vertreter Polens bei der EU, Andrzej Sado, nennt diese eine Strafe.

Die Kommission aber will unbedingt einen Erfolg vor der Wahl und dazu braucht der Rat das Verhandlungsmandat. Eine Vertreterin der schwedischen EU-Präsidentschaft bestätigte der taz, dass noch im Juni ein Kompromiss erzielt werden soll. In Brüssel ist zu hören, dass dieser möglicherweise mit qualifizierter Mehrheit, also auch gegen die Stimmen von Polen und Ungarn, beschlossen werden könnte.

Die Grünen und ihre Grenzen Hohe Asylzahlen und innenpolitischer Druck in etlichen EU-Staaten: Die Reform des Umgangs mit Flüchtlingen droht zur Zerreißprobe zu....

Noch aber wird im Ausschuss der ständigen Vertreter am Kompromissvorschlag gearbeitet. Deutschland hatte darauf gedrängt, Familien mit Kindern unter 18 Jahren von den Asyl-Schnellverfahren auszunehmen. Die Kommission hatte eine Altersgrenze von 12 Jahren vorgeschlagen. In der Kompromissversion, die der taz vorliegt, heißt es, dass Familien mit Kindern unter 12 nicht automatisch von den Asyl-Schnellverfahren ausgenommen werden. Manche EU-Staaten glauben, dass Flüchtlinge sich sonst unterwegs unbegleitete Minderjährige suchen, um der Internierung zu entgehen. Auch unbegleitete Minderjährige sollen das Grenzverfahren durchlaufen, wenn sie als Gefahr für die nationale Sicherheit oder öffentliche Ordnung eingestuft werden. Der Kompromissvorschlag soll noch vor dem Mi-nis-te-r:in-nen-tref-fen in einer Probeabstimmung getestet werden.

Der Innenministerrat ist bereit, massive Asylrechts-Verschärfungen auf EU-Ebene zu beschließen, die de facto das Recht auf Asyl abschaffen , sagt die Linken-Abgeordnete Cornelia Ernst. Damit ist der EU-Migrationspakt, der eigentlich ein solidarischer Neustart der europäischen Migrationspolitik sein sollte, ein Geschenk an Orban und Co, die seit Jahren massiv Stimmung gegen Schutzsuchende machen.

Die Kommission schafft derweil Fakten. Schon seit Jahren wird eine Vorform der Grenzverfahren in Griechenland getestet. Auch mit Rumänien und Bulgarien wurden Vereinbarungen für Pilotprojekte für beschleunigte Asylverfahren, effektive Abschiebungen und verstärkte Kooperation mit Nachbarstaaten getroffen.

Mitarbeit: Elina Pahnke, Tim Kemmerling

Der EU-Migrationspakt ist ein Geschenk an Orbán und Co, die seit Jahren Stimmung gegen Schutzsuchende machen

Load-Date: June 2, 2023

Geiz statt Reiz; Die Länder und der Bund haben sich im Streit über Migrationspolitik geeinigt. Die Beschlüsse sollen vor allem Kosten sparen und Flüchtende abschrecken

taz, die tageszeitung

Mittwoch 08. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1610 words

Byline: Dinah Riese, Cem-Odos Güler, Anna Lehmann, Jasmin Kalarickal, Sabine am Orde

Highlight: Die Länder und der Bund haben sich im Streit über Migrationspolitik geeinigt. Die Beschlüsse sollen vor allem Kosten sparen und Flüchtende abschrecken

Body

Aus Berlin Dinah Riese, Cem-Odos Güler, Anna Lehmann, Jasmin Kalarickal und Sabine am Orde

Weit nach 2 Uhr war es am Dienstagmorgen, als Bundeskanzler Olaf Scholz mit den beiden Ministerpräsidenten Boris Rhein und Stefan Weil vor die Presse trat. Stundenlang hatten sich die Verhandlungen der Ministerpräsidentenkonferenz hingezogen. Nun aber liegt eine Einigung auf dem Tisch: Mehr Geld für die Kommunen zur Unterbringung und Versorgung Geflüchteter und deutliche Kürzungen und noch mehr Restriktion für Geflüchtete.

Es sei ein sehr historischer Moment, konstatierte Scholz zufrieden. Konkret vereinbart haben Bund und Länder eine Reform der Flüchtlingsfinanzierung: Statt starrer Pauschalbeträge sollen die Länder vom Bund ab dem kommenden Jahr eine Pro-Kopf-Pauschale von 7.500 Euro jährlich bekommen. Dieses atmende System passt sich also der tatsächlichen Zahl ankommender Asylsuchender an. Gefordert hatten Länder und Kommunen eine Pro-Kopf-Pauschale von 10.500 Euro, der Bund hatte eigentlich nur rund 5.000 Euro geben wollen.

Um die Kommunen weiter zu entlasten, soll gespart werden und zwar bei den Geflüchteten selbst. Asyl-be-wer-be-r*in-nen und Geduldete bekommen in Deutschland nach dem Asylbewerberleistungsgesetz ohnehin schon rund 18 Prozent weniger Sozialhilfe als Deutsche. Auch die Gesundheitsversorgung ist deutlich eingeschränkt. Erst nach 18 Monaten werden die Leistungen weitestgehend angeglichen. Dieser Zeitraum soll nun von anderthalb auf drei Jahre ausgeweitet werden. Auch anerkannte Schutzsuchende und Ukrai-ne-r*in-nen sollen gekürzte Leistungen bekommen, wenn sie in Gemeinschaftsunterkünften leben, in denen etwa die Verpflegung gestellt wird.

Geiz statt Reiz Die Länder und der Bund haben sich im Streit über Migrationspolitik geeinigt. Die Beschlüsse sollen vor allem Kosten sparen und Flüchtende absch....

Kommen sollen auch die von Union und FDP lautstark geforderten bundesweit einheitlichen Bezahlkarten statt Bargeld für Menschen im Asylverfahren oder Geduldete. Eine Arbeitsgruppe soll bis Ende Januar 2024 ein Modell für ein solches Bezahlssystem erarbeiten.

Asylverfahren sollen schneller, die umstrittene Reform des europäischen Asylrechts soll vorangetrieben und es soll mehr abgeschoben werden. Die deutschen Grenzen zu Österreich, Polen, Tschechien und der Schweiz würden über lange Zeit hinweg weiter kontrolliert werden, sagt Scholz, am liebsten schon auf dem Gebiet der Nachbarstaaten selbst. Die Digitalisierung in den Ausländerbehörden soll vorankommen, ebenso wie Migrationsabkommen mit den Herkunftsstaaten und die bereits angeschobene Aufweichung bei Arbeitsverboten.

Der Beginn der Verhandlungen mit Scholz hatte sich am Montag enorm verzögert, weil die Mi-nis-ter-prä-si-den-t*in-nen untereinander in einem Punkt nicht einig wurden: bei der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten. Die unionsgeführten Länder beharrten auf diesem Punkt, unterstützt von Baden-Württembergs grünem Ministerpräsidenten Winfried Kretschmann. Auch die FDP ist dafür, ebenso wie einige wenige SPD-Bundestagsabgeordnete. Im MPK-Beschluss heißt es nun etwas weicher und im Einklang mit dem Koalitionsvertrag: die Bundesregierung werde das Vorhaben prüfen .

In der Vorwoche hatten Scholz und Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) Asylverfahren in Drittstaaten noch eine Absage erteilt. Vieles, was gerade öffentlich diskutiert werde, sei unter anderem mit EU-Recht nicht vereinbar und auch praktisch sehr schwierig , sagte Scholz nun. Die Debatte aber liege in der Luft, und es wäre doch ganz absurd, sich damit nicht zu befassen .

Vorbild sind etwa Pläne Großbritanniens, Asylverfahren in Ruanda durchführen zu lassen. Bremen, Niedersachsen und Thüringen wiesen in einer Protokollerklärung darauf hin, dass Asylverfahren außerhalb der EU aus ihrer Sicht nur in Ländern infrage kommen, in die Schutzsuchende sich freiwillig begeben haben . Man könne sich schwer vorstellen , dass Menschen gegen ihren Willen in irgendeinen Teil der Welt verbracht würden, erklärte Niedersachsens Regierungschef Stefan Weil am Dienstagmorgen. Doch auch bei Transitstaaten müsse erst ein Land gefunden werden, das dazu bereit sei. Die Beschlüsse sind den Forderungen der Union weit entgegengekommen. So hat Scholz kurzerhand ein Versprechen aus dem Koalitionsvertrag einkassiert: Es soll nun doch keinerlei Verbesserungen bei der Familienzusammenführung für Geflüchtete mit subsidiärem Schutz geben. Doch CDU und CSU sind offenbar keineswegs zum Burgfrieden bereit.

Das Beschlossene sei nur ein Schritt in die richtige Richtung , dem weitere folgen müssten, erklärte Hessens Ministerpräsident Boris Rhein. Wir müssen die irreguläre Migration stoppen. In einer Protokollerklärung der Freistaaten Bayern und Sachsen heißt es, die Maßnahmen seien bloßes Klein-Klein . Stattdessen brauche es unter anderem eine Integrationsobergrenze , das Grundrecht auf Asyl müsse überdacht und Sonderaufnahmeprogramme wie das für Afghanistan müssten eingestellt werden.

Dass ihre eigenen Ministerpräsidenten mit am Verhandlungstisch saßen, war für die Union kein Hindernis, die Einigung bereits wenige Stunden später fundamental auseinanderzunehmen. Die MPK hat kein ausreichendes Ergebnis gebracht , sagte NRW-Ministerpräsident Hendrik Wüst (CDU) am Dienstag in Berlin. Er kritisierte die Einigung bei der Finanzierung als ernüchternd , begrüßte es aber grundsätzlich, dass Bund und Länder hier eine gemeinsame Position gefunden hätten.

Auch CDU-Parteichef Friedrich Merz gehen die Ergebnisse nicht weit genug. Schnell gehen soll es trotzdem: Ich erwarte von der Bundesregierung, dass diese Beschlüsse noch vor dem Jahresende im Bundestag beschlossen werden , so Merz. Eine zumindest punktuelle Zusammenarbeit mit der Regierungskoalition kündigte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Thorsten Frei, an: Die Ausweitung der Asylbewerberleistungen werde man im Bundestag unterstützen , so Frei.

Die FDP ist zufrieden mit dem MPK-Beschluss. Ihr Erster Parlamentarischer Geschäftsführer Johannes Vogel sprach von mehr Realpolitik bei der Regelung von Migration. In einem Hintergrundpapier aus Kreisen des FDP-geführten Finanzministeriums wurde nicht an Eigenlob gespart. Geldleistungen dürfen nicht als Pull-Faktor wirken , heißt es in dem Papier, das der taz vorliegt. Deshalb ist es ein großer Erfolg, dass die von Bundesfinanzminister

Geiz statt Reiz Die Länder und der Bund haben sich im Streit über Migrationspolitik geeinigt. Die Beschlüsse sollen vor allem Kosten sparen und Flüchtende absch....

Christian Lindner und Bundesjustizminister Marco Buschmann vorgeschlagene Einschränkung beim Asylbewerberleistungsgesetz beschlossen worden ist. Nach Berechnungen des Finanzministeriums würden Länder und Kommunen dadurch 1 Milliarde Euro pro Jahr einsparen.

Die SPD-Bundestagsabgeordneten diskutierten die Beschlüsse am Dienstagnachmittag mit Olaf Scholz auf ihrer Fraktionssitzung. Fraktionschef Rolf Mützenich bezeichnete sie vorab als gut und wegweisend. Asylverfahren in sichere Drittstaaten auszulagern halten viele in der SPD jedoch für Unfug. Rechtsstaatliche Verfahren und Menschenrechtsmonitoring werden dadurch erschwert, meinte etwa Hakan Demir. Andere glauben, dass man mit dem Prüfauftrag dem Koalitionsvertrag Genüge getan und das Thema zugleich politisch begraben habe.

Demir kritisierte das fehlende Bekenntnis zum Familiennachzug. Wir wollen nicht, dass Menschen auf Schleuser zurückgreifen oder Familien auseinandergerissen werden, weil der Nachzug rechtlich erschwert wird.

Die Sprecherin der AG Migration, Rasha Nasr, lobte die Lösungen im Bereich der Finanzierung. Sie kritisierte aber, dass es wieder mal fast nur ums Geld gegangen sei. Deutschland ist ein Einwanderungsland. Deshalb ist es mehr als ernüchternd, dass man sich in der MPK nur in einem Punkt mit der Integration zu uns geflüchteter Menschen auseinandergesetzt hat.

Bei den Grünen ist die Stimmung durchgewachsen. Parteichef Omid Nouripour betonte, es gebe nun deutlich mehr Planungssicherheit und deutlich mehr Geld für die Kommunen. Das sei ein großer Schritt nach vorne, sagte er in der ARD. Nun gelte es, Ruhe in die Debatte zu bringen. Das findet auch Fraktionschefin Katharina Dröge. Asylverfahren in Drittstaaten zu prüfen stehe bereits im Koalitionsvertrag, so Dröge. Aber: Wir Grünen haben da eine sehr klare Haltung zu. Soll heißen: Die Grünen (außer in Baden-Württemberg) lehnen das eigentlich ab.

Die Grüne Jugend, ohnehin wegen migrationspolitischen Zugeständnissen der eigenen Partei auf der Zinne, ist wütend: Die finanzielle Unterstützung für die Kommunen reicht nicht aus, die Verschärfungen sind unnötig und unmenschlich, sagte Katharina Stolla, eine der beiden Vorsitzenden, der taz. Asylverfahren in Drittstaaten durchzuführen ist außerdem weder realistisch noch mit dem Grundrecht auf Asyl vereinbar. Dass Kretschmann und andere grün mitregierte Länder das mittragen, sei falsch.

Die fluchtpolitische Sprecherin der Linkspartei, Clara Büniger, nennt die Beschlüsse einen Horrorkatalog. Dass Scholz diesen das Ergebnis einer historisch guten Zusammenarbeit nenne, sei bezeichnend: Es ist längst Konsens aller Parteien von Grünen bis AfD, Geflüchtete zu bekämpfen, statt die Kommunen zu befähigen, Schutzsuchende angemessen aufzunehmen und zu versorgen, so Büniger.

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl bezeichnete die Beschlüsse als beschämend. Es gebe keine Belege dafür, dass gekürzte Leistungen Menschen von der Flucht nach Deutschland abhalten würden. Vielmehr würden Menschen dadurch gedemütigt und entwürdigt und Integration werde massiv behindert. Der Deutsche Städtetag begrüßte die Einführung des atmenden Systems bezweifelte aber, dass die 7.500 Euro pro Kopf ausreichen. Auch gelte sie nur für neu Ankommende. Die dringend notwendigen Integrationsleistungen vor Ort, gerade für bereits hier lebende Geflüchtete, sind weiter nicht berücksichtigt.

Die Verschärfungen sind unnötig und unmenschlich

Load-Date: November 7, 2023

Bloß kein Zurück zu Turnhallen; In Berlin werden, wie auch anderswo, die Betten in den Erstaufnahmeeinrichtungen knapp. Von Krise wie 2015 will aber niemand sprechen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 638 words

Byline: Marina Mai

Highlight: In Berlin werden, wie auch anderswo, die Betten in den Erstaufnahmeeinrichtungen knapp. Von Krise wie 2015 will aber niemand sprechen

Body

Von Marina Mai

In Berlin schlägt das Landesamt für **Flüchtlingsangelegenheiten** Alarm, die Unterbringungskapazitäten seien erschöpft. Aus der Senatsverwaltung für Integration hieß es am Dienstag: Sämtliche **Flüchtlingsunterkünfte** sind bis auf den letzten Platz belegt. Bis Mitte September sind so viele **Geflüchtete** nach Berlin gekommen, wie ursprünglich bis zum Jahresende prognostiziert waren. Das sind zudem 40 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum im Jahr 2022.

Im August zogen die Zuzugszahlen noch einmal an. Unter den 1.900 Asylbewerbern, die allein im August neu nach Deutschland kamen, stellen SyrerInnen und AfghanInnen die größten Gruppen. In den vergangenen Wochen kam aber auch eine sehr große Zahl von KurdInnen aus der Türkei. Die Zahl der neuen UkrainerInnen, die untergebracht werden müssen, stagniert auf hohem Niveau von etwa 1.000 Personen pro Monat.

Berlin ist damit nicht alleine: Nordrhein-Westfalen meldete Ende August bereits, man müsse Geflüchtete künftig auch wieder in Turnhallen unterbringen. Auch der Städte- und Gemeindebund forderte bereits mehr Erstaufnahmeeinrichtungen auch mit Unterstützung des Bundes. Laut Daten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge kamen von Januar bis August 2023 77 Prozent mehr AsylbewerberInnen als im Vorjahreszeitraum.

In Berlin sind die Zugangszahlen vergleichbar mit denen von 2015, als Hunderte Geflüchtete vor dem Lageso dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, das damals noch für die Unterbringung von Geflüchteten zuständig war campierten, die nicht untergebracht werden konnten. Das Wort **Flüchtlingskrise** will in der Berliner Verwaltung dieses Mal niemand in den Mund nehmen. Alle Menschen sollen ein Bett erhalten, wenn auch oft in prekären Massenunterkünften in den früheren Flughäfen Tegel und Tempelhof. Und: Turnhallen sollen nicht belegt werden.

Bloß kein Zurück zu Turnhallen In Berlin werden, wie auch anderswo, die Betten in den Erstaufnahmeeinrichtungen knapp. Von Krise wie 2015 will aber niemand sp....

Nach dem Willen des rot-schwarzen Senats soll das auch so bleiben. Doch was tun, wenn es keinen Platz mehr gibt? Bis Jahresende klafft schon jetzt eine Lücke von 4.500 Betten.

Kirchen könnten nun zu den neuen Turnhallen werden: In diesen Tagen will Berlin beginnen, eine Kirche mit neu ankommenden Asylbewerbern zu belegen. Zudem sollen in den vorhandenen Unterkünften mehr Menschen untergebracht werden. So werden nach Senatsangaben in den nächsten Tagen zwei Großzelte im früheren Flughafen Tegel mit Betten bestückt. Auf dem Flughafengelände wohnen bereits 3.800 Menschen beengt in Zehnpersonenkabinen. Die meisten stammen aus der Ukraine.

Auch auf dem früheren Flughafengelände Tempelhof sollen neue Kapazitäten erschlossen werden. Bisher sind zwei Hangars und ein Parkplatz mit Wohncontainern bestückt. Ein weiterer Parkplatz soll folgen, ob auch ein weiterer Hangar, ist noch nicht entschieden. Zudem will der Senat 1.500 Plätze in Hotels und Hostels für Flüchtlinge anmieten, erklärt Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD). Höherwertige Unterkünfte für Flüchtlinge sind zwar in Bau, doch sie werden nicht im selben Tempo fertig, wie der Bedarf steigt. Im vergangenen Jahr entstanden 10.000 Plätze in Schnellbauten, sogenannten modularen Unterkünften. Dieses Jahr sind es 6.000. Neue Grundstücke dafür sind im Stadtstaat Berlin knapp.

Georg Classen vom Berliner Flüchtlingsrat kritisiert den Hang zu Sammellagern, in denen die BewohnerInnen keine Privatsphäre haben und ihr Essen nicht selbst kochen können. Er fordert die Abschaffung der Bundesgesetze, die Flüchtlinge zwingen, in einem bestimmten Bundesland in Heimen zu leben, auch wenn sie in einem anderen Bundesland bei Verwandten unterkommen könnten. Absolut kontraproduktiv sind zudem die geplanten drastischen Mittelkürzungen auf Bundesebene für Beratung und Integration von Flüchtlingen, sagt Classen der taz.

In diesen Tagen will Berlin beginnen, eine Kirche mit neu ankommenden Asylbewerbern zu belegen

migrationspolitik in deutschland

Load-Date: September 19, 2023

Viele Tote bei Havarie vor Griechenland; Mindestens 78 Menschen kommen ums Leben, als in der Nacht zu Mittwoch ein mit Flüchtlingen und Migranten überladenes Fischerboot kentert und untergeht. Griechenland bleibt bei harter Antimigrationspolitik

taz, die tageszeitung

Donnerstag 15. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 787 words

Byline: Ferry Batzoglou

Highlight: Mindestens 78 Menschen kommen ums Leben, als in der Nacht zu Mittwoch ein mit **Flüchtlingen** und **Migranten** überladenes Fischerboot kentert und untergeht. Griechenland bleibt bei harter Antimigrationspolitik

Body

Aus Athen Ferry Batzoglou

Erneuter Massentod im Mittelmeer: ein mit rund 500 **Flüchtlingen** und **Migranten** besetztes Fischerboot ist in der Nacht zu Mittwoch im Ionischen Meer zwischen Italien und Griechenland gesunken. Das Unglück ereignete sich in internationalen Gewässern rund 47 Seemeilen südwestlich der kleinen Küstenstadt Pylos im äußersten Südwesten der griechischen Halbinsel Peloponnes.

Die Zahl der offiziell bestätigten Toten stieg am Mittwoch von Stunde zu Stunde. Um 17 Uhr Ortszeit wurden 78 Tote gemeldet. Unklarheit herrschte darüber, wie hoch die Zahl der toten **Flüchtlinge** und **Migranten** bei der Havarie letztendlich sein wird. Dutzende Menschen galten als vermisst.

Griechischen Medienberichten zufolge sei das völlig überfüllte Fischerboot vom ostlibyschen Hafen Tobruk gestartet. Sein Ziel: Italien. Laut einer Mitteilung der griechischen Küstenwache sei das mit hoher Geschwindigkeit in Richtung Norden fahrende Fischerboot am Dienstagmittag zunächst von einem Flugzeug der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex sowie anschließend von zwei Patrouillenschiffen gesichtet worden. Eine große Anzahl von Flüchtlingen und Migranten habe sich auf dem Außendeck des Fischerbootes befunden. Wiederholt hätten die Bootsinsassen Hilfsangebote der Behörden abgelehnt. Sie hätten hingegen erklärt, dass sie ihre Reise nach Italien fortsetzen wollten.

In der Nacht zu Mittwoch um 2.30 Uhr Ortszeit sei das Fischerboot gekentert und rasch untergegangen, wie die griechische Küstenwache offiziell erklärte. Die griechischen Behörden leiteten umgehend eine groß angelegte Such- und Rettungsaktion ein. Unter anderem seien mehrere Schiffe, Flugzeuge, ein Hubschrauber und eine Drohne zum Einsatz gekommen.

Viele Tote bei Havarie vor Griechenland Mindestens 78 Menschen kommen ums Leben, als in der Nacht zu Mittwoch ein mit Flüchtlingen und Migranten überladenes Fis....

Kurz vor 12 Uhr am Mittwoch traf die unter der Flagge der Cayman-Inseln fahrende Luxus-Yacht Mayane Queen IV mit genau einhundert Geretteten im Hafen der Großstadt Kalamata im Süden des Peloponnes ein. Weitere vier Personen wurden mit einem Rettungshubschrauber direkt von der Unglücksstelle nach Kalamata gebracht, um in nahe gelegenen Krankenhäusern ärztlich versorgt zu werden.

Das neuerliche Bootsunglück im zentralen Mittelmeer ist eine Katastrophe mit Ansage. Die von Juli 2019 bis Ende Mai 2023 amtierende Einparteienregierung unter dem konservativen Premier Kyriakos Mitsotakis, der mit allerbesten Chancen eine Wiederwahl bei den Parlamentswahlen am 25. Juni anstrebt, verfolgt eine stark restriktive Flüchtlings- und Migrationspolitik. Deren Ziel ist es, die Zahl der Ankünfte von Flüchtlingen und Migranten und damit neuer Asylbewerber so weit es geht zu drücken. Griechenland soll eine Festung sein, hat der alte und wohl auch neue Premier wiederholt klargestellt.

Unterdessen ist das auch erreicht: In den ersten vier Monaten des laufenden Jahres zählte Griechenland nur 4.656 Neuankömmlinge. Wie schaffte die Regierung Mitsotakis das? Ihre oberste Priorität ist es, die Festlands- und die Seegrenze zur Türkei zu versiegeln, um nicht zuletzt Schleppern das Handwerk zu legen. Ferner stehen prominente Flüchtlingshelfer in Griechenland unter enormen Druck. Die Staatsanwaltschaft von Kos leitete im Dezember vorigen Jahres gegen zwei prominente Flüchtlingshelfer Strafverfahren ein.

Sie sollen eine kriminelle Vereinigung gegründet und Beihilfe zur illegalen Migration geleistet haben. Dabei handelt es sich um den Griechen Panagiotis Dimitras, Direktor von Greek Helsinki Monitor, sowie um den Norweger Tommy Olsen, Gründer und Leiter der Organisation Aegean Boat Report. In diesen Tagen wurde in Athen bekannt, dass alle Vermögenswerte von Dimitras sowie mit ihm in Verbindung stehender Nichtregierungsorganisationen eingefroren worden sind.

Die restriktive Flüchtlings- und Migrationspolitik in Griechenland mit ihrem Augenmerk auf die Route aus dem östlichen Nachbarland Türkei erhöht aber den Druck auf der weit gefährlicheren Route westlich von Griechenland im zentralen Mittelmeer und hier vor allem von Libyen nach Italien. Im Januar und Februar dieses Jahres kamen über diese Route knapp 12.000 Geflüchtete und Migranten in der EU an.

So wundert es nicht, dass sich auf dieser Route zuletzt die Havarien völlig überfüllter Boote häuften. Am Mittwochmorgen geriet südlich von Kreta ein Boot mit rund 80 Migranten aus Syrien, dem Irak und Palästina, darunter Frauen und Kinder, in Seenot. Sie befinden sich nun auf Kreta. Am Wochenende war unweit der Insel Kythira südlich des Peloponnes ein Boot in Seenot geraten. Laut offiziellen Angaben wurden etwa 100 Schutzsuchende gerettet. Es gab keine Toten. Anders verlief eine Havarie nahe der Kykladen-Insel Mykonos Ende Mai. Dort starben neun Migranten.

Das neuerliche Bootsunglück im zentralen Mittelmeer ist eine Katastrophe mit Ansage

fluchtbewegungen

Load-Date: June 14, 2023

Die Bilder aus Lampedusa haben die Asyldebatte befeuert. Doch Panik ist unnötig; der Leitartikel

taz, die tageszeitung

Samstag 30. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 2

Length: 787 words

Byline: Daniel Bax

Body

der Leitartikel

Von Daniel Bax

Bilder der voll gepferchten Boote und des überfüllten Auffanglagers auf Lampedusa gingen Mitte September um die Welt. Italiens rechter Regierungschefin Giorgia Meloni kamen sie ungelegen, hatte sie im Wahlkampf doch noch versprochen, mit ihr werde es so etwas in Zukunft nicht mehr geben.

Anderen Rechtspopulisten kamen die Bilder aber wie gerufen. Marine Le Pen in Frankreich warnte in Angstlust vor einer Überschwemmung mit **Migranten**. Und Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki orakelte, ganz Europa werde bald wie Lampedusa aussehen, wenn man dem nicht einen Riegel vorschiebe. Solche Angstszenerien sind das Geschäftsmodell von Rechtspopulisten. Sie sprechen von Flut, Invasion und Völkerwanderung, um sich als vermeintliche Retter des angeblich bedrohten Abendlands gerieren zu können.

Seriöse deutsche Medien ließen sich von der Panikmache anstecken: Ob Maybritt Illner, ARD-Presseclub oder Spiegel – wann immer es letztlich um Flüchtlinge ging, mussten Bilder aus Lampedusa dafür herhalten, einen völlig falschen Eindruck von der aktuellen Problemlage zu vermitteln.

Die Belastung deutscher Städte und Kommunen hat andere Gründe. Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer erinnerte daran, dass man die Bundesregierung schon vor Monaten auf die Probleme der Unterbringung von Geflüchteten hingewiesen habe. Damals sprach seine Partei aber noch nicht von einer Migrationskrise. Inzwischen übernehmen viele Medien dieses fragwürdige und alarmistische Framing, und die Panikmache zeigt Wirkung: Fast zwei Drittel der deutschen Bevölkerung geben sich laut aktuellem ARD-Deutschlandtrend unzufrieden mit der deutschen Migrationspolitik und finden, Deutschland solle weniger Flüchtlinge aufnehmen.

Der Elefant im Raum sind die vier Millionen Menschen, die Europa im vergangenen Jahr aufgenommen hat, weil sie aus der Ukraine geflohen sind. Sie müssen kein Asylverfahren durchlaufen, dürfen sich frei in Europa

Die Bilder aus Lampedusa haben die Asyldebatte befeuert. Doch Panik ist unnötig der leitartikel

niederlassen und arbeiten, ihre Kinder zur Schule schicken und sind krankenversichert. Ihren besonderen Schutzstatus haben die EU-Innenminister an diesem Donnerstag um ein weiteres Jahr bis 2025 verlängert. Doch auch sie brauchen Wohnraum und Kinderbetreuung, beanspruchen Behörden und So-zial-systeme.

Die Debatte konzentriert sich aber ausschließlich auf die Menschen, die aus anderen Ländern nach Europa fliehen. Für diese wird die Europäische Union das Asylrecht verschärfen, dafür hat Deutschland in dieser Woche den Weg frei gemacht. Auch im Inland verschärft die Ampelkoalition unter dem Druck von FDP und Opposition ihre Gangart. Dabei fliehen auch aus Syrien, Afghanistan, dem Irak, der Türkei und Iran viele Menschen vor Krieg und Verfolgung aus diesen fünf Ländern stammen die meisten Menschen, die derzeit in Deutschland Asyl beantragen. Afrikaner aus frankophonen Ländern wie Guinea, Burkina Faso oder Elfenbeinküste, die in Italien landen, zieht es eher in Staaten, in denen man auch Französisch spricht.

Warum kürzlich überhaupt so viele Menschen innerhalb von wenigen Tagen auf Lampedusa strandeten ist unklar. War es Torschlusspanik, weil die EU-Kommission im Juli einen Deal mit Tunesiens neuem De-facto-Diktator Kais Saied vereinbart hatte, die sie in die kaum seetüchtigen Boote trieb? Ließ Tunesien sie ziehen, weil das von der EU versprochene Geld noch nicht angekommen war? Fest steht, dass jetzt mehr Flüchtlinge die nahe vor Tunesien gelegene Insel ansteuerten, weil der Weg zu anderen Häfen gefährlicher geworden war, seit Italiens Regierung die Arbeit der Seenotretter im Mittelmeer erschwert und den Weg aus Libyen über Abkommen mit libyschen Milizen verschlossen hat. Die Routen haben sich schlicht verlagert

Die Bilder aus Lampedusa haben der Asyldebatte in Europa neuen Auftrieb gegeben, sie werden dafür instrumentalisiert. Dabei ist dort längst wieder Ruhe eingeleitet, die meisten Bootsflüchtlinge wurden aufs Festland verteilt. Es wäre gut, wenn auch Europa zu dem nüchternen Pragmatismus zurückkehren würde, der vor einem Jahr herrschte, als Millionen von Ukrainern in den Westen flohen. Die Situation heute ist nicht annähernd so dramatisch wie 2022, auch nicht wie 2015. Es kommen viel weniger Menschen zu uns als in diesen beiden Krisenjahren.

Ja, viele Helfer sind erschöpft und ernüchtert, denn die Aufgaben sind groß. Ja, manche Kommunen längst nicht alle sind überlastet und brauchen mehr Geld. Aber die Situation ist nicht außer Kontrolle, wie Ex-Bundespräsident -Joachim Gauck schwadronierte. Es ist zu schaffen, immer noch.

Der Elefant im Raum sind die mehr als vier Millionen Flüchtlinge, die Europa aus der Ukraine aufgenommen hat

Daniel Bax

ist Redakteur im Inlandsressort und arbeitet im Parlamentsbüro der taz.

Load-Date: September 29, 2023

Doris Kratz-Hinrichsen weiß, wie Integration gelingt; das portrait

taz, die tageszeitung

Freitag 13. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26-27

Length: 535 words

Byline: Esther Geißlinger

Body

das portrait

Nach der einstimmigen Wahl gab es Applaus, Blumen und eine Umarmung der Sozialministerin Aminata Touré (Grüne) für Doris Kratz-Hinrichsen, die neue Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen in Schleswig-Holstein. Die 52-Jährige löst nun Stefan Schmidt auf dem Posten ab.

Schmidt, ehemaliger Kapitän des Hilfs- und Hospitalschiffs Cap Anamur, rettete 2004 mehrere Dutzend Menschen aus Seenot im Mittelmeer und wurde dafür von einem italienischen Gericht verurteilt, der Vorwurf lautete auf Schleusung. 2009 wurde er freigesprochen, 2011 wählte das Schleswig-Holsteinische Parlament ihn zum Flüchtlingsbeauftragten und bestätigte ihn 2017 in dem Ehrenamt. Nun geht der 82-Jährige in den Ruhestand.

Nicht auf Schiffsplanken, sondern auf Podien, bei Gesprächen hinter den Kulissen oder in Tagungsräumen setzte sich Doris Kratz-Hinrichsen, bisher Referentin des Diakonischen Werks Schleswig-Holstein, für Asylsuchende ein. Und nicht nur für sie: Das von ihr geleitete Team deckt ein breites Themenspektrum von Armut bis Straffälligenhilfe ab. So nahm sie an den Treffen der Praxen ohne Grenzen teil, die sich um Menschen ohne Versicherung kümmern, war Mitglied in der Härtefallkommission, der letzten Chance für Geflüchteten in besonderen Situationen, oder saß im Beirat des Abschiebegefängnisses. Sie organisierte Veranstaltungen zu Spezialthemen wie Behinderung und Flucht oder Krankheit im Asylverfahren und räumte dabei mit dem populistischen Klischee auf, Menschen würden gezielt in deutsche Sozialsysteme einwandern: Der Anteil Kranker oder Behinderter unter den Geflüchteten ist identisch mit dem in der restlichen Bevölkerung, so ein Ergebnis ihrer Untersuchung.

Ruhig, sachlich, mit guten Argumenten setzt sie sich für Menschen in Not ein. Wichtig ist ihr dabei aber, alle Stimmen ernst zu nehmen, auch die besorgten, sagte sie dem NDR. In ihrer Tätigkeit habe sie gelernt, jeden zu nehmen, wie er ist, und Gemeinsamkeiten zu erkennen: Ich bin halt Sozialarbeiterin.

Die Mutter zweier Kinder hat in Bremen Soziale Arbeit studiert, seit 1995 arbeitet sie in Schleswig-Holstein, zunächst als Beraterin beim Migrationsfachdienst in Pinneberg, dann im Migrationsfachdienst Rendsburg. Seit 2005 war sie beim Diakonischen Werk.

Doris Kratz-Hinrichsen weiß, wie Integration gelingt das portrait

Geht es nach ihr, soll das Büro der Flüchtlingsbeauftragten in Kiel eine Beratungsstelle für die Politik werden. Schließlich würden sie und ihr Team die Systeme sehr gut kennen und wissen, welche Weichenstellungen wir vornehmen müssen, damit es gut gelingt, dass Menschen, die hierher kommen, gut begleitet und integriert werden und auch, wenn der Weg hier zu Ende ist, gut zurückkehren können. Zudem wolle sie viel im Land unterwegs sein, um zu wissen, was vor Ort los ist. Das sei gerade angesichts der neuen Herausforderungen und Veränderungen in der Gesellschaft wichtig. Aber sie ist optimistisch: Wir sind ja das Land mit den glücklichsten und den entspanntesten Menschen. Und wir haben gute Strukturen.

Erstmals ist das Amt der Flüchtlingsbeauftragten hauptamtlich. Vorgänger Schmidt lehnte eine Bezahlung für sein Engagement ab. Esther Geißlinger

Als Flüchtlingsbeauftragte will sie eine Beratungsstelle für die Landespolitik werden

Load-Date: October 12, 2023

End of Document

Mehr Grenzschutz und mehr Abschiebungen; Eine Koordinierungsgruppe mit EU-Ländern, Libyen und Tunesien soll eingerichtet werden. Unter schwedischer EU-Präsidentschaft wird Migration eines der Themen des Sondergipfels am Donnerstag sein

taz, die tageszeitung

Donnerstag 09. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 1356 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Eine Koordinierungsgruppe mit EU-Ländern, Libyen und Tunesien soll eingerichtet werden. Unter schwedischer EU-Präsidentschaft wird Migration eines der Themen des Sondergipfels am Donnerstag sein

Body

Von Christian Jakob

Was in der Europäischen Union (EU) offiziell verpönt war, will die schwedische Ratspräsidentschaft nun zur Regel werden lassen: Die EU soll ganz offen mit der libyschen Küstenwache kooperieren, damit diese Flüchtlinge auf dem Meer einfängt und zurück nach Libyen bringt. 59 Millionen Euro sollen dafür ausgezahlt werden. Eine Koordinierungsgruppe der Behörden von Italien, Malta, Libyen und Tunesien für besser koordinierte Such-, Rettungs- und Abfangmaßnahmen und Abfangoperationen soll eingerichtet werden. Das geht aus einem schwedischen Papier vom 11. Januar hervor, das der taz vorliegt. Erst kürzlich hatte Amnesty die Bedingungen für Flüchtlinge in Libyen höllisch genannt.

Um solche Themen wird es gehen, wenn sich am Donnerstag die EU-Staats- und Regierungschefs zum Sondergipfel in Brüssel treffen. Neben dem Krieg in der Ukraine und der Inflation steht die Migration auf der Tagesordnung. Vor Kurzem veröffentlichte Frontex, die EU-Grenzschutzagentur, die Ankunftszahlen für 2022. Circa 330.000 irreguläre Grenzübertritte wurden an den EU-Außengrenzen festgestellt, der höchste Wert seit 2016, 64 Prozent mehr als der coronabedingt niedrige Vorjahreswert. Hinzu kommen rund 4,8 Millionen registrierte Flüchtlinge aus der Ukraine.

Es ist der erste EU-Gipfel, seit Anfang Januar Schweden turnusmäßig die Ratspräsidentschaft übernommen hat. Das Land wird seit Oktober von einer Minderheitsregierung geführt, die von den rechtsextremen Schwedendemokraten unterstützt wird. Es verwundert nicht, was Schweden sich für seine sechsmonatige Präsidentschaft vorgenommen hat: Es besteht die dringende Notwendigkeit, die Außengrenzen zu stärken, die Rückführung zu erhöhen und irreguläre Migration zu verhindern, heißt es in einer Erklärung der Ratspräsidentschaft nach dem Treffen der EU-Innenminister in Stockholm Ende Januar.

Mehr Grenzschutz und mehr Abschiebungen Eine Koordinierungsgruppe mit EU-Ländern, Libyen und Tunesien soll eingerichtet werden. Unter schwedischer EU-Präsident....

Genau wie alle Vorgänger-Präsidentschaften will also auch Schweden die Abschottung vorantreiben. Mehr Grenzschutz und mehr Abschiebungen, Kooperation mit Transitstaaten und Herkunftsländern. Diese Rezepte verfolgt die EU seit 2016, ohne dass die Ankunfts- oder Abschiebezahlen zurückgegangen wären. Deshalb will Schweden nun die bisherigen Hemmungen bei der Kooperation mit Libyen fallen lassen. Statt den Kampf gegen Asylsuchende auf immer unmenschlichere Ebenen zu heben, müssen die EU-Staaten endlich Verantwortung übernehmen bei der Verteilung von Schutzsuchenden in Europa und bei der Seenotrettung im Mittelmeerraum, sagte der grüne EU-Abgeordnete Erik Marquardt.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) hatte 2020 einen Reformvorschlag für das EU-Asylsystem gemacht, das unter anderem auf Schnellverfahren in neuen Lagern an den Außengrenzen setzt. Doch ihr Migrationspakt wurde nie angenommen: einer Reihe osteuropäischer Staaten war er nicht rigoros genug. Weil sie mit dem Migrationspakt nicht weiterkommt, hatte von der Leyen in der vergangenen Woche dem EU-Parlament einen abgespeckten Vierpunkteplan gegen irreguläre Migration vorgelegt. Diesem Plan werden die Regierungschefs am Donnerstag wohl weitgehend folgen. Das sieht jedenfalls die schon vorab weitgehend ausgehandelte Abschlusserklärung des Gipfels vor.

2022 hat die libysche Küstenwache nach UN-Angaben über 24.000 Menschen auf dem Meer abgefangen. Gleichzeitig kamen 105.000 Menschen aus Libyen und Tunesien über den Seeweg in Italien an. Das soll künftig schwieriger werden. Dabei sind Abschiebungen nach Libyen wegen der katastrophalen Menschenrechtslage für die EU-Staaten selber verboten.

Noch im Herbst hatten die EU-Innenminister Serbien als einen der größten Problemfälle ausgemacht. 146.000 irreguläre Einreisen entfielen 2022 auf die Westbalkanroute, weit mehr als das Doppelte des Vorjahres. Serbien spielte dabei eine wichtige Rolle, weil das Land relativ großzügig Menschen aus Staaten einreisen ließ, die beim Kosovo die Linie der Regierung in Belgrad teilen. Die Zahl der irregulären Ankünfte über Serbien in der EU hatte sich deshalb bei einigen Herkunftsländern, etwa Bangladesch, stark erhöht. Das Land müsse jetzt die Visapraxis ändern, sagte im Oktober Innenministerin Nancy Faeser. Sollte Serbien sich nicht kooperativ zeigen, könne dem Land die seit 2009 geltende Visafreiheit für den Schengenraum entzogen werden, so Brüssel.

Belgrad gab offenbar nach: Die enge Zusammenarbeit hat zu positiven Ergebnissen beim Migrationsmanagement und bei irregulären Einreisen über Serbien in die EU geführt, sagte die EU-Innenkommissarin Ylva Johansson Ende Januar. Das soll der EU-Gipfel formell feststellen und weitere Schritte auffordern.

Von der Leyen will, dass die Grenze zwischen Bulgarien und der Türkei mit Drohnen und mehr Frontex-Beamten abgedichtet wird. Länder, aus denen derzeit viele Menschen in die EU kommen namentlich Ägypten, Tunesien, Marokko Nigeria, Bangladesch und Pakistan sollen mit einer diplomatischen Offensive zur Kooperation bewegt werden. Um die Zusammenarbeit mit diesen und anderen Staaten bei der Migrationskontrolle zu verstärken, sollen Instrumente wie der NDICI bestmöglich genutzt werden. Beim NDICI handelt es sich um einen bis 2027 laufenden, fast 80 Milliarden Euro schweren EU-Haushaltstitel, auch als außenpolitisches Instrument bekannt. Der war von von der Leyens Vorgänger Jean-Claude Juncker ersonnen worden, um EU-Finanzhilfen für Drittstaaten leichter an Bedingungen zu knüpfen zum Beispiel in der Migrationspolitik. Genau das will von der Leyen jetzt angehen. Sie verwies darauf, dass jedes Jahr in der EU rund 300.000 Rückführungen beschlossen, aber nur 70.000 Menschen tatsächlich in ihre Herkunftsländer zurückgebracht würden. Die EU lastet dies vor allem den Herkunftsländern an, weil diese zu unwillig Pässe ausstellen. Tatsächlich ist in sehr vielen Fällen eine Abschiebung aus anderen Gründen nicht möglich.

Die Bundesregierung will nach Angaben des Sonderbevollmächtigten für Migrationsabkommen, Joachim Stamp (FDP), die Verlegung von Asylverfahren nach Afrika prüfen. Dann würden auf dem Mittelmeer gerettete Menschen für ihre Verfahren nach Nordafrika gebracht werden, sagte der Politiker der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Das erfordert aber sehr viel Diplomatie und einen langen Vorlauf. Diese Idee ist etwa 20 Jahre alt, aber nicht totzukriegen, auch wenn sich die Staaten Nordafrikas bislang dagegen sperren.

Mehr Grenzschutz und mehr Abschiebungen Eine Koordinierungsgruppe mit EU-Ländern, Libyen und Tunesien soll eingerichtet werden. Unter schwedischer EU-Präsident....

In diese Richtung denkt auch die schwedische Ratspräsidentschaft. Noch vor Ende der Amtszeit, im Sommer 2023, will Stockholm Möglichkeiten zur Verbesserung der Ausschiffung von Migranten in Libyen sondieren, und zwar an Orten, an denen die Menschen von den libyschen Behörden unter voller Wahrung ihrer Menschenrechte behandelt werden und der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) uneingeschränkten Zugang haben, so das schwedische Papier vom 11. Januar. Der Hintergedanke liegt auf der Hand: die Auslagerung der Asylverfahren nach Afrika.

Scholz glaubt an Fortschritte in Migration bis 2024

Vor dem außerordentlichen Treffen des Europäischen Rats hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) in einer Regierungserklärung im Bundestag zuversichtlich zu Fortschritten in den seit Jahren festgefahrenen Verhandlungen über eine gemeinsame EU-Migrations- und Asylpolitik geäußert. Eine Reform des europäischen Asylsystems sei noch in der laufenden europäischen Legislaturperiode, bis 2024, möglich. Scholz sagte, man brauche eine wirksamere Kontrolle der Außengrenzen, auch mithilfe der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Zudem unterstützte er die Pläne für die EU-Fingerabdruckdatenbank Eurodac sowie die Screening-Verordnung, die Identifizierungsmaßnahmen und Sicherheitskontrollen von Asylbewerbern schon an der Außengrenze möglich machen soll. Man brauche Klarheit, wer nach Europa komme und warum, so Scholz. Gleichzeitig betonte er, dass EU-Staaten an der Außengrenze auch Unterstützung dadurch benötigten, dass andere Staaten freiwillig Asylsuchende übernehmen. Der Kanzler stellte sich auch hinter Überlegungen, legale Zuwanderung an die Bereitschaft von Ländern zu knüpfen, abgelehnte Asylbewerber zurückzunehmen. (epd)

Load-Date: February 8, 2023

Öffnen und abschotten; Bei einem Gipfel in Granada diskutiert die EU über das Ende der Einstimmigkeit. Streitpunkte sind Migration und Ukraine-Solidarität

taz, die tageszeitung

Samstag 07. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 6

Length: 696 words

Byline: Reiner Wandler

Highlight: Bei einem Gipfel in Granada diskutiert die EU über das Ende der Einstimmigkeit. Streitpunkte sind Migration und Ukraine-Solidarität

Body

Aus Granada Reiner Wandler

Die Europäische Union will sich öffnen und abschotten zugleich. Der Club der 27 bereitet sich auf den Beitritt neuer Länder vor, um endgültig zum wichtigen geostrategischen Block zu werden. Gleichzeitig will die EU die Grenzen für Menschen schließen, die bei jenen geopolitischen Auseinandersetzungen unter die Räder kommen. So diskutierten es die Staats- oder Regierungschefs am Freitag bei einem EU-Gipfel in Südspanien. Beschlüsse wurden keine gefasst, es handelte sich um einen informellen Gipfel.

Die EU erstrebe eine geostrategische Investition in Frieden, Sicherheit, Stabilität und Wohlstand für die Bürger Europas, hieß es. Wir müssen uns vorbereiten, erklärte der Präsident des Europäischen Rates, Charles Michel, und fordert die 27 auf, eine strategische Agenda auszuarbeiten. Nur so könne sich die EU ab 2030 in Richtung Balkan, Türkei, Moldau, eventuell Georgien und vor allem Ukraine ausdehnen. Erweiterung bedeutet, dass die Kandidatenländer die Reformen vornehmen müssen, wissen, was sie tun sollen, sagte er.

Streit über Flüchtlinge

Das bedarf, neben einer Neugestaltung des EU-Haushaltes und Strukturhilfefonds, vor allem interner Reformen bei der EU selbst. Wir müssen dann auch mit qualifizierten Mehrheiten Entscheidungen treffen können, damit die Handlungsfähigkeit der EU gewährleistet ist, verlangte Bundeskanzler Olaf Scholz. Er und der französische Präsident Emmanuel Macron wollen, mit Blick auf eine Union von über 30 Mitgliedern, das bisherige Einstimmigkeitsprinzip aufheben. Vor allem bei der Außen- und Sicherheitspolitik. Kleinere EU-Mitglieder fürchten um ihren Einfluss.

Öffnen und abschotten Bei einem Gipfel in Granada diskutiert die EU über das Ende der Einstimmigkeit.
Streitpunkte sind Migration und Ukraine -Solidarität

Zu heftigen Diskussionen kam es bei der Frage, wer Flüchtlinge aufnimmt. Polen und Ungarn wollen von einer Solidaritätspflicht mit den Ankunftsändern am Mittelmeer, wie Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni sie fordert, nichts wissen. Schon gar nicht von Ausgleichszahlungen bei Nichterfüllung. Beide Länder würden rechtlich vergewaltigt, wetterte Ungarns Premier Viktor Orbán. Wir werden zu etwas gezwungen, das wir nicht wollen, fügte er hinzu. Ungarn und Polen wollen, dass Aspekte der Migrationspolitik nur einstimmig beschlossen werden können. Die restlichen EU-Mitglieder sehen das anders. Der Streit wird wohl die nächsten Monate bestimmen.

Unstrittig war das neue Asylsystem als solches, auf das sich die 27 bereits in den Tagen vor dem Gipfel geeinigt hatten. Es soll schwieriger werden, in die Europäische Union zu gelangen. Wer es dennoch schafft, muss, je nachdem wie Brüssel die Sicherheit im Herkunftsland einstuft, mit haftähnlichen Aufnahmebedingungen rechnen. Asylanträge sollen binnen zwölf Wochen geprüft werden. Wer durchfällt, wird umgehend abgeschoben.

Ukraine-Solidarität bröckelt

EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen kündigte weitere Abkommen mit Transit- und Herkunftsländern an, um Migranten aufzuhalten. Außerdem soll das Mittelmeer stärker überwacht werden. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell erklärte in Granada, er überlege, ob er dazu die Kapazitäten der laufenden Militäroperation Irini nutzen könne. Deren Hauptauftrag ist es eigentlich, ein Waffenembargo gegen Libyen zu überwachen.

Zum neuen Streitpunkt wird wohl die Solidarität mit der Ukraine. Am Donnerstag hatte die Europäische Politische Gemeinschaft (EPG) getagt die Vertreter der 27 EU-Mitglieder plus weiterer 20 europäischer und angrenzender asiatischer Länder. In diesem Rahmen hatten Borrell und von der Leyen weitere Hilfen für Kyjiw versprochen. Die Rede war von 50 Milliarden Euro für zivile Zwecke und 20 Milliarden für Militärhilfe. Auch hier scherte Ungarn aus. Regierungschef Orbán drohte mit ebenjenem Vetorecht, das Berlin und Paris gerne abschaffen würden.

Ungarn ist nicht das einzige Land, das bei der Ukraine--Solidarität abweicht. Während Deutschland und Spanien am Donnerstag dem eigens angereisten ukrainischen Staatschef Wolodimir Selenski neue Luft-abwehrsysteme für den kommenden Winter zusicherten, hat Polen bereits Ende September angekündigt, die Militärhilfe an Kyjiw herunterzufahren. Die Slowakei könnte bald folgen. Dort gewann mit Robert Fico ein eher Russland zugewandter Politiker die Wahlen.

Load-Date: October 6, 2023

Populistisches Momentum ; Kritik von SPD und Grünen an Aussagen von CDU-Fraktionschef Dirk Stettner zur Migrationspolitik

taz, die tageszeitung

Dienstag 31. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 470 words

Byline: Clara Heuermann

Highlight: Kritik von SPD und Grünen an Aussagen von CDU-Fraktionschef Dirk Stettner zur Migrationspolitik

Body

Von Clara Heuermann

Der Deutschen Straßen und Parks putzen, um als Flüchtling hier leben zu dürfen – so könnte man verstehen, was Dirk Stettner, Chef der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, jetzt im Tagesspiegel forderte. Stettner sprach von importiertem Antisemitismus unter arabischstämmigen Flüchtlingen, dem durch bessere Integration entgegengewirkt werden solle – zum Beispiel in Form gemeinnütziger Arbeit. Flüchtlinge könnten, so seine Idee, doch bei der Pflege von Parks oder der Säuberung von Straßen helfen. So erhielte ihr Alltag eine feste Struktur, und die gesellschaftliche Akzeptanz für Flüchtlinge würde erhöht, glaubt Stettner.

Alter Wein in neuen Schläuchen

Die Forderungen sind im Grunde altbekannt. Schon 2017 wollte man Flüchtlinge als billige Aushilfskräfte über den Weg von 1-Euro-Jobs auf dem Arbeitsmarkt integrieren. Eigentlich als Maßnahme für Langzeitarbeitslose gedacht, sollten auch Asyl-be-wer-be-r*in-nen die Möglichkeit erhalten, für 80 Cent pro Stunde im Handwerk, in der Datenverarbeitung oder auch in der Grünpflege zu arbeiten. Diese Maßnahme war Teil der Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen, eines Programms der damaligen Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD). Die Nachfrage blieb gering.

Ohnehin wäre bei Stettners Vorschlag zu klären, wie mit bürokratischen Hürden umzugehen sei. Auch sind Berlins Straßen und Parks zwar häufig nicht perfekt, aber keineswegs so pflegelos, wie der CDU-Fraktionschef suggeriert. Zudem müssten die betroffenen Flüchtlinge eingelernt und die Arbeit beaufsichtigt werden, dafür bräuchte es wiederum ausgebildete Ansprechpersonen.

Verantwortungslose Parolen

Die beste Integration ist die Arbeitsmarktintegration, sagt Orkan Özdemir, Sprecher der SPD-Fraktion für Integration, zur taz. Er habe die Erfahrung gemacht, dass Flüchtlinge arbeiten wollen, ihnen das politisch aber

Populistisches Momentum Kritik von SPD und Grünen an Aussagen von CDU-Fraktionschef Dirk Stettner zur Migrationspolitik

häufig erschwert werden würde. Theoretisch ist es schon drei Monate nach Einreise möglich, eine Arbeitsstelle anzunehmen. Der eigentliche Skandal ist doch, dass manche Flüchtlinge sogar erst nach zwei Jahren arbeiten dürfen, so Özdemir. Die Aussage von Stettner hält er für ein populistisches Momentum, das durch echte Diskussionen ersetzt werden sollte.

Ähnlich sieht es Jian Omar, der Fachsprecher der Grünen im Abgeordnetenhaus. Der CDU-Fraktionsvorsitzende vermische Themen aus ideologischen Gründen. Seit Langem befände sich die Union auf einem Antimigrationskurs, auf dem die Partei jede Möglichkeit zur Stimmungsmache nutzen würde. Zwar erwähnt Stettner auch die lange Geschichte des Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft. Aber die Rede von importiertem Antisemitismus hält Grünen-Politiker Omar für verantwortungslos und geschichtsvergessen. Stattdessen müsse für Verständigung und Zusammenleben auf dem Boden unserer Werte eingetreten werden.

Load-Date: October 30, 2023

End of Document

Klimamigration im Kommen; Schafft legale Einreisewege für Flüchtige, raten Sachverständige der Bundesregierung

taz, die tageszeitung

Mittwoch 10. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: WIRTSCHAFT UND UMWELT; S. 8

Length: 610 words

Byline: Frederik Eikmanns

Highlight: Schafft legale Einreisewege für Flüchtige, raten Sachverständige der Bundesregierung

Body

Von Frederik Eikmanns

Wegen der Klimakrise müssen schon heute Millionen Menschen aus ihren Herkunftsländern fliehen. Um ihnen zu helfen, schlägt der Sachverständigenrat Integration und **Migration** (SVR) der deutschen Politik vor, einen sogenannten Klimapass einzuführen sowie eine Klimacard und ein Klimaarbeitsvisum.

Der SVR ist ein unabhängiges wissenschaftliches Gremium, das sich mit Migrations- und Integrationsfragen beschäftigt und die Bundesregierung entsprechend berät. Auch wenn der Klimawandel und dessen Folgen globale Herausforderungen darstellen, kommt den Nationalstaaten weiterhin eine maßgebliche Bedeutung zu, erläuterte der SVR-Vorsitzende Hans Vorländer am Dienstag, als er das Jahresgutachten der Mi-gra-ti-ons-ex-per-t*in-nen vorstellte.

Aus dem Bericht geht hervor, dass sich die durch den Klimawandel bedingten Fluchtbewegungen nicht von anderer Migration abgrenzen lassen. Die Klimakrise wirke als Metafaktor und verschärfe die insbesondere im Globalen Süden grassierenden sozialen, ökonomischen oder politischen Krisen. Damit treibe sie immer mehr Menschen zur Flucht.

Hier setzt die Idee der Klimacard an. Dieses temporäre Visum sollen Menschen bekommen, die ihr Land wegen klimawandelbedingter Katastrophen vorübergehend verlassen müssen. Allerdings soll nur eine begrenzte Anzahl Betroffener nach Deutschland kommen dürfen. Länderspezifische Kontingentierung heißt das im Gutachten. Zugleich soll die Bundesregierung in Anpassungsmaßnahmen im Herkunftsland investieren, um mittelfristig eine Rückkehr der Klimaflüchtigen zu ermöglichen. Geld brauche es auch für Projekte in Nachbarländern, die einen Großteil der Flüchtenden aufnehmen.

Das Klimaarbeitsvisum wiederum soll ähnlich wie die Westbalkanregelung funktionieren: Menschen aus Ländern, wo der Klimawandel besonders heftig zuschlägt, sollen damit nach Deutschland einreisen können, um hier zu

Klimamigration im Kommen Schafft legale Einreisewege für Flüchtige, raten Sachverständige der Bundesregierung

arbeiten. So würde eine reguläre Einwanderungsmöglichkeit für Personen geschaffen, die sonst potenziell zu Klimaflüchtigen würden.

Den Klimapass schließlich sollen Menschen erhalten, die aus Ländern kommen, die ihr Territorium komplett verloren haben. Gemeint sind insbesondere Inselstaaten, die untergehen, wenn der Meeresspiegel wegen der schmelzenden Polkappen ansteigt. Mit dem Klimapass sollen die Menschen dauerhaft in Deutschland bleiben dürfen.

Laut den Sachverständigen könnte Deutschland mit Klimacard, Klimaarbeitsvisum und Klimapass zum weltweiten Vorbild werden.

Tatsächlich sieht es derzeit aber nicht so aus, als sei die Bundesregierung an einer solchen Liberalisierung ihrer Flüchtlingsmigrationspolitik interessiert. Zwar soll Arbeitsmigration mit dem neuen Fachkräftezuwanderungsgesetz erleichtert werden. Separate Regelungen für Menschen, die besonders vom Klimawandel betroffen sind, plant die Bundesregierung aber nicht. Und erst recht nicht liberalere Regelungen für Flüchtlinge insgesamt. Stattdessen stützt die Bundesregierung im Kern das Vorhaben der EU-Kommission für eine restriktive Reform der europäischen Asylregeln. Geplant ist etwa, Asylverfahren künftig teils an den EU-Außengrenzen durchzuführen. Menschenrechtsgruppen fürchten, dass sich die Situation für viele Flüchtlinge dadurch noch verschlechtern könnte.

Zuletzt hatte Grünen-Politiker Omid Nouripour angedeutet, seine Partei sei bereit zu verhandeln, ob Georgien und Moldau als sichere Herkunftsländer eingestuft werden sollen. Wer aus solchen Ländern nach Deutschland kommt, erhält meist kein Asyl und kann leicht abgeschoben werden. Statt neue Flucht- und Migrationswege zu schaffen, zielt die Politik der Bundesregierung also momentan eher darauf ab, möglichst viele Geflüchtete fernzuhalten.

Load-Date: May 9, 2023

Besser keine Asylrechtsreform als diese ; In der Asyldebatte werde vor allem über Verschärfungen diskutiert statt über Menschenrechte und pragmatische Lösungen, kritisiert Migrationsrechtler Pichl

taz, die tageszeitung

Freitag 06. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 9

Length: 727 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: In der Asyldebatte werde vor allem über Verschärfungen diskutiert statt über Menschenrechte und pragmatische Lösungen, kritisiert Migrationsrechtler Pichl

Body

Interview Dinah Riese

taz: Herr Pichl, am Wochenende haben , darunter auch Sie, einen Menschenrechtspakt in der Flüchtlingspolitik gefordert. Seither hat sich die Asyldebatte weitergedreht in die von Ihnen erhoffte Richtung? 270 Wis-sen-schaft-le-r*in-nen aus Asyl- und Fluchtforschung

Maximilian Pichl: Nein, in keinster Weise. Wir sind nicht einverstanden mit einer Debatte, in der die Menschenrechte Geflüchteter keine Rolle mehr spielen. Es macht uns große Sorge, dass der Asylkompromiss der 1990er Jahre als Vorbild für heutige Politik herangezogen wird, sowohl von FDP-Chef Christian Lindner wie auch vom Bundespräsidenten. Damals wurden in den Rauchschwaden von Mölln, Rostock-Lichtenhagen und Solingen radikale Einschränkungen für Geflüchtete durchgesetzt, ohne dass man damit die extreme Rechte eingeschränkt hätte. Im Gegenteil: Der NSU fing später an zu morden.

Die EU-Staaten haben sich nach langem Verhandeln auf die . Ansonsten wäre die gesamte Reform des europäischen Asylsystems gescheitert. Das wäre doch auch nicht die Lösung, oder? sogenannte Krisenverordnung geeinigt

Wir haben das aktuelle europäische Asylsystem immer wieder kritisiert. Aber besser keine Reform als diese. Dadurch wird weder das Sterben im Mittelmeer aufhören noch wird die kommunale Infrastruktur entlastet oder die Aufnahme gelingt besser. Stattdessen werden illegale Pushbacks zunehmen und Menschen, die Schutz suchen, werden entrechtet und unter Haft festgesetzt.

Auch die innenpolitische Asyldebatte geht weiter. Zum Beispiel mit der Forderung, Geflüchtete sollten Sach- statt Geldleistungen bekommen.

Besser keine Asylrechtsreform als diese In der Asyldebatte werde vor allem über Verschärfungen diskutiert statt über Menschenrechte und pragmatische Lösungen, k....

Das ist genau das Gegenteil der nötigen Entlastung der Kommunen. Sachleistungen sind ein enormer Verwaltungsaufwand. Ich verstehe nicht, warum die Kommunen das nicht rundherum ablehnen. Außerdem steht auch Asyl-be-wer-be-r*in-nen laut Bundesverfassungsgericht das soziokulturelle Existenzminimum zu. Genau da wird bei solchen Sachleistungskonzepten aber in der Regel gespart.

Die FDP schlägt eine Bezahlkarte vor. Wäre das weniger aufwendig?

Sie wissen doch selber, dass Deutschland nicht gerade mit seiner Digitalisierung glänzt. Wie soll denn ein solches Bezahlssystem in allen Kommunen bundesweit installiert werden? Zum freien Leben gehört außerdem dazu, dass ich frei entscheiden kann, wo ich einkaufe, und nicht nur den einen Supermarkt zur Auswahl habe, der vielleicht nicht verkauft, was meinen Essgewohnheiten entspricht.

Die FDP argumentiert, dass die Menschen mit dem Geld Schlepperschulden zahlen oder es in ihre Heimatländer überweisen.

Man bekommt in der Debatte den Eindruck, Asyl-be-wer-be-r*in-nen bekämen unglaublich viel Geld. Das Gegenteil ist der Fall, gerade in Zeiten der Inflation. Rücküberweisungen haben darüber hinaus in Ländern des Globalen Südens einen wesentlichen Anteil an der Armutsbekämpfung. Das zu unterbinden, ohne gleichzeitig globale Armut anders zu bekämpfen, würde die Lebensbedingungen für viele Menschen enorm verschlechtern.

Andererseits wollen alle Ampelparteien Arbeitsverbote für Geflüchtete aufheben oder lockern. Es soll also nicht nur verschärft werden.

Das ist definitiv ein richtiger Schritt. Leider werden im gleichen Atemzug neue Arbeitsverbote geschaffen: Die Ampel will mehr sichere Herkunftsstaaten und Menschen aus solchen Ländern unterliegen einem unbefristeten Arbeitsverbot. Das ist widersprüchlich. Die im Koalitionsvertrag versprochenen Erleichterungen beim Familien-nachzug hat Innenministerin Nancy Faeser gerade einkassiert, unter großem Protest der Kinderrechtsverbände. Vieles, was die Ampel an progressiven Ideen versprochen hat, wird aufgeweicht oder gar nicht mehr verfolgt.

Nun ist die Belastung in vielen Kommunen tatsächlich hoch. Was würde denn helfen?

Statt eines Sparhaushalts bräuchte es jetzt große Investitionen in kommunale und soziale Infrastruktur. Das käme allen im Land zugute. Wir haben es geschafft, eine Million Ukrai-ne-r*in-nen aufzunehmen. Die flexibleren Regelungen für sie zeigen, dass Pragmatismus uns weiter bringt als Verschärfungen. Zumal Abschottung und absolute Kontrolle nicht mal extrem rechten Regierungen wie in Italien gelingen. Das wider besseres Wissen zu versprechen und nicht einhalten zu können, führt nur zu noch mehr Vertrauens-verlust.

Maximilian Pichl

36 Jahre, ist Professor für Soziales Recht mit dem Schwerpunkt Asyl- und Migrationsrecht an der Hochschule RheinMain

Load-Date: October 5, 2023

Grobe Denkfehler; Kommentar von Christian Rath zur Forderung von CDU-Politiker Thorsten Frei, das Individualrecht auf Asyl abzuschaffen

taz, die tageszeitung

Donnerstag 20. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 442 words

Byline: Christian Rath

Body

Kommentar von Christian Rath zur Forderung von CDU-Politiker Thorsten Frei, das Individualrecht auf Asyl abzuschaffen

Thorsten Frei verspricht das Blaue vom Himmel. Endlich sollen in Europa die wirklich Hilfsbedürftigen Zuflucht bekommen, die illegale Migration wäre unterbunden und den Rechts-po-pu-lis-t:in-nen der Boden entzogen. Dies alles will der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion erreichen, indem das individuelle Asylrecht abgeschafft und durch Kontingente ersetzt wird.

Er hat damit sofort eine veritable Debatte ausgelöst und viel Kritik erfahren. Viele sehen etwa das Grundrecht auf Asyl in Gefahr. Diese Kri-ti-ke-r:in-nen haben allerdings vergessen, dass das deutsche Grundrecht auf Asyl bereits 1993 weitgehend abgeschafft wurde. Unser Asylrecht beruht heute auf EU-Recht.

Thorsten Frei weiß das, er fordert die Abschaffung des Individualrechts auf Asyl in der EU. Die Hürde hierzu ist zwar hoch. Denn die EU-Grundrechte-Charta müsste einstimmig geändert werden. Aber wenn es gegen Flüchtlinge geht, ist das inzwischen leider nicht undenkbar.

Frei hat auch einen bedenkenswerten Punkt: Solange die EU zwar einen Individualanspruch auf Asyl gewährt, aber gleichzeitig den Zugang erschwert, kommen vor allem starke und zahlungskräftige Flüchtlinge nach Europa, so Frei. Wer zu schwach oder arm ist, sei chancenlos. Die EU solle deshalb pro Jahr bis zu 400.000 wirklich hilfsbedürftige Flüchtlinge aufnehmen.

Der Vorschlag beruht auf zwei groben Denkfehlern. Auch wenn sich die EU für eine Kontingentlösung entscheidet, kommen die starken und zahlungskräftigen Flüchtlinge und Mi-gran-t:in-nen dennoch illegal nach Europa. Sie erhielten nach Freis Lösung nur keine Unterstützung mehr und dürften auch nicht arbeiten. Das macht Europa wohl nicht sicherer.

Grobe Denkfehler Kommentar von Christian Rath zur Forderung von CDU-Politiker Thorsten Frei, das Individualrecht auf Asyl abzuschaffen

Auch die Zahl an Kontingentflüchtlingen pro Jahr ist völlig illusorisch. Wer die Aufnahmebereitschaft der EU-Staaten kennt, würde schon 30.000 bis 40.000 Personen als Erfolg betrachten. Humanitär wäre das nicht der versprochene Fortschritt.

Doch ist der Status quo wirklich so problematisch? Die meisten Flüchtlinge kommen immer noch aus Syrien und Afghanistan. Nur 20 Prozent der Asylanträge werden aus inhaltlichen Gründen abgelehnt. Der Anteil von Frauen und Kindern unter den Asylantragstellenden beträgt 43,6 Prozent. Dazu befinden wir uns in einer Phase zunehmender Arbeitskräfteknappheit.

Der Vorwurf, dass das EU-Asylrecht die Falschen schütze, ist vor allem geeignet, Vorurteile gegenüber den hier lebenden Flüchtlingen zu legitimieren. Indem man Hilfe für andere Flüchtlinge fordert, kann man guten Gewissens Stimmung gegen die real hier lebenden Flüchtlinge machen.

Load-Date: July 19, 2023

End of Document

Eine Behörde schottet sich ab; Das Asylgesetz berechtigt Schutzsuchende zum Erhalt von mindestens 180 Euro, die der Staat ihnen für den persönlichen Bedarf zahlt. Doch in Hamburg warten Geflüchtete monatelang auf die Zahlung. Sofiya S. und ihre Schwester haben dagegen geklagt

taz, die tageszeitung

Freitag 25. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 912 words

Byline: Katharina Schipkowski

Highlight: Das Asylgesetz berechtigt Schutzsuchende zum Erhalt von mindestens 180 Euro, die der Staat ihnen für den persönlichen Bedarf zahlt. Doch in Hamburg warten Geflüchtete monatelang auf die Zahlung. Sofiya S. und ihre Schwester haben dagegen geklagt

Body

Von Katharina Schipkowski

Sofiya S. und ihre Schwester haben zusammen noch 150 Euro Ersparnisse. Damit müssen sie mindestens bis Ende September alles bezahlen, was zum persönlichen Bedarf gehört. Also zum Beispiel Handyguthaben, Gesichtscreme, Hygieneartikel oder auch Essen, falls sie es mal nicht schaffen, zur Essenszeit in der Unterkunft zu sein. Eigentlich stehen den beiden Schwestern finanzielle Leistungen nach dem Asylbewerbergesetz zu. Aber bislang konnten sie nicht mal den Antrag darauf stellen, ihr Termin dafür ist erst am 21. September. Dabei ist unstrittig, dass ihnen das Geld 180 Euro monatlich zusteht. Die Aufenthaltsgestattung, die sie dazu berechtigt, haben sie bereits seit dem 7. Juli.

Zwar sind wir es aus Russland gewöhnt, mit wenig Geld auszukommen, sagt Sofiya S. Trotzdem ist es hart. Während des Deutschkurses etwa müsse sie zum Teil mehrfach zwischen dem Kurs und der Unterkunft hin und her fahren, um zur Essenszeit in der Unterkunft zu sein. Sich beim Imbiss etwas zu holen, sei leider keine Option.

Der Fall von Sofiya S. und ihrer Schwester ist keine Ausnahme. Dass Geflüchtete drei Monate und länger auf ihr Geld warten, ist in Hamburg derzeit die Regel. Bis vor ein paar Monaten war das noch anders: Geflüchtete mussten lediglich ihre Duldung oder eine andere Aufenthaltsgestattung beim Sozialamt des jeweiligen Bezirks vorzeigen und einen unkomplizierten Antrag stellen. Doch zum 1. Januar dieses Jahres wanderte die Zuständigkeit von den Bezirksämtern zum Amt für Migration, das bei der Innenbehörde angesiedelt ist. Seitdem läuft es nicht mehr.

S. sagt, dass sie und ihre Schwester noch gut dran seien, weil sie Englisch sprechen, gut informiert seien und für niemanden sorgen müssen, außer für sich selbst. Viele andere in der Unterkunft haben kleine Kinder, sagt S. Wie

Eine Behörde schottet sich ab Das Asylgesetz berechtigt Schutzsuchende zum Erhalt von mindestens 180 Euro, die der Staat ihnen für den persönlichen Bedarf zah....

die an Milch und Windeln kommen, sei ihr schleierhaft, in der Unterkunft gebe es nicht mal Klopapier. Als sie einen Mitarbeiter danach gefragt habe, sei der ungehalten geworden. Er habe ihr zwar eine Rolle gegeben, aber gesagt, sie solle ihn nicht noch einmal fragen. Eine andere Mitarbeiterin habe ihr einige Tage später erklärt, dass die Stadt dem Träger kein Geld für Klopapier zur Verfügung stelle. Auch die Mitarbeiterin habe S. eine Rolle Klopapier gegeben, aber gesagt, dass S. mit ihrer Schwester teilen solle und sie nicht jedem eine Rolle geben könne, weil sie so viel nicht habe.

Das Amt für Migration hat eine Notfallsprechstunde für Geflüchtete eingerichtet, die Probleme mit ihrem Leistungsbezug haben: Erst an zwei Tagen pro Woche, mittwochs und freitags, dann nur noch freitagvormittags. Warum nur noch einmal pro Woche? Die Innenbehörde gibt in einer Antwort auf eine parlamentarischen Anfrage der Linksfraktion organisatorische Gründe dafür an. Es befinde sich mittwochs bereits sehr viel Publikum des Referates Aufenthalt von Asylbewerbern und Flüchtlingen im Dienstgebäude. Die Steuerung einer weiteren großen Zahl von Kundinnen und Kunden im Haus ist organisatorisch nicht möglich. Mit anderen Worten: Mittwochs sind schon zu viele Ausländer im Haus, das wird uns zu chaotisch.

Auch Sofiya S. und ihre Schwester waren an einem Freitag dort, sogar zwei Mal. Beim ersten Mal kamen wir um acht, da warteten schon 300 Personen, sagt S. Sie kamen natürlich nicht dran. Beim zweiten Mal kamen sie früher, sechs Uhr morgens. Da schafften sie es unter die ersten 150 Wartenden und kamen nach sechs Stunden Wartezeit tatsächlich dran. Doch die Sachbearbeiterin konnte ihnen nicht helfen. S. und ihre Schwester hätten ja den Antrag auf Leistungen noch gar nicht gestellt, dementsprechend seien sie auch nicht im Leistungssystem erfasst. Ich habe der Frau gesagt, dass das ja genau das Problem ist, wegen dem wir da sind, sagt Sofiya S. Die Sachbearbeiterin habe das auch verstanden, ihr aber trotzdem nicht helfen können.

S. und ihre Schwester haben daraufhin eine Anwältin eingeschaltet und sich an das Sozialgericht gewandt. Die Grundleistungen, die das Asylbewerberleistungsgesetz den Antragsteller*innen zusichert, sind gerade noch geeignet, die Menschenwürde zu sichern, schreibt die Anwältin dem Gericht. Eine Wartezeit von fast drei Monaten, um überhaupt den Antrag zu stellen, sei nicht zumutbar. Die Innenbehörde erwidert schroff: Die Terminvergabe erfolgt in chronologischer Reihenfolge. Da die Antragsteller nicht die einzigen Ausländer sind, die Leistungen begehren, kann es zu Wartezeiten bei der Terminvergabe kommen.

Für die flüchtlingspolitische Sprecherin der Linksfraktion, Carola Ensslen, ist das derzeitige Vorgehen des Amts für Migration offener Verfassungsbruch. Zum Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum gehört auch, dass der Staat die notwendigen Vorkehrungen trifft, um den Anspruch auf Leistungen zu verwirklichen, sagt Ensslen. Die Linksfraktion ruft für diesen Freitag zu einer Kundgebung auf. Ab zehn Uhr wollen sich Betroffene und Unterstützer*innen vor dem Amt für Migration treffen und protestieren. Das Ziel der Aktion sei, dass direkt vor Ort Eilanträge der Betroffenen an das Sozialgericht gefaxt werden.

Den Weg über das Sozialgericht hat Sofiya S. mittlerweile hinter sich. Am Montag gab das Gericht ihr Recht und verpflichtete die Innenbehörde, S. und ihrer Schwester umgehend das Geld auszuzahlen. Erhalten haben die beiden Schwestern allerdings noch nichts.

Das Amt für Migration in Hamburg reduzierte seine Notfallsprechstunde weil der Andrang im Amt zu groß wurde

Load-Date: August 24, 2023

Freidrehen mit Thorsten; Der parlamentarische Geschäftsführer der Union, Thorsten Frei, kritisiert das Recht des Einzelnen auf Asyl in der EU. Viele in der Partei loben den Vorstoß, aber es gibt auch eine einsame Kritik

taz, die tageszeitung

Mittwoch 19. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 589 words

Byline: Cem-Odos Güler

Highlight: Der parlamentarische Geschäftsführer der Union, Thorsten Frei, kritisiert das Recht des Einzelnen auf Asyl in der EU. Viele in der Partei loben den Vorstoß, aber es gibt auch eine einsame Kritik

Body

Von Cem-Odos Güler

Es ist ein Debattenbeitrag, mit dem die CDU ihr Profil in Migrationsfragen scharf nach rechts rückt: Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktionen im Bundestag, Thorsten Frei, hat am Dienstag ein Ende des Rechts des Einzelnen auf Asyl in den Ländern der Europäischen Union gefordert. Aus dem Individualrecht auf Asyl muss eine Institutsgarantie werden. Eine Antragstellung auf europäischem Boden wäre nicht länger möglich, der Bezug von Sozialleistungen und Arbeitsmöglichkeiten umfassend ausgeschlossen, schrieb der Politiker in einem Debattenbeitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ). Frei erhielt von Kolleginnen und Kollegen aus seiner Partei Zuspruch, aus den anderen Lagern wurde er scharf kritisiert.

Frei meinte, das europäische Asylrecht und damit auch die deutsche Asylpraxis gründeten auf einer Lüge. Wir gestalten unser Asylrecht als Individualrecht aus und sind zugleich nicht bereit, den Anspruch in unbegrenztem Umfang einzulösen, der daraus resultiert. Der CDU-Politiker aus Baden-Württemberg schlug vor, dass die Europäische Union stattdessen jährlich ein Kontingent von 300.000 oder 400.000 Schutzbedürftigen direkt aus dem Ausland aufnehmen und in den teilnehmenden Staaten verteilen solle.

Die Organisation Pro Asyl kritisierte, Frei lege mit seinem Vorstoß die Axt an den internationalen Flüchtlings- und Menschenrechtsschutz. Die Pläne bedeuteten den Ausstieg aus der Genfer Flüchtlingskonvention, der Europäischen Menschenrechtskonvention sowie der EU-Grundrechtecharta, sagte Pro-Asyl-Sprecher Karl Kopp. Es ist bitter, dass die Union damit die Positionen der Rechtsextremen übernimmt.

Aus der CDU erhielt der Parlamentarische Geschäftsführer viel Zuspruch. Die gesellschaftlich liberal gesinnte Kultusministerin aus Schleswig-Holstein, Karin Prien (CDU), bezeichnete den Beitrag Freis bei Twitter als diskussionswürdig. Sie sprach sich dort zwar für ein Recht auf politisches Asyl aus, bezeichnete aber die

Freidrehen mit Thorsten Der parlamentarische Geschäftsführer der Union, Thorsten Frei, kritisiert das Recht des Einzelnen auf Asyl in der EU. Viele in der Parte....

gegenwärtige Rechtskonstruktion im Grundgesetz als in der Praxis dysfunktional . Der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Jens Spahn stimmte bei Twitter mit der Diskussionslogik Freis überein.

Doch Frei bekam auch harten Widerspruch aus den eigenen Reihen. Unser Asylrecht gründet nicht, wie Thorsten Frei meint, auf einer Lüge, sondern auf dem christlichen Menschenbild und der Genfer Flüchtlingskonvention , sagte Christian Bäumler, stellvertretender Bundesvorsitzende der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) der taz. Die Umwandlung des Asylrechts ginge nur über eine Abschaffung der europäischen Grundrechte-Charta. Die Politik sollte nicht den Ast absägen, auf dem wir alle sitzen , so Bäumler. Die Abschaffung des Asylrechts würde zudem keinen einzigen Menschen davon abhalten, nach Europa zu flüchten.

Auch aus allen drei Regierungsparteien und der Linkspartei kam Kritik an Freis Vorstoß. SPD-Fraktionsvize Dirk Wiese bezeichnete den Vorschlag als realitätsfremd , da er illegale Migration nicht stoppen werde. Warum es unmenschlich sein soll, dass jemand erst mal vorträgt, warum er Schutz braucht, das geht mir nicht in den Kopf , sagte der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai verwies gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland auf die Reform des gemeinsamen Europäischen Asylsystems. Es wäre gut, wenn die CDU mit Ernsthaftigkeit diese Bemühungen unterstützen würde.

Die Abschaffung des Asylrechts würde keinen einzigen Menschen davon abhalten, nach Europa zu flüchten

Load-Date: July 18, 2023

Nach der Einigung ist vor der Einigung; Kann die vereinbarte EU-Asylrechtsreform bis zur Europawahl im kommenden Jahr in Kraft treten? In dieser Woche starten die Verhandlungen dazu. Sie könnten sich über Monate hinziehen. Denn schon jetzt ist klar, dass auf das umstrittene Vorhaben einige Hürden warten

taz, die tageszeitung

Montag 12. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1012 words

Byline: Eric Bonse

Highlight: Kann die vereinbarte EU-Asylrechtsreform bis zur Europawahl im kommenden Jahr in Kraft treten? In dieser Woche starten die Verhandlungen dazu. Sie könnten sich über Monate hinziehen. Denn schon jetzt ist klar, dass auf das umstrittene Vorhaben einige Hürden warten

Body

Aus Brüssel Eric Bonse

Hält der umstrittene Kompromiss der EU-Innenminister zur Asylreform? Oder wird das am Donnerstag vereinbarte Paket, das einen härteren Umgang mit Migranten ohne Bleibeperspektive und die Abschiebung in sichere Drittländer wie Tunesien vorsieht, wieder aufgeschnürt? An diesem Dienstag sollen die Verhandlungen zwischen den 27 EU-Staaten und dem Europaparlament beginnen – sie entscheiden darüber, was am Ende wirklich umgesetzt wird.

Die Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, kann die Kritik an der Einigung in Teilen nachvollziehen. Das ist sicher kein Kompromiss, der uns in allen Punkten gefällt, sagt die SPD-Politikerin der taz. Aber er hilft uns, die derzeitigen -Probleme zu lindern, das heißt das -Sterben im Mittelmeer, die Pushbacks und die unhaltbaren Zustände in Lagern wie Moria zu beenden, so Barley weiter.

Die derzeitigen Probleme entstünden auch, weil die EU-Aufnahmeländer, in denen die Geflüchteten ankommen, mit der Situation weitgehend allein gelassen wurden. Die Reform setzt hier an: Anstatt dass Menschen jahrelang in unhaltbaren Zuständen wie in Moria leben, gebe es nun die Perspektive, dass sie maximal 12 Wochen in einem Lager leben und dort die Chance auf ein ordentliches Asylverfahren haben, meint Barley.

Deutschland hatte sich in den Verhandlungen dafür eingesetzt, dass betroffene Familien mit minderjährigen Kindern von Schnellverfahren an den Außengrenzen ausgenommen werden. Doch diese Position hat Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) am Ende geräumt – was nicht nur Grüne, sondern auch viele

Nach der Einigung ist vor der Einigung Kann die vereinbarte EU-Asylrechtsreform bis zur Europawahl im kommenden Jahr in Kraft treten? In dieser Woche starten di....

Sozialdemokraten ärgert. Es war leider nicht zu erwarten, dass eine Mehrheit der Länder diesem Vorschlag folgen würde, da nicht mal eine Handvoll ihn unterstützte, sagt Barley. Wir werden uns aber im EU-Parlament dafür einsetzen, dass Familien mit Kindern keine Schnellverfahren in Grenzlagern durchlaufen müssen, und sind zuversichtlich, dass wir eine Mehrheit dafür bekommen.

Wäre es vernünftiger gewesen, den Vorschlag der EU-Kommission ganz abzulehnen und auf weitere Verhandlungen zu setzen? Barley hält das für illusorisch. Die Mehrheitsverhältnisse in der EU kippen gerade nach rechts, sagt sie. Innerhalb eines Dreivierteljahres gab es allein drei Machtwechsel, bei denen eine rechtspopulistische Partei an die Regierung kam: in Schweden, in Finnland, in Italien. Unter diesen Umständen ist nicht zu erwarten, dass die Ausgangslage für eine weniger rigide Lösung sich absehbarer Zeit verbessert.

Das Europaparlament hatte seinen Standpunkt zum Asyl- und Migrationspaket bereits im vergangenen April festgelegt. Der Rat, die Vertretung der 27 EU-Staaten, geht erst jetzt an den Start. Die Verhandlungen, die in der kommenden Woche im sogenannten Trilog beginnen (die dritte Partei ist die EU-Kommission), finden hinter verschlossenen Türen statt. Sie können sich über Monate hinziehen.

Die EU-Politiker in Brüssel hoffen, dass die endgültige Einigung auf einen Gesetzestext bis Anfang 2024 gelingt. So könnte das neue europäische Asyl-regime rechtzeitig vor der Europawahl im Juni 2024 stehen. Populisten und Nationalisten hätten keine Chance, mit dem Reizthema Migration Stimmung gegen die EU zu machen das ist zumindest die Hoffnung.

Doch der Europawahlkampf hat längst begonnen. Und die ohnehin kaum vereinbaren Positionen haben sich nach dem Kompromiss der Innenminister weiter verhärtet. So haben Ungarn und Polen erklärt, dass sie den Kompromiss nicht mittragen werden. Vor allem die darin vorgesehenen Ausgleichszahlungen für nicht aufgenommene Migranten im Gespräch sind 20.000 Euro pro Kopf stoßen auf Widerstand.

Polen nannte diesen Solidaritätsmechanismus absurd. Sein Land habe die größte Flüchtlingskrise nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich bewältigt, erklärte Warschauer Europaminister Szymon Szykowski mit Blick auf die Aufnahme von 1,6 Millionen Kriegsflüchtlings aus der Ukraine. Wir werden nicht akzeptieren, dass uns absurde Ideen aufgezwungen werden.

Auch Italien könnte die Reform noch gefährden. Die rechte Regierung in Rom trägt den Asylkompromiss zwar mit. Regierungschefin Giorgia Meloni fordert jedoch einen Flüchtlingsdeal mit Tunesien, von wo zuletzt besonders viele Asylbewerber kamen. Sie möchte die meisten Migranten schnurstracks zurück nach Nordafrika schicken und mahnt Hilfe der EU an.

In Brüssel nimmt man diese Forderung sehr ernst. Denn ohne Italien würde der gesamte Asyldeal platzen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen traf am Sonntag zu Gesprächen mit dem tunesischen Präsidenten Kais Saied in Tunis ein. Begleitet wurde sie von Meloni, aber auch vom niederländischen Premier Mark Rutte. Tunis machte dabei bereits im Vorfeld seine Position deutlich. Sein Land werde keine Grenzpolizei der EU sein, sagte Saied vor Ankunft des Trios.

meinung + diskussion 12, taz zwei

Deutscher Streit um EU-Asylreform

Nach der Einigung der EU-Innenminister*innen auf eine Reform der europäischen Asylpolitik setzt sich die Kontroverse auch in Deutschland fort. Innenministerin Nancy Faeser verteidigte am Sonntag den Beschluss. Sie wolle das Herzstück der Europäischen Union, offene Grenzen im Inneren, verteidigen, twitterte die SPD-Politikerin. Zugleich verhandle man weiter, dass Familien mit Kindern ihre Asylverfahren nicht an den Außengrenzen durchlaufen müssten. Kanzler Olaf Scholz (SPD) sagte, man brauche einen Solidaritätsmechanismus, in dem Staaten wie Deutschland Geflüchtete aus den Grenzstaaten übernehmen, dort dafür aber alle registriert werden. Die Grenzverfahren brauche man für geregelte Verfahren. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) nannte die Reform nicht einfach, aber letztlich richtig.

Nach der Einigung ist vor der Einigung Kann die vereinbarte EU-Asylrechtsreform bis zur Europawahl im kommenden Jahr in Kraft treten? In dieser Woche starten di....

Vor allem Teile der Grünen übten erneut Kritik. Der Europaabgeordnete Erik Marquardt warf Faeser vor, eine Krise herbeizureden, die es nicht gibt. Pro Asyl startete eine Petition, um das neue Asylsystem noch zu verhindern. Anna-Nicole Heinrich, Präses der Synode der Evangelischen Kirche, sagte der taz: Man werde sich dafür einzusetzen, dass die Reform nicht kommt. (jaf, ko)

eu-asylrechtsreform

Load-Date: June 11, 2023

End of Document

Ein furchtbares Vorbild; Frederik Eikmanns über Steinmeiers Äußerung zu Asyl und Migration

taz, die tageszeitung

Mittwoch 04. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 339 words

Byline: Frederik Eikmanns

Body

Frederik Eikmanns über Steinmeiers Äußerung zu Asyl und Migration

Er fühle sich an die 1990er Jahre erinnert, sagt Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in den Tagesthemen, als er auf die gegenwärtige Debatte um Geflüchtete in Deutschland angesprochen wurde. Ob Sie es glauben oder nicht: Ich war bei dem Asylkompromiss 1992/93 an den Verhandlungen beteiligt.

Man glaubt es. Wirklich schwer zu glauben ist aber, was Steinmeier in den folgenden Minuten sagt und insinuiert. Angelehnt an den Asylkompromiss, mit dem Union, FDP und SPD vor 30 Jahren das Asylrecht dramatisch einschränkten, fordert Steinmeier eine Begrenzung sogenannter illegaler Migration. Damals wie heute habe es Überlastungssignale von Bürgermeistern gegeben, behauptet der Bundespräsident.

Das ist eine atemberaubende Verdrehung der Geschehnisse damals. Überlastungssignale mag es gegeben haben, doch dem Asylkompromiss vorangegangen waren 1992 vor allem das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen, die rassistischen Morde von Mölln und andere rechte Gewalttaten.

Die Politik reagierte nicht auf überarbeitete Beamtinnen in den Lokalverwaltungen der deutschen Gemeinden, die kuschelte viel mehr vor dem neu entfesselten deutschnationalen Mob, der migrantische Menschen bedrohte und ermordete.

In der Folge strichen Union, FDP und SPD mit dem uneingeschränkten Grundrecht auf Asyl einen Punkt aus dem Grundgesetz, der eine direkte Konsequenz aus dem Terror Nazi-Deutschlands gewesen war.

Seit dieser unrühmlichen Entscheidung haben Menschen, die aus sogenannten sicheren Herkunftsländern fliehen oder über sogenannte sichere Drittstaaten einreisen, kaum mehr eine Chance auf Schutz in Deutschland.

Dass Steinmeier die rechte Gewalt der 90er Jahre verschweigt und der heutigen Bundesregierung nahelegt, es zu machen wie damals, ist erschreckend. Wie sich Union, FDP und SPD damals dem Druck der Rechtsradikalen

Ein furchtbares Vorbild Frederik Eikmanns über Steinmeiers Äußerung zu Asyl und Migration

beugten, darf eben gerade nicht Vorbild sein für das, was heute zu tun ist. Er muss eine Warnung bleiben für das, was sich nicht wiederholen darf.

Load-Date: October 3, 2023

End of Document

Deutschland-Tempo; Daniel Bax über die Migrationspolitik der Ampel

taz, die tageszeitung

Mittwoch 25. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 342 words

Byline: Daniel Bax

Body

Daniel Bax über die Migrationspolitik der Ampel

Ein Deutschland-Tempo hatte Kanzler Olaf Scholz versprochen, um das Land moderner und zukunftssicher zu machen. Auf dem aktuellen Spiegel-Cover hat sich der schlumpfige Scholz nun aber in einen grimmigen Scharfmacher verwandelt, der Abschiebungen im großen Stil verspricht. Es fehlt nur noch die Frakturschrift, um die demonstrative Härte zu unterstreichen.

Neu ist das Vorhaben allerdings nicht. Schon im Koalitionsvertrag hatte die Ampel eine Abschiebeoffensive angekündigt, das hatte die FDP durchgesetzt. Nun macht die Regierung damit Ernst.

Tatsächlich wurden in diesem Jahr bereits mehr Menschen abgeschoben als im Jahr zuvor. Doch welche Probleme werden dadurch gelöst? Angesichts von 1,1 Millionen Flüchtlingen allein aus der Ukraine, die rechtmäßig hier sind, ist es ziemlich egal, ob sich die Zahl der Abschiebungen pro Jahr verdoppelt oder verdreifacht: Ein paar Tausend oder Zehntausend weniger Menschen lindern die Probleme der Kommunen nicht. Und um viel mehr als 50.000 Fälle geht es nicht. Denn von den knapp 300.000 Menschen, die derzeit ausreisepflichtig sind, besitzen 80 Prozent eine Duldung. Das heißt, sie können nicht abgeschoben werden, auch wenn ihr Asylantrag abgelehnt wurde entweder, weil sie keinen Pass besitzen, eine Ausbildung machen, zur Schule gehen oder krank sind. Nach Afghanistan, Syrien und in den Iran wird derzeit aus guten Gründen ohnehin nicht abgeschoben. Daran werden auch Migrationsabkommen mit Kenia und Kirgistan nichts ändern.

Kurz: Die überwältigende Mehrheit der Geflüchteten wird hier bleiben. Gut wäre es deshalb, den Kommunen mehr Geld für ihre Unterbringung und Integration zu geben, statt es für aufwendige und teure Abschiebeflüge auszugeben, die reiner Aktionismus sind. Auch die geplante Verschärfung der Abschiebe-regeln ist bloße Schikane. Viel wichtiger wäre es, Deutschland endlich attraktiver für ausländische Arbeitskräfte zu machen, die wir jetzt und in Zukunft brauchen. Die aktuellen Debatten tragen leider nicht dazu bei.

das thema

Load-Date: October 24, 2023

End of Document

Ordentlich und sauber; Deutschland diskutiert über Verschärfungen in der Migrationspolitik. Aber wie sieht es in Kommunen und Erstaufnahmeeinrichtungen wirklich aus? Eindrücke aus der deutsch-polnischen Grenzregion

taz, die tageszeitung

Samstag 23. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 4

Length: 1143 words

Byline: Cem-Odos Güler

Highlight: Deutschland diskutiert über Verschärfungen in der **Migrationspolitik**. Aber wie sieht es in Kommunen und Erstaufnahmeeinrichtungen wirklich aus? Eindrücke aus der deutsch-polnischen Grenzregion

Body

Aus Eisenhüttenstadt und Forst (Lausitz) Cem-Odos Güler (Text) und Doro Zinn (Fotos)

Olaf Jansen ärgert das Gerede. Wir sollten nicht an der Genfer **Flüchtlingskonvention** herumfiddeln, sagt der Leiter der Zentralen Ausländerbehörde (ZABH) in Brandenburg. Jansen sitzt in seinem Büro in der Erstaufnahmeeinrichtung für **Geflüchtete** in Eisenhüttenstadt. In der vergangenen Nacht sind hier 93 Menschen angekommen, viele stammen aus Syrien und dem kurdischen Teil der Türkei. Wenn ich in einem türkischen **Flüchtlingslager** säße, würde ich auch jeden Tag gucken, wie ich dort wegkomme, sagt Jansen.

Deutschland erlebt wieder einmal Tage einer verbalen Verschärfung in der **Migrationspolitik**. CDU-Chef Friedrich Merz greift die einst von der CSU geforderte Zahl von maximal 200.000 **Geflüchteten** pro Jahr auf als Orientierungsgröße. In Brandenburg fordert unterdessen der CDU-Innenminister Michael Stübgen ein Ende des Grundrechts auf **Asyl**, das er als überflüssig bezeichnet. Und Grünen-Vorsitzende Ricarda Lang fordert Fortschritte in der Abschiebungspolitik. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich dadurch das Leben am äußersten Rand der deutschen Gesellschaft verschlechtert.

Diyar bekommt von den Debatten nichts mit, als er vergangene Woche unterwegs nach Deutschland ist. Der junge Mann, der seinen Nachnamen nicht nennen will, ist einer der 93 Menschen, die von der Bundespolizei in der Nacht zu Donnerstag in die Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt gebracht wurden. In meinem Land kann ich meine Gedanken nicht mehr frei äußern, sagt der Kurde aus der Stadt Mardin im Südosten der Türkei. Präsident Recep Tayyip Erdoğan habe das Land in eine Wirtschaftskrise geführt und verhafte Menschen, die ihn dafür kritisierten. Wir sind zu Flüchtlingen in unserem eigenen Land geworden, sagt Diyar mit Blick auf die Kurden in der Türkei.

Ordentlich und sauber Deutschland diskutiert über Verschärfungen in der Migrationspolitik. Aber wie sieht es in Kommunen und Erstaufnahmeeinrichtungen wirklich

In der Erstaufnahme Eisenhüttenstadt leben derzeit etwa 1.000 Menschen auf dem Gelände einer ehemaligen Kaserne. Die Einrichtung stand vor mehr als drei Jahren in der Kritik, vor allem bei Frauen und queeren Menschen, die hier beengte Verhältnisse und übergriffiges Verhalten anprangerten. Behördenleiter Jansen verweist auf ein Schutzhaus für besonders vulnerable Gruppen, über das die Einrichtung verfüge. Er sagt, etwa die Hälfte der schwulen und lesbischen Menschen in der Erstaufnahmeeinrichtung wünschten, dort untergebracht zu werden. Der Rest zöge es vor, in den anderen Gebäuden auf dem Gelände unterzukommen.

Diyar sagt, sein Eindruck nach wenigen Stunden in der Einrichtung sei gut, alles sehe ordentlich und sauber aus. Er erzählt, dass Schleuser ihn zusammen mit einer Handvoll anderer Geflüchteter in der Nacht in einem Waldstück auf deutschem Gebiet hinter der polnischen Grenze ausgesetzt haben, kurz danach griff die Polizei ihn auf. Etwa 10 Tage lang habe die Fahrt über Bulgarien und Ungarn gedauert, knapp 4.000 Euro habe er bezahlt.

Nach Angaben des brandenburgischen Innenministeriums in Potsdam wurden von Jahresbeginn bis Ende August etwas mehr als 9.000 Menschen in den insgesamt vier Erstaufnahmeeinrichtungen Brandenburgs aufgenommen. Etwa drei bis vier Tage nach der Ankunft werden die Geflüchteten in Eisenhüttenstadt vom psychosozialen Dienst der Zentralen Ausländerbehörde befragt. Dabei geht es nach Angaben von Behördenleiter Jansen darum, mögliche Bedarfe nach Medikamenten oder psychologischer Unterstützung frühzeitig abzuklären. Durch die frühzeitigen Befragungen ist die Zahl der Zwischenfälle, die wir hier haben, so was von runter, sagt Jansen.

Eisenhüttenstadt ist Dreh- und Angelpunkt der Brandenburger Migrationspolitik. Hier hat nicht nur die Zentrale Ausländerbehörde, die dem Innenministerium des Landes unterstellt ist, ihren Sitz, auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ist auf dem Gelände vertreten. Der Brandenburger Flüchtlingsrat kritisiert, dass allein das Innenministerium in Potsdam für die Wahrung der Ansprüche Geflüchteter zuständig ist. Er fordert die Übertragung entsprechender Aufgaben an die fachlich kompetenten Ministerien für Arbeit, Bildung, Gesundheit, wie es in anderen Bundesländern praktiziert wird.

Für Behördenleiter Jansen ist das Brandenburger System dagegen sehr gut, weil es weniger Absprachen zwischen den Ressorts benötige. Kinder gingen nur wenige Tage nach ihrer Ankunft in den Unterricht, der vor Ort in drei Klassenstufen altersübergreifend organisiert werde, so könnten sie direkt beginnen, Deutsch zu lernen. Asylanträge würden in Brandenburg ein bis zwei Wochen nach der Ankunft gestellt, erzählt Jansen. Im Durchschnitt müssten Alleinreisende etwa drei Monate in Eisenhüttenstadt wohnen, bis sie an eine Kommune vermittelt würden, Familien wegen der angespannten Wohnungssituation etwa vier Monate. Wenn Sie die Erstaufnahmeeinrichtungen nicht haben, schlagen sich alle Probleme bei der Unterbringung und Versorgung direkt auf die Kommunen durch, sagt Jansen.

Die Gemeinde Forst liegt wie Eisenhüttenstadt direkt an der polnischen Grenze, knapp 60 Kilometer südlich des Ankunftszentrums. Die Bürgermeisterin Simone Taubenek sagt, sie habe von der gestiegenen Zahl der Grenzübertritte von Geflüchteten, von denen die Bundespolizei vor allem in dieser Region berichtet, nichts mitbekommen. Die parteilose Politikerin empfindet die Stimmung in der Kommune mit knapp 18.000 Ein-woh-ne-r*in-nen dennoch als angespannt. Bei den Kommunalwahlen 2019 zog hier die AfD mit rund 30 Prozent als stärkste Kraft in die Stadtverordnetenversammlung ein.

Taubenek ist jedoch überzeugt, dass in dem Ort nur eine Minderheit etwas gegen Geflüchtete habe. Wenn man hier noch hört, die nehmen uns die Arbeitsplätze weg, das ist ja wohl ein Scherz, sagt die Bürgermeisterin. Die Welt hat sich gedreht, jetzt seien es die Arbeitgeber, die auch hier in der Lausitz händeringend nach Menschen suchten. Schon seit mehreren Jahren sei es in der Region gelebte Praxis, dass viele Firmen Angestellte aus Polen beschäftigen, das sei sogar in der Stadtverwaltung der Fall.

Zwar stünden in Forst 30 Prozent der Wohnungen leer, die Häuser seien wegen des Investitionsstaus jedoch in einem schlechten Zustand, sagt die Bürgermeisterin. Für Geflüchtete aus der Ukraine wurden in den vergangenen Monaten 70 bis 80 Wohnungen hergerichtet, etwa 10.000 Euro mussten dabei pro Wohnung investiert werden. Zu Lasten von anderen Plänen im Haushaltsjahr.

Ordentlich und sauber Deutschland diskutiert über Verschärfungen in der Migrationspolitik. Aber wie sieht es in Kommunen und Erstaufnahmeeinrichtungen wirklich

Ein größeres Problem sei aber die hohe Altersquote. Die Kinderärztin geht jetzt in Rente, die Augenärztin hört auch auf , sagt Taubenek. Die Bahn habe den Fahrkartenautomat abgebaut, die Post sei auch geschlossen. Sie sagt, die Menschen in der Stadt seien durch Corona und die Isolation, wegen des Kriegs und der Energiekrise verunsichert. Die Situation, wie wir sie jetzt haben, hatten wir so ja noch nicht.

Wenn man hier noch hört, die nehmen uns die Arbeitsplätze weg, das ist ja wohl ein Scherz

Load-Date: September 22, 2023

End of Document

Sagen, wie es nicht geht, gilt nicht; In der Migrationsdebatte wird die verfehlte Bildungs-, Arbeits- und Wohnpolitik den Flüchtlingen angelastet. Hier geht es mehr um unsere Projektionen als um reale Probleme

taz, die tageszeitung

Samstag 28. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 16

Length: 902 words

Byline: Barbara Dribbusch

Highlight: In der Migrationsdebatte wird die verfehlte Bildungs-, Arbeits- und Wohnpolitik den Flüchtlingen angelastet. Hier geht es mehr um unsere Projektionen als um reale Probleme

Body

Von Barbara Dribbusch

Die neueste Lieferung kommt von CDU-Chef Friedrich Merz. Viele Kinder, die die deutsche Sprache nicht beherrschen, überfordern aktuell unser Bildungssystem. Übervolle Klassen gingen dann zulasten aller Kinder, sagte Merz in einem Interview mit der Stuttgarter Zeitung. Zuvor hatte sein Vize Carsten Linnemann ebenfalls einen härteren Kurs in der Flüchtlingspolitik angemahnt: Wir sind überfordert. Junge Menschen gehen nicht mehr zur Schule, weil die Lehrer fehlen. Wir brauchen 350.000 Kitaplätze. 800.000 Wohnungen fehlen.

Jetzt sind die Flüchtlinge also an allem schuld, am Leh-re-r:in-nen-mangel, am Erziehe-r:innen-mangel, an fehlenden Wohnungen. Dabei sind die Probleme der Infrastruktur vor allem auf den demographischen Rückgang der hiesigen Erwerbsbevölkerung, eine verfehlte Wohnungsbaupolitik und Immobilienspekulation, die Urbanisierung und andere Gründe zurückzuführen. Wenn in manchen Projektionen die Geflüchteten jetzt zu Sündenböcken werden, ist höchste Aufmerksamkeit angesagt.

Wir erleben zurzeit eine Verschiebung des Diskurses, ein Re-Framing, eine Umdeutung, die sich auch in der Ampel-Regierung beobachten lässt. Die Bundesregierung steht durch das Schüren der Anti-Flüchtlingshysterie durch die Union unter Druck und will vor allem Handlungsfähigkeit demonstrieren, wie man am neuen Gesetz zur Verschärfung von Abschiebungen sieht.

Laut Gesetzentwurf geht die Regierung davon aus, dass die Anzahl der Abschiebungen durch die Maßnahmen im Gesetz pro Jahr um rund 600 Personen steigen wird. Dafür kommt ein Gesetz, das Grundrechte massiv beschneidet und den Behörden unter anderem gestattet, schon vor der ersten Anhörung die Handys von Asylbewerber:innen auszulesen. Ein Armutszeugnis.

Sagen, wie es nicht geht, gilt nicht In der Migrationsdebatte wird die verfehlte Bildungs-, Arbeits- und Wohnpolitik den Flüchtlingen angelastet. Hier geht es m....

Nächste Woche soll eine Ergänzung dieses Gesetzes beschlossen werden. Diese Regelung soll die Arbeitsaufnahme für Geflüchtete erleichtern. Das ist gut. Aber die Differenzierungen, die dabei vorgenommen werden, sind nicht hilfreich. Vizekanzler Robert Habeck (Grüne) sagte, wer von den Geflüchteten nicht arbeiten möchte und keinen anderen Schutzgrund hat, der müsse zurückgeführt werden können. Das Problem der Geflüchteten ist aber nicht die Arbeitsunwilligkeit, sondern es ist schwer, eine Arbeit zu finden, die man mit der Schulbildung, den beruflichen Kenntnissen aus dem Herkunftsland und fehlenden Deutschkenntnissen machen kann. Im ersten Jahr des Aufenthalts in Deutschland haben daher nur 7 Prozent der Geflüchteten eine Arbeit. Nach sechs Jahren üben dann mehr als die Hälfte einen Job aus.

Habeck differenziert zwischen Asyl-be-wer-be-r:in-nen, die einen Fluchtgrund haben, und solchen, bei denen das nicht der Fall ist. Eine solche Differenzierung ist populär, kann aber nicht alle aktuellen Fragen beantworten. Sowohl die eine Million Ukrai-ne-r:in-nen als auch die Menschen aus Syrien und Afghanistan, die derzeit den größten Anteil der Asyl-be-wer-be-r:in-nen ausmachen, verfügen über akzeptierte Fluchtgründe.

Die eigentliche Frage also lautet: Was tun wir, wenn mehrheitlich Geflüchtete aus Kriegs- und Krisengebieten, aus Diktaturen kommen, die einen akzeptierten Fluchtgrund haben und durch die sich die Gemeinden überfordert fühlen, die nicht noch ein Containerdorf aufstellen und noch mehr Geflüchtete irgendwie in Schulen und Kitas unterbringen wollen?

Es geht nicht darum, ob die Mehrheit der Ankommenden einen hier akzeptierten Fluchtgrund hat oder nicht. Die Frage vielmehr ist: Wie viel sind wir bereit zu teilen? Wer in den Spiegel guckt, sieht Hilfsbereitschaft und deren Grenzen. 2015 war die Solidarität mit Geflüchteten aus Syrien groß, 2022 die Hilfsbereitschaft gegenüber Ukrai-ne-r:in-nen auch, jetzt ist die Stimmung mancherorts am Kippen. Das Asylrecht ist nicht nur eine Frage einer allgemein gültigen Moral, sondern auch der Teilungsbereitschaft und der konkreten Zahlen, leider.

Am besten wäre es, die aktuelle Hysterie in der Flüchtlingsfrage würde von alleine verschwinden. Etwa dann, wenn die Zahl der neu ankommenden Geflüchteten in der nächsten Zeit niedrig bleibt, die Ukrai-ne-r:in-nen besser integriert werden und man sich ansonsten anderen sozialen Fragen zuwendet wie dem Arbeitskräftemangel zum Beispiel. Die Hysterie dürfte aber auch gemildert werden, wenn man pragmatisch über Möglichkeiten der Begrenzung redet und deren Nebenwirkungen benennt.

Man könnte die Liste der sicheren Herkunftsländer erweitern und deren Bür-ge-r:in-nen im Gegenzug die Einreise bei einer Arbeitsaufnahme erleichtern, ohne Anspruch auf Sozialleistungen. So ähnlich hat man es ab 2016 mit den Westbalkanstaaten gemacht.

Eine weitere Möglichkeit liegt im Vorschlag der EU-Kommission, Asylverfahren von Be-wer-be-r:in-nen aus Ländern mit niedriger Schutzquote auszulagern an die EU-Grenzen, um die hiesigen Kommunen zu entlasten. Der Preis dafür wären allerdings Lager mit Gestrandeten, falls sich überhaupt Länder finden, die an den Außengrenzen solche Zentren einrichten.

Man könnte auch nicht anerkannten Geflüchteten, die nur über eine Duldung verfügen, die Sozialleistungen versagen, wie es in vielen EU-Ländern der Fall ist, ihnen aber eine Arbeitserlaubnis gewähren. Als Nebenwirkungen sähe man viel Verelendung und mehr ausländische Obdachlose auf den Straßen.

Weitere Vorschläge sind also willkommen. Nur: Sagen, wie es nicht geht, das gilt nicht. Und heldenhaft wird es auch nicht.

Wenn Geflüchtete zu Sündenböcken werden, ist Aufmerksamkeit angesagt

Load-Date: October 27, 2023

Nur scheinbar steuerbar; Die politischen Debatten um die Push- und Pull-Faktoren der Migration geben vor, Zuwanderung vorhersagbar zu machen. Doch die Realität ist komplexer

taz, die tageszeitung

Montag 06. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 977 words

Byline: Cem-Odos Güler

Highlight: Die politischen Debatten um die Push- und Pull-Faktoren der Migration geben vor, Zuwanderung vorhersagbar zu machen. Doch die Realität ist komplexer

Body

debatte

Der Deutungsversuch ist so eingängig, dass er in Deutschland quer durch die politischen Lager verfängt: Wenn Bund und Länder am Montag über die Einwanderungspolitik beraten, wird es auch darum gehen, inwieweit Sozialleistungen für Geflüchtete einen sogenannten Pull-Faktor darstellen. Stimmen aus der Regierung und der Opposition werten eine ordentliche Sozialpolitik, die für alle Menschen gleichermaßen gilt, als unerwünschten Anreiz für eine Einreise nach Deutschland. Dabei ist die Betrachtung von Push- und Pull-Faktoren, also Kräften, die Menschen aus ihrer Heimat wegdrücken und solchen, die sie anziehen, zum Verständnis von Migrationsbewegungen wenig geeignet.

Der US-amerikanische Wissenschaftler Everett Lee formulierte das Push-Pull-Modell in einer Weiterentwicklung der Wanderungsgesetze, die der deutsche Kartograf Ernst Ravenstein 1885 aufstellte. Im Geist der 1960er Jahre, als die Soziologie versuchte, sich durch Analysen aller möglichen Lebensbereiche mittels ökonomischer Modelle eine höhere Glaubwürdigkeit zu verschaffen, stellte Lee einen quasimathematischen Satz auf: In jedem Lebensbereich gäbe es zahllose Faktoren, die dazu beitrügen, Menschen in dem Gebiet halten. Und es gibt andere, die sie eher abstoßen.

Lee veranschaulichte sein Konzept in einem Diagramm aus zwei Inseln mit Plus- und Minus-Zeichen, die miteinander verbunden sind. Dabei schränkte der Wissenschaftler selbst ein: Natürlich sind Plus- und Minus-Faktoren am Herkunfts- und Zielort für jeden Migranten oder potenziellen Migranten unterschiedlich definiert. Dieser zentrale Vorbehalt des Verfassers findet in der aktuellen politischen Debatte kaum Widerhall. Im Gegenteil: Die relative Beliebigkeit des Denkschemas eignet sich hervorragend zur Stimmungsmache.

Nur scheinbar steuerbar Die politischen Debatten um die Push- und Pull-Faktoren der Migration geben vor, Zuwanderung vorhersagbar zu machen. Doch die Realität i....

Arbeitsmarkt, Sozialstaat, Meinungsfreiheit, eine liberale Gesellschaft: Sie alle könnten Pull-Faktor für potenzielle Einwan-der-r*-in-nen sein. Oder wie wäre es mit: Seenotrettung, Sozialleistungen, einer Notfallversorgung beim Zahnarzt. Haben wir alles schon gehört. Sind Asylunterkünfte in Deutschland, die nicht in Brand gesetzt werden, ein Pull-Faktor? Und schrecken umgekehrt aufgeschlitzte Schlauchboote in der Ägäis und der Kältetod von Kurdinnen und Kurden an der belarussisch-polnischen Grenze ab?

Das Push- und Pull-Modell gilt in der Migrationsforschung als leere Hülle, die mit beliebigen Beispielen gefüllt werden kann. Sie sollen den Anschein erwecken, dass mit simplen Stellschrauben Fluchtbewegungen steuerbar sind. Hier eine Geldkarte statt Bargeldzahlungen und zack: 14 Prozent weniger Andrang an der deutschen Grenze. Dort hunderttausend Euro für die Seenotrettungsorganisation gestrichen, und schon nehmen weniger Leute die tödliche Passage über das Mittelmeer auf sich.

Das Mittelmeer ist 2,5 Millionen Quadratkilometer groß, derzeit durchkreuzt von etwa 16 privaten Rettungsschiffen. Dass bei diesen Zahlen kaum jemand ernsthaft damit kalkuliert, im Notfall aus den Wellen gezogen werden zu können geschenkt. Dass kaum jemand, der für sich und zurückgebliebene Angehörige sorgen will, sich wegen 182 Euro Taschengeld aus den Asylbewerberleistungsgesetz auf dem Weg macht, ist ebenfalls nicht wichtig. Es geht um Symbolik, um den Gedanken, dass mit einfachen Parametern Migration effektiv gesteuert werden kann.

Wie es häufig so ist, sind hingegen Deutungsmuster, die sich der Komplexität des Migrationsgeschehens stellen, für die politische Debatte weniger griffig. Aktuelle Theorien nehmen in Blick, warum sich Menschen in Bewegung setzen, aber vor allem: Warum Menschen nicht fliehen (können). Weltweit gibt es mehr Menschen, die in Kriegs- und Konfliktgebieten leben, als solche, die sich auf der Flucht befinden. Mit ökonomischen Ansätzen wie bei Lee ist dieser Umstand nicht zu erklären. Kriege etwa sind eben nicht der simple Push-Faktor zur Flucht, sondern auch ein Grund für die Bewegungsunfreiheit von Menschen. Aktuell gilt das für die Zivilbevölkerung des Gaza-streifens genauso wie für ukrainische Männer im wehrfähigen Alter.

Neben diesen rechtlichen Einschränkungen gibt es auch Fälle, in denen Menschen zwar emigrieren könnten, aber das Vor-Ort-Bleiben auch unter widrigsten Umständen bevorzugen oder schlicht erdulden; wegen ihres Alters, wegen ihrer Rolle in der Familie. Eine aktuelle Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik setzt Migrationsbestrebungen von Menschen ins Verhältnis zu ihren Möglichkeiten zur Flucht. Kosten-Nutzen-Abwägungen kommen bei Fluchtentscheidungen dagegen sehr verallgemeinernd daher mal ganz abgesehen davon, dass der rational handelnde Akteur aus der ökonomischen Ideenwelt in Kriegs- und Konfliktsituationen noch nie gesichtet wurde

Jochen Oltmer, Professor am Osnabrücker Institut für Migrationsforschung, sagt der taz: Ohne eine kontextspezifisches Bemühen wird kein Erklärungsversuch funktionieren. Das gelte etwa auch für die Frage, warum denn nun im EU-Schnitt verhältnismäßig am meisten Menschen in die Bundesrepublik fliehen würden. Wenn man individuelle Aspirationen und individuelle Fähigkeiten im Blick behält, kann man wesentlich besser erklären, wie Migration funktioniert. So sei etwa ein rechtsstaatliches Asylverfahren in Deutschland, trotz der Aussicht auf einen prekären Duldungsstatus, entscheidender als die Zahlung irgendwelcher Sozialleistungen. Blicke die Frage: Ist der Rechtsstaat dann nicht auch ein misslicher Pull-Faktor, der abgeschafft gehört?

Letztlich ist die Diskussion darum, Anreize zur Einreise nach Deutschland zu minimieren, ähnlich gelagert wie die Debatten über Asylbetrüger und Sozialschmarotzer in den 90er Jahren. Doch macht der Verweis auf Push- und Pull-Faktoren den Griff nach dem alten, fremdenfeindlichen Vokabular nicht nötig. Wie praktisch einfach.

Kriege etwa sind nicht der simple Push-Faktor zur Flucht, sondern auch ein Grund für Bewegungsunfreiheit

Load-Date: November 5, 2023

Immer im Blick; Geflüchtete dürfen in Hamburg nicht bei Verwandten oder Freund*innen unterkommen, obwohl die Erstaufnahmen überbelegt sind.
Der Senat möchte sie unter Kontrolle halten

taz, die tageszeitung

Mittwoch 28. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26-27

Length: 819 words

Byline: Nur Maulawy

Highlight: Geflüchtete dürfen in Hamburg nicht bei Verwandten oder Freun-d*in-nen unterkommen, obwohl die Erstaufnahmen überbelegt sind. Der Senat möchte sie unter Kontrolle halten

Body

Von Nur Maulawy

Trotz der überfüllten Erstaufnahmen in Hamburg dürfen Schutzsuchende nicht bei der Verwandtschaft oder Freun-d*in-nen unterkommen. Sie sind verpflichtet, mindestens sechs Monate in den vorgegeben Unterkünften zu bleiben. Die Ausländerbehörde begründet das mit dem Schutz und der Betreuung der Flüchtlinge. Tatsächlich geht es aber darum, eine mögliche Abschiebung zu vereinfachen.

Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft hat jetzt die Aussetzung der Wohnverpflichtung beantragt. Die Unterbringungskapazitäten seien am Limit, sagt Francis Suppelna, Referent der Fraktion. Die Lage in den Erstaufnahmen beschreibt er so: Eine sehr konflikträchtige Massenunterbringung und Massenverwaltung. Diese Zustände müssten schnellstmöglich beendet werden, fordert die Linksfraktion. Dass das geht, zeige Berlin, wo der Senat die Wohnverpflichtung bereits aufgehoben habe.

Nach dem monatlichen Lagebild der Stabstelle Flüchtlinge und übergreifende Aufgaben musste Hamburg im Mai 880 Schutzsuchende unterbringen. Im April waren es noch 705. Die Auslastung von Erstaufnahmen und öffentlichen Folgeunterbringungen liegt nun bei 129 Prozent.

Manfred Ossenbeck vom Bündnis Hamburger Flüchtlingsinitiativen beschreibt die Situation in den Unterkünften als extrem zugespitzt. Es gebe weder Privatsphäre noch Rückzugsmöglichkeiten. Zudem würden die Betroffenen mit Eingangs- und Ausgangskontrollen überwacht.

Wie drastisch und angespannt die Situation ist, verdeutlicht ein Todesfall im Februar. In einer Unterkunft im Stadtteil Ohlsdorf starb ein 61-jähriger Mann nach einem Streit mit zwei anderen Männern.

Immer im Blick Geflüchtete dürfen in Hamburg nicht bei Verwandten oder Freund*innen unterkommen, obwohl die Erstaufnahmen überbelegt sind. Der Senat möchte sie

Laut Paragraph 47 des Bundesasylgesetzes müssen die Schutzsuchenden mindestens sechs bis 18 Monate in der Erstaufnahme bleiben auch dann, wenn Möglichkeiten bestehen, bei der Verwandtschaft oder Freund*in-nen unterzukommen. Die genaue Dauer hängt mit Merkmalen wie Familienstand, Volljährigkeit und Bleibeperspektive zusammen. Die Bundesländer können die Wohnpflicht aber aufheben.

Es gibt auch in Hamburg Ausnahmen, wie das Amt für Migration mitteilt. Wer krank ist, Arbeit hat oder sich in einer Ausbildung befindet, kann die Aufnahmeeinrichtung verlassen. Das gilt auch für Menschen mit einem Schutzstatus und grundsätzlich für Ukrainer*innen.

Zudem hat die Innenbehörde entschieden, dass Geflüchtete mit Bleibeperspektive im Einzelfall privat unterkommen dürfen. Die Wohnverpflichtung wird in diesen Fällen allerdings nicht aufgehoben, sagt der Sprecher der Innenbehörde, Matthias Krumm. Zugelassen wird der tatsächliche Aufenthalt an einem anderen Ort, sodass Geflüchtete einen sicheren Platz haben, wenn die private Unterbringung doch wieder enden sollte.

Laut dem Amt für Migration dient die öffentliche Unterbringung dazu, Schutzsuchende zuverlässig zu erreichen, damit diese Ladungen und Termine nicht verpassen. Diese Einschätzung basiere auf langjähriger Erfahrung. Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge berichtet immer wieder von großen Schwierigkeiten, Geflüchtete zu erreichen, wenn sie die Erstaufnahme verlassen haben und den Kommunen zugewiesen worden sind, teilt die Hamburger Behörde mit.

Der Linken will das nicht einleuchten. Es handelt sich um erwachsene Menschen, die in der Lage sind, ihre neue Anschrift dem Amt für Migration mitzuteilen, sagt Suppeln. Den Geflüchteten sei sehr bewusst, dass wichtige Post kommen könne, die nicht verpasst werden dürfe.

Das Amt für Migration argumentiert, der Förder- und Schutzbedarf könne durch die Wohnpflicht besser erkannt und umgesetzt werden: Die Erstaufnahme erleichtert das Ankommen in Deutschland, informiert, berät und legt den Grundstein für den weiteren Aufenthalt.

Die Linksfraktion verweist darauf, dass Geflüchtete nicht auf die Erstaufnahme angewiesen seien, um sich Hilfe zu holen. Vernetzungs- und Unterstützungstrukturen gebe es auch außerhalb. Um das zu fördern, schlägt Die Linke ein Merkblatt mit Kontaktdaten vor. Innerhalb der Aufnahmeeinrichtungen werde vieles vom Wachschutz organisiert. Dabei seien Spannungen mit den Wachleuten an der Tagesordnung. Im Übrigen könne Hilfe extern durch Sozialberatungen viel besser und persönlicher gewährleistet werden.

Worum es bei der Wohnpflicht eigentlich geht, sagt Michael Gwodzs, Sprecher für Flucht der Grünen-Bürgerschaftsfraktion mit erfrischender Deutlichkeit: Der Gesetzgeber hat die Wohnpflicht im Gesetz verankert, um die Abschiebung von Menschen zu erleichtern, deren Asylantrag abgelehnt wurde.

Es handelt sich um erwachsene Menschen, die in der Lage sind, ihre neue Anschrift dem Amt mitzuteilen

Unterkünfte am Limit

Insgesamt wohnen momentan 43.635 Geflüchtete in Hamburger Flüchtlingsunterkünften.

In Erstaufnahmen sind von 2.586 Plätzen aktuell 2.431 belegt. In den Folgeunterkünften sind 28.408 von 28.882 Plätzen belegt.

Auf Notstandorte und Interimsstandorte wie etwa Hotels und Container verteilen sich darüber hinaus knapp 11.000 Geflüchtete.

Load-Date: June 27, 2023

Es gibt durchaus noch Raum in den Kommunen ; Der Migrationsforscher Marcus Engler sagt, dass Geflüchtete nicht ausgewogen verteilt werden. Rufe nach härteren Grenzkontrollen seien politische Folklore

taz, die tageszeitung

Samstag 23. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 5

Length: 1188 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Der Migrationsforscher Marcus Engler sagt, dass Geflüchtete nicht ausgewogen verteilt werden. Rufe nach härteren Grenzkontrollen seien politische Folklore

Body

Interview Dinah Riese

Wochentaz: Herr Engler, immer wieder hören wir, die Kommunen seien bei der Aufnahme von Geflüchteten am Limit. Stimmt das?

Marcus Engler: Dafür müsste man zuerst einmal bestimmen können, wo dieses Limit denn liegt. Es gibt keinen objektiven Maßstab, um zu beschreiben, wie viele Menschen ein Land oder eine Kommune aufnehmen kann. Das wird vor allem politisch ausgehandelt. Die rechtlichen Instrumente, die wir haben – das Asylrecht im Grundgesetz, im europäischen Recht, nach der Genfer Flüchtlingskonvention –, regeln, wer Schutz bekommt. Aber nicht, wie viele. Dafür gibt es gute Gründe.

Die Belastungsgrenze ist erreicht – solche Alarmrufe aus den Kommunen gibt es seit Monaten. Wie groß ist das Problem?

Das Aufnahmesystem ist auf so hohe Zahlen von Geflüchteten erst mal nicht vorbereitet. Das betrifft neben der Unterbringung auch die Infrastruktur in den Behörden, Kitas oder Schulen. Auch nichtstaatliche Hilfs- und Beratungsorganisationen sind überlastet. Es sind Engpässe, die vorher schon da waren. Und jetzt will der Bund die Mittel auch noch kürzen. Wir müssten sehr viel mehr über soziale Verteilungsfragen und die Stärkung der öffentlichen Infrastruktur sprechen. Es gibt allerdings große Unterschiede zwischen den Kommunen – und leider keinen mit Daten unterfütterten Überblick über die Gesamtlage bundesweit.

Wie kann das sein?

Die Verteilung auf die Kommunen verläuft regional sehr unterschiedlich. Auf Bundesebene gibt es den Königsteiner Schlüssel, der den Ländern je nach Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl einen bestimmten Anteil an

Es gibt durchaus noch Raum in den Kommunen. Der Migrationsforscher Marcus Engler sagt, dass Geflüchtete nicht ausgewogen verteilt werden. Rufe nach härteren Grenzen....

Geflüchteten zuweist. Der letzte Schritt aber, von den Landkreisen auf die Kommunen, ist nicht einheitlich geregelt. Da ist dann die Frage: Wo gibt es leerstehende Gebäude, die schnell bezogen werden können? Genauso aber spielt eine Rolle, wie sich die Bürger*innen positionieren, ob es Widerstand aus der Bevölkerung gibt oder sogar rechtsextreme Drohungen. Immer wieder hören wir, dass sich Kommunen der Verteilung entziehen. In der Konsequenz müssen dann andere Kommunen sehr viele Menschen auf einmal versorgen.

Bei Protesten wurde beinahe eine Ratsversammlung gestürmt. Kann so etwas klappen? In Upahl in Mecklenburg-Vorpommern sollten 400 Menschen in einer Kommune mit rund 700 Einwohner*innen untergebracht werden.

Der Landrat hat händeringend nach Unterbringungsorten gesucht und sich in den Kommunen unzählige Absagen eingeholt. Das Grundstück für das Containerdorf gehört dem Kreis, sodass dieser darüber entscheidet. Solche großen Unterkünfte sind aus vielen Gründen problematisch, aber immer noch besser als Turnhallen. Grundsätzlich kann das funktionieren, auch dafür gibt es Beispiele. Das kommt tatsächlich sehr stark auf die politische Kultur vor Ort an.

Was meinen Sie damit?

Es steht außer Frage, dass viele Kommunen gerade stark gefordert sind. Aber wie man damit umgeht, ist eine politische Entscheidung: Will ich die Herausforderung meistern, oder will ich es nicht? Und im Moment ist die politische Diskussion oft nicht lösungsorientiert, sondern setzt vor allem auf populistische Symbolpolitik.

Abschiebebegewahrsam ausweiten, Migrationsabkommen, mehr sichere Herkunftsstaaten. FDP und Union wollen außerdem Geldleistungen für Geflüchtete durch Sachleistungen ersetzen, mehr Grenzkontrollen. Es liegen doch sehr konkrete Vorschläge auf dem Tisch:

das sind alles Maßnahmen, die eine sehr deutliche Botschaft senden sollen, nach innen und nach außen: Wir schotten uns ab. Diese Maßnahmen werden seit Jahren vorgeschlagen und zum Teil schon umgesetzt. Kurzfristig werden sie nicht zu spürbar sinkenden Zahlen Geflüchteter führen. Sichere Herkunftsstaaten wirken, wenn überhaupt, nur im Zusammenspiel mit dem Ausbau von Rückführungen, was viele Herkunftsstaaten aber nicht wollen. Wer an der Grenze aufgegriffen wird, hat trotz allem das Recht, einen Asylantrag zu stellen. Sachleistungen sind schon jetzt möglich, viele Kommunen machen das aber nicht, weil es viel zu teuer und zu kompliziert ist. Und Sozialleistungen können laut Verfassung nicht noch weiter abgesenkt werden.

Wenn das alles wirkungslos ist, warum wird es dann überhaupt diskutiert?

Das ist strategisches Kalkül. Es geht darum, Handlungsfähigkeit zu demonstrieren. In Bayern und Hessen wird bald gewählt, nächstes Jahr sind Landtagswahlen in mehreren ostdeutschen Bundesländern. Und jedes Mal, wenn die Themen Flucht und Migration in Wahlkämpfe geraten, erleben wir eine völlig unsachliche Diskussion, die extreme Positionen hervorbringt und letztlich zu einer Verstärkung von Ängsten und Konflikten beiträgt. Seit etwa einem Jahr fährt die Union da eine gezielte Kampagne. Von der profitiert allerdings vor allem die AfD, obwohl ja das Gegenteil die Absicht der Union ist. Und die Ampelparteien sind ein Stück weit eingeknickt. Am deutlichsten ist die Veränderung bei den Grünen.

Was wären aus Ihrer Sicht die richtigen Lösungen?

Es gibt durchaus noch Raum in den Kommunen. Die Frage ist, wie schnell man dort Unterkünfte zur Verfügung stellen kann. Es braucht da ganz klar mehr Unterstützung vom Bund. Wobei wir immer wieder hören: Ja, ein bisschen Platz haben wir noch. Aber bitte nur für Ukrainer*innen. Das ist leider auch die Realität. Und man muss ja sagen, dass zum Glück noch niemand einen Aufnahmestopp für Ukrainer*innen gefordert hat. Dabei sind die mit etwa einer Million Menschen die weitaus größere Gruppe. Die Ungleichbehandlung von Geflüchtetengruppen ist schon sehr auffällig.

Mehr Unterkünfte also. Aber das ändert ja an der Ausgangslage nichts.

Es gibt durchaus noch Raum in den Kommunen Der Migrationsforscher Marcus Engler sagt, dass Geflüchtete nicht ausgewogen verteilt werden. Rufe nach härteren Gren....

Anders als die Union und Teile der Ampel halte ich es für sehr sinnvoll, die Debatten um Flucht und Arbeitsmigration stärker zusammen zu denken. Wir sehen ja, dass die dringend benötigten Fachkräfte eher zögerlich nach Deutschland kommen oder nicht lange bleiben. Insofern wäre es sinnvoll und würde auch die Aufnahmesysteme entlasten, Menschen konsequenter dabei zu helfen, schnell in Ausbildung und Arbeit zu kommen. Die Ampel hat mit dem Chancenaufenthaltsrecht und der Reform der Fachkräfteeinwanderung sinnvolle Maßnahmen verabschiedet. Statt in dieser Richtung weiter zu denken, geht es in der Debatte nur noch um Rückkehr und Grenzschießung. Aus meiner Sicht eine reine Schimäre.

Wie meinen Sie das?

Menschen fliehen aus sehr komplexen Gründen. Es ist politische Folklore, dass man sie davon abhalten kann, indem man Grenzregime hochrüstet oder es den Menschen schwer macht, wenn sie hier ankommen. Nicht mal die hochgerüsteten EU-Außengrenzen in Griechenland samt brutaler Pushbacks oder die hohen Todeszahlen auf dem Mittelmeer sorgen dafür, dass weniger Geflüchtete kommen. Und es deutet wenig darauf hin, dass wir in Zukunft weniger Fluchtbewegungen haben werden. Im Gegenteil: Die Welt ist instabiler geworden. Es gibt weltweit die Ressourcen und Instrumente und mit dem Globalen Flüchtlingspakt sogar ein entsprechendes Abkommen, um das Thema wirklich anzugehen. Was fehlt, sind das nötige politische Commitment und die Weitsicht.

Marcus Engler

44, ist Sozialwissenschaftler. Er forscht am DeZIM-Institut zu Flucht- und Migrationsbewegungen sowie zu Flüchtlings- und Migrationspolitik.

Load-Date: September 22, 2023

Gestrandet zwischen Afrika und Europa; Aus Tunesien legen weniger Boote nach Europa ab. Tausende Flüchtlinge sammeln sich deshalb auf Feldern an der Küste. Ihre Wut schlägt zunehmend in Gewalt um

taz, die tageszeitung

Dienstag 28. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 806 words

Byline: Mirco Keilberth

Highlight: Aus Tunesien legen weniger Boote nach Europa ab. Tausende Flüchtlinge sammeln sich deshalb auf Feldern an der Küste. Ihre Wut schlägt zunehmend in Gewalt um

Body

Aus Sfax, Hmaidia und al-Amra Mirco Keilberth

Noch ist unklar, ob das Migrationsabkommen von letztem Sommer zwischen der EU und Tunesien jemals umgesetzt wird. Dennoch haben tunesische Sicherheitskräfte die Strände nördlich der Küstenstadt Sfax bereits abgeriegelt. Von dort legten im Sommer noch bis zu 9.000 Menschen täglich mit Booten nach Italien ab. Nun sammeln sich nach Schätzungen von Menschenrechtsaktivisten rund 15.000 Mi-gran-t:in-nen und Flüchtlinge auf Feldern rund um die Stadt. Ihre Wut über die Lebensumstände verwandelt sich zunehmend in Gewalt. Am Wochenende wurde ein Polizist lebensgefährlich verletzt.

Al-Amra findet ihr. Folgt einfach den mit Rucksäcken gepackten Menschengruppen. Der Taxifahrer Mohammed Hamdi wartet neben seinem gelb gestrichen VW Polo am Bab-Jebli-Platz im Zentrum von Sfax auf Kunden. Immer wieder fragen ihn Flüchtlinge, die mit Überlandbussen in Sfax ankommen, nach dem Weg nach al-Amra. Die Olivenhaine und Sandstrände rund um das ehemals beschauliche Fischerdorf sind für viele die letzte Station vor der Überfahrt nach Lampedusa. Wer es sich leisten kann, den fährt Hamdi für umgerechnet 30 Euro über Schleichwege in ein Gebiet, das an ein Flüchtlingslager erinnert. Die Kontrollpunkte der Polizei auf der Landstraße M5 meidet Hamdi, die Mitnahme von Mi-gran-t:in-nen und Flüchtlingen ist seit dem Sommer für Bus- und Taxifahrer verboten. Doch die meisten Ankommenden haben kein Geld; viele kommen direkt aus Kriegsgebieten, besonders aus Sudan.

Unter einem Olivenbaum nördlich des Dorfes Hmaidia, nahe al-Amra, lebt auch Mohammed Kamara aus Guinea-Bissau. Im Sommer hatte ich noch eine angemietete Wohnung und einen Job in Sfax, sagt der Vorarbeiter. Nun leben wir ohne Schlafsäcke oder Zelt im Freien. Mit zwei Kleinkindern. Seit Beginn der nächtlichen Kälte sind die meisten von uns krank.

Gestrandet zwischen Afrika und Europa Aus Tunesien legen weniger Boote nach Europa ab. Tausende Flüchtlinge sammeln sich deshalb auf Feldern an der Küste. Ihre

Der Bab-Jebli-Platz in Sfax ist in ganz Afrika bekannt. Hier trifft man Fischer und Schmuggler, die Plätze auf Booten oder Tagelöhnerjobs auf Farmen anbieten. Im Sommer kamen hier täglich Hunderte Flüchtlinge und Mi-gran-t:in-nen aus Subsahara-Afrika an, oft gezeichnet von der Gewalt der Milizen und Sicherheitskräfte im benachbarten Algerien und Libyen. Nun kommen zwar weniger Überlandbusse an, doch gleichzeitig legen auch kaum noch Boote ab. Um die wartenden Menschen kümmern sich weder die Behörden noch Hilfsorganisationen.

Doch mit den gesunkenen Temperaturen und den Herbststürmen eskaliert nun die Lage. Am Wochenende habe ich eine Gruppe von Sudanesen nach Hmaidia gebracht, ein Dorf bei al-Amra, Treffpunkt vieler Flüchtlinge aus Sudan , berichtet Taxifahrer Hamdi. Als wir ankamen, griff ein wütender Mob einen Mannschaftstransporter der Nationalgarde an. Es herrscht ein regelrechter Krieg zwischen den Migranten, den Einheimischen und der Polizei. Videos zeigen Hunderte Sudanesen, die ein Fahrzeug umstoßen und den Einsatz von Hilfsorganisationen statt der Polizei fordern. Bei den Auseinandersetzungen wurde ein Nationalgardist mit Knüppeln niedergeschlagen. In Sfax kämpfen Ärzte nun um sein Überleben.

Die Szenen erinnern an die Gewaltexzesse in Sfax im Sommer. Damals hatten von Nationalisten aufgewiegelter tunesische Jugendliche zusammen mit der Polizei fast alle Migranten aus Sfax vertrieben. Zuvor hatten Bilder von Westafrikanern, die an der libyschen Grenze ausgesetzt wurden, weltweit für Empörung gesorgt. Dass EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ausgerechnet direkt danach in Tunis ein Migrationsabkommen mit Tunesien unterschrieb, sorgte in der tunesischen Zivilgesellschaft für Verwunderung. In Brüssel wundert man sich heute dagegen offenbar, dass die Behörden die aus Sfax Vertriebenen nun nicht mehr in die Wüste, sondern in die Küstendörfer treiben.

Der Aktivist Zied Meluli aus Sfax erklärt die Taktik der Behörden so: Seitdem man die Mi-gran-t:in-nen in die Dörfer vertrieben hat, ist die Problematik aus der Öffentlichkeit verschwunden. Das ist vielleicht auch im Interesse der Politiker in Brüssel. Obwohl von der Ankunft der Mi-gran-t:in-nen überrascht, freuten sich zunächst viele lokale Fischer und Bauern, so wie der Café-Besitzer und Fischer Ousama Yangui: Mit der Vermietung von Häusern, den Vorbereitungen für die Abfahrten und der Lieferung von Lebensmitteln auf die Felder verdienen wir endlich genügend Geld. Als Fischer kann man das dank Überfischung und Klimawandel nicht mehr.

Doch nun rebellieren viele der wartenden Migrant*innen, die oft unter Mindestlohn auf den Feldern arbeiten. Viele haben für ihre Überfahrt an die Schmuggler schon gezahlt. Die Sudanesen in Hmaidia haben regelrechte Selbstverteidigungsgruppen gegen die Schmuggler gebildet , sagt Meluli. Der 45-jährige Tunesier berichtet, der Streit dort sei entstanden, als Flüchtlinge von der Polizei konfiszierte Boote wieder an den Strand ziehen wollten.

migration

Load-Date: November 27, 2023

Kommunen fordern Masterplan ; Die Gemeinden klagen, sie seien mit der Versorgung von Geflüchteten überlastet. Nun gibt es bald einen Flüchtlingsgipfel . Politiker*innen wollen pragmatische Lösungen wie die Unterbringung bei Verwandten

taz, die tageszeitung

Mittwoch 08. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 516 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Die Gemeinden klagen, sie seien mit der Versorgung von Geflüchteten überlastet. Nun gibt es bald einen Flüchtlingsgipfel . Po-li-ti-ke-r*in-nen wollen pragmatische Lösungen wie die Unterbringung bei Verwandten

Body

Von Dinah Riese

Im Vorfeld des anstehenden Flüchtlingsgipfels fordert die grüne Migrationspolitikerin Filiz Polat, bei der Verteilung Geflüchteter mehr auf soziale Netzwerke der Schutzsuchenden zu setzen. Geschätzt haben rund 30 Prozent der Menschen, die hier Schutz suchen, bereits Verwandte in Deutschland, sagte Polat der taz. Wenn wir da eine Unterbringung direkt bei der Familie organisieren könnten, wäre das eine der schnellsten und unbürokratischsten Möglichkeiten, Erstaufnahmeeinrichtungen und Kommunen zu entlasten. Gleichzeitig fördere es die Integration der Menschen.

Am Sonntag hatte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nach anhaltendem Druck aus den Kommunen angekündigt, in den kommenden zwei bis drei Wochen erneut einen Flüchtlingsgipfel einzuberufen. Bei diesem soll der Bund mit Ver-tre-te-r*in-nen der Länder und Kommunen Probleme bei der Verteilung, Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten besprechen. Auch die Integrationsbeauftragte des Bundes und die Bundesbauministerin werden teilnehmen.

Schon lange klagen viele Kommunen, ihre Kapazitäten bei der Unterbringung und Versorgung der Menschen seien ausgeschöpft. Entsprechend forderte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds, Gerd Landsberg, beim nun anstehenden Gipfel müsse ein echter Masterplan herauskommen.

Statt der Bundesinnenministerin müsse Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sich der Sache annehmen, kritisierte Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags. Auch die Unionsfraktion frotzelte, die Kommunen bräuchten kein Gipfelchen bei Faeser, sondern einen richtigen Gipfel im Bundeskanzleramt. Wichtiger als die

Kommunen fordern Masterplan Die Gemeinden klagen, sie seien mit der Versorgung von Geflüchteten überlastet. Nun gibt es bald einen Flüchtlingsgipfel . Politik....

Personalie sei, dass endlich nachhaltige Strategien statt kurzfristiger Lösungen gefunden werden, um allen Geflüchteten ein gutes Ankommen zu ermöglichen , erklärte hingegen Clara Bünger, fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion.

Wenn es in den Kommunen Engpässe bei der Unterbringung und Versorgung gebe, sei nicht mehr Abschottung die Lösung, sondern es muss massiv in bezahlbaren Wohnraum, Kitas und Schulen investiert werden , so Bünger. Erst am Wochenende hatte Bundeskanzler Scholz die konsequente Abschiebung abgelehnter Asylsuchender angemahnt.

Auch die Grüne Filiz Polat verwahrt sich dagegen, Probleme bei der Versorgung mit der Debatte über Abschiebungen zu verknüpfen. Ich sehe da erst mal keinen Zusammenhang , sagte sie der taz. Bei den Hauptherkunftsländern handelt es sich ganz klar um Kriegs- und Krisengebiete, und wir sind humanitär und rechtlich in der Pflicht, diesen Menschen zu helfen. Auch bei vielen abgelehnten Asylsuchenden etwa aus Afghanistan oder dem Iran gäbe es aus gutem Grund ein Abschiebeverbot.

Eine Absage erteilte Polat auch den Plänen des neuen Migrationssonderbeauftragten Joachim Stamp (FDP). Er hatte vorgeschlagen, deutsche Asylverfahren im Ausland durchzuführen etwa in nordafrikanischen Staaten. So etwas sei praktisch, aber auch völkerrechtlich nicht umsetzbar: Wir Grünen lehnen eine Verlagerung von Asylverfahren ins Ausland ab , sagte Polat.

30 Prozent der Schutzsuchenden haben Verwandte in Deutschland

Load-Date: February 7, 2023

Die nächste Krise kommt bestimmt; Die Ampel streitet weiter über ihre Asylpolitik. Soll Deutschland in der EU einer umstrittenen Krisenverordnung zustimmen? Die FDP ist dafür, Grüne und SPD sind strikt dagegen

taz, die tageszeitung

Dienstag 26. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 761 words

Byline: Daniel Bax, Sabine am Orde

Highlight: Die Ampel streitet weiter über ihre Asylpolitik. Soll Deutschland in der EU einer umstrittenen Krisenverordnung zustimmen? Die FDP ist dafür, Grüne und SPD sind strikt dagegen

Body

Von Daniel Bax und Sabine am Orde

Als Sicherheitsrisiko hatte FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai seine grünen Koalitionspartner jüngst bezeichnet. Bei einer Pressekonferenz am Montag in Berlin wiederholte er diese Formulierung nicht, bekräftigte aber seine Kritik an den Grünen in Migrationsfragen. Dabei ging er auch auf eine umstrittene Krisenverordnung ein, über die in der EU gestritten wird. Aus meiner Sicht ist es außerordentlich problematisch, wenn Teile der Bundesregierung der Auffassung sind, dass das so nicht kommen soll, sagte Djir-Sarai. Es könne nicht sein, dass ausgerechnet Deutschland eine gesamteuropäische Lösung ausbremse.

Grünen-Parteichef Omid Nouripour antwortete nur wenige Stunden später bei seiner Pressekonferenz, die Grünen hätten gezeigt, dass sie bereit seien, über ihren eigenen Schatten zu springen. Zugleich bat er, zur sachlichen Auseinandersetzung zurückzukehren. Es gibt auch für eine Partei, die um die Fünf-Prozent-Hürde kämpft keine Entschuldigung, wenn man die Grenze des Anstands verlässt, sagte Nouripour an die Adresse des FDP-Generalsekretärs gerichtet. Nouripour betonte auch, dass die Krisenverordnung, über die derzeit in Brüssel verhandelt wird, nicht Teil des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems sei und von den Grünen in ihrer jetzigen Form abgelehnt werde. Das ist nicht sinnvoll und hilft in der jetzigen Situation nicht.

Außenministerin Annalena Baerbock warb am Montagmorgen im Deutschlandfunk vehement für das Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS). Darauf warte Europa seit zehn Jahren, sagte die Grünen-Politikerin. An den Außengrenzen müssten klare Regeln geschaffen werden, damit endlich Menschen geordnet in Europa verteilt werden, sagte sie. Sie arbeite gemeinsam mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hart daran, dass wir in Europa endlich zu gemeinsamen Regelungen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik kommen. Bis Jahresende solle eine Lösung gefunden werden.

Die nächste Krise kommt bestimmt Die Ampel streitet weiter über ihre Asylpolitik. Soll Deutschland in der EU einer umstrittenen Krisenverordnung zustimmen? Di....

Im Juni hatten sich die Innenministerinnen und Innenminister der EU auf eine Reform des bisherigen Asylsystems geeinigt. Damit soll es an den EU-Außengrenzen in Zukunft umstrittene Schnellverfahren geben, die regulären Asylverfahren vorgeschaltet werden. Die Reform soll außerdem raschere Abschiebungen erlauben. Bevor es in Kraft treten kann, müssen aber erst noch das EU-Parlament und die EU-Kommission dem Asylsystem zustimmen. Das EU-Parlament hat in der vergangenen Woche die Verhandlungen ausgesetzt, weil es noch Streitpunkte gibt.

Scharf wendet sich Baerbock gegen die geforderte Krisenverordnung. Es könne nicht sein, dass dadurch die anderen Regelungen wieder chaotisiert würden, sagte Baerbock. In einer Krise brauche es klare Regeln: gerade dann dürfe nicht jedes Land an der Außengrenze machen, was es wolle. Baerbock fürchtet, dass die Standards für Schutzsuchende per Krisenverordnung massiv herabgesetzt werden könnten. Im Falle einer Krise sollen laut Gesetzentwurf längere Fristen gelten, um Asylsuchende zu registrieren, und die Standards bei Unterbringung und Versorgung sollen abgesenkt werden können.

Auf der Plattform X, ehemals Twitter, warnte Baerbock zudem, die Krisenverordnung würde einzelnen Staaten im Krisenfall einen zu großen Ermessensspielraum einräumen und damit de facto wieder Anreize schaffen, um große Zahlen unregistrierter Flüchtlinge nach Deutschland weiterzuleiten.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hatte am Wochenende erklärt, um das Recht auf Asyl zu schützen, müssen wir die Wirklichkeit annehmen und die konkreten Probleme lösen auch, wenn es bedeutet, moralisch schwierige Entscheidungen zu treffen. Er bezog sich dabei auf die Zustimmung zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, das unter anderem Asylverfahren an den Außengrenzen der EU vorsieht. Das war schwierig für viele Grüne, sagte Habeck dem Redaktionsnetzwerk Deutschland.

Zugleich sprach sich Habeck für mehr Abkommen mit Herkunfts- und Transitländern aus. Diese müssten Anreize haben, durchreisende Menschen zu halten, sagte Habeck am Samstag auf einem Grünen-Landesparteitag im schleswig-holsteinischen Neumünster. Anschließend könnten Menschen aus diesen Ländern gesteuert nach Europa und nach Deutschland geholt werden. Dies dürfe aber nicht dazu führen, dass diese Länder nach dem Motto Geld gegen Gewalt die Menschen mit totaler Gewalt zurückführten.

In der kommenden Woche treffen sich die Justiz- und Innenminister der EU in Brüssel. Dort wollen sie auch über die Migrationspolitik sprechen.

Das Gemeinsame Europäische Asylsystem soll bis zum Jahresende beschlossen werden

Load-Date: September 25, 2023

Populismus ohne Obergrenze; Kommentar von Daniel Bax zur wieder aufkochenden Asyldebatte

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 423 words

Byline: Daniel Bax

Body

Kommentar von Daniel Bax zur wieder aufkochenden Asyldebatte

Keine drei Wochen mehr, dann sind in Hessen und Bayern Landtagswahlen. Das ist der Hauptgrund, warum die Debatte über Flüchtlinge und irreguläre Migration jetzt wieder so hochkocht. Union und FDP glauben, dass sie SPD-Innenministerin Nancy Faeser und die Grünen mit diesem Thema in die Ecke drängen und als naive Gutmenschen hinstellen können, denen die Ängste und Sorgen der normalen Menschen egal sind. Die aktuellen Bilder aus Lampedusa spielen ihnen dabei in die Hände.

Tatsächlich kommen nicht nur in Italien, sondern auch in Deutschland wieder mehr Flüchtlinge an. Manche Kommunen stellt das vor Probleme, weil es etwa an Wohnraum fehlt; auch Schul- und Kitaplätze sind knapp. Das liegt aber vor allem daran, dass Deutschland zuletzt mehr als eine Million Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufgenommen hat. Zum Glück fordert bisher niemand, diese wieder zurückzuschicken – auch wenn das die Zahl der Geflüchteten in Deutschland theoretisch senken würde.

Stattdessen dreht sich die Debatte um die deutlich weniger Menschen, die derzeit aus anderen Ländern der Welt nach Europa kommen. Die meisten der Vorschläge, die Union und FDP jetzt machen, um ihre Anzahl zu senken, sind allerdings reines Wahlkampfgetöse. Eine Obergrenze für Asylanträge? Rechtlich unmöglich. Sach- statt Geldleistungen für Asyl-bewer-ber:in-nen? Eine Schikane, die nur den bürokratischen Aufwand erhöht und sich nicht bewährt hat. Kontrollen an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz? Vor allem teure Symbolpolitik, die dem Tourismus, Pend-le-r:in-nen und dem Warenverkehr schadet. Die Maghrebstaaten zu sicheren Herkunftsstaaten erklären? Das mag Asylverfahren verkürzen, ändert aber nichts daran, dass mehr Menschen von dort kommen.

So gesehen ist es ein geschickter Schachzug der Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang, Nancy Faeser und die FDP daran zu erinnern, dass sie im Koalitionsvertrag mal vollmundig eine Abschiebeoffensive angekündigt haben, die auf sich warten lässt, weil sich das eben nicht so einfach umsetzen lässt.

Populismus ohne Obergrenze Kommentar von Daniel Bax zur wieder aufkochenden Asyldebatte

Genau das ist das Problem mit den ständig neuen Forderungen von Union und FDP: Sie wecken Erwartungen, die sich nicht erfüllen werden und darum zu Enttäuschungen führen. Ehrlicher wäre es zu sagen, dass sich Fluchtmigration nicht komplett verhindern, sondern nur besser managen lässt. Ja, es gibt Probleme, aber keinen Grund zur Panik. Das aktuelle Krisengerede und ein populistischer Überbietungswettbewerb um die härteste Forderung nützen nur der AfD.

Load-Date: September 19, 2023

End of Document

Mehr rechte Attacken; Die Angriffszahlen auf Asylbewerber:innen und Asylunterkünfte steigen. Folge des rechten Diskurses?

taz, die tageszeitung

Freitag 16. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 491 words

Byline: Moritz Müllender

Highlight: Die Angriffszahlen auf Asyl-be-wer-be-r:in-nen und Asylunterkünfte steigen. Folge des rechten Diskurses?

Body

Von Moritz Müllender

Geflüchtete Menschen sind in Deutschland zunehmenden Angriffen ausgesetzt. 45 Angriffe auf **Asylunterkünfte** zählte die Bundesregierung für die ersten drei Monate des Jahres 2023. Zum Vergleich: Im ersten Quartal 2022 waren es 42 Angriffe.

Auch körperliche und verbale Angriffe auf Asyl-be-wer-be-r:in-nen stiegen von 350 im ersten Quartal 2022 auf 408 im Jahr 2023. 37 Menschen erlitten körperliche Verletzungen. Die überwiegende Mehrheit der Attacken wird dem rechten Spektrum zugeordnet.

Begangene Straftaten umfassen vor allem Sachbeschädigung, Volksverhetzung und die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen. Die Bundesregierung erfasste aber auch schwere Brandstiftung, Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion und gar das Vorbereiten einer staatsgefährdenden Gewalttat.

Die Daten gehen aus der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Linkenabgeordneten Clara Büniger hervor. Die Unterlagen liegen der taz vor.

Der Anstieg sei besorgniserregend, aber keine Überraschung, sagte Büniger. Seit Wochen erleben wir verbale Angriffe auf das Recht auf Asyl, Rufe nach verschärfter Abschottung und eine unerträgliche Rhetorik. Das Boot ist voll - daran beteiligten sich laut Büniger nicht nur AfD und Union, sondern auch SPD und Grüne. Sie bereiten den Boden für rassistische Mobilisierungen auf der Straße und Gewalttaten gegen Geflüchtete, kritisierte die Linken-Abgeordnete.

Tareq Alaows, der flüchtlingspolitische Sprecher von Pro Asyl, teilt die Kritik an den Ampelparteien. Doch seiner Ansicht nach habe vor allem die Union die Debatte geprägt etwa CDU-Parteichef Friedrich Merz mit seinen Aussagen über Sozialtourismus. Die Ampelparteien seien dann mit eingestiegen. Wir hören nur über

Mehr rechte Attacken Die Angriffszahlen auf Asylbewerber:innen und Asylunterkünfte steigen. Folge des rechten Diskurses?

Abschottung, Abschiebung und Außengrenzen. Das verschiebt den Diskurs nach rechts , sagte Alaows der taz. Der rechte Rand fühle sich durch die politische Debatte bestätigt.

Alaows erwartet von der Bundesregierung, dass sie einen lösungs-orientierteren Diskurs prägt, gerade auch auf der aktuellen In-nen-minister:in-nen-konferenz. Wir müssen die Menschen schützen, anstatt auf rechte Narrative einzusteigen , sagte Alaows.

Besonders prekär steht es um den Schutz der Geflüchteten im Süden Deutschlands. Jeder sechste Angriff auf Geflüchtete im ersten Quartal 2023 geschah in Bayern. Bayern und Baden-Württemberg führen auch die Liste der Angriffe auf Unterkünfte an. In Bayern kam es zu 12 Attacken, in Baden-Württemberg zu 7 von insgesamt 45.

Die Integrationsbeauftragte des Bundes, Reem Alabali-Radovan, ist angesichts dieser Zahlen besorgt. Geflüchtete, die bei uns leben, müssen sich hier sicher fühlen , sagte sie der taz. Viele hätten eine traumatische Flucht hinter sich. Es sei unsere Verantwortung, der Hetze Grenzen zu setzen. Die aktuelle politische Stimmung in der Migrationsdebatte in Deutschland und Europa beunruhigt mich sehr , sagte Alabali-Radovan.

meinung + diskussion

migration

Load-Date: June 15, 2023

Zehnmal mehr Schulkinder abgeschoben; Berlin hat ihn, Hamburg will ihn nicht: einen humanitären Abschiebestopp im Winter. Der rot-grüne Senat schiebt stattdessen lieber besonders viele Kinder und Jugendliche ab

taz, die tageszeitung

Donnerstag 21. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 26-27

Length: 793 words

Byline: Neele Fromm

Highlight: Berlin hat ihn, Hamburg will ihn nicht: einen humanitären Abschiebestopp im Winter. Der rot-grüne Senat schiebt stattdessen lieber besonders viele Kinder und Jugendliche ab

Body

Von Neele Fromm

Hamburg hat in den kalten Herbst- und Wintermonaten besonders eifrig Familien mit Kindern abgeschoben. Die Zahl der abgeschobenen Personen hat sich vom zweiten auf das dritte Quartal 2023 mehr als verdoppelt: 104 Menschen mussten gezwungenermaßen das Land verlassen. Darunter waren 19 schulpflichtige Kinder fast das Zehnfache der Zahl aus dem ersten Quartal des Jahres. Das ergab eine Kleine Anfrage der Hamburger Linksfraktion. In den Antworten des Senats nicht mitgezählt werden Menschen, die Hamburg mehr oder minder freiwillig, also nach Aufforderung der Behörden, verlassen haben.

In den Augen der Linksfraktion ist die Politik der übereifrigen Abschiebungen Ausdruck einer **flüchtlingsfeindlichen** Stimmung nicht nur in Hamburg. Die **migrationspolitische** Sprecherin, Carola Ensslen, ist erschüttert über das Ausmaß der Abschiebebegeisterung, die besonders **geflüchtete** Familien aus den Westbalkanstaaten treffe. Die Situation in den Herkunftsländern verschärft sich in den Wintermonaten zusätzlich, sagt sie. Viele **Geflüchtete** werden sehenden Auges Diskriminierung, Marginalisierung und Obdachlosigkeit ausgesetzt. Die Linke fordert die Hamburger Bürgerschaft, wie schon in vergangenen Wintern, auf, einen humanitären Winterabschiebestopp zu verhängen – doch ohne Erfolg. Das einzige Bundesland, das dieses Jahr einen Winterabschiebestopp verhängt hat, ist Berlin.

Die Linksfraktion kritisiert besonders unangekündigte Abschiebungen und solche von Kindern und Jugendlichen aus dem laufenden Schulbetrieb. Seit den Verschärfungen des Asylrechts im Jahr 2015 und den stetigen weiteren Verschlechterungen der rechtlichen Situation Schutzsuchender haben die Ausländerbehörden solche Praktiken als Standard etabliert. So werden Kinder und Jugendliche von heute auf morgen ihrem Umfeld und ihren Freundeskreisen entrissen.

Zehnmahl mehr Schulkinder abgeschoben Berlin hat ihn, Hamburg will ihn nicht: einen humanitären Abschiebestopp im Winter. Der rot-grüne Senat schiebt stattdessen....

Dabei ist die Lebenssituation schutzbedürftiger Minderheiten wie Rom*nja, Ashkali und Gora-n*in-nen vor allem in den Westbalkanstaaten oft existenziell bedroht. Die Linksfraktion weist in ihrem Antrag darauf hin, dass dorthin Abgeschobene zum Teil kaum Zugang zu Krankenversorgung, Arbeitsmarkt, Schulbildung und Wohnraum haben. Ein weiterer Risikofaktor sei die Energiekrise. Etwa in Moldau trafen die Preissteigerungen besonders die ärmeren Bevölkerungsschichten, zu denen Minderheiten gehören. Eine humanitäre Zwischenlösung nach dem Berliner Vorbild sei auch in Hamburg dringend nötig, fordert Ensslen.

Doch wieso ist, was in Berlin klappt, in Hamburg offenbar undenkbar? Kazim Abaci, Fachsprecher für Geflüchtete der SPD-Fraktion, verweist dazu auf die Rechtsstaatlichkeit der Abschiebevorgänge: Rückführungen fußen auf rechtsstaatlichen Verfahren, die saisonunabhängig für jeden Fall individuelle Gefahren berücksichtigen, sagt er auf Nachfrage der taz. Die Menschen, deren Aufenthalt nicht rechtens ist, müssen zurückkehren, damit Schutzsuchende mit berechtigtem Asylanspruch aufgenommen werden können.

Ak-ti-vis-t:in-nen kritisieren diese Saisonunabhängigkeit scharf. Wiebke Judith, die rechtspolitische Sprecherin der Organisation Pro Asyl, sagt: Man braucht nur wenig Anstand, um zu erkennen, dass Abschiebungen besonders im Winter gesundheitsgefährdend oder gar lebensgefährlich sein können. Vor allem dann, wenn man davon ausgehen müsse, dass Menschen bei teils eisigen Temperaturen in ihren Herkunftsländern keine angemessene Unterkunft finden.

Auch die Linksfraktion überzeugt das von der SPD angeführte Argument der Rechtsstaatlichkeit nicht. Zudem gebe es ja eine Lösung, die ebenfalls rechtsstaatlichen Kriterien entspreche, sagt Ensslen. Diese finde sich im Aufenthaltsgesetz, das die Zuwanderung in Deutschland regelt. So kann die oberste Landesbehörde aus völker-rechtlichen oder humanitären Gründen anordnen, dass die Abschiebung in bestimmte Staaten für längstens drei Monate ausgesetzt wird. So steht es in Paragraf 60a, Absatz 1 des Gesetzes. Auf dieser Grundlage hat auch Berlin den winter-lichen Abschiebestopp verhängt. Für drei Monate, mit einer Verlängerung auf bis zu sechs Monate, könnte für Gruppen, deren Herkunftsländer von kalten Temperaturen gezeichnet sind, Abschiebungen gestoppt und so Familien vor einem existenzbedrohenden Winter geschützt werden.

Abgesehen vom Leid der Betroffenen habe die aggressive Stimmungsmache gegen Geflüchtete noch einen anderen negativen Effekt, sagt Ensslen:- Jegliche Form von migrations-feindlicher Politik stärkt die AfD, warnt die Linkenabgeordnete. Die menschenfeind-liche Asylpolitik der Bundesregierung, die sich zuletzt in der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) niederschlug, stärke den Aufwärtstrend der Rechten.

Man braucht wenig Anstand, um zu erkennen, dass Abschiebungen im Winter lebensgefährlich sein können

Load-Date: December 20, 2023

Die Stimmung wird gekippt; Dinah Riese über immer mehr Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

taz, die tageszeitung

Donnerstag 03. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 340 words

Byline: Dinah Riese

Body

Dinah Riese über immer mehr Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

Die Stimmung kippt. Das könnte einem in den Sinn kommen, wenn man liest: Die Zahl der Übergriffe auf Geflüchtetenunterkünfte steigt kontinuierlich. Doch dieser Satz ist gefährlich. Er suggeriert einen Automatismus, den es nicht gibt. Die Stimmung kippt nicht. Sie wird gekippt.

Die Ampel hat im Koalitionsvertrag einen neuen Umgang mit dem Thema versprochen: Migration nicht als Problem, sondern als Normalität. Die zugehörigen Gesetzesvorhaben geht die Regierung auch an. Was sie aber tagtäglich vermittelt, ist ein Bild von Migration und vor allem von Flucht als Bedrohung.

Natürlich ist es eine Herausforderung, wenn in kurzer Zeit viele Menschen Schutz suchen. Aber für Herausforderungen gibt es Lösungen. Die Union bläst aus lauter Angst vor weiterem Stimmverlust inbrünstig in das Horn der AfD und die Bundesregierung lässt sich mitreißen vom Untergangssound, statt den versprochenen Paradigmenwandel zu verteidigen.

Da ist vom Kollaps der Kommunen die Rede, wenn Kanzleramt und Länder sich auf offener Bühne vorrechnen, dass kein einziger Cent mehr übrig sei, um Menschen Schutz vor Krieg und Gewalt zu bieten. Da wird die Notwendigkeit beschworen, sich mit Zäunen zu schützen, statt Ertrinkende zu retten. Da wird auf jene verwiesen, die wirklich Hilfe brauchen, in Abgrenzung zu jenen, denen unlautere Motive unterstellt werden.

All das holt keine einzige Stimme von rechts außen zurück. Stattdessen befördert es die Stimmung über die Klippe, die AfD noch weiter nach oben in den Umfragen und ist letztlich Öl auf die Molotowcocktails derer, die Gewalt ausüben.

Um das zu verstehen, reicht ein Blick in die Jahre nach 2015, als flüchtende Menschen als Welle, als Naturkatastrophe bezeichnet wurden und bundesweit Unterkünfte brannten. Oder in die 1990er: Der Mob wütete in Rostock-Lichtenhagen, Bundesregierung und Parlament beugten sich dem Druck von rechts und beschnitten das Grundrecht auf Asyl drastisch. Kurz danach verbrannten in Solingen fünf Menschen.

Die Stimmung wird gekippt Dinah Riese über immer mehr Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte

inland

Load-Date: August 2, 2023

End of Document

Zahl der Asylbewerber in Berlin gestiegen; In Berlin kommen mehr Asylbewerber an als im Vorjahr. Auch aus der Ukraine flüchten weiter Menschen vor dem Krieg

taz, die tageszeitung

Montag 17. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: BERLIN AKTUELL; S. 22

Length: 405 words

Highlight: In Berlin kommen mehr Asylbewerber an als im Vorjahr. Auch aus der Ukraine flüchten weiter Menschen vor dem Krieg

Body

Die Zahl der Asylbewerber ist in Berlin im ersten Halbjahr dieses Jahres um mehr als 50 Prozent gestiegen. Bis Ende Juni wurden 7.473 ankommende Flüchtlinge als Asylsuchende registriert nach 4.864 im Vorjahreszeitraum. Das erfuhr die Deutsche Presse-Agentur aus dem Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF). Hauptherkunftsländer sind die Türkei, Syrien, Afghanistan, Georgien, Vietnam und Moldau.

Hinzu kamen 8.502 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine, die einen anderen Aufenthaltsstatus als Asylbewerber haben. Ihre Zahl ging im Vergleich zum Vorjahr zwar zurück, bewegt sich angesichts des weiterhin anhaltenden russischen Angriffskrieges aber immer noch auf hohem Niveau.

Im gesamten Vorjahr zählte das Landesamt 14.704 Asylanträge. Hinzu kamen noch mehr als 1.000 Geflüchtete, die über Sonderprogramme nach Berlin kamen, etwa besonders schutzbedürftige Syrer. Darüber hinaus fanden in Berlin im Vorjahr schätzungsweise 60.000 Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine eine neue Bleibe.

Die Zunahme beim Zuzug Geflüchteter stellt die Stadt seit geraumer Zeit vor Probleme: Der Senat kommt bei der Schaffung von Unterkünften kaum hinterher. Zuletzt wurde die Zahl der Plätze mit etwa 34.000 angegeben, nur ein kleiner Teil davon ist frei. Die Lage ist derart angespannt, dass der Senat auf große provisorische Lösungen wie Leichtbauhallen auf dem ehemaligen Flughafengelände in Tegel zurückgreifen muss.

Auf dem Areal nahm im Vorjahr das Ukraine-Ankunftscenter seinen Betrieb auf, die Unterkünfte waren eigentlich nur zur kurzzeitigen Unterbringung von Neuankömmlingen gedacht. Derzeit leben nach Angaben des LAF 2.526 Menschen dort, vielfach schon länger.

Das Amt rechnet damit, dass in Berlin bis Mitte Herbst drei weitere Unterbringungsmöglichkeiten für zusammen knapp 1.600 Menschen eröffnen. Es handelt sich um zwei Gemeinschaftsunterkünfte und eine Aufnahmeeinrichtung. Nach Einschätzung von Sozialsenatorin Cansel Kiziltepe (SPD) werden in diesem Jahr 10.000 bis 12.000 neue Plätze zur Unterbringung benötigt.

Zahl der Asylbewerber in Berlin gestiegen In Berlin kommen mehr Asylbewerber an als im Vorjahr. Auch aus der Ukraine flüchten weiter Menschen vor dem Krieg

Auch auf Bundesebene nimmt die Zahl der Geflüchteten zu. Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge stellten von Januar bis Juni 162.271 Menschen einen Asylantrag in Deutschland (150.166 Erst- und 12.105 Folgeanträge). Gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (84.583 Erstanträge) bedeutet dies einen Anstieg um 77,5 Prozent. (dpa)

Sozialsenatorin meint, dass es 10.000 bis 12.000 neue Plätze zur Unterbringung braucht

Load-Date: July 16, 2023

End of Document

Italien setzt auf Abschreckung; Die Flüchtlingszahlen In Italien steigen. Restriktivere Unterbringung und vorgelagerte Asylzentren sollen das ändern

taz, die tageszeitung

Mittwoch 13. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 609 words

Byline: Michael Braun

Highlight: Die Flüchtlingszahlen In Italien steigen. Restriktivere Unterbringung und vorgelagerte Asylzentren sollen das ändern

Body

Aus Rom Michael Braun

Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni feiert gerne die angeblichen Spitzenleistungen ihrer seit Oktober 2022 amtierenden Rechtsregierung. Dazu gehört das höchste Wirtschaftswachstum des Landes, seit es EU-Mitglied ist, sowie die niedrigste Arbeitslosenquote in der Geschichte Italiens und ein Rekord bei den Ausgaben für das Gesundheitswesen.

Einen anderen Rekord zelebriert die Postfaschistin nicht: den bei den Ankunftsahlen von Geflüchteten. Seit Januar 2023 gelangten 153.000 Menschen vor allem über die zentrale Mittelmeerroute nach Italien, so viele wie seit 2016 nicht mehr. Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2022 waren etwa 105.000 in Italien eingetroffen. Dabei hatte Melonis ultranationalistische Partei Fratelli d'Italia ebenso wie die mindestens genauso fremdenfeindliche Lega ihres Koalitionspartners Matteo Salvini im Wahlkampf 2022 versprochen, unter ihrer Regierung werde Schluss sein mit der illegalen Einwanderung.

Um ihrer Wählerschaft zu beweisen, dass sie ihre Versprechen dennoch nicht vergessen hat, verfolgt Meloni nun einen anderen Weg: den Geflüchteten das Leben noch saurer machen. Die erste Maßnahme zielt auf Minderjährige ab. Bisher hatten Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren das Recht, in gesonderten Einrichtungen untergebracht zu werden. Künftig sollen sie für bis zu fünf Monate in Camps für erwachsene Mi-gran-t*in-nen einquartiert werden können. Eine auf Heranwachsende zugeschnittene Betreuung ist dort nicht möglich.

Auf Abschreckung zielt eine weitere Maßnahme. Melonis Regierung will einen Vertrag mit Albanien abschließen. Ab dem kommenden Jahr sollen etwa 700 Geflüchtete auf der anderen Seite der Adria kaserniert werden: in zwei von Italien finanzierten und betriebenen Zentren in der nordalbanischen Hafenstadt Shengjin und im 20 Kilometer entfernten Gjadër. Das eine soll Asyl-be-wer-be-r*in-nen aufnehmen, die sich dort einem beschleunigten Verfahren stellen sollen, das andere ist von vornherein als Abschiebezentrum geplant. Faktisch handelt es sich um exterritoriale Einrichtungen Italiens auf albanischem Territorium.

Italien setzt auf Abschreckung Die Flüchtlingszahlen In Italien steigen. Restriktivere Unterbringung und vorgelagerte Asylzentren sollen das ändern

Um Ärger mit der EU zu vermeiden, schränkt Italiens Regierung den Kreis der Flüchtlinge, denen die albanische Lösung droht, ein. Nur von der Küstenwache, der Marine oder der Finanzpolizei Gerettete sollen dorthin geschickt werden, und das auch nur, wenn sie außerhalb der EU-Gewässer aufgegriffen wurden. Zudem sollen weder schwangere Frauen noch Minderjährige in die neuen Lager jenseits der Adria kommen.

Zunächst sollten in den ausgelagerten Camps 3.000 Plätze entstehen. Die Idee war, dass so pro Jahr 36.000 Flüchtlinge dort statt in Italien aufgenommen werden können bei einer Verweildauer von nur einem Monat. Doch Italien schafft es auch jetzt nicht, abgelehnte Asyl-be-wer-be-r*in-nen tatsächlich zurück in ihre Heimat zu schicken; bis Ende September 2023 betrug die Zahl für das laufende Jahr gut 3.000.

Die Kosten für die 720 Plätze auf albanischem Boden sollen sich in den kommenden fünf Jahren auf mindestens 200 Millionen Euro belaufen. Italiens Regierung spricht von einem historischen Abkommen. Doch mit historischen Abkommen hat Italien bereits Erfahrung. Erst im vergangenen Sommer schloss Meloni einen Vertrag mit Tunesiens Präsident Kais Saied, der zusagte, weitere Abfahrten von seinen Küsten Richtung Italien zu verhindern. Der Vertrag blieb toter Buchstabe, doch Meloni hatte damals wie auch jetzt mit Albanien ihrer Wählerschaft zumindest demonstriert, sich nach Kräften zu bemühen, die Mi-gran-t*in-nen von Italien fernzuhalten. Und alle aktuellen Umfragen zeigen, dass diese Rechnung Melonis bisher aufgeht.

migrationspolitik

Load-Date: December 12, 2023

Roms ewige Leier vom Notstand ; Giorgia Meloni ist mit dem Versprechen gewählt worden, die illegale Zuwanderung zu beenden. Damit ist Italiens postfaschistische Regierungschefin gescheitert. Da immer mehr Bootsflüchtlinge das Land erreichen, verlangt sie nun Hilfe von der EU

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 497 words

Byline: Michael Braun

Highlight: Giorgia Meloni ist mit dem Versprechen gewählt worden, die illegale Zuwanderung zu beenden. Damit ist Italiens postfaschistische Regierungschefin gescheitert. Da immer mehr Bootsflüchtlinge das Land erreichen, verlangt sie nun Hilfe von der EU

Body

Aus Rom Michael Braun

Italien wird allein gelassen : Ministerpräsidentin Giorgia Meloni greift immer wieder zu diesem Satz, wenn es um **Migrationspolitik** geht, und sie steht mit dieser Sicht keineswegs allein da über alle Parteiengrenzen hinweg geben sich Po-li-ti-ke-r*in-nen überzeugt, dass ihr Land nicht die notwendige Unterstützung durch Europa erfahre, um mit den **Migrationsbewegungen** übers Mittelmeer fertig zu werden.

Gerne fällt auch ein zweites Wort, das von der *emergenza*, dem Notstand, mit dem Italien auf diesem Feld konfrontiert sei. In der Tat stellt die zentrale Mittelmeerroute, von Libyen und Tunesien aus Richtung Norden, einen der Hauptmigrationswege dar. Und: Tatsächlich stechen immer wieder Schiffe von der Türkei und Ägypten aus Richtung Süditalien in See.

Meloni hatte im Herbst 2022 die Wahl auch mit dem Versprechen gewonnen, mit der illegalen Zuwanderung werde unter ihr Schluss ein. Allein, das Versprechen konnte sie nicht halten: Im laufenden Jahr kamen bisher etwa 52.000 Mi-gran-t*in-nen übers Mittelmeer, 2,5-mal so viele wie im selben Zeitraum 2022.

Von Notstand kann jedoch angesichts einer solchen Zahl keineswegs die Rede sein, auch weil weiterhin ein Gutteil der Ankommenden weiter zieht, etwa nach Deutschland, Frankreich oder Skandinavien. So hat das Forschungsinstitut ISPI errechnet, dass von rund einer Million Flüchtlingen, die in den vergangenen zehn Jahren übers Mittelmeer ankamen, nur die Hälfte Italien als Transitland nutzte.

Roms ewige Leier vom Notstand Giorgia Meloni ist mit dem Versprechen gewählt worden, die illegale Zuwanderung zu beenden. Damit ist Italiens postfaschistisch....

Trotzdem hat Meloni den Kampf aufgenommen und zuallererst den NGOs ihre Arbeit erschwert. Wann immer diese Menschen aus dem Meer retten, wird ihnen ein Hafen im Norden des Landes zugewiesen die See-not-ret-te-r*in-nen sind so tagelang aus dem Verkehr gezogen. Auch die Mi-gran-t*in-nen bekamen Roms harte Hand zu spüren: Ihnen wurde die Möglichkeit gestrichen, als Fälle anerkannt zu werden, denen humanitärer Schutz zusteht, wenn sie nicht als klassische Asylfälle anerkannt wurden.

Zielführend sind solche Maßnahmen nicht, und das weiß die postfaschistische Regierungschefin genau. Von der EU fordert sie deshalb Ressourcen, um nicht anerkannte Flüchtlinge in deren Heimatländer zurückzuschicken. Italien kommt bisher über jährlich rund 6.000 Rückführungen nicht hinaus, vor allem nach Tunesien, dem einzigen Land, mit dem das Rücknahmeabkommen funktioniert.

Roms grundlegende Haltung: Die Probleme sollen bei der Abfahrt der Mi-gran-t*in-nen gelöst werden, und nicht erst bei der Ankunft. Einem Prüfverfahren von Schutzsuchenden an den EU-Außengrenzen wie für die Brüsseler Asylreform diskutiert steht man folglich positiv gegenüber. Zugleich soll Brüssel Ressourcen bereitstellen, damit Länder wie Libyen die Abfahrten der Mi-gran-t*in-nen verhindern. Am Dienstag besuchte Meloni dazu Tunesien. Ginge es nach ihr, sagte sie beim Treffen mit Präsident Kais Saied, werde sie bald schon nach Tunis zurückkehren dann in Begleitung von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen.

eu-migrationspolitik

Load-Date: June 7, 2023

Abschreckung in Wort und Tat; Kommentar von Lukas Wallraff zu den verstärkten Grenzkontrollen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 27. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SEITE 1; S. 1

Length: 445 words

Byline: Lukas Wallraff

Body

Kommentar von Lukas Wallraff zu den verstärkten Grenzkontrollen

Jetzt also doch mehr Grenzkontrollen. Nach der großen Aufregung über die vielen ankommenden **Flüchtlingsboote** auf Lampedusa und dem anschließenden Abschottungsschor von allen Seiten lässt SPD-Innenministerin Nancy Faeser nun auch an den deutschen Grenzübergängen zu Polen und Tschechien Beamte stationieren, um die Einreise von **MigrantInnen** nach Deutschland zu überwachen. So, wie es die Union schon lange fordert. Faeser sieht sich zum Handeln gezwungen, weil nach den großen, erschreckenden Worten aus den eigenen Ampelreihen von der Belastungsgrenze (Bundespräsident Steinmeier) bis zur **Migration**, die das Land überfordert (FDP) Taten verlangt werden.

Grenzkontrollen also! Das soll hart, entschlossen und abwehrbereit klingen. Ist es aber nicht automatisch. Es kommt darauf an, was an den Grenzen in der Praxis wirklich geschieht. Und das ist noch nicht klar, das hängt von den weiteren Entscheidungen der Regierung ab. Auch die taz hat sich da schon getäuscht und nach der Einführung von Grenzkontrollen zu Österreich im September 2015 getitelt: Deutschland macht dicht. Das Gegenteil trat ein, nie wurden mehr Asylsuchende in Deutschland aufgenommen als in den Wochen danach. An der Grenze wurden die Menschen zwar kontrolliert und registriert, aber nicht abgewiesen. Das war der entscheidende Unterschied. Aber was ist heute zu erwarten?

Leider sieht es inzwischen schlechter aus für die Geflüchteten, weil die politische Grundstimmung in ganz Europa noch feindseliger geworden ist und die deutsche Regierung keine klare Haltung zeigt, wie Angela Merkel im Herbst 2015. Sie hatte damals allerdings auch noch keine starke Opposition von rechts im Nacken wie die Ampel jetzt mit der Union und der AfD bei 22 Prozent.

Olaf Scholz traut sich nicht zu sagen, dass die unbestreitbar schwierige Belastung der Kommunen nicht an der überschaubaren Zahl von Menschen liegt, die über Italien oder Polen kommen, sondern vor allem durch die Aufnahme von mehr als einer Million UkrainerInnen verursacht wurde, die zum Glück Zuflucht in Deutschland fanden. Weil daran Gott sei Dank niemand rüttelt, stürzen sich jetzt alle auf Geflüchtete aus anderen Ländern und übertreiben das Problem maßlos.

Abschreckung in Wort und Tat Kommentar von Lukas Wallraff zu den verstärkten Grenzkontrollen

Die Ampel wird deshalb wohl versuchen, einige Asylsuchende wirklich an den Grenzen nach Polen und Tschechien zurückzuschicken. Klar ist aber auch, dass eine flächendeckende Kontrolle aller Grenzen nur mit einem riesigen Personaleinsatz und Zäunen möglich wäre. Davon sind wir zum Glück noch weit entfernt. Aber was heute unvorstellbar scheint, kann noch kommen, wenn sich die Politik weiter mutlos nach rechts treiben lässt.

Load-Date: September 26, 2023

End of Document

Landkreise sehen Bund in der Pflicht; Kommunen wollen mit Kanzler Scholz über die Unterbringung von Asylbewerbern sprechen

taz, die tageszeitung

Dienstag 31. Januar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 474 words

Byline: Tobias Schulze

Highlight: Kommunen wollen mit Kanzler Scholz über die Unterbringung von Asylbewerbern sprechen

Body

Der Deutsche Landkreistag beklagt Probleme bei der Unterbringung von Asylbewerbern, ukrainischen Flüchtlingen und Migranten. Der Präsident des Landkreistages, Reinhard Sager (CDU), verlangte ein Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Die Kreise hätten kaum noch Kapazitäten zur Unterbringung der Menschen, sagte er der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.

Die Leute kommen teilweise in Zelten unter, berichtete der CDU-Politiker. Es gebe außerdem eine Finanzierungslücke bei den Wohnkosten für anerkannte Flüchtlinge von etwa zwei Milliarden Euro pro Jahr, die von den Kommunen getragen werden müssen.

Weiter sagte Sager, die Bundesregierung müsse viel mehr tun, um eine gleichmäßigere Verteilung in der Europäischen Union (EU) sowie eine Begrenzung des Zuzugs zu erreichen. Der CDU-Politiker wandte sich jedoch gegen einen Aufnahmestopp. Auch eine Weigerung einzelner Gemeinden, noch mehr Asylbewerber aufzunehmen, sei keine Lösung.

Zuvor hatte in der vergangenen Woche der Landrat des Landkreises Nordwestmecklenburg, Tino Schomann (CDU), nach tumultartigen Protesten gegen eine Geflüchtetenunterkunft den Bund in der Pflicht. In der ARD sagte er, sein Landkreis wisse nicht mehr, wo wir die Menschen lassen können, und äußerte Verständnis für den Protest gegen die Errichtung eines Containerdorfes für bis zu 400 Menschen in der 1.600 Einwohner zählenden Gemeinde Upahl. Der Bund müsse die Lage der Kommunen erkennen, begrenzen und steuern, die illegale Migration stoppen und die Abschiebeoffensive endlich starten. Am Donnerstag waren in Schomanns Landkreis Proteste eskaliert. Anlass war eine Dringlichkeitssitzung des Kreistags in Grevesmühlen, auf der mit knapper Mehrheit die Entscheidung fiel, eine neue Flüchtlingsunterkunft im nahen Upahl einzurichten. Die Polizei musste während der Sitzung Demonstrierende davon abhalten, in den Saal einzudringen. Schon früher am Abend hatten sich an die 700 Demonstrierende zum Protest versammelt. Die Personen kamen überwiegend aus dem bürgerlichen Spektrum, -erklärt auf taz-Anfrage Jessica Lerke, Pressesprecherin der Polizei. Es seien aber auch Personen aus der rechtsextremen Szene und dem Hooligan-Milieu dabei gewesen. Rony Wolf von der Recherchegruppe Ast wird da

Landkreise sehen Bund in der Pflicht Kommunen wollen mit Kanzler Scholz über die Unterbringung von Asylbewerbern sprechen

deutlicher: Aus dem Umfeld der rechtsextremen Szene aus Jamel um Sven Krüger kamen viele Akteure. Der kleine Ort, in dem fast nur Rechtsextreme wohnen, ist keine 15 Kilometer von Upahl entfernt. Auf der Demonstration, bei der auch Kinder und Jugendliche -anwesend waren, wurden vor dem Gebäude altbekannte Parolen gerufen wie Wir sind das Volk! .

Die Polizei hat mehrere Ermittlungsverfahren wegen Ordnungswidrigkeiten, Verdachts des schweren Hausfriedensbruchs sowie Verstößen gegen das Versammlungsgesetz eingeleitet. Am 3. Februar ist in Grevesmühlen eine Dialogveranstaltung geplant. (epd, taz)

hass auf geflüchtete

Load-Date: January 30, 2023

End of Document

Vom Grundrecht zur Ausnahme; Christian Jakob über die EU-Krisenverordnung

taz, die tageszeitung

Donnerstag 05. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 335 words

Byline: Christian Jakob

Body

Christian Jakob über die EU-Krisenverordnung

Vieles von dem, was in den vergangenen Jahren als Verschärfung des **Asylrechts** vorgedacht wurde, greift so tief in die Grundrechte ein, dass es zunächst nur als Ausnahme daherkam. Zum Beispiel die geplanten Schnellverfahren an den Außengrenzen: Ausnahmsweise nur für die, die sowieso kaum Aussicht auf Anerkennung haben. Oder die eingeschränkten Rechtsmittel. Die eingeschränkte Versorgung. Oder die längere Internierung. Ausnahmsweise, wenn dieses oder jenes es gerade erfordert.

Aber das reicht vielen nicht mehr. Der Druck in der derzeit wieder aufgeheizten Migrationsfrage ist groß. Und so geht es nun weiter: Die Krisen-Verordnung, auf die sich der EU-Rat am Mittwoch einigte, ist dazu da, die Ausnahmen auszuweiten. Und von Beginn an stand die Befürchtung im Raum, dass diese Ausweitung so weit geht, dass am Ende alles zur Regel wird: Knast, Schnellverfahren, abgesenkte Aufnahmestandards.

Auch wenn die Ampel es anders darstellt: Die Möglichkeiten, einen Krisenfall auszurufen und so die durch die Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems ohnehin geplanten Einschränkungen der Flüchtlingsrechte weiter zu verschärfen, sind weit gefasst. Das bloße Ankommen der Unerwünschten wird so schon bald oft als Krise gelten, der mit den Mitteln des Notstands begegnet werden darf. Das normale Recht für Schutzsuchende, ohnehin erodiert, wird, umgekehrt, nur noch in Ausnahmefällen zur Anwendung kommen.

Deutschland hat dem zugestimmt. Die grüne Fraktionsspitze begrüßt, dass es im Flüchtlingsknast nun auch Schulbücher und Ärzt:in-nen geben soll, dass dies vorher offensichtlich anders geplant war, sagt schon alles. Die grüne Basis wirft ihrer Parteispitze Ignoranz und Falschbehauptungen, um uns intern ruhigzustellen vor. Sie klagt über die Beerdigung ihrer humanitären Grundsätze und einen historischen Fehler.

Ändern wird es nichts mehr: Die Verhandlungen von Rat, Parlament und Kommission werden nun beginnen, und Deutschland zieht mit.

ausland

Load-Date: October 4, 2023

End of Document

Für eine Handvoll Abschiebungen; Die Bundesregierung winkt die verschärften Abschieberegeln von Faeser einfach durch. Mit ihrem Gesetzentwurf werden die Grundrechte von Geflüchteten eingeschränkt

taz, die tageszeitung

Donnerstag 26. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 678 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Die Bundesregierung winkt die verschärften Abschieberegeln von Faeser einfach durch. Mit ihrem Gesetzentwurf werden die Grundrechte von **Geflüchteten** eingeschränkt

Body

Von Dinah Riese

Die Bundesregierung hat beschlossen, die Regeln für Abschiebungen zu verschärfen. Wir sorgen dafür, dass Menschen ohne Bleiberecht schneller unser Land verlassen müssen, sagte Innenministerin Nancy Faeser (SPD) am Mittwoch nach der Kabinettsitzung. Das sei notwendig, damit wir weiterhin unserer humanitären Verantwortung für die Menschen gerecht werden können, die wir vor Krieg und Terror schützen müssen wie die 1,1 Millionen **Geflüchteten** aus der Ukraine.

Laut Regierungsentwurf sollen gleich mehrere Grundrechte dafür eingeschränkt werden: die Freiheit der Person, das Fernmeldegeheimnis und die Unantastbarkeit der Wohnung. So soll die Sicherungshaft etwa bei Fluchtgefahr von drei auf sechs Monate ausweitete werden. Der Ausreisegewahrsam unmittelbar vor der Abschiebung, für den keine Fluchtgefahr vorliegen muss, soll von 10 auf bis zu 28 Tage verlängert werden. Datenträger wie etwa Mobiltelefone sollen in deutlich größerem Umfang ausgelesen werden dürfen als bisher.

Die Polizei soll mehr Befugnisse erhalten, um Wohnungen Abzuschiebender, aber auch weiterer Be-woh-ne-r*in-nen von Flüchtlingsunterkünften zu durchsuchen. Abschiebungen sollen auch bei Menschen, die seit über einem Jahr geduldet sind, nicht mehr angekündigt werden müssen es sei denn, sie haben Kinder unter 12 Jahren. Falsche Angaben im Asylverfahren sollen strafbar werden. Auch die Ausweisung von Schleu-se-r*in-nen oder Mitgliedern krimineller Vereinigungen soll erleichtert werden bei Letzteren soll künftig keine gerichtliche Verurteilung mehr notwendig sein.

Schon in diesem Jahr habe man die Zahl der Abschiebungen um 27 Prozent gesteigert, erklärte Faeser. Es gebe aber immer noch erheblichen Handlungsbedarf. Mit dem Gesetzentwurf gehe man auf die Forderungen der Länder und Kommunen ein. Hessens Innenminister Peter Beuth erklärte am Mittwoch gar, die eingebrachten

Für eine Handvoll Abschiebungen Die Bundesregierung winkt die verschärften Abschieberegeln von Faeser einfach durch. Mit ihrem Gesetzentwurf werden die Grundrec....

Regelungen seien der Bundesinnenministerin von der Länderebene diktiert worden. Ebenso wie die Unionsfraktion im Bundestag erklärte er, die Beschlüsse dürften nun nicht verwässert werden.

Die grüne Migrationsexpertin Filiz Polat hat am Dienstag erklärt, im parlamentarischen Verfahren verfassungs- und europarechtlichen Bedenken thematisieren zu wollen. Der Entwurf enthalte Regelungen, die unverhältnismäßige Eingriffe in die Grundrechte darstellten und zu Recht auf einhellige Ablehnung von Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und zivilgesellschaftlichen Organisationen stießen.

Es gebe viele Gründe, warum abgelehnte Asylsuchende nicht abgeschoben würden: Manche sind geduldet, weil sie sich in einer Ausbildung befinden, andere, weil sie nicht in ihr Herkunftsland abgeschoben werden können, wie zum Beispiel Geflüchtete aus dem Iran. Ein Großteil von ihnen sind Kinder. Ende August hielten sich in Deutschland rund 260 000 Ausreisepflichtige auf. Nicht alle davon sind abgelehnte Asylsuchende, und mit 80 Prozent verfügt ein Großteil von ihnen über eine Duldung.

Eine Rückführungsoffensive hatte die Ampel bereits im Koalitionsvertrag vereinbart. Entsprechend reagierte Faeser nun auf Kritik am Gesetzesvorhaben: Es hätten ja auch grüne Mi-nis-te-r*in-nen mit am Kabinettstisch gesessen und den Entwurf mit beschlossen, so Faeser.

Die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl kritisierte, die Regelungen würden zwar nicht zu mehr Abschiebungen führen, aber zu noch mehr Härte und Verletzungen der Grundrechte. Schon jetzt sei jede zweite Abschiebehaft rechtswidrig. Die Bundesregierung opfert mit dem Abschiebungsgesetz die Grundrechte der Betroffenen dem aktuellen rechtspopulistischen Diskurs, so Pro Asyl.

Faeser selbst weiß offenbar auch, dass die Verschärfungen vor allem ein politisches Signal sind: Laut Gesetzentwurf geht ihr Haus davon aus, dass man durch diese Regelungen im Jahr etwa 600 Menschen zusätzlich abschieben werde. Für ein so kleines Ziel so schwerwiegende Grundrechtseingriffe hinzunehmen, ist wirklich bitter, hatte die Migrationsrechtlerin Gisela Seidler der taz gesagt.

Ob Sicherungshaft, Gewahrsam oder Durchsuchungen alles wird jetzt spürbar verschärft

Load-Date: October 25, 2023

Italien ruft Notstand aus; Mehr als 31.000 Menschen kamen 2023 über das Mittelmeer nach Italien, das Lampedusa-Aufnahmelager ist überfüllt. Nun beschließt die Rechtsradikale Giorgia Meloni für sechs Monate den landesweiten Ausnahmezustand

taz, die tageszeitung

Donnerstag 13. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 707 words

Byline: Michael Braun

Highlight: Mehr als 31.000 Menschen kamen 2023 über das Mittelmeer nach Italien, das Lampedusa-Aufnahmelager ist überfüllt. Nun beschließt die Rechtsradikale Giorgia Meloni für sechs Monate den landesweiten Ausnahmezustand

Body

Aus Rom Michael Braun

Stato di emergenza per Kabinettsbeschluss zunächst für sechs Monaten. Die am Dienstag von der italienischen Rechtsregierung von Giorgia Meloni beschlossene Maßnahme ist die Reaktion auf den weiter ungebrochen anhaltenden Zufluss von **Flüchtlingen**, vor allem über das Mittelmeer. Wie schon im März treffen Dutzende kleine Boote aus Tunesien kommend ein, zugleich aber auch größere Schiffe mit mehreren Hundert Passagieren, die von der Türkei aus in See gestochen sind.

Mit Stand 11. April verzeichnete das Innenministerium seit Jahresbeginn die Ankunft von 31.400 Menschen; dies stellt gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum fast eine Vervierfachung dar. Laut der Internationalen Organisation für Migration (IOM) war das erste Quartal 2023 das tödlichste Quartal für Migranten im zentralen Mittelmeer seit 2017. Das Missing Migrants Project der IOM hat in der ersten drei Monaten dieses Jahres 441 Todesfälle dokumentiert.

Vor diesem Hintergrund befürchtet Meloni, im Jahr 2023 könnten insgesamt 300.000 Flüchtlinge nach Italien kommen. Notstand herrscht in den Augen der Rechtsregierung vor allem deshalb, weil die im Land zur Verfügung stehenden Aufnahmeeinrichtungen, die gegenwärtig etwa 110.000 Personen beherbergen, bis zum letzten Platz gefüllt sind. Das Lampedusa-Lager ist erneut überfüllt, nachdem vom 7. bis zum 11. April etwa 3.000 Menschen eintrafen. Weitere gut 1.000 Personen befinden sich auf zwei Schiffen, die Kurs auf die Küste Kalabriens halten.

Daran wird auch der jetzt verhängte, ganz offiziell verkündete Notstand kaum etwas ändern. Er räumt der Regierung vor allem die Vollmacht ein, mit Sofortmaßnahmen auf die wachsende Zahl der Ankünfte zu reagieren.

Italien ruft Notstand aus Mehr als 31.000 Menschen kamen 2023 über das Mittelmeer nach Italien, das Lampedusa-Aufnahmelager ist überfüllt. Nun beschließt die Re....

Ein extra eingesetzter Sonderkommissar kann in verkürzten und vereinfachten Vergabeverfahren zum Beispiel Schiffe und Flugzeuge bereitstellen, um Flüchtlinge von Lampedusa aufs italienische Festland zu bringen, er kann ohne Ausschreibung Unterkünfte anmieten und neue Abschiebezentren eröffnen. Unmittelbar hat die Regierung 5 Millionen Euro hierfür bereitgestellt, doch in Rom ist die Rede davon, dass in den nächsten Monaten bis zu 300 Millionen Euro lockergemacht werden könnten.

Doch vorneweg erklärte der Zivilschutzminister Nello Musumeci, die Verhängung des Notstands werde das Problem nicht lösen und nur Europa könne für eine nachhaltige Lösung sorgen. Das Ihre will die Regierung beisteuern, indem sie jetzt weitere Abschiebezentren eröffnen sowie die Abschiebeverfahren beschleunigen und vereinfachen will. Auch dies wird allerdings nicht wirkliche Resultate zeitigen, da es Italien trotz bestehender Rücknahmeabkommen, etwa mit Tunesien, nicht gelingt, im Asylverfahren nicht anerkannte Flüchtlinge tatsächlich in ihre Herkunftsländer zurückzubringen. Wie bisher schon werden sie als irreguläre Mi-gran-t*in-nen bleiben oder in andere europäische Staaten weiterwandern.

Den gleichen Effekt dürfte die von Melonis Regierung angestrebte Einschränkung des besonderen Schutzes für jene Flüchtlinge darstellen, die kein Asyl erhalten, dennoch von den Kommissionen als in ihren Heimatländern durch Krieg bedroht anerkannt werden. Auch sie werden bei zukünftiger Nichtanerkennung das Heer der Irregulären vergrößern, allerdings nicht die Zahl der Mi-gran-t*in-nen im Land verkleinern.

So bleibt Meloni als letzte Hoffnung tatsächlich Europa . Außer allgemeinen Absichtserklärungen, hat Italiens Ministerpräsidentin jedoch auf den letzten EU-Gipfeln nichts erreicht. Weder wurden gemeinsame Einsätze im Mittelmeer beschlossen noch macht die Revision der Dublin-Verträge bisher Fortschritte nach ihnen ist der jeweilige europäische Erstaufnahmestaat allein für die bei ihm eintreffenden Flüchtlinge zuständig.

Stattdessen verweist Frankreich gerne darauf, dass Italien sich bei den sekundären Wanderungsbewegungen in Italien eingetroffene Menschen, die in andere EU-Länder weiterziehen nicht kooperativ zeige und die Rücknahme der Flüchtlinge verweigere. Hinzu kommt: Italien hat bei der Flüchtlingsaufnahme keineswegs einen Spitzenplatz inne. Im Jahr 2021 wurden 77.000 Anträge auf humanitären Schutz gestellt, während es in Deutschland 217.700, in Frankreich 137.500 und in Spanien 116.000 waren.

flucht über das mittelmeer

Load-Date: April 12, 2023

Menschlichkeit und Unordnung in der Union; Frei bekräftigt seinen Vorstoß beim Asylgesetz. Ein Praktiker kann in dem Vorschlag nichts Gutes sehen

taz, die tageszeitung

Freitag 21. Juli 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 500 words

Byline: Cem-Odos Güler

Highlight: Frei bekräftigt seinen Vorstoß beim Asylgesetz. Ein Praktiker kann in dem Vorschlag nichts Gutes sehen

Body

Von Cem-Odos Güler

Die CDU demonstriert derzeit eindrücklich, wie sie bei Migrationsfragen den Diskurs verschieben will. Ich habe in ein Wespennest gestochen, und diese Debatte muss dringend geführt werden, erklärte der Parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktionen, Thorsten Frei, am Donnerstag mit Blick auf seinen Debattenbeitrag zur Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl. Bei der Klausurtagung der CSU-Landesgruppe im oberbayerischen Andechs hatte CDU-Chef Friedrich Merz demgegenüber betont, ein Positionspapier, mit dem sich die Unionsfraktionen zum Grundrecht auf Asyl bekennen, gelte weiterhin.

Der geistige Spagat, den die Unionsspitze in der Frage nach der Asylgesetzgebung demonstriert, scheint dabei durchaus so gewollt. Frei erklärte gegenüber der taz, auch er stehe selbstverständlich hinter dem Positionspapier der CDU/CSU-Fraktion aus diesem Frühjahr. In dem Dokument mit dem Titel Für Humanität und Ordnung in der Asyl- und Flüchtlingspolitik heißt es, die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht zum Grundrecht auf Asyl für politisch Verfolgte und zu den völkerrechtlichen Verpflichtungen gemäß der Genfer Flüchtlingskonvention. Parteichef Merz hatte am Mittwoch gesagt, diese Haltung sei in der Union unverändert gültig.

Frei will in seinem Debattenbeitrag, den er am Dienstag in der veröffentlicht hatte Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ), keinen Widerspruch zum Positionspapier der Unionsfraktionen sehen. Darin hatte Frei eine Abschaffung des individuellen Rechts auf Asyl gefordert. Laut seinem Vorschlag sollte die EU stattdessen ein Kontingent von jährlich bis zu 400.000 Geflüchteten direkt aus dem Ausland aufnehmen und in den Mitgliedsstaaten verteilen. Eine Antragstellung auf europäischem Boden wäre nicht länger möglich, der Bezug von Sozialleistungen und Arbeitsmöglichkeiten umfassend ausgeschlossen.

Verballhornung des Asylgesetzes

Menschlichkeit und Unordnung in der Union Frei bekräftigt seinen Vorstoß beim Asylgesetz. Ein Praktiker kann in dem Vorschlag nichts Gutes sehen

Frei sagte der taz, das Fraktionspapier setze sich mit eher kurz- und mittelfristig wirkenden Maßnahmen im bestehenden Rechtsrahmen auseinander. Ein perspektivischer Debattenbeitrag sollte dagegen zu einer grundlegenden und langfristigen Reform des europäischen Asylsystems führen. Frei bekannte sich erneut zur Genfer Flüchtlingskonvention und verwies darauf, dass sich daraus kein individueller Anspruch auf Asyl ergebe. Eine Kontingentlösung ist damit vereinbar.

Für Seenotretter Axel Steier von der Organisation Mission Lifeline ist die Stoßrichtung von Freis Vorschlag klar. Indem man eine Zahl in den Raum wirft, tut man so, als würde man etwas Gutes damit wollen. Kontingente werden aber sowieso nie umgesetzt, sagte er der taz. Das sehe man heute bereits an der fehlenden Bereitschaft, Menschen aufzunehmen, die im Mittelmeer gerettet würden und die auf die EU-Staaten verteilt werden sollen. Für Steier ist Freis Vorstoß eine Verballhornung des Asylgesetzes. Die CDU versucht, das Recht weiter auszuhöhlen, damit weniger Menschen kommen, aber damit hilft man ja nicht den Menschen auf der Flucht.

Load-Date: July 20, 2023

End of Document

Tunesien jagt Migranten ins Meer; Nach den Hetzjagden gegen Afrikaner im Februar hat die Polizei in Tunis nun Lager von Schutzsuchenden vor UN-Gebäuden aufgelöst

taz, die tageszeitung

Donnerstag 13. April 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 840 words

Byline: Mirco Keilberth

Highlight: Nach den Hetzjagden gegen Afrikaner im Februar hat die Polizei in Tunis nun Lager von Schutzsuchenden vor UN-Gebäuden aufgelöst

Body

Aus Tunis Mirco Keilberth

Mit Tränengas und Schlagstöcken haben Polizisten in der tunesischen Hauptstadt am Dienstag den Protest von mehreren Hundert Mi-gran-t:in-nen aus Subsahara-Afrika aufgelöst. Vor dem Gebäude des UN-**Flüchtlingshilfswerks** UNHCR im Büroviertel Lac 1 hatten die in den letzten Wochen vertriebenen Menschen in Zelten und auf Decken im Freien übernachtet.

Es war die jüngste Eskalation in der Krise, die mit einer Rede von Präsident Kais Saied am 21. Februar begonnen hatte. Die illegal im Land lebenden Mi-gran-t:in-nen aus afrikanischen Ländern über 50.000 Menschen aus West- und Zentralafrika seien Teil einer Verschwörung gegen Tunesien, so Saied.

Saieds Rede führte zu einer Verhaftungswelle. Die meisten Migranten hatten zwar Arbeit und Unterkunft, aber keinen offiziellen Aufenthaltsstatus. Seit der Ausreisewelle junger Tunesier nach Europa suchten viele Restaurant- und Cafésbesitzer händeringend Service- oder Reinigungskräfte. Die Mi-gran-t:in-nen akzeptierten anders als viele Tunesier Bezahlung unter Mindestlohniveau.

Nachdem die Polizei sogar an Universitäten eingeschriebene Studenten allein aufgrund ihrer Hautfarbe von der Straße verschleppte und in Abschiebehaft brachte, suchten immer mehr Menschen Schutz bei den Vereinten Nationen. Vor den Mauern der Bürogelände der Organisation für Migration (IOM) und des UNHCR sammelten sich Migranten, die von Mobs aus ihren Wohnvierteln vertrieben oder von ihren Vermietern rausgeworfen wurden.

In der anhaltenden Wirtschaftskrise waren Migranten ein willkommener Sündenbock, sagt Asma Moussa, die Besitzerin eines Restaurants in der Menza 5, einem Stadtteil von Tunis. In den letzten Tagen schien sich die Lage zu normalisieren, einige meiner Angestellten trauten sich wieder zurück zur Arbeit.

Tunesien jagt Migranten ins Meer Nach den Hetzjagden gegen Afrikaner im Februar hat die Polizei in Tunis nun Lager von Schutzsuchenden vor UN -Gebäuden aufgelöst....

Die Lage schien sich zu beruhigen, nachdem die Regierungen der Elfenbeinküste, Guineas und anderer Länder Staatsbürger aus Tunesien ausgeflogen hatten. Wegen der überfüllten Gefängnisse stellte die Polizei die Verhaftungen ein, immer mehr Menschen aus Subsahara-Afrika trauten sich wieder auf die Straße. Private Initiativen versorgen diejenigen, die sich aus Angst vor Übergriffen zu Hause verschanzen.

Mit dem Tränen-gas-ein-satz vom Dienstag scheint eine Kompromisslösung nun wieder in weiter Ferne. UNHCR und IOM verhandeln mit der Regierung bisher erfolglos über Übergangsfristen und Legalisierung für die Migranten, die aus Kriegsgebieten kommen oder aus anderen Gründen nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Weil Tunesien keine Asylgesetzgebung hat, gibt es für Schutzsuchende nur Ausweise des UNHCR, die Tunesien nicht anerkennt.

Die sture Forderung der Behörden, von allen Migranten die nach drei Monaten fällige Strafgebühr für die Überziehung des Dreimonatsvisums zu verlangen, treibt viele in die Schmugglerboote nach Italien. Denn wer nach mehreren Jahren Arbeit in Tunesien zurück in die Heimat fliegen will, muss sonst neben dem Flugticket auch bis zu 4.000 Euro Strafe zahlen. Ein Platz auf einem Boot nach Italien ist dagegen derzeit bereits für umgerechnet 1.000 Euro zu haben.

Die Migranten vor dem UN-Gebäude sehen in dem Polizeieinsatz vom Dienstag die Aufforderung, Tunesien schleunigst zu verlassen. Bis gestern hatte ich noch gehofft, meinen Job in einer Autowerkstatt wieder beginnen zu können, sagt Youssuf Kanneh aus Liberia. Sein Schlafsack und Zelt wurden am Dienstag zusammen mit dem Hab und Gut der anderen zum UNHCR Geflüchteten von städtischen Angestellten unter Polizeischutz abtransportiert. Nun versteckt sich Kanneh bei Freunden.

Kioskbesitzer Haikel Hamrouni inspiziert die Schäden der Auseinandersetzung. Sein Laden befindet sich direkt gegenüber dem UNHCR-Gebäude in Lac 1. Bei der Flucht vor der Polizei warfen einige Migranten Steine auf vorbeifahrende und parkende Autos. Das von Hamrouni aufgenommene Handyvideo vom Polizeieinsatz und von kaputten Autoscheiben wurde auf sozialen Medien im ganzen Land tausendfach geteilt. Am Abend waren die Sachbeschädigungen der Migranten Hauptthema in den Nachrichtensendungen.

Ich weiß nicht, warum in den letzten Monaten immer mehr Migranten kamen, sagt Hamrouni. Mitten in der Wirtschaftskrise hätte die Politik schnell reagieren müssen, um die Lage zu entschärfen. Eigentlich hatte niemand hier etwas gegen die Migranten. Aber mit den zerbrochenen Autoscheiben ist jetzt viel mehr als nur Glas kaputtgegangen.

Der Liberianer Youssef Kanneh will sich wie viele seiner Landsleute nun auf den Weg in die Hafenstadt Sfax machen. Mit dem besser werdenden Wetter hofft er auf einen Platz in einem Boot nach Sizilien.

Diese Überfahrt bleibt lebensgefährlich. Am Mittwoch meldete die tunesische Küstenwache, sie habe zehn ertrunkene Flüchtlinge vor Sfax geborgen und 72 gerettet. 20 bis 30 werden nach Angaben der lokalen Behörden noch vermisst. Ende März waren 29 ertrunkene Migranten aus afrikanischen Ländern aus dem Meer geborgen worden, Ende vergangener Woche erneut 27.

Ein Platz auf einem Boot nach Italien ist derzeit für umgerechnet 1.000 Euro zu haben

flucht über das mittelmeer

Load-Date: April 12, 2023

Alle roten Linien überschritten; Was lange währt, wird niemals gut. Das Europäische Asylsystem wurde immer rigider, je länger daran geschraubt wurde. Eine Chronologie der Härte

taz, die tageszeitung

Samstag 23. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: POLITIK; S. 12

Length: 960 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Was lange währt, wird niemals gut. Das Europäische Asylsystem wurde immer rigider, je länger daran geschraubt wurde. Eine Chronologie der Härte

Body

Von Christian Jakob

Die Einigung der EU auf das neue Gemeinsame Europäische Asylsystem (GEAS) sei dringend notwendig gewesen, schrieb Außenministerin Annalena Baerbock am Mittwoch auf X. Humanität und Ordnung sind dafür die Leitplanken. Dabei hatte der EU-Rat unter Führung Spaniens während der am vergangenen Montag gestarteten letzten Runde der Verhandlungen zum GEAS alle menschenrechtlichen roten Linien eingerissen, die die Grünen gezogen hatten.

Vorgesehen sind nun Haftlager mit zehntausenden Plätzen an den Außengrenzen, Schnellverfahren ohne Ausnahmen für Minderjährige, Abschiebung ohne Antragsprüfung in Drittstaaten und die Fiktion der Nichteinreise, die die Rechtsmittel Ankommender beschneidet. Zehn Einzelgesetze sollen Asyl-Ablehnungen und Abschiebungen leichter machen und Flüchtlinge abschrecken. Die Verhandlungen hatten sich über Jahre hingezogen. Je länger sie andauerten, umso härter wurden die Pläne für den Umgang mit den Ankommenden. Ein Rückblick:

2008

Im Stockholmer Programm verpflichtet sich die EU, ihr Asylsystem zu harmonisieren.

Dezember 2012

Wie eine grausame Lotterie für die Flüchtlinge sei das Asylsystem in der EU, sagt EU-Innenkommissarin Cecilia Malmström. Das GEAS soll Vereinheitlichung und Lastenteilung bringen.

Juni 2013

Alle roten Linien überschritten Was lange währt, wird niemals gut. Das Europäische Asylsystem wurde immer rigider, je länger daran geschraubt wurde. Eine Chrono....

Das EU-Parlament beschließt das erste GEAS. Malmström hatte weitreichende Verbesserungen vorgeschlagen, konnte aber nur wenig gegen Großbritannien, Frankreich und Deutschland durchsetzen. Mit allem, was als Pull-Faktor gilt, also Flüchtlinge anziehen könnte, kamen wir bei den Mitgliedstaaten nicht durch, sagt ein Brüsseler Diplomat. Asylbewerber sollen aber künftig überall in der EU gleiche Bedingungen zu Verfahren, Versorgung und die Chance auf Anerkennung vorfinden. Einen Verteilmechanismus gibt es nicht.

Oktober 2013

Nach Schiffskatastrophen mit Hunderten von Toten bekräftigen Griechenland und Italien ihre Forderung nach der Umverteilung von Ankommenden. Dublin II die Regelung, laut der immer der Staat der Ankunft für Flüchtlinge zuständig ist, habe sich bewährt und bleibe selbstverständlich erhalten, entgegnet der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich von der CSU.

Oktober 2014

Deutschland ändert seine Meinung: Wir müssen uns verständigen auf Aufnahmequoten, etwa nach Einwohnern, sagt Innenminister Thomas de Maizière (CDU). Weil Italien, Griechenland und andere nun die Dublin-Regeln unterlaufen und Ankommende einfach weiterschicken, stellen immer mehr Menschen in Deutschland einen Antrag. Mitte 2014 wurde EU-weit jeder dritte Asylantrag in Deutschland gestellt. Deutschland profitiert nicht mehr von Dublin und entdeckt auf einmal die Nachteile des angeblich bewährten Systems.

April/Mai 2016

Das EU-Parlament fordert eine grundlegende Neuordnung der Asylpolitik und Umverteilung. Die EU-Kommission schlägt eine Reform des GEAS vor: Über einen Fairness-Mechanismus sollen andere EU-Staaten Ländern wie Italien und Griechenland Flüchtlinge abnehmen. Wenn sich ein Land weigert, soll es 250.000 Euro pro Flüchtling zahlen, den es eigentlich hätte aufnehmen müssen. Man kann sich nicht herauspicken, wann man solidarisch ist und wann nicht, sagt Kommissionsvize Frans Timmermans. Er frage sich, ob die Kommission das wirklich ernst meint, sagt Polens Außenminister Witold Waszczykowski. Sein tschechischer Kollege Lubomír Zaorálek spricht von einer unangenehmen Überraschung, Ungarns Außenminister Péter Szijjártó von Erpressung.

2018

CSU-Innenminister Horst Seehofer schlägt Asylverfahren in geschlossenen Lagern an den Außengrenzen vor. Die Grünen Annalena Baerbock und Claudia Roth kritisieren den Vorschlag heftig. Im Partei- und im Wahlprogramm für die EU-Wahl 2019 lehnen die Grünen die Idee ab.

Juli 2020

Deutschland übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft. Seehofer erneuert seinen Vorschlag: Offensichtlich unbegründete oder unzulässige Anträge müssen an den Außengrenzen sofort zurückgewiesen werden, und dem Antragsteller darf die Einreise in die EU nicht gestattet werden, heißt es aus seinem Ministerium. Personen aus sicheren Drittstaaten solle die Einreise verweigert werden. Die Union macht Druck auf die EU-Kommission. Für ein gemeinsames europäisches Asylsystem, das diesen Namen auch verdient, sagt der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Mathias Middelberg.

September 2020

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen stellt den Migrationspakt vor. Zentraler Punkt: Schnellverfahren in Internierungslagern an den Außengrenzen. Sie sollen nach dem Willen der Kommission Kern der GEAS-Reform sein.

Dezember 2020

Alle roten Linien überschritten Was lange währt, wird niemals gut. Das Europäische Asylsystem wurde immer rigider, je länger daran geschraubt wurde. Eine Chrono....

Deutschlands Ratspräsidentschaft endet ohne Einigung. Griechenland und Italien hatten auf einen Verteilmechanismus bestanden. Länder wie Ungarn oder Polen waren dagegen.

2021

In der Ägäis gehen Hochsicherheitslager, sogenannte Closed Control Access Center, in Betrieb. Weite Teile des Schnellverfahren-Konzepts werden hier in Pilotprojekten angewandt.

Januar 2023

Die Kommission präsentiert eine Instrumentalisierungsverordnung . Sie soll Ländern ermöglichen, die Rechte von Flüchtlingen einzuschränken, wenn diese von feindlichen Nachbarstaaten geschickt werden. Deutschland lehnt wegen menschenrechtlicher Bedenken ab.

Juni 2023

Deutschland stimmt den Kommissionsvorschlägen für Schnellverfahren an den Außengrenzen zu. Der Grünen-Vorsitzende Omid Nouripour behauptet, im Gegenzug werde ein verbindlicher Verteilmechanismus eingeführt. Der ist aber nicht vorgesehen. Die Grünen wollen Minderjährige von der Inhaftierung ausnehmen.

Dezember 2023

In der letzten GEAS-Verhandlungsrunde streicht die spanische Ratspräsidentschaft die Ausnahmen für Minderjährige. Einen echten Verteilmechanismus sehen Regeln nicht vor. Am Morgen des 19. Dezember meldet der Rat den Abschluss der Verhandlungen. Deutschland stimmt zu.

Load-Date: December 22, 2023

Spaniens Rechte schürt Stimmung; Immer mehr Menschen auf der Flucht landen in Spanien. Die rechten Parteien PP und VOX nutzen das Thema rhetorisch und arbeiten nun offenbar auf ein bestimmtes Ziel hin: Neuwahlen

taz, die tageszeitung

Montag 30. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 699 words

Byline: Reiner Wandler

Highlight: Immer mehr Menschen auf der Flucht landen in Spanien. Die rechten Parteien PP und VOX nutzen das Thema rhetorisch und arbeiten nun offenbar auf ein bestimmtes Ziel hin: Neuwahlen

Body

Aus Madrid Reiner Wandler

Die Kanarischen Inseln verzeichnen einen **Flüchtlingsrekord**. Alleine im Oktober kamen auf dem zu Spanien gehörenden Archipel vor Afrikas Atlantikküste **Flüchtlingsboote** mit rund 13.000 **Migranten** an. Das entspricht knapp der Hälfte der 27.800 Menschen, die seit Jahresbeginn den gefährlichen Seeweg auf den Außenposten der Europäischen Union suchten. 2023 ist dabei zum Jahr mit den meisten **Flüchtlingen** zu werden. Bisher ist das 2006. Damals kamen insgesamt 31.000 **Migranten** auf den Kanaren an.

Die Neuankünfte im Oktober erschöpfen die Kapazität der Inseln. Die Regierung in Madrid unter dem Sozialisten Pedro Sánchez fängt an, 8.700 **Migranten** auf das spanische Festland zu bringen und sie dort auf mehrere Provinzen zu verteilen. Als Notunterkünfte halten leer stehende Kasernen, alte Krankenhäuser, Hotels und religiöse Unterkünfte her. Außerdem werden Einrichtungen genutzt, die **Flüchtlingen** aus der Ukraine vorbehalten waren und jetzt wieder leer stehen. Während einige Städte die vorwiegend von den gleichen Linksparteien regiert werden, die auch die spanische Regierung stellen, sich solidarisch zeigen, schlagen rechte Gemeindeverwaltungen und autonomen Gemeinschaften vergleichbar mit den Bundesländern Alarm. Dort regiert die konservative Partido Popular (PP) größtenteils zusammen mit der rechtsextremen VOX.

Die Migranten würden aufgenommen und es sei nun üblich, sie, ohne mit den autonomen Gemeinschaften zu sprechen, in Flugzeuge zu setzen und an Bushaltestellen auszusetzen, erklärt PP-Chef und Oppositionsführer Alberto Nuñez Feijóo. Die Regierung Sánchez hat beschlossen, mit dem organisierten Geschäft der Schleppermafia zusammenzuarbeiten, indem sie zum letzten Glied der Kette wird, geht der PP-Abgeordnete Rafael Hernando auf X noch einen Schritt weiter.

Spaniens Rechte schürt Stimmung Immer mehr Menschen auf der Flucht landen in Spanien . Die rechten Parteien PP und VOX nutzen das Thema rhetorisch und arbeite....

PP und VOX nutzen das Thema Flüchtlingen, um Unmut gegen die alte und wohl auch neue Linkskoalition zu schüren. Der Sozialist Sánchez muss nach den Wahlen im vergangenen Juli im Laufe des Novembers erneut die Parlamentsmehrheit hinter sich vereinen, will er weiter regieren. Ansonsten kommt es zu Neuwahlen. Und genau darauf scheinen die beiden Rechtsparteien hinzuarbeiten.

Wir wurden nicht informiert , wiederholt die Chefin der Regierung der Hauptstadtregion Madrid, Isabel Díaz Ayuso, immer wieder, obwohl dies laut Innenministerium nicht wahr ist. Sie wirft Sánchez vor, die Migranten wie Pakete auf die Halbinsel zu bringen und sie überall zu verteilen . In und um Madrid sollen mindestens 425 Migranten untergebracht werden.

Wenn sie sie nicht wie Tiere markieren, ihnen etwa ein Armband oder was Vergleichbares verpassen, weiß ich nicht, was für einer Kontrolle diese Kreaturen, die anfangen herumzustreifen, unterliegen werden , erklärt in einem Radiointerview der Kultur- und Traditionsbürgermeister der PP der Kleinstadt Torrox im südspanischen Andalusien. In diese Region sollen rund 2.000 Flüchtlinge kommen. Auf den Kanaren gebe es bereits Typhus, fügt er hinzu und warnt: Wir wissen nicht, was sie treiben werden, ob sie dir das Auto stehlen.

In Castilla y León warnt der VOX-Politiker und Vize-Regierungschef Juan García-Gallardo: Während die Regierung behauptet, die Interessen der Frauen zu vertreten, bringen sie 183 junge Männer im wehrpflichtigen Alter hierher.

Der Vizepräsident der kanarischen Regierung, Manuel Domínguez, ist der einzige Politiker der spanischen Rechten, der offen aus dem rassistischen Chor ausschert. Das kann einfach nicht sein. Wenn wir ein bisschen, nur ein bisschen Einfühlungsvermögen haben, wenn jemand zu einem der Häfen käme, um zu sehen, wie diese Leute von Bord gehen, würde sich die Meinung wohl ändern. Wir sollten mit diesen Vorwürfen aufhören , mahnt Domínguez.

Sie versuchen diese Angelegenheit politisch, opportunistisch und ausländerfeindlich auszuschlachten , erklärt Spaniens Sozial- und Einwanderungsminister José Luis Escrivá. Aus nicht von der PP regierten Regionen, wie etwa Katalonien, das über 1.600 Flüchtlinge aufnehmen soll, oder dem Baskenland, wo am vergangenen Freitag die ersten 36 Flüchtlinge ankamen, gibt es kaum kritische Stimmen.

Sie versuchen es opportunistisch und ausländerfeindlich auszuschlachten

Load-Date: October 29, 2023

Offene Fragen nach Migrationsgipfel; Nach dem Spitzentreffen zur Migr

taz, die tageszeitung

Montag 16. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 321 words

Body

Nach dem Spitzentreffen zur **Migrationspolitik** im Kanzleramt richtet sich der Blick auf die nächste Ministerpräsidentenkonferenz Anfang November. Bis dahin diskutieren Bund und Länder nun die noch offenen Fragen, schrieb Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) am Samstag auf X (früher Twitter) und sprach insgesamt von einem freundlichen und konstruktiven Austausch. Auch der Städtetag wertete das Treffen als Erfolg, die Union erwartet unterdessen eine Umsetzung ihrer **Migrationsvorschläge**. FDP-Generalsekretär Bijan Djir-Sarai begrüßte das Treffen von Scholz und Merz als wichtiges Signal.

An dem Abendessen im Kanzleramt hatten am Freitag neben Scholz und CDU-Chef Friedrich Merz auch der hessische Ministerpräsident Boris Rhein (CDU) und Niedersachsens Regierungschef Stephan Weil (SPD) teilgenommen. Sie leiten derzeit die Ministerpräsidentenkonferenz der Länder. Merz sprach anschließend von einer guten Atmosphäre und auch Scholz schrieb, Regierung, Länder und Union bewerten viele Punkte ähnlich. Konkrete Beschlüsse wurden nicht gefasst.

Die Länder hatten zuvor ein gemeinsames Positionspapier zur Migrationspolitik vorgelegt. Darin wird die Bundesregierung aufgefordert, zeitnah die Voraussetzungen für eine Bezahlkarte für Geflüchtete zu schaffen, um Geldzahlungen zu vermeiden. Zudem verlangten die Länder, dass Asylanträge von Menschen vorrangig bearbeitet werden, die wenig Aussicht auf ein Bleiberecht haben, sowie eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Kosten.

Der rechtspolitische Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, Helge Limburg, kritisierte am Sonntag die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz zur Asylpolitik. Die Konferenz der Regierungschefs der Länder sei nicht mehr als eine informelle Runde, die keineswegs Dinge beschließen könne, die hinterher vom Bundestag nur noch abgenickt werden müssten. Die Ministerpräsidenten hätten falsche Erwartungen in der Bevölkerung geweckt. (afp, dpa)

Load-Date: October 15, 2023

Brandstiftung von rechts; Im August haben in Griechenland mehrere Waldbrände gewütet. In der Region Evros an der Grenze zur Türkei machen Einheimische Migranten für das Feuer verantwortlich und greifen teilweise zur Selbstjustiz

taz, die tageszeitung

Mittwoch 20. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 3137 words

Byline: Ferry Batzoglou

Highlight: Im August haben in Griechenland mehrere Waldbrände gewütet. In der Region Evros an der Grenze zur Türkei machen Einheimische Migranten für das Feuer verantwortlich und greifen teilweise zur Selbstjustiz

Body

Aus dem Evros Ferry Batzoglou (Text und Fotos)

Sakis Terzidis, 52, Fünftagebart, drahtig, Tarnhose, Kappe mit geradem Schirm, hält seinen alten Traktor nach einer Viertelstunde kräftig durchrüttelnder Fahrt auf einer Anhöhe an. Terzidis steigt aus und zeigt auf einen verbrannten Acker in der Ebene. Der Acker sei schon beim ersten großen Feuer im Südevros verbrannt, erklärt er. Am 19. August, einem Samstag, habe die Feuersbrunst im zehn Kilometer entfernten Ort Melia begonnen. Angefacht von starken Winden habe sich das Melia-Feuer mit rasender Geschwindigkeit nach Westen ausgebreitet. Die Feuerwalze hinterließ eine Schneise der Verwüstung.

Plötzlich, am 23. August, sei mitten auf dem Acker ein Auto gestanden. Ich habe es von Weitem gesehen. Was hatte es da zu suchen? Ausgerechnet auf einem verbrannten Acker, dazu in der Siesta, um Viertel vor drei, sagt Sakis Terzidis. In unmittelbarer Nähe von dem Acker mit dem geparkten Auto darauf, so Terzidis weiter, sei ein neues Feuer ausgebrochen. Dieses lokale Feuer habe Kermes-Eichen erfasst, die das große Melia-Feuer verschont hatte. Rasch seien zwei Löschflugzeuge abgehoben, ferner ein Hubschrauber. Wie schon beim Melia-Feuer hätten sie zwar abermals verhindert, dass das Feuer den nahe gelegenen Ort Agnadia erreicht. Was sie nicht retten konnten: Sakis Terzidis Ziegenstall.

Für ihn ist klar, wie das zweite Feuer, das seine Existenz ruinierte, ausbrach. Das war Brandstiftung, sagt er lapidar. In den allermeisten Fällen sind das Lathrometanastes. Wer sonst? Schon seine Wortwahl ist eine Wertung. Lathrometanastes sind Migranten, die lathrea, geschmuggelt, über die nahe Türkei nach Griechenland kommen. So als ob es sich um Schmugglerware wie Schnaps oder Zigaretten handelte, nicht um Menschen.

Brandstiftung von rechts Im August haben in Griechenland mehrere Waldbrände gewütet. In der Region Evros an der Grenze zur Türkei machen Einheimische Migranten

Dass unbedarfte Migranten im Freien ein Feuer zum Kochen oder Aufwärmen machen und so fahrlässig einen Brand auslösen, hält er für abwegig. Die haben doch nur Kekse oder so etwas dabei. Kocht man Kekse? Dass Migranten Brandstifter sind, ist Sakis Terzidis Narrativ. Mit dieser Meinung ist er nicht allein. Immer mehr Menschen in der Region Evros hetzen gegen Migranten und beschuldigen sie der Brandstiftung. Für die Migranten ist die Region nur eine Zwischenstation ihrer Route. Viele wollen weiter nach Deutschland. Einheimische halten sie bei ihrer Flucht auf, nehmen sie eigenhändig fest und übergeben sie dann an die Polizei. Es ist eine neue Eskalationsstufe in der Migrationsfrage.

Terzidis startet wieder seinen Traktor. Nach einer weiteren Viertelstunde Fahrt durch eine verbrannte Landschaft ist sein Ziegenstall auf der Rückseite des Hügels erreicht. Die Szenerie ist gespenstisch. Zuletzt hatte er zwanzig Ziegen, die er alleine versorgte. Ein mühsamer Job. Seine Tiere rettete er früh, als der erste große Waldbrand, das Melia-Feuer, in der Region tobte. Er brachte das Vieh in den Hof seines Hauses in Agnadia. Als er seinen zerstörten Ziegenstall das erste Mal sah, musste er heulen. Das war mein Leben, seufzt er.

Christos Kapnas, 26, stechender Blick, athletischer Typ, drückt einem so kräftig die Hand, dass es fast weh tut. Er diente bei den Gebirgsjägern der griechischen Streitkräfte. Kapnas wohnt im 431-Seelen-Ort Doriskos im Südevros, nur ein paar Autominuten von der türkischen Grenze entfernt. Im Sommer jobbt er in der Gastronomie, ab September ist er arbeitslos. Untätig ist er nicht. Christos Kapnas nimmt Migranten fest. Auf offener Straße, auf Feldern, in Wäldern, in von Migranten vorübergehend bewohnten Häusern. Überall. Gezielt. Konsequenz. Laut Kapnas treten die Lathrometanastes in Gruppen auf. Fünf, zehn oder zwanzig Leute. Meist sind das jüngere Männer. Nach dem Übertreten der Grenze schmeißen sie ihre Pässe weg. Ich weiß, wo ihre Routen verlaufen. Ich halte sie an, frage sie nach ihren Namen, nach Papieren. Haben sie keine Papiere, fordere ich sie mit energischer Stimme dazu auf, stehen zu bleiben. Ich trage keine Waffe. Eine klare Ansage reicht, um ihnen Angst einzujagen: Ich diskutiere nicht mit euch! Sie fügen sich, fallen auf die Knie und die Sache ist vorbei. Ich rufe die Polizei.

Nur selten leiste jemand Widerstand, so Kapnas. Vielleicht versucht einer, mit einem ins Gespräch zu kommen, zu verhandeln. Fasst mich jemand an, werfe ich ihn sofort auf den Boden und fessele ihn. Womit? Mit den Schnürsenkeln seiner Schuhe. Die Ordnungshüter kennen ihn. Nach zehn, fünfzehn Minuten komme die Polizei und nehme die Migranten mit, sagt Kapnas. Ob sie sie auf die Polizeiwache brächten oder in die Türkei zurückdrängen würden, wisse er nicht. Wie oft er Migranten festgenommen habe? In den letzten drei, vier Jahren etwa fünfhundert Mal.

Flüchtlinge aus Kriegsgebieten würde er akzeptieren, fügt er hinzu, aber nicht aus Ländern, in denen kein Krieg herrscht. Er findet, dass Menschen, die illegal über die Grenze kommen, sich der Polizei stellen sollen. Andere Leute in seinem Dorf seien ebenfalls selbsternannte Sheriffs, so Kapnas. Sie seien in seinem Alter, es gebe jüngere und viel ältere. Diejenigen, die das nicht gut finden, beschimpfen uns als Faschisten oder Rassisten. Ich kann dazu nur sagen: Ich bin lieber ein Faschist als ein Idiot.

Blöd findet die Polizei Kapnas und Co offenkundig nicht. Gemeinsam würden sie im Evros pa-trouillieren auf der Suche nach Migranten. Die Polizei vertraut uns, sagt Kapnas. Von den Politikern fühlt er sich im Stich gelassen. Der Spartaner Leonidas habe mit nur 300 Soldaten die übermächtigen Perser bekämpft, hebt er hervor. Was tun heute die 300 Abgeordneten in Athen?, frage er sich. Er gibt die Antwort. Sie ist nicht druckfähig. Kapnas hat rote Linien. Verwerflich sei, was ein anderer selbsternannter Sheriff am 22. August, auf dem Höhepunkt des Feuers im Südevros im Ort Nea Chili tat. In einem Video im Internet sagt ein griechisch sprechender Mann, er habe Migranten eingesammelt. Ich habe 25 Stück geladen, gemeint sind Migranten, wobei er auf einen Autoanhänger zeigt. Sie werden uns verbrennen. Sie werden uns verbrennen!, ätzt er und öffnet die Tür. Im Innenraum sind einige Migranten zu sehen.

Der ganze Berg ist voll von ihnen, poltert er hernach, um zu einem Pogrom aufzurufen. Organisiert euch, um sie zusammenzutreiben!, ruft er in seiner Tirade. Derweil ist bekannt, dass der Fahrzeugbesitzer, ein Albaner, seit mehr als dreißig Jahren im Evros lebt. Auf dem Video zieht er einen Anhänger, in dem 13 illegale Einwanderer syrischer und pakistanischer Herkunft festgehalten werden. Zwei Griechen haben ihm mutmaßlich geholfen. Alle Migranten sind Brandstifter! Das ist das Narrativ des Entführer-Trios.

Brandstiftung von rechts Im August haben in Griechenland mehrere Waldbrände gewütet. In der Region Evros an der Grenze zur Türkei machen Einheimische Migranten

Kapnas verurteilt ihr Vorgehen. Migranten sind auch nur Menschen. Sie sind kein Müll, den man in einen Anhänger steckt. Sein Motto bleibe: Ruf die Polizei an! Dreh kein Video! Sind die Migranten Brandstifter? Das ist ein schwerer Vorwurf, räumt Kapnas ein. Dass es im Evros so viele Brandherde gegeben habe, könne aber kein Zufall sein. Vorsätzlich einen Brand zu legen, könne nur in Absprache geschehen, unterstreicht er. Selbst wenn dies nur wenige Migranten betreffe: Einen Schatten wirft das auf alle. Das ist Christos Kapnas Narrativ.

Die Region Evros in Griechenlands äußerstem Nordosten ist nach dem gleichnamigen Fluss benannt (Türkisch: Meric) und bildet in Nord-Süd-Richtung in weiten Abschnitten die gut 200 Kilometer lange Festlandgrenze zur Türkei. Ab dem 19. August brannte die Region Evros. Zuerst wütete das Melia-Feuer im Südevros. Dass das Feuer in Melia nach einem Blitzeinschlag ausbrach, gilt als gesichert, wie offizielle Quellen bestätigen. Ab dem 21. August brach im Dadia-Nationalpark in Zentralevros ein weiteres Großfeuer aus. War auch hier ein Blitzeinschlag die Brandursache? Oder Brandstiftung? Die Ermittlungen laufen, Ergebnisse gibt es bisher keine. Es ist eine schwierige Suche, wie ein Feuer seinen Anfang nimmt. Vermutungen, Spekulationen, Vorwürfen und Bezeichnungen sind Tür und Tor geöffnet.

Beide Großfeuer im Evros vereinten sich zu einem Megafeuer. In knapp drei Wochen fielen im Evros über 93.500 Hektar Land den Feuern zum Opfer. Das entspricht einer Fläche größer als die von Berlin. Das Evros-Feuer ist der größte Waldbrand in der EU seit Beginn der Aufzeichnungen. Der ökologische und ökonomische Schaden in der dünnbesiedelten, strukturschwachen Region Evros ist enorm. Demografisch und wirtschaftlich war der Evros schon vor dem Feuer ausgeblutet, nun liegen weite Teile in Schutt und Asche.

Unstrittig ist, dass der Evros schon lange eine Migrantenroute darstellt. Die Migranten wollen hier nur eines: weiter. Ihr Ziel: vor allem Deutschland. Die Regierung in Athen unter dem konservativen Premier Kyriakos Mitsotakis brüstet sich damit, eine restriktive Flüchtlings- und Migrationspolitik zu verfolgen. Griechenland soll eine Festung sein. Laut dem Athener Migrationsministerium wurden in den ersten sieben Monaten dieses Jahres 11.672 illegale Neuankömmlinge registriert, die über die Festland- und Seegrenze nach Griechenland kamen, etwa ein Fünftel in die Region Evros. Dass es wirklich so wenige sind, glaubt im Evros keiner.

So einer ist Georgios Chatzigeorgiou. Besonders sauer sei er auf die skrupellosen Schlepper. Er habe es nicht mehr gewagt, die einzige Autobahn im Evros zu benutzen. Schlepper würden in gestohlenen, mit Migranten vollbesetzten Autos nicht nur mit Karacho durch die Orte im Evros, sondern auch als Geisterfahrer auf der Fernstraße in Richtung Thessaloniki rasen, um der sie jagenden Polizei zu entkommen. Zwei tödliche Unfälle hätten sich zuletzt ereignet, klagt er. Das Mi-grantenproblem hat schlimme Auswirkungen auf unser Leben, sagt Chatzigeorgiou. Nach heftigen Protesten der Einwohner kontrolliert die Polizei die Ein- und Ausfahrten der Autobahn. Chatzigeorgiou begrüßt das.

Der 48-Jährige ist Ortsvorsteher im 486-Seelen-Ort Avantas im Südevros. In einem schicken Lokal am Hauptplatz nimmt er einen Schluck vom servierten Erfrischungsgetränk. Das Feuer, das aus Melia kam, habe 80 Prozent der Waldfläche von Avantas vernichtet. Dabei hatte Chatzigeorgiou Avantas als Wanderparadies etabliert. Das sei nun vorbei. Da, wo alles grün war, ist nur noch Asche. Das Feuer in Melia sei sicher auf einen Blitzeinschlag zurückzuführen, sagt er. Mit Blick auf die Ursache des anderen Großfeuers im Dadia-Nationalpark, das weiter nördlich wütete, sei nichts auszuschließen, ebenso nicht ein feindlicher Akt der Türkei. Das ist Georgios Chatzigeorgious Narrativ.

Ortswechsel in den zentralen Evros, wo das Großfeuer im Dadia-Nationalpark ausbrach. Jannis Dermentzoglou, 68, von Beruf Gerichtsvollzieher, Mitgründer der nationalkonservativen Parlamentspartei Griechische Lösung (Elliniki Lysi/EL) bittet zum Gespräch in sein Wahlkreisbüro im Herzen der Gemeinde Soufli, einen Steinwurf von der Grenze zur Türkei entfernt. Das war früher die Bäckerei meines Großvaters. Sehen Sie, das ist der Ofen, sagt er sichtlich stolz.

Das Ambiente lässt keinerlei Fragen offen. Überall hängen Plakate seiner Partei, auf denen das Konterfei des Parteichefs und Sprüche wie Hellas zuerst! Die Griechen zuerst! Machen wir Griechenland wieder griechisch! prangen. Auf seinem Schreibtisch liegt ein Buch mit dem Titel Migranteninvasion und griechische Krise.

Brandstiftung von rechts Im August haben in Griechenland mehrere Waldbrände gewütet. In der Region Evros an der Grenze zur Türkei machen Einheimische Migranten

Nirgendwo sonst holt die Griechische Lösung so viele Stimmen wie im Evros, einer traditionell konservativen Region. Bei den jüngsten Parlamentswahlen Ende Juni holte sie hier 8,83 -Prozent der Stimmen, ein doppelt so hoher Stimmenanteil wie im Rest des Landes. Nationalistische -Positionen gedeihen in der Grenzregion, der Nährboden dafür ist fruchtbar. Wie das Athener Forschungsinstitut Eteron in einer jüngsten Studie ermittelte, gaben 6,1 Prozent der Griechen an, eine nationalistische Gesinnung zu haben. Bei den EL-Wählern schnellte der Wert auf 24,2 -Prozent in die Höhe. Ideologisch verankert im Nationalismus sehen sich 3,6 Prozent der Wähler der konservativen Regierungspartei Nea Dimokratia.

Dermentzoglou lästert nicht nur über die Syriza-Regierung, die das Zepter in Athen von 2015 bis Juli 2019 in der Hand hielt. Mitsotakis ist viel schlimmer , schimpft er. Plötzlich blickt er wie ein Bluthund: Tag für Tag kommen 500 bis 1.000 Migranten über den Fluss Evros. Sie gehen in die Berge. Der stramme Rechte enthüllt: In meinem Keller habe ich dreißig weggeworfene Pässe. Für ihn ist klar: Die Schmuggelmigranten legen die Feuer! Warum sie das tun? Dahinter steckt Erdo an in Rücksprache mit Mitsotakis! Damit der Evros keine Wälder mehr hat und die Türkei einfacher einfallen kann. Das ist Jannis Dermentzoglous Narrativ.

Apropos Türkei: Ilias Vintsis, 46, Ortsvorsteher des 409 Einwohner zählenden Orts Dadia, mitten im gleichnamigen Nationalpark, sieht es als wahrscheinlich an, dass hinter dem jüngsten Feuer im Nationalpark die Türkei stecke. Ankara wolle die griechischen Militäranlagen im Evros, wo sich Griechen und Türken bis auf die Zähne bewaffnet gegenüberstehen, ohne Wald besser beobachten können , ist er überzeugt. Das Feuer in Dadia gehe auf vorsätzliche Brandstiftung zurück, ist er sich sicher. Blitzeinschläge? Fehlanzeige. Die Migrantenströme im Wald seien ein sehr großes Problem .

Höchstpersönlich sei er im Wald während des Feuers auf Migrantengruppen von zehn oder mehr Leuten gestoßen, obgleich im Nationalpark der Zutritt für jeden schon bei hoher oder akuter Brandgefahr streng verboten ist. Was haben die Migranten im Wald zu suchen? , fragt Vintsis rhetorisch. Seine prompte Antwort: Unter ihnen sind Dschihadisten. Sie führen Böses im Schilde. Das ist Ilias Vintsis Narrativ.

Säcke, Kleidungsstücke, Plastikverpackungen. Dora Skartsi ärgert sich. Das ist doch kein Nationalpark mehr! Sie muss es wissen. Skartsi, 60, Forstwissenschaftlerin, Vogelkundlerin, Leiterin der Gesellschaft für Biodiversität mit Sitz in Dadia, kennt den Wald so gut wie ihre Westentasche. Ob an Wegen, in Tälern oder auf Hügeln: Hunderte Müllkippen lägen überall verstreut herum. Dieses Jahr hat das überhand genommen , klagt Skartsi.

Nicht nur dies sei ein klarer Indikator dafür, dass die Zahl der Migranten, die durch den Wald ziehen oder sich darin tagelang verstecken, um auf den nächsten Schlepper zu warten, merklich zugenommen hat. Bei Löscheinsätzen mit der Feuerwehr haben wir siebzig Migranten im brennenden Wald gefunden, obwohl sich niemand dort aufhalten sollte. Skartsi glaubt nicht daran, dass die Migranten uns verbrennen wollen . Ihre Präsenz im Wald sei jedoch eine weitere reale Gefahr in der langen Liste möglicher Brandursachen. Aus Fahrlässigkeit, schreiben Sie das bitte in Großbuchstaben , wie sie betont. Die Migranten kochten im Wald, hätten Gaskartuschen dabei. Das Risiko ist gewaltig. Das dürfe man nicht unter den Teppich kehren. Stellen Sie sich vor, Tausende Bewohner einer Stadt gingen in einen Park, um dort zu picknicken trotz Brandgefahr! Das ist Dora Skartsis Narrativ.

Mit dem Narrativ, Flüchtlinge und Migranten als Brandstifter zu bezichtigen, ist für die Rechtsanwälte Aikaterini Georgiadou und Jannis Patzanakidis eine neue Eskalationsstufe in der Migrationsfrage erreicht. Es begann damit, den Migranten als Invasor zu sehen. Inzwischen ist der Migrant nicht nur der Invasor, sondern auch der Brandstifter, der Griechenland auslöschen will , sagt Patzanakidis. Gerade ist er mit seiner Kollegin Aikaterini Georgiadou von dem Aufnahmelaager für Flüchtlinge und Migranten in Fylakio im Nordevros zurückgekehrt. In einer Herberge in Soufli gewähren sie der taz Einblicke in die Aufsehen erregende Causa der 13 Migranten, die ein Albaner mit der Hilfe zweier Griechen einsammelte , in einen Anhänger steckte und per Video zum Pogrom gegen Migranten aufrief, die uns alle verbrennen wollen .

Der Fall sei ein Novum. So etwas ist noch nie passiert , sagen Georgiadou und Patzanakidis unisono. Das Duo vertritt die acht Syrer und fünf Pakistaner. Ihnen gehe es gut. Zuerst seien die Pakistaner an jenem ominösen 22.

Brandstiftung von rechts Im August haben in Griechenland mehrere Waldbrände gewütet. In der Region Evros an der Grenze zur Türkei machen Einheimische Migranten

August von dem Täter-Trio in den Anhänger gepfercht worden. Erst Stunden später seien die Syrer dazugekommen. Die Täter hätten Frauen und Kinder aussortiert. Triage pur.

Wer in den Anhänger gesteckt wurde, sei in Lebensgefahr geraten. Sie standen davor, in Ohnmacht zu fallen, zu sterben. Sie konnten in diesem Käfig keine Luft holen , so Georgiadou. Sie hätten gegen die Wände des Anhängers geschlagen, ohne dass jemand antwortete. Ein Migrant hat uns gesagt, er habe nichts mehr verstanden, als er nach Stunden aus dem Anhänger steigen durfte , ergänzt Patzanakidis. Die Menschen standen unter Schock. Als sie gehört haben, dass ausgerechnet ihre Entführer sie der Brandstiftung bezichtigen, haben sie nur gestaunt.

Die gute Nachricht ist: Das Entführer-Trio kam in Untersuchungshaft, alle 13 Migranten wurden ohne jegliche Auflage freigelassen. Ein erster Erfolg für das smarte Advokaten-Duo Georgiadou und Patzanakidis. Sie lassen nicht locker. Die 13 Migranten wollen Asyl, ferner eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen. Das griechische Gesetz sieht das vor. Denn sie seien Opfer verbrecherischer Taten mit rassistischem Motiv geworden.

An Premier Mitsotakis lassen die Rechtsanwälte kein gutes Haar. Um sich der Verantwortung für das Ausmaß der Feuerkatastrophe zu entziehen, nährt Mitsotakis das Narrativ der Migrant, der Brandstifter , indem er darauf hinweist, dass die Feuer auf den Migrantenrouten wüten , sagt Patza-nakidis.

Mitsotakis tue dies, obschon im Wald von Avantas 18 Migranten einen grausamen Tod starben, als das Feuer sie erfasste, kritisiert der Advokat. Ihre verkohlten Leichen wurden am 22. August gefunden. 19 der 20 Brandopfer im Evros sind Flüchtlinge und Migranten. Hätten wir einen Regierungschef, der eine klare Haltung einnimmt, hätten wir nicht so ein vergiftetes Klima in der Gesellschaft , hebt Patzanakidis hervor.

Der Advokat weist auf Mitsotakis Rede im Athener Parlament hin. Wortgetreu sagte er: Alle, die (tot) im Wald gefunden wurden, hätten niemals dort sein dürfen. Die Behörden haben einen Notruf gesendet, in zwei Sprachen, auf Griechisch und Englisch. Befehl an alle: sofortige Evakuierung! Wir haben uns womöglich etwas anderes zu fragen: Wer brachte sie dorthin? Was sind das für Nichtregierungsorganisationen, die auf einmal ein Bild (über deren Verbleib) haben? Sind sie womöglich mitverantwortlich dafür, dass sie die Menschen dorthin führen, diese dann (vom Feuer) eingeschlossen sind, nicht evakuiert werden können und so ihr Leben verlieren? Das Megafeuer im Evros ist gelöscht. Verbrannte Erde allerorten. Der Kampf der Narrative geht weiter.

Gemeinsam mit der Polizei machen sich selbsternannte Sheriffs auf die Suche nach Migranten

In den letzten drei, vier Jahren habe ich etwa fünfhundert Mal Migranten festgenommen. Fasst mich jemand an, werfe ich ihn sofort auf den Boden

Load-Date: September 19, 2023

Harten Worten folgt wenig Konkretes; Italiens Rechtspopulistin Meloni will die Abschiebehaft für abgelehnte Asylbewerber verlängern. Auch die Zahl der Repatriierungen will sie steigern. Unklar bleibt, wie

taz, die tageszeitung

Dienstag 19. September 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 10

Length: 496 words

Byline: Michael Braun

Highlight: Italiens Rechtspopulistin Meloni will die Abschiebehaft für abgelehnte Asylbewerber verlängern. Auch die Zahl der Repatriierungen will sie steigern. Unklar bleibt, wie

Body

Aus Rom Michael Braun

Erst Blitzbesuch am Sonntag auf Lampedusa von Italiens Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, am Montag dann Kabinettsitzung in Rom: Italiens Regierung tut alles, um auf dem Feld der Migration aus der Defensive zu kommen. Seit Jahresbeginn sind mehr als 127.000 Migranten an Italiens Küsten angekommen. Das sind beinahe doppelt so viele wie im Vorjahreszeitraum.

Rom plant vorneweg die Verlängerung der Abschiebehaft für abgelehnte Asylbewerber*innen. Bisher können sie bis zu 12 Monaten in den Abschiebelagern festgehalten werden. Diese Frist soll jetzt auf 18 Monate verlängert werden. Dies wäre eine weitere Härte für die von Abschiebungsbeschlüssen Betroffenen, würde jedoch die Zahl der effektiv durchgeführten Repatriierungen kaum steigern.

Gesteigert werden soll deren Zahl aber auch dadurch, dass mehr Haftplätze geschaffen und damit die Zahl derer, die unmittelbar von Abschiebung bedroht sind, ohne untertauchen zu können. Bisher verfügt Italien über zehn Abschiebelager im ganzen Land. Deren Zahl soll nun auf 20 – eines in jeder Region –, so Meloni – verdoppelt werden. Um die Bevölkerung nicht zu ängstigen, sollen sie in äußerst dünn besiedelten Gegenden geschaffen werden. Als martialische Botschaft ließ die Regierung zudem verlauten, sie wolle die Armee mit der Schaffung der neuen Camps betrauen.

Zudem will Meloni die Zahl der Repatriierungen abgelehnter Asyl-be-wer-be-r*in-nen durch Beschleunigung der Verfahren vorantreiben. Schuldig bleibt die Regierung jedoch die Auskunft, wie sie dies operativ umsetzen will. Im letzten Jahr erfolgten etwa 3.000 Rückführungen, in den ersten sieben Monaten des laufenden Jahres waren es rund 2.500. Selbst nach Tunesien, dem Land, mit dem die stabilste Kooperation auf diesem Feld besteht, brachte

Harten Worten folgt wenig Konkretes Italiens Rechtspopulistin Meloni will die Abschiebehaft für abgelehnte Asylbewerber verlängern. Auch die Zahl der Repatriier....

Italien im Jahr 2022 nur 1.000 Mi-gran-t*in-nen zurück, denn Tunesien akzeptiert nur zwei Flugzeugtransporte pro Woche.

Wie Italien vor diesem Hintergrund gerade auch angesichts des Fehlens von Abkommen mit den meisten Herkunftsstaaten die Zahl der Repatriierungen deutlich steigern will, bleibt vorerst ein Geheimnis. Ende Juli veranstaltete Meloni eine Konferenz zu Entwicklung und Migration in Rom, die 21 Staaten aus Europa, Afrika und dem Nahen Osten mit dem Ziel zusammenbrachte, neue Wege bei der Bekämpfung irregulärer Migration zu definieren.

Für Montagnachmittag war ein Treffen zwischen Italiens Innenminister Matteo Piantedosi und seinem französischen Kollegen Gérald Darmanin in Rom geplant. Wir wollen unseren italienischen Freunden, mit denen wir in dieser Frage völlig übereinstimmen, sagen, dass wir die Außengrenzen der EU schützen müssen und Menschen ohne Aussicht auf Asyl wieder zurückschicken müssen, sagte Darmanin dem Sender Europe 1. Der französische Innenminister bezog sich damit auf etwa 60 Prozent der Ankommenden aus Ländern wie der Elfenbeinküste, Guinea oder Gambia, wo es keine Notlage gibt.

meinung + diskussion

Load-Date: September 18, 2023

Existenzminimum muss gedeckt werden; FDP-Minister gehen mit Vorschlag zur Reduzierung von Pull-Faktoren an verfassungsrechtliche Grenzen

taz, die tageszeitung

Montag 30. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 6

Length: 501 words

Byline: Christian Rath

Highlight: FDP-Minister gehen mit Vorschlag zur Reduzierung von Pull-Faktoren an verfassungsrechtliche Grenzen

Body

Von Christian Rath, Freiburg

Finanzminister Christian Lindner und Justizminister Marco Buschmann (beide FDP) wollen Sozialleistungen für **Asylsuchende** absenken oder ganz streichen. Dies dürfte zumindest teilweise gegen die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts verstoßen.

Lindner und Buschmann gehen in einem Gastbeitrag für die Welt am Sonntag davon aus, dass es aus rechtlichen und faktischen Gründen in der Regel nicht gelingt, ausreisepflichtige Aus-län-de-r:in-nen abzuschieben. Deshalb müsse verhindert werden, dass sie überhaupt nach Deutschland kommen. Hierzu wollen sie finanzielle Pull-Faktoren reduzieren, die Deutschland vermeintlich attraktiv machen. So sollen bei der Berechnung des Existenzminimums Kosten für Festnetzanschlüsse, Kulturveranstaltungen und Zeitungen nicht mehr berücksichtigt werden. Leistungen sollen nur noch per elektronischer Bezahlkarte ausbezahlt werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat in einem Urteil von 2012 und einem Beschluss von 2021 dazu Vorgaben gemacht. Danach darf das Leistungsniveau für Asylsuchende nicht unter das Existenzminimum abgesenkt werden, um Mi-gran-t:in-nen und Flüchtlinge abzuschrecken, nach Deutschland zu kommen. Die Menschenwürde ist migrationspolitisch nicht zu relativieren, entschied das Gericht.

Allerdings hat der Gesetzgeber einen Gestaltungsspielraum bei der Bestimmung des Existenzminimums. Darauf berufen sich die FDP-Minister. Sie wollen das Existenzminimum nicht unterschreiten, sondern nur ausgestalten. Das ist nicht per se verboten. So kann der Gesetzgeber laut Bundesverfassungsgericht frei entscheiden, ob er Bargeld, Gutscheine oder Sachleistungen auszahlt und ob er die Höhe der Leistungen nach einem Warenkorb oder anders berechnet.

Beachten muss der Gesetzgeber aber, dass das Existenzminimum einheitlich gewährt werden muss. Eine Differenzierung nach körperlichen Bedürfnissen (Essen, Unterkunft, Hygiene) und sozialer Teilhabe (Telefon,

Existenzminimum muss gedeckt werden FDP-Minister gehen mit Vorschlag zur Reduzierung von Pull-Faktoren an verfassungsrechtliche Grenzen

Kultur, Medien) ist nicht möglich. Das haben Lindner und Buschmann bei ihrem Kürzungsvorschlag wohl übersehen. Zwar darf der Gesetzgeber bei einem kurzzeitigen Aufenthalt von anderen Bedarfen ausgehen als bei einem längeren Aufenthalt. Allerdings wollen die Minister die Absenkungen gerade nicht auf eine kurze Ankunftssituation beschränken, sondern sogar zeitlich ausweiten.

Außerdem schlagen Buschmann und Lindner vor, Flüchtlingen nur noch eine Fahrkarte zu bezahlen, wenn ein anderes Land nach den Dublin-Regeln für die Asylprüfung zuständig ist. Hier geht es nicht mehr um die Reduzierung von Pull-Faktoren, sondern um Druck auf Ausreisepflichtige.

In einer Entscheidung von 2021 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass auch bei Ausreisepflichtigen das Existenzminimum gewährt werden muss. Zumindest wenn der Bedarf im Einzelfall nachgewiesen wird, müsse er auch gedeckt werden. Es ging dabei um einen Mann aus Kamerun, der bereits seit 2003 ausreisepflichtig ist, die Abschiebung aber durch mangelnde Kooperation bei der Identitätsfeststellung verhinderte.

Load-Date: October 29, 2023

End of Document

Feuer, Hitze und Hetze; Rechte Kampagne in Griechenland: Migranten seien schuld an den verheerenden Waldbränden. 18 Geflüchtete waren am Dienstag in der Region Evros verbrannt

taz, die tageszeitung

Donnerstag 24. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 1230 words

Byline: Ferry Batzoglou

Highlight: Rechte Kampagne in Griechenland: Migranten seien schuld an den verheerenden Waldbränden. 18 Geflüchtete waren am Dienstag in der Region Evros verbrannt

Body

Aus Athen Ferry Batzoglou

Ihr Anblick war erschreckend. Pavlos Pavlidis, Gerichtsmediziner, untersuchte die 18 verkohlten menschlichen Überreste just an jener Stelle, wo sie am Dienstag gefunden worden waren: im Naturwald von Dadia in der Region Evros im äußersten Nordosten von Griechenland, an der Festlandgrenze zur Türkei.

Die Leichen, alles Männer, darunter zwei Minderjährige, waren Geflüchtete. Sie befanden sich auf dem Weg von der Grenze ins Landesinnere von Griechenland, bis sie im Dadiawald, einer Durchgangsstation für viele Flüchtlinge und Migranten, einen grausamen Tod starben. Die Schutzsuchenden hatten sich in einer Hütte im Wald versteckt, um nicht der Polizei in die Hände zu fallen. Doch dann erfasste sie die gewaltige Feuerwalze.

In ihrer Wut und Verzweiflung betreiben die Griechen derzeit eine wilde Blüten treibende Ursachenforschung. Geradezu menschenverachtend sind mehr oder minder direkte Andeutungen von Politikern und Kommentatoren, wonach ausgerechnet über die Türkei nach Hellas gelangte Flüchtlinge und Migranten die Waldbrände legen würden. Ihrem Narrativ über den Migranten als Brandstifter im Rahmen eines mutmaßlichen Hybridkrieges schenken nicht wenige Griechen Glauben, offen rassistische Anfeindungen und sogar Hetze gegen Flüchtlinge inklusive.

Hohe Wellen schlägt ein Video, das am Dienstag im Internet die Runde machte. Ein Grieche behauptet darauf, Migranten aus einem brennenden Gebiet eingesammelt zu haben. Er ist mit den Worten zu hören: Ich habe 25 Stück geladen, gemeint sind Migranten, indem er auf einen Autoanhänger zeigt. Sie werden uns verbrennen. Sie werden uns verbrennen!, ätzt er und öffnet die Tür. Im Innenraum sind einige Migranten zu sehen. Der ganze Berg ist voll von ihnen, poltert er dann, um schließlich zu einem Pogrom aufzurufen. Organisiert euch, um sie zusammenzutreiben!, sagt er in seiner Tirade.

Feuer, Hitze und Hetze Rechte Kampagne in Griechenland: Migranten seien schuld an den verheerenden Waldbränden. 18 Geflüchtete waren am Dienstag in der Region E....

Unterdessen nahm die griechische Polizei (Elas) drei Personen in der Sache fest. Der Besitzer des Fahrzeugs, ein ausländischer Staatsangehöriger laut griechischen Medienberichten ein Albaner, der auf dem Video zu sehen ist, wie er einen Anhänger zieht, in dem 13 illegale Einwanderer syrischer und pakistanischer Herkunft illegal festgehalten wurden, wurde gefunden, festgenommen und im Sicherheitsbereich von Alexandroupolis inhaftiert.

Der Vorfall ereignete sich am Dienstagnachmittag in der Nähe von Alexandroupolis. Neben dem Besitzer des Fahrzeugs wurden auch zwei griechische Staatsangehörige festgenommen, die ihm mutmaßlich geholfen haben sollen. Die festgenommenen Personen werden der griechischen Justiz übergeben, hieß es in einer offiziellen Pressemitteilung der griechischen Polizei.

Die Kommunistische Partei (KKE) legte derweil den Finger in die Wunde. Der Tod entwurzelter Mitmenschen im Dadiawald sei ein schreckliches Verbrechen, wie die KKE in ungewöhnlich scharfem Ton anprangerte. Die verkohlten Leichen in Evros reihten sich in die lange Liste von Flüchtlingen und Migranten ein, die auf ihrem Weg der Entwurzelung ihr Leben verlieren, weil sie gezwungen sind, die gefährlichsten Fluchtrouten zu nehmen.

Die explosive Mischung aus einwanderungsfeindlicher Politik und dem völligen Fehlen von Präventions- und Brandverhütungsplänen bringe immer neue Tragödien hervor. Die Verantwortung der Regierung dafür sei, so die KKE, kriminell.

Ob im zentralgriechischen Bötien, auf der Urlaubsinsel Kythnos, der agrarisch geprägten Halbinsel Euböa, im Gewerbegebiet im westattischen Aspropyrgos oder auf dem dichtbewaldeten Berg Parnitha, der (bis zuletzt) als grüne Lunge der nahe gelegenen Betonwüste Athen fungierte: Griechenland erlebt erneut einen Katastrophensommer.

Laut dem Europäischen Informationssystem für Waldbrände (EFFIS) sind in ganz Griechenland dieses Jahr bis zum Stichtag 19. August kumulativ 63.222 Hektar verbrannt. Fest steht: weitere 43.500 Hektar sind vom vorigen Samstag bis Montag dazugekommen, davon 38.000 Hektar verbrannte Erde alleine im aktuell ultimativen Feuerhotspot Evros. Dabei ist der verheerende Dienstag dieser Woche mit seinen vielen großflächigen Waldbränden noch gar nicht berücksichtigt.

Dies ist bereits jetzt landesweit etwa dreimal mehr als im Schnitt der Gesamtjahre 2006 bis 2022, als laut EFFIS im Schnitt 43.490 Hektar pro Jahr in Hellas verbrannten. Dabei hatte die Regierung in Athen unter dem konservativen Premier Kyriakos Mitsotakis noch Mitte Juli öffentlich versichert, man sei bestens auf die diesjährige Waldbrandsaison vorbereitet.

Genau das hatten Premier Kyriakis Mitsotakis und Co. hoch und heilig schon zu Beginn des Katastrophensommers 2021 versprochen. Abermals zeigt sich: alles heiße Luft. Der griechische Feuerhorror will kein Ende nehmen. Meteorologen sagen bis Freitag konstant heißes und trockenes Wetter in Griechenland bei zugleich starken Winden voraus. Die Brandgefahr halte daher zumindest bis Ende der Woche an.

Besonders tragisch ist die Lage gegenwärtig an der Feuerfront in der Region Evros. Bereits seit Samstag brennen hier die Wälder. Die Feuerfront, die sich im Rekordtempo bis in die westlich gelegene Region Rhodopen ausgebreitet hat, wies am Dienstag eine Länge von sagenhaften einhundert Kilometern auf.

Die Flammen näherten sich der 75.000 Einwohner zählenden Hafenstadt Alexandroupolis, mehrere Ortschaften im Umkreis mussten evakuiert werden. In der Nacht zum Dienstag sahen sich die Behörden gezwungen, die dortige Universitätsklinik hastig zu räumen. Mehr als 100 Patienten wurden mit Krankenwagen und einem Fährschiff in die 160 Kilometer westlich gelegene Hafenstadt Kavala gebracht. Auch zwei Altersheime wurden geräumt.

In Bötien war am Montag ein Schäfer ums Leben gekommen. Er hatte versucht, seine Tiere vor einem Feuer zu retten. Mehrere Nonnen konnten in letzter Minute aus einem Kloster gerettet werden. Dutzende Häuser, Betriebsstätten und Lager fielen den Feuern bisher zum Opfer. Am Mittwochmorgen näherte sich ein am Dienstag ausgebrochenes Großfeuer am Fuße des Berges Parnitha dem nördlichen Athener Vorort Acharnes mit seinen gut 100.000 Einwohnern. Er liegt nur etwa 12 Kilometer von der Akropolis entfernt. 150 Personen aus drei

Feuer, Hitze und Hetze Rechte Kampagne in Griechenland: Migranten seien schuld an den verheerenden Waldbränden. 18 Geflüchtete waren am Dienstag in der Region E....

Seniorenheimen mussten dort evakuiert werden. Auch das große Flüchtlingscamp in Amygdaleza im Norden von Athen mit etwa 700 Asylbewerbern wird wegen des Großfeuers auf dem Parnitha-Berg evakuiert.

Auch der durch die Waldbrände verursachte ökologische Schaden ist enorm, nicht nur wegen der massiv in die Luft geratenen toxischen Gase bei ausgebrochenen Bränden in Industrieanlagen im Gewerbegebiet Aspropyrgos nahe Athen. Der Dadiawald in Evros ist die Heimat von Raubvögeln und der einzige Wald in Europa, in dem alle vier europäischen Geierarten leb(t)en. Das geschützte Gebiet war das Zuhause von 36 Säugetierarten, 40 Reptilien- und Amphibienarten sowie 219 Vogelarten.

In den Augen der schärfsten Regierungskritiker ist wiederum der in Sachen multiple Feuerkatastrophen seltsam apathische Mitsotakis schlicht ein Versager. Für Verstörung sorgt er selbst: Während in Evros und anderswo bereits Waldbrände wüteten, ließ sich der unbeirrt weiter urlaubende Mitsotakis mit seiner ältesten Tochter Daphne breit grinsend auf einer knapp 2.500 Meter hohen Bergspitze im fernen Kreta für seinen Instagram-Account fotografieren. Die Bildunterzeile lautete: Wir erobern Gipfel! Der besagte Gipfel ist wie das ganze Areal gänzlich baumlos.

Load-Date: August 23, 2023

End of Document

Frust auf dem Dorfe; In Tegernsee leben 200 Geflüchtete notdürftig in einer Turnhalle. Die Kommune fühlt sich von der Bundespolitik im Stich gelassen

taz, die tageszeitung

Montag 06. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 4-5

Length: 2624 words

Byline: Sabina Zollner, Quirin Leppert

Highlight: In Tegernsee leben 200 **Geflüchtete** notdürftig in einer Turnhalle. Die Kommune fühlt sich von der Bundespolitik im Stich gelassen

Body

Aus Tegernsee Sabina Zollner (Text) und Quirin Leppert (Fotos)

Während im Sommer Touristenmassen am See entlangschlendern, ist Anfang November in Tegernsee wenig los. Das Wasser des Sees ist rau, Wellen schwappen an den Steg und es weht ein starker Wind. Nur am Rathaus ist Trubel. Eine Hochzeitsgesellschaft formiert sich dort: Vorne stehen drei Männer in Lederhosen, mit Trompeten in der Hand, und hinter der Mini-Blaskapelle ein junges Paar in Tracht. Das Rathaus direkt am See ist eine beliebte Hochzeitslocation. Drinnen bittet Bürgermeister Johannes Hagn die Reporterin in seinen Besprechungsraum. Der CSU-Ortsvorstand kommt schnell auf den Punkt. Viele meinen, am Tegernsee würden Milch und Honig fließen und dass es deshalb hier keine Probleme gibt, sagt er. Aber das Gegenteil ist der Fall. Der Bürgermeister meint die schwierige Unterbringung der **Geflüchteten** im Ort. Die Herausforderungen bei einer sinnvollen Integration, die sich auch in der scheinbaren Idylle von Tegernsee stellten.

Laut einer kürzlich veröffentlichten Befragung von 600 Kommunen der Universität Hildesheim und des Mediendienstes Integration sind 40 Prozent der Kommunen in Deutschland nach eigener Einschätzung überlastet oder im Notfallmodus. 45 Prozent der Kommunen gaben an, dass sie derzeit Notfallunterkünfte nutzen. Die Stadt Tegernsee ist eine davon. Da es an Unterbringungsmöglichkeiten und Wohnraum fehlt, wohnen seit einem Jahr 200 Geflüchtete in einer Turnhalle des Gymnasiums. Der Rest ist in einem ehemaligen Hotel untergebracht. 270 Asyl-be-wer-be-r:in-nen sind es insgesamt, zehn Prozent der Gesamtbevölkerung von Tegernsee.

In ganz Bayern sind nur eine Handvoll Turnhallen durch Geflüchtete belegt, wie eine taz-Anfrage bei den einzelnen Regierungsbezirken zeigt. Trotzdem ist die Lage im gesamten Bundesland angespannt. Laut dem Bayerischen Innenministerium wurden bis Ende September dieses Jahres 38.020 Asylanträge gestellt, das sind 110 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Derzeit sind mehr als 96 Prozent der Asylunterkünfte ausgelastet. Bei dem Migrationsgipfel am Montag beraten die Mi-nis-ter-prä-si-den-t:in-nen mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) über die Frage, wie man die Bundesländer bei der Unterbringung von Geflüchteten besser unterstützen kann.

Frust auf dem Dorfe In Tegernsee leben 200 Geflüchtete notdürftig in einer Turnhalle. Die Kommune fühlt sich von der Bundespolitik im Stich gelassen

Was aber wünschen sich Kommunen wie Tegernsee?

Spricht man mit dem Bürgermeister, spürt man eine gewisse Anspannung beim Thema Migration. Wir kämpfen hier an verschiedenen Fronten, sagt er. Eltern machen sich Sorgen, dass ihre Kinder keinen Kitaplatz bekommen, diese muss er besänftigen. Schüler müssen seit einem Jahr für den Sportunterricht in die umliegenden Orte fahren und bekommen so nur noch die Hälfte des Sportunterrichts. Und dann sind da noch die knapp zehn Prozent der Bürger, die bei der Landtagswahl im Oktober ihr Häkchen bei der AfD setzten.

Der Bürgermeister betont dennoch: Es gebe einen Konsens unter den Bür-ge-r:in-nen und im Stadtrat, dass den Menschen geholfen werden müsse: Kein Asylbewerber kann etwas für eine schlechte Asylpolitik. Deshalb behandeln wir die Menschen so, wie wir behandelt werden wollen, sagt er.

Aus Hagns Büro blickt man direkt auf den Tegernsee. Hinter dem dicht besiedelten Ufer geht es steil nach oben, dort ragen die Berge des Alpenvorlandes in den Himmel. Wir haben hier eigentlich nur 1-a-Wohnlagen und dadurch einen extrem angespannten Wohnungsmarkt und einen hohen Druck durch Investoren, beschreibt der Bürgermeister. In der Stadt direkt am See leisten sich viele Vermögende eine Zweitwohnung. Dadurch fehlt es an Wohnraum für Menschen, die wirklich vor Ort leben wollen.

Die Stadt hat die Zweitwohnsitzsteuer bereits von zwölf auf 20 Prozent erhöht. Künftig soll sie noch mal steigen. Über die Einnahmen konnte die Kommune bereits Wohnungen im Wert von zehn Millionen Euro kaufen und so günstige Mieten unter zehn Euro pro Quadratmeter schaffen. Doch das reicht nicht. Und weil auch die bisher 270 Geflüchteten eine längerfristige Bleibe als eine Turnhalle brauchen, verschärft sich die Lage auf dem örtlichen Wohnungsmarkt noch weiter.

Nicht nur am Tegernsee, auch im Rest des Landkreises Miesbach in Oberbayern hat man in den Unterkünften ein großes Problem mit Fehlbelegungen. Das sind Asylbewerber:innen, die bereits ihr Bleiberecht erhalten haben und somit eigentlich nicht mehr in den staatlichen Unterkünften sein sollten. Doch die meisten scheitern daran, eine bezahlbare Wohnung zu finden. In Tegernsee zahlt man durchschnittlich zwischen 15 und 25 Euro Miete pro Quadratmeter. Die Geflüchteten bleiben deshalb in den Unterkünften. Dort fehlt wiederum Platz für Neuankömmlinge.

Dem Landkreis werden derzeit 50 Geflüchtete alle zwei Wochen vom Bayerischen Innenministerium zugewiesen. Insgesamt waren Ende September 1.900 geflüchtete Menschen im Landkreis untergebracht, etwa die Hälfte kommen aus der Ukraine, der Rest hauptsächlich aus Afghanistan, Syrien, Türkei, Nigeria, Peru und Jordanien. Noch duldet der Landkreis die Fehlbelegungen, das könnte sich aber ändern. Den Geflüchteten droht dann im schlimmsten Fall Obdachlosigkeit.

Damit sich die Lage entspannt, müsse die Zahl der ankommenden Geflüchteten verringert werden, sagt Bürgermeister Hagn. Genehmigungsverfahren für die Schaffung von Unterkünften seien zu kompliziert: Objekte müssten derzeit oftmals teuer und aufwändig umgebaut werden, um beispielsweise bestimmte Brandschutzvorgaben zu erfüllen. Hier müsse laut Hagn ein Umdenken stattfinden. Mit diesen Themen will sich nur leider niemand auseinandersetzen, weil es unangenehm ist, lange dauert und wir uns dann teilweise von unseren hohen Standards verabschieden müssen, sagt er.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die kürzlich veröffentlichte Befragung der Universität Hildesheim und des Mediendienstes Integration. Als hilfreiche Maßnahmen wurden in der Befragung seitens der Kommunen vor allem eine Begrenzung der Zuwanderung, finanzielle Unterstützung sowie Erleichterungen bei Baumaßnahmen und im sozialen Wohnungsbau gewünscht.

Läuft man vom Rathaus am Tegernsee entlang ortsauswärts, passiert man mehrere Hotels, Trachtenshops sowie das Bräustüberl, in dem im Sommer Brezen und frisch gezapftes Bier im Biergarten serviert werden. Hinter dem Biergarten erreicht man nach ein paar hundert Metern das Gymnasium Tegernsee. Das große, gelbe Gebäude sieht eher nach einem Schloss als nach einer Schule aus. Früher war es ein Kloster. Gegenüber am Hang steht die Turnhalle, das Reizthema der Stadt. Neben der Halle mit Kletterwand ist ein Sportplatz, auf dem Sanitärcontainer

Frust auf dem Dorfe In Tegernsee leben 200 Geflüchtete notdürftig in einer Turnhalle. Die Kommune fühlt sich von der Bundespolitik im Stich gelassen

stehen. Sonst deutet wenig darauf hin, dass hier Geflüchtete wohnen. Ein Blick durch das Fenster lässt aneinandergereihte Stockbetten erkennen, abgetrennt durch mit Planen bedeckte Bauzäune. In der Mitte der Halle sind einige Bierbänke aufgestellt.

Dass hier kein Sportunterricht stattfindet, ist nicht nur für die Schü-le:r:in-nen frustrierend, sondern auch für die Sportvereine , erzählt Veronika Bauer. Die Leiterin des Helferkreises wohnt seit acht Jahren am Tegernsee. Seit drei Jahren leitet die ehemalige Unternehmensberaterin den Helferkreis im Ort. Um einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, wie sie selbst sagt. Derzeit sind 25 Personen im Helferkreis aktiv, neue Hel-fe:r:in-nen zu finden ist nicht allzu einfach. Zu helfen ist eine Übung in Frustrationstoleranz , sagt sie. Der Helferkreis hilft den Geflüchteten unter anderem mit Asylanträgen bei den Behörden. Die Anträge sind oft kompliziert, meist dauert deren Bearbeitung lang, es ist oft ein bürokratischer Kampf.

Bauer und ihr Team helfen zudem bei der Wohnungssuche und bei der Vermittlung von Sprachkursen und Kitaplätzen. Auch die 58-Jährige nimmt eine Überforderung mit der Situation in der Stadt wahr. Unsere Rahmenstrukturen sind nicht für die aktuell große Anzahl an Menschen ausgelegt. Die Geflüchteten haben die unterschiedlichsten Hintergründe in Kultur, Alter, Bildung und Familienverhältnissen , sagt sie. Daraus folgen sehr unterschiedliche Bedürfnisse an Unterstützung für eine erfolgreiche Integration.

Der Staat, sagt Bauer, müsse sich mehr Gedanken darüber machen, welche Geflüchteten in welchen Unterkünften untergebracht werden sollten. Das Verteilsystem müsse besser organisiert werden. Das würde die Integrationsarbeit langfristig erleichtern.

Der Helferkreis muss dabei vieles abfedern, was von staatlicher Seite nicht zur Verfügung gestellt wird. So gibt es für die 200 Geflüchteten in der Turnhalle von Tegernsee nur sechs Stunden Asylberatung pro Woche. Das reiche bei Weitem nicht aus. Es kann eigentlich nicht sein, dass wir das alles ehrenamtlich machen , sagt Bauer.

Auch in den Schulen sieht Bauer Probleme entstehen. Leh-re:r:in-nen seien zwar guten Willens, aber gleichzeitig damit überfordert, zusätzlich zu ihren normalen Aufgaben im Schulalltag den Bedürfnissen der Kinder aus geflüchteten Familien gerecht zu werden. Die Kinder haben oftmals kognitive, soziale und emotionale Defizite. Derzeit gibt es vonseiten des Kultusministeriums keine spezielle psychologische oder sozialpädagogische Betreuung in Tegernsee, die das abfedern könnte.

Das bayerische Kultusministerium sehe die Problematik nur als temporär an und will deswegen kein Personal vor Ort aufstocken, so Bauer. Eine Traumahilfe zu organisieren sei deshalb eines der nächsten Projekte.

Ohne den Helferkreis hätten wir keine Integration , sagt Bürgermeister Hagn. Der Staat verlasse sich zu sehr auf Privatpersonen, um der Situation gerecht zu werden. Die Helferkreise noch mehr zu unterstützen und zu professionalisieren, indem sie etwa mehr von staatlicher Seite finanziell gefördert werden, sieht er deshalb auch als Möglichkeit, um die Lage vor Ort zu entlasten.

Wie wichtig zivilgesellschaftliche Strukturen für die Integration sind, hat auch Migrationsforscher Hannes Schammann in einer breit angelegten Studie herausgefunden. Dafür hat er mit 100 Kommunen in den Jahren nach der großen Flüchtlingsbewegung 2015/2016 Interviews geführt. Dabei zeigte sich, dass vor allem die gesellschaftliche Stimmung vor Ort und der politische Wille eine wichtige Rolle für erfolgreiche Integration spielen. Entscheidend dafür ist, wie lokale Po-li-ti-ke:r:in-nen kommunizieren. Sie können über den Grad der Akzeptanz in der Bevölkerung entscheiden indem sie sich beispielsweise unangenehmen Bürgerversammlungen stellen.

Vonseiten der Verwaltung und der Zivilgesellschaft wird wiederum ein aktives Handeln verlangt. Die Zusammenarbeit von Behörden und Zivilgesellschaft ist essenziell, um ein Überforderungsgefühl zu verhindern , sagt Schammann. Im ländlichen Raum spielt zudem die Bleibeperspektive eine große Rolle: Wenn die Kommunen das Gefühl haben, dass die Geflüchteten bald wieder gehen, dann sind auch das Engagement und die Integrationsbereitschaft geringer.

Frust auf dem Dorfe In Tegernsee leben 200 Geflüchtete notdürftig in einer Turnhalle. Die Kommune fühlt sich von der Bundespolitik im Stich gelassen

Trotzdem gibt es auch strukturelle Probleme, welche die Kommunen unabhängig von Behörden und Zivilgesellschaft überfordern können. Zum Beispiel die Kinderbetreuung: Läuft man vom Tegernseer Rathaus aus dem Ort heraus, führt eine steile Straße den Berg hinauf. Nach ein paar Minuten Fußweg erreicht man die Christuskirche, ein gut gepflegter weiß-roter Kirchenbau. Dahinter versteckt sich der evangelische Kindergarten. Neben dem Bauernhaus mit den typischen bayerischen Holzbalkonen steht ein Container. Dieser wurde erst kürzlich aufgestellt, um Kita- und Hortplätze zu schaffen.

Momentan haben wir 50 Kinder auf der Warteliste, erzählt Eva Schwarzer, die stellvertretende Leiterin des Kindergartens. Sie sitzt gerade in ihrem Büro, auf dem Tisch stapeln sich bunte, glitzernde Kunstwerke, Überbleibsel einer Kunstausstellung. Es sind nicht nur geflüchtete Kinder, die auf einen Platz warten. Schwarzer und ihr Team mussten in den letzten Monaten immer wieder Familien abweisen.

Für die Kinder ist das eine Zumutung. Wir sehen richtig, wie gut ihnen das tut, hier zu sein, sagt sie. Da sie oft in beengten Wohnverhältnissen leben, ist die Kita für sie eine angenehme Abwechslung, sie finden zudem sozialen Anschluss und können die Sprache lernen. Mittlerweile sind in fast allen Kitagruppen auch Kinder aus geflüchteten Familien. Dass nicht mehr Plätze geschaffen werden, ist kein Platz- sondern ein Personalproblem. Es fehlt an Erzieher:innen. Die Gemeinde ist sehr bemüht und nimmt unglaublich viel Geld in die Hand, aber sie können halt auch keine Erzieher:innen schnitzen, sagt Schwarzer. Auch sie sieht ein Problem darin, dass es keine psychologische Betreuung gibt. Es gibt hier sicherlich Kinder, die etwas erlebt haben, was wir uns gar nicht vorstellen können, sagt sie. Das fällt ihr oft an Kleinigkeiten auf. Etwa wenn das Licht ausgemacht wird oder man schnell auf die Kinder zurennt, dann reagieren die Kinder anders als der Rest der Gruppe. In solchen Momenten merkt sie, dass professionelle Hilfe nötig wäre.

Fehlende Fachkräfte und Wohnraum, unterfinanzierte Sozialdienste das Thema Migration legt offen, wo es sonst auch gesamtgesellschaftlich fehlt.

Wenn am 6. November die Ministerpräsident:innen in Berlin mit dem Kanzler zusammenkommen, ist das der Versuch, die Kommunen zu entlasten: mit mehr Geld, mit einem Bürokratieabbau. In einem Beschluss Mitte Oktober forderten Kommunen und Länder eine Pauschale von 1,25 Milliarden Euro sowie pro Migration mindestens 10.500 Euro. Außerdem soll der Bund die Unterkunftskosten vollständig übernehmen. Auch eine elektronische Bezahlkarte ist im Gespräch damit Geflüchtete nicht mehr um Bargeld auf dem Amt anstehen müssen.

Bauer und Hagn erwarten wenig vom Bund-Länder-Gipfel: Das sind wichtige Diskussionen, und man doktert an Symptomen herum, ohne die eigentliche Ursache zu bekämpfen, sagt Bauer. Das sind komplexe Probleme, die komplexe Lösungen brauchen, da wird ein Gipfel nichts bringen, sagt Hagn. Es ist wohl noch eine ganze Menge Durchhaltevermögen gefragt von allen Seiten.

Kein Asylbewerber kann etwas für eine schlechte Asylpolitik, sagt der Bürgermeister von Tegernsee

Zu helfen ist eine Übung in Frustrationstoleranz

Der Bund-Länder-Gipfel

Am Montag kommen in Berlin erst die Regierungschefinnen und Regierungschefs der 16 Bundesländer zusammen, am Nachmittag werden die Beratungen im Kanzleramt zusammen mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) fortgesetzt. Ein großer Streitpunkt ist die Unterstützung der Kommunen bei der Versorgung von Geflüchteten. Ein Gipfel im Mai hatte die Finanzierungsfrage zunächst vertagt.

Die Streitpunkte Beim Thema Migration geht es um die Aufteilung der Kosten, um die Reduzierung der Flüchtlingszahlen und um die schnellere Rückführung abgelehnter Asylbewerber in ihre Heimatstaaten. Die Länder und mit ihnen die Kommunen erwarten vom Bund, dass er sich erheblich stärker an der Finanzierung beteiligt als bislang geplant. Der Bund will nach ihren Angaben seinen Anteil von 3,75 Milliarden Euro in diesem auf 1,25 Milliarden Euro im kommenden Jahr reduzieren. Das wollen die Länder nicht hinnehmen. In einem Beschluss

Frust auf dem Dorfe In Tegernsee leben 200 Geflüchtete notdürftig in einer Turnhalle. Die Kommune fühlt sich von der Bundespolitik im Stich gelassen

hatten sie Mitte Oktober eine Pauschale von 1,25 Milliarden Euro sowie pro Migrant mindestens 10.500 Euro verlangt.

Die Standpunkte Am Wochenende versuchten die Ministerpräsident*innen, den Druck auf die Ampelkoalition noch einmal zu erhöhen: Der Bund trägt die Verantwortung für die Sicherung der Außengrenzen. Da kann es nicht sein, dass der Bund nur einen Bruchteil der Kosten übernehmen will , sagte Sachsen-Anhalts Regierungschef Reiner Haseloff (CDU). Der Deutsche Städtetag forderte eine Verdopplung der bisher vom Bund in Aussicht gestellten Gelder. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Reem Alabali-Radovan (SPD), beklagte indes den Tonfall der Debatte. Die Schärfe spaltet unsere Gesellschaft in Die anderen und Wir . Es sei falsch, Migration als Ursache für sämtliche Probleme in Deutschland heranzuziehen. (dpa)

Load-Date: November 5, 2023

End of Document

Grüne sind nicht der Gegner; Die EU-Migrationspolitik sollte reale Alternativen zur Abschreckung ins Auge fassen. Das heißt: zirkuläre Mobilität aus Afrika zu erlauben

taz, die tageszeitung

Dienstag 01. August 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 12

Length: 1009 words

Byline: Olaf Bernau

Highlight: Die EU-Migrationspolitik sollte reale Alternativen zur Abschreckung ins Auge fassen. Das heißt: zirkuläre Mobilität aus Afrika zu erlauben

Body

debatte

Zu Recht wird derzeit massive Kritik an der geplanten EU-Asylreform geübt, ist doch eine abermalige Verschärfung der ohnehin dramatischen Situation auf den Migrationsrouten zu befürchten. Dies umfasst nicht nur die nahezu täglichen Bootsunglücke oder Folterlager in Libyen. Auch die Situation in der Wüste wird immer prekärer, vor allem im Niger, dem wichtigsten Transitland für Mi-gran-t:in-nen aus West- und Zentralafrika: Dort wurde auf Druck der EU 2015 ein Gesetz verabschiedet, das die bis dahin völlig legalen Dienstleistungen für Mi-gran-t:in-nen unter Strafe stellt: Viele der über Nacht zu Kriminellen erklärten Transporteure, Hos-tel-be-trei-be-r:in-nen oder Händ-le-r:in-nen büßten ihre Existenzgrundlagen ein, die Wüstendurchquerung wurde lebensgefährlich, und in Agadez hat sich die Bevölkerung durch hängengebliebene und rückgeschobene Mi-gran-t:in-nen binnen weniger Jahre mehr als verdoppelt.

Im Zentrum der Debatte stehen paradoxerweise die Grünen, obwohl sie die Einzigen im etablierten Parteienspektrum sind, die erklärtermaßen eine andere Vorgehensweise bevorzugen würden, sollten dies die politischen Mehrheitsverhältnisse in Europa hergeben. Charlotte Wiedemann etwa meinte an dieser Stelle, dass eine universalistische Ethik der Gerechtigkeit bei den Grünen keine Heimat mehr hätte. In der Tat, die EU-Pläne sind abgründig, doch die Fokussierung auf die grüne Partei lässt die Frage (unfreiwillig) in den Hintergrund treten, worin denn eine rea-le Alternative zur Abschreckungspolitik bestehen könnte.

Eine generelle Antwort gibt es nicht, dafür sind die Migrationsdynamiken aus den einzelnen Weltregionen viel zu unterschiedlich. Erforderlich ist vielmehr ein geografisch ausdifferenzierter Blick, etwa auf Westafrika, wozu Länder wie Nigeria, Mali oder die Elfenbeinküste gehören. Von dort kommen zwar nicht die meisten Migrant:innen, aber die südliche Außengrenze spielt in der öffentlichen Debatte seit jeher eine prominente Rolle. Gleichzeitig tritt dort die Widersprüchlichkeit europäischer Migrationspolitik offen zutage. Denn die Logik westafrikanischer Migration wird

Grüne sind nicht der Gegner Die EU-Migrationspolitik sollte reale Alternativen zur Abschreckung ins Auge fassen. Das heißt: zirkuläre Mobilität aus Afrika zu er....

umfassend verkannt. Migration hat hier eine jahrhundertelange Geschichte, sie ist schon immer eine Überlebensstrategie, allerdings keine, die als negativ empfunden würde. Im Gegenteil: Migration ist Teil des Lebenszyklus, mancherorts müssen junge Männer sogar temporär migrieren, um heiraten zu können – meist innerhalb Westafrikas, selten bis nach Europa. Migration wird hier gemeinhin als zirkulär gedacht, ein Sprichwort in Mali besagt, dass Migration bedeutet, vom ersten Tag der Migration an die Rückkehr vorzubereiten. Die Leute gehen, um etwas zu lernen oder um ihre Familien unterstützen zu können. 2019 machten Rücküberweisungen in Nigeria 4,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts aus, in Mali 5,5 Prozent und in Gambia 14,9 Prozent.

Und noch etwas ist wichtig: Migration ist eine Antwort auf schmerzlich erlebte Perspektivlosigkeit, die sich nicht durch Zäune steuern lässt, wie die Aussage eines jungen Senegalesen in der lesenswerten UN-Studie *Scaling Fences* deutlich macht: Am Ende wollen wir alle das Gleiche im Leben: Gesundheit, gute Jobs und die Freiheit, für uns und unsere Familien das Beste rauszuholen. Und weil viele Leute das Gefühl umtreibt, diese Möglichkeiten in Afrika nicht zu haben, gehen sie nach Europa.

Angesichts solcher Erfahrungen wird begreiflich, warum die EU-Migrationspolitik einem moralischen Bankrott gleichkommt. In Westafrika ist Migration normal, umzukehren ist undenkbar, wer mit leeren Händen nach Hause kommt, gilt als Versager. Repression kann zwar die Wege teurer, länger und gefährlicher machen, nicht aber Menschen aufhalten. Das zeigen auch Zahlen, die seit der Jahrtausendwende teils höher, teils niedriger sind, jedoch nie verebben.

Was ebenfalls nicht ausreicht, ist die viel zitierte Fluchtursachenbekämpfung. Diese spielt zwar eine wichtige Rolle, gerade mit Blick auf Perspektivlosigkeit. Wer sich freilich erhofft, so Ankunfts zahlen drücken zu können, verkennt das in der Wissenschaft schon lange als *Migrations-buckel* bekannte Phänomen, wonach die meisten *Mi-gran-t:in-nen* nicht aus den ärmsten, sondern etwas besser situierten Ländern wie Mexiko oder Ägypten kommen. Was also tun?

Die Grünen dürften die EU-Asylreform nur um den Preis blockieren können, dass sie an den Urnen abgestraft würden, was aber mit Blick auf die Klimapolitik nicht wirklich zu hoffen ist. Zielführender scheint es, für echte Fluchtursachenbekämpfung sowie einen schrittweisen Rückbau des Grenzregimes zu werben, also die zirkuläre Migration zuzulassen, die ohnehin der historische Normalzustand ist. Es gibt schon wichtige Traktate, die sich dafür aussprechen. Aber häufig wird vor allem menschenrechtlich argumentiert, ohne Berücksichtigung der Tatsache, dass es in Regionen wie Westafrika bis heute normal ist, zu kommen und zu gehen. Nur wenn Menschen die Möglichkeit haben, geregelt zu wandern, werden sie auf gefährliche Wege verzichten. Denn dann können sie erfolgreich sein und mit vollen Händen zurückkehren. Konkreter: Migrationswillige müssen bereits zu Hause Zugang zu Sprachkursen und berufsvorbereitenden Maßnahmen erhalten. Rückkehrwillige sollten robuste finanzielle Unterstützung erfahren, vor allem dürfen sie nicht zur Rückkehr gedrängt werden. Denn eine Existenzgründung ist nie einfach, auch hierzulande scheitern 80 von 100 Unternehmen in den ersten 5 Jahren. Insofern muss auch das Recht bestehen bleiben, wieder nach Europa zurückzukehren – egal aus welchen Gründen. Denn wer seinen Aufenthaltsstatus aufgeben muss, um Rückkehrunterstützung zu erhalten, wird sich nicht auf das Wagnis der zirkulären Migration einlassen, die nicht nur in Westafrika zum ökonomischen, sozialen und kulturellen Erbe gehört.

Migrationswillige müssen bereits zu Hause Zugang zu Sprachkursen erhalten

Olaf Bernau

ist bei *Afrique-Europe-Interact* aktiv und hält sich regelmäßig in Mali und Niger auf. 2022 ist bei C. H. Beck sein Buch *Brennpunkt Westafrika. Die Fluchtursachen und was Europa tun sollte* erschienen.

Load-Date: August 1, 2023

Diesem Präsidenten fehlt es an Glaubwürdigkeit; Kommentar von Anna Lehmann zu Frank-Walter Steinmeiers Äußerungen über die Migration

taz, die tageszeitung

Samstag 07. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: MEINUNG UND DISKUSSION; S. 14

Length: 459 words

Byline: Anna Lehmann

Body

Kommentar von Anna Lehmann zu Frank-Walter Steinmeiers Äußerungen über die **Migration**

Die Macht des Bundespräsidenten ist das Wort. Was Frank-Walter Steinmeier zum Tag der Deutschen Einheit sagte, grenzt an Machtmissbrauch. Steinmeier, der sich sonst hinter wohlmeinender Bräsigkeit verschanzt, goss rhetorisch Öl ins Feuer der aufgeheizten **Migrationsdebatte**. Er tat das Gegenteil von dem, was notwendig wäre.

Wenn es überhaupt eine*n Bun-des-präsi-den-t*in braucht, dann in Zeiten wie diesen, in denen eine rassistische und offen faschistisch auftretende Partei an Zuspruch gewinnt und Populismus normales Stilmittel, Antisemitismus kein Rücktrittsgrund mehr ist. Gerade jetzt wäre eine überparteilich respektierte Person gefragt, die an gemeinsame Werte appelliert, an Solidarität, Toleranz und Menschlichkeit. Werte, die oft umso sichtbarer werden, je ernster die Lage ist – ob während der Coronakrise, der Flut im Ahrtal oder zu Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine, als Hunderttausende gen Westen flohen. Steinmeier sagte nichts dergleichen.

Stattdessen sprach er im Interview mit den Tagesthemen davon, dass man Mi-gra-tion begrenzen müsse, die Menschen erwarteten Antworten. Er gab damit all jenen recht, die für die Mängel im Land – ob hohe Preise, marode Infrastruktur, fehlende Arbeitskräfte oder stockende Digitalisierung – ausgerechnet die Schwächsten und Rechtlosesten verantwortlich machen, also die, die dazukamen. Als Lösung erinnerte er an die 1990er Jahre. Damals schränkten Union und SPD das Grundrecht auf Asyl für Menschen ein, die aus sogenannten sicheren Herkunfts- und aus Drittstaaten kamen, also den Nachbarländern Deutschlands. Auch damals lautete die Erzählung: Nicht der rassistische Mob, der Häuser und deren Be-woh-ne-r:in-nen in Rostock oder Mölln abfackelt, ist das Problem, sondern die, denen diese Anschläge galten, und deren angeblicher Asylmissbrauch. Drei Tage nachdem der Bundestag den sogenannten Asylkompromiss beschlossen hatte, verbrannten in Solingen fünf Menschen türkischer Herkunft. Sie waren keine Asylbewerber. Und ob Sie es glauben oder nicht – ich war an jenem Asylkompromiss beteiligt, so Steinmeier.

Doch, das glaubt man gern. Steinmeier steht als Langzeitpolitiker und Parteisoldat für vieles, was in Deutschland schief lief und verschleppt wurde. So setzte er als Außenminister alles daran, Deutschland abhängig von russischer Energie zu machen. Es fehlt ihm deshalb heute an Glaubwürdigkeit und moralischer Autorität, wenn er auf

Diesem Präsidenten fehlt es an Glaubwürdigkeit Kommentar von Anna Lehmann zu Frank-Walter Steinmeiers Äußerungen über die Migration

Pro-ble-me hinweist, die er selbst mit verantwortet. Das zeigte sich bereits in den Monaten nach Beginn des russischen -Angriffskriegs. Und das zeigt sich auch heute wieder, wenn es darauf ankommt, die Gesellschaft zusammenzuführen. Er ist der falsche Präsident.

Load-Date: October 6, 2023

End of Document

Schicksalsträchtiger Gipfel; Nach jahrelangem Zwist wollen die EU-Innenminister eine Reform des Asylrechts beschließen. Wie blicken einzelne Mitgliedsstaaten auf das Vorhaben?

taz, die tageszeitung

Donnerstag 08. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 1052 words

Byline: Eric Bonse, Frederik Eikmanns, Gabriele Lesser, Reinhard Wolff, Alexandra Mostyn

Highlight: Nach jahrelangem Zwist wollen die EU-Innenminister eine Reform des Asylrechts beschließen. Wie blicken einzelne Mitgliedsstaaten auf das Vorhaben?

Body

Von Eric Bonse (Brüssel), Frederik Eikmanns (Berlin), Gabriele Lesser (Warschau), Alexandra Mostyn (Prag) und Reinhard Wolff (Stockholm)

Seit Jahren schiebt die Europäische Union eine Reform des Asylrechts vor sich her. Alle Versuche, zwischen Ankunfts- und Aufnahmeländern zu vermitteln und die Flüchtlinge fairer auf die 27 EU-Staaten zu verteilen, sind bislang gescheitert. Doch nun naht die Stunde der Wahrheit: An diesem Donnerstag will der schwedische EU-Vorsitz eine Entscheidung erzwingen. Beim Treffen der Innenminister in Luxemburg soll sie fallen.

Die Chancen stünden fifty-fifty, sagt ein EU-Diplomat in Brüssel. Es gebe ein Momentum, meint ein anderer. Festlegen wollte sich am Mittwoch niemand. Dafür steht zu viel auf dem Spiel: Es geht nicht nur um den Erhalt des Schengen-Systems der Reisefreiheit, um den Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) bangt. Es geht auch um den Schutz der Außengrenzen und um die Glaubwürdigkeit der EU.

Diesmal soll sich nicht wiederholen, was die Gemeinschaft 2015 in die Krise stürzte: Damals hat die EU zwar einen Beschluss gefasst, doch Ungarn, Polen und viele andere Staaten haben ihn nicht umgesetzt. Um diesen Worst Case zu verhindern, sollen die Innenminister diesmal nicht bloß wie bereits 2015 mit qualifizierter Mehrheit abstimmen, wodurch eine Blockade per Veto verhindert wird.

Der schwedische Ratsvorsitz versucht auch, auf alle möglichen Wünsche und Bedenken einzugehen. Im Gespräch sind nicht nur die in Deutschland umstrittenen Asylverfahren an den Außengrenzen. Auf dem Tisch liegen auch jährliche Obergrenzen, ein Solidaritätsmechanismus mit Ausgleichszahlungen für Verweigerer. Im Gespräch sind 20.000 Euro pro Person sowie EU-Zuschüsse für den Ausbau von Grenzanlagen.

Schicksalsträchtiger Gipfel Nach jahrelangem Zwist wollen die EU-Innenminister eine Reform des Asylrechts beschließen. Wie blicken einzelne Mitgliedsstaaten auf....

Man müsse einen Mittelweg zwischen Solidarität und Verantwortung finden und sich zugleich bemühen, das Hauptankunftsland Italien zu entlasten, so ein Diplomat. Das sei ein schwieriger Balanceakt. Doch selbst wenn ein Deal gelingen sollte, so wäre die Reform noch längst nicht in trockenen Tüchern. Denn am Ende muss sich der Ministerrat auch noch mit dem EU-Parlament einigen.

Das Parlament will jedoch weitergehen als der Rat. Es fordert eine echte europäische Lösung, die auch verbindliche Quoten für die Umverteilung der Asylbewerber enthalten könnte. Die EU stellt sich auf lange und harte Verhandlungen ein: das Treffen in Luxemburg ist nur der Start in einen heißen Sommer. Im Herbst beginnt bereits der Europawahlkampf; dann dürfte eine Einigung noch schwieriger werden.

Doch wie blicken einzelne Mitgliedsländer auf die geplante EU-Asylreform? Ein Überblick.

Wenn in Polen von Asyl oder Kriegsflüchtlingen die Rede ist, denkt kaum jemand an die Millionen Ukrainerinnen, die seit Kriegsbeginn mit ihren Kindern ins Land gekommen sind. Denn Polens Behörden gaben ihnen einen zunächst auf 18 Monate befristeten Aufenthaltsstatus mit Krankenversicherung und sofortiger Arbeitserlaubnis. Ähnlich werden die belarussischen Oppositionellen, die in Polen seit Jahren Schutz suchen, behandelt. Meist finden sie sofort Arbeit in der IT-Branche oder als Ärzte und Pflegepersonal in polnischen Krankenhäusern.

2015 gewannen die Nationalpopulisten von der Recht und Gerechtigkeit (PiS) mit einer Angstkampagne gegen Geflüchtete die Parlamentswahlen. So kippte die damalige Hilfsbereitschaft der Polen in ihr Gegenteil um. Ganz wie von den PiS-Propagandisten gewollt, lehnten die Polen plötzlich mehrheitlich jede Solidarität mit Ländern wie Griechenland oder Italien ab. Das zieht sich bis heute. Die meisten Polen lehnen jede EU-weite Umverteilung von Geflüchteten ab. Offiziell begründet die Regierung in Warschau dies mit dem besonderen Freiheitsverständnis der Polen. Jeder solle frei wählen dürfen, wo er nach geglückter und anerkannter Flucht leben wolle. Polen jedenfalls werde niemanden festhalten, den es in ein anderes Land ziehe.

Deutschland unterstützt die Pläne der EU-Kommission im Kern, das gilt auch für die grünen Minister*innen. Nur bei Detailfragen tritt Bundesinnenministerin Nancy Faeser für Änderungen ein. Dazu gehört insbesondere die Frage, ob Familien ebenfalls die Prüfverfahren an den EU-Außengrenzen durchlaufen sollen. Die Pläne der EU-Kommission sehen derzeit Ausnahmen nur für Familien mit Kindern unter 12 Jahren vor, die Bundesregierung will, dass das auch für Jugendliche bis 18 Jahre gilt. Innerhalb der SPD- und Grünenfraktionen im Bundestag gibt es zwar Unmut über die geplante EU-Asylrechtsverschärfung und die Position der Bundesregierung, doch nur wenige Abgeordnete äußern das bisher öffentlich. Zumindest bei den Grünen macht aber die Basis Druck. Scharfer Protest kam zuletzt auch von Flüchtlings- und Menschenrechtsorganisationen wie ProAsyl oder Amnesty International.

Spätestens nachdem im vergangenen Herbst in Stockholm die neue Regierung ihr Amt angetreten hatte, war es in Schweden mit einer einigermaßen menschenwürdigen Flüchtlingspolitik vorbei. Um überhaupt das Amt des Ministerpräsidenten antreten zu können, war Ulf Kristersson gezwungen, für sein Regierungsprogramm praktisch komplett die migrationspolitischen Vorstellungen der rechten Schwedendemokraten zu übernehmen, auf deren parlamentarische Unterstützung er angewiesen ist.

Die Einrichtung von grenznahen Asylzentren, in denen Migranten bereits auf ihren Schutzstatus hin überprüft werden sollen, ist damit ganz im Sinne Stockholms. Für humanitäre Ausnahmen, wie sie die Bundesregierung fordert, darf sie sich dagegen keine schwedische Unterstützung erwarten. Zwingend für Stockholm ist auch, dass es keine obligatorische Umverteilung der Asylsuchenden, sondern nur eine schwammige Solidarität geben soll. Einen Zwangsmechanismus lehnen die Schwedendemokraten ab.

Trotz seiner schicksalsträchtigen Agenda steht das Treffen der

EU-Innenminister in Tschechien nicht im öffentlichen Diskurs, dem Innenminister Vít Rakusan scheint die Reise nach Luxemburg nicht einmal eine Pressemitteilung wert. Während seiner EU-Ratspräsidentschaft 2022 hat Tschechien seine Karten allerdings schon offen auf den Tisch gelegt: Prag will eine verstärkte Kontrolle der EU-Außengrenzen, eine bessere Kooperation mit Serbien und die Einführung eines Konzepts der flexiblen Solidarität.

Schicksalsträchtiger Gipfel Nach jahrelangem Zwist wollen die EU-Innenminister eine Reform des Asylrechts beschließen. Wie blicken einzelne Mitgliedsstaaten auf....

Eine Asylpolitik der offenen Arme gilt in Schweden längst nicht mehr
eu-migrationspolitik

Load-Date: June 7, 2023

End of Document

Wir können mit einer großen Zahl umgehen ; Das Problem sei nicht Migration, sondern eine dysfunktionale Infrastruktur, sagt die Grüne Misbah Khan. Doch sachliche Vorschläge hätten es gerade schwer

taz, die tageszeitung

Donnerstag 02. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 851 words

Byline: Dinah Riese

Highlight: Das Problem sei nicht **Migration**, sondern eine dysfunktionale Infrastruktur, sagt die Grüne Misbah Khan. Doch sachliche Vorschläge hätten es gerade schwer

Body

Interview Dinah Riese

taz: Frau Khan, in der **Migra-tions-debatte** geht es gerade vor allem um Verschärfungen. Sei es die Reform des europäischen **Asylrechts**, Sachleistungen für **Geflüchtete** oder schärfere Abschiebebegesetze: Wie passt das zum grünen Selbstverständnis

Misbah Khan: Die Herausforderung ist, Humanität hochzuhalten und gleichzeitig für Ordnung zu sorgen. Davon sprechen wir Grünen aber schon seit Langem. Es muss beides geben, nicht nur das eine ohne das andere. Die Debatte gibt sich einem enormen Rechtsruck hin. Wir müssen sachlich bleiben, wo andere vor allem Symbolpolitik machen.

Die Stimmen, die gegenhalten, sind aber sehr leise. Auch die grünen Mi-nis-te-r*in-nen haben den Verschärfungen im Abschiebungsrecht zugestimmt. Diese beinhalten viele Härten, die kaum zu mehr Abschiebungen führen werden. Ist das sachlich?

In dem Entwurf sind noch Fragen offen, gerade beim Schutz von Kindern und Familien. Das werden wir im parlamentarischen Prozess noch besprechen müssen. Klar ist: Es ist völlig o. k., über Rückführungen zu sprechen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die meisten, die kommen, vor Krieg und Terror fliehen und ein Recht auf Schutz haben. Deswegen müssen wir endlich die eigentlichen Fragen in den Blick nehmen: Welche Perspektiven können wir diesen Menschen anbieten, und wie kann Integration gelingen?

Behörden kommen kaum noch hinterher schreiben Ihre Parteichefin Ricarda Lang und Baden-Württembergs grüner Ministerpräsident Winfried Kretschmann gerade im . Die Zahlen müssten sinken . Sehen Sie das auch so?Tagesspiegel

Wir können mit einer großen Zahl umgehen Das Problem sei nicht Migration, sondern eine dysfunktionale Infrastruktur, sagt die Grüne Misbah Khan. Doch sachliche

Wenn wir uns gut vorbereiten, dann können wir mit einer großen Zahl an Menschen umgehen. Es gibt Grundrechte, und die können wir Menschen nicht deshalb absprechen, weil unsere Infrastruktur überlastet ist. Stattdessen müssen wir schauen, wie wir die Herausforderung bewältigen, und zwar nachhaltig. Fluchtbewegungen wird es immer geben. Wir müssen unsere Verwaltung fit machen für das 21. Jahrhundert.

Wie meinen Sie das?

Wir diskutieren, als wäre Migration das Hauptproblem für unsere Verwaltung. Das stimmt aber nicht. Wir haben eine wahnsinnig dysfunktionale Verwaltung, die im analogen Zeitalter hängen geblieben ist. Selbst, wenn die Zahlen sinken, wären die Behörden noch überlastet. Das müssen wir ändern, auch mit Blick auf die dringend nötige Migration von Fachkräften.

An was denken Sie da?

Wir haben das weltweit komplexeste Aufenthaltsrecht, und immer wieder wurde nachjustiert. Nicht mal die Leute in den Ausländerbehörden blicken da noch durch. Wie wäre es mit einer Expert*innenkommission, die Vorschläge macht für ein widerspruchsfreies Einwanderungsrecht aus einem Guss? Wir müssen auch endlich bei der Digitalisierung der Verwaltung vorankommen und Verfahren vereinfachen: Braucht es Ausländerbehörde und Bundesagentur für Arbeit, wenn Ausbildungsvisa vergeben werden, oder reicht eine Behörde? Kann man Dokumente verschicken, statt ständig Termine mit persönlicher Vorsprache zu vereinbaren? Wenn wir die Zeiträume für Aufenthaltstitel und Duldungen verlängern, hätten die Sachbearbeiter nicht ständig die gleichen Fälle auf dem Tisch. Wir müssen schauen, wo unsere Regelungen zu bürokratischen und arbeitsintensiven Endlosverfahren führen und wie wir das verschlanken können.

Das hilft aber nicht, wenn es in den Kommunen keine Wohnungen, Kitaplätze und Leh-re-r*in-nen gibt.

Das stimmt, wir müssen die Kommunen dringend nachhaltig unterstützen. Immer ad hoc Infrastruktur auf- und dann wieder abzubauen, funktioniert nicht. Eine Lösung könnten Vorhaltepauschalen sein; dass also der Bund Strukturen so mitfinanziert, dass sie auch zur Verfügung stehen, wenn sie gerade nicht gebraucht werden. Und statt Geflüchtete zu gängeln, sollten wir uns grundsätzlich um die sozialen Fragen kümmern: Wie schaffen wir mehr Wohnraum? Wie lösen wir den Arbeitskräftemangel? Wie stabilisieren wir das Sozialsystem? Wie gelingt Integration, wie können die Menschen schnell auf eigenen Beinen stehen?

Deutschland braucht jährlich eine Zuwanderung von mindestens 260.000 Menschen für den Arbeitsmarkt. Viele, auch in der Koalition, sind aber skeptisch, wenn es um die Vermischung von Flucht- und Arbeitsmigration geht.

Die aktuelle Debatte führt zu einem Klima, das generell migrationsfeindlich ist. Das ist ein großes Problem. Fakt ist doch, dass wir bei Abschiebungen gerade oft die Falschen treffen. Die, die gut integriert sind, einen Job haben oder eine Ausbildung oder zur Schule gehen. Dass das Kabinett jetzt den Arbeitsmarktzugang für Asylsuchende und Geduldete erleichtert, ist genau richtig. Der Spurwechsel, den wir vor der Sommerpause beschlossen haben, geht genau in die richtige Richtung. Es wäre sinnvoll, den Spurwechsel deutlich zu erweitern und für mehr Menschen zu öffnen. Aber es wird immer schwieriger angesichts des massiven Rechtsrucks in der Debatte, solche sachorientierten Vorschläge zu machen.

flucht, migration und grüne

Misbah Khan, 33, sitzt seit 2021 für die Grünen im Bundestag. Sie ist zuständig für Arbeits- und Bildungsmigration. 2019 bis 2022 war sie Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen Grünen.

Load-Date: November 1, 2023

Abschiebung aus dem Nichts; Eine Asylsuchende soll abgeschoben werden, dabei hat sie der entsprechende Bescheid gar nicht erreicht, weil ihre Adresse nicht bekannt war. Der Flüchtlingsrat fordert, dass Behörden die Anschriften von sich aus ermitteln

taz, die tageszeitung

Donnerstag 23. Februar 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: NORD AKTUELL; S. 25

Length: 911 words

Byline: Reimar Paul

Highlight: Eine Asylsuchende soll abgeschoben werden, dabei hat sie der entsprechende Bescheid gar nicht erreicht, weil ihre Adresse nicht bekannt war. Der Flüchtlingsrat fordert, dass Behörden die Anschriften von sich aus ermitteln

Body

Von Reimar Paul

Fayola Abubakar (Name geändert) fuhr erschrocken aus dem Bett, als Polizisten und Behördenmitarbeiter eines frühen Morgens im August des vergangenen Jahres an ihrer Wohnungstür im Städtchen Dassel im Kreis Northeim klingelten. Sie seien gekommen, erklärten die Beamten der bestürzten Frau, um die vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) vorab schriftlich angekündigte Ausweisung zu vollziehen. Sie sollte im Rahmen der Dublin-Verordnungen nach Spanien abgeschoben werden; über dieses Land war die Nigerianerin in die Bundesrepublik eingereist.

Einen solchen Bescheid, gegen den sie sich noch rechtlich hätte wehren können, habe sie nie erhalten, versicherte Abubakar den unangekündigten Besuchern. Sie hatte recht: Das entsprechende Schreiben hatte das Bamf an die Adresse der niedersächsischen Landesaufnahmebehörde in Braunschweig geschickt, wo die Geflüchtete zunächst auch untergebracht war. Den Umzug nach Dassel hatte niemand dem Bundesamt mitgeteilt.

Abubakar hatte Glück. Die damalige Abschiebung sei abgebrochen worden, sagt die Göttinger Rechtsanwältin und Vorsitzende des niedersächsischen Flüchtlingsrates, Claire Deery. Inzwischen befinde sich die schwer traumatisierte Frau im Kirchenasyl. Ihr Asylverfahren läuft. Deery ist optimistisch, dass Abubakar ein Bleiberecht in Deutschland bekommen kann.

Die Geschichte ist offensichtlich kein Einzelfall. Nach Angaben des Flüchtlingsrates erreichen immer mehr Schriftsätze und Bescheide des Bamf die Geflüchteten nicht, da deren Adresse der Behörde nicht bekannt ist. In der Konsequenz würden Asylverfahren eingestellt und Bescheide rechtskräftig, die die betroffenen Flüchtlinge

Abschiebung aus dem Nichts Eine Asylsuchende soll abgeschoben werden, dabei hat sie der entsprechende Bescheid gar nicht erreicht, weil ihre Adresse nicht bekan....

niemals erreicht hätten. Der Flüchtlingsrat fordert deshalb eine Adressermittlungspflicht des Bundesamtes, sagt der Geschäftsführer des Rates, Kai Weber. Zudem müssten die Landesaufnahmebehörde und die örtlichen Ausländerbehörden verpflichtet werden, dem Bamf Adressänderungen von Flüchtlingen von Amts wegen mitzuteilen.

Rechtlich seien die Asylsuchenden verpflichtet, jede Änderung ihrer -Adresse dem Bamf mitzuteilen, räumt Weber ein. Dies sei den Betroffenen oftmals aber nicht bewusst. Der Flüchtlingsrat weist darauf hin, dass Geflüchtete oftmals erst nach mehreren Monaten auf die Kommunen verteilt und vorher lange zwischen verschiedenen Aufnahmeeinrichtungen des Landes hin- und hergeschoben würden.

So würden Geflüchtete zunächst in der Erstaufnahme Bad Fallingbommel/Oerbke untergebracht, anschließend zur Registrierung in die Messehallen nach Hannover geschickt und nach vier Wochen erneut nach Fallingbommel zurückverwiesen. Anschließend würden sie etwa der Stadt Hannover zugewiesen, mit Unterbringung in einer anderen Messehalle. Aus dieser Halle heraus erhielten sie dann eine kommunale Unterkunft oder Wohnung. Die ganze Verantwortung bei dieser selbst für Deutsche schwer durchschaubaren Behörden-Konstellation allein den Antragstellern aufzubürden, ist trotz der formalen Belehrungen durch das Bamf nicht in Ordnung, findet Weber.

Nach geltendem Recht stellt das Bamf seine Bescheide und Schriftsätze grundsätzlich der Anschrift zu, die ihm zuletzt vom Antragstellenden oder einer öffentlichen Stelle mitgeteilt wurde. Zu weiteren Nachforschungen ist das Bamf nicht verpflichtet, wie das Bundesverwaltungsgericht 2020 geurteilt hat. Auch sieht die Durchführungsanordnung des Bamf ausdrücklich vor, dass die Behörde nicht verpflichtet ist, eigenständig Nachforschungen zur Anschrift anzustellen oder eine Auskunft über das Ausländerzentralregister (AZR) einzuholen.

Die dort gespeicherten Daten seien dem Bamf, so heißt es in der Dienst-anordnung, nicht zuzurechnen. Selbst wenn das Bamf aufgrund von früheren unzustellbaren Schreiben weiß, dass die letzte bekannte Adresse nicht mehr aktuell ist, sollen Schriftsätze und Bescheide ohne Anschriftenermittlung weiterhin an die letztbekannte Adresse geschickt werden. Die Anschrift zu ermitteln, sei nur in Widerrufsverfahren erlaubt.

Der Flüchtlingsrat bezeichnet die Aussage, dass Informationen aus dem Ausländerzentralregister dem Bamf nicht zuzurechnen seien, als schlichten Unfug: Wem denn sonst, wenn nicht dem Bundesamt, sollten die Daten denn sonst zugänglich sein, fragt Weber. Mindestens eine telefonische Nachfrage bei der Landesaufnahmebehörde oder bei der zuständigen Ausländerbehörde könne dem Bundesamt zugemutet werden. Eine solche reiche in der Regel auch aus.

Die blinde Behörde

Dass den Behörden der Aufenthaltsort, also die Postadresse von Asylbewerbern, oft nicht bekannt ist, hatte auch Folgen im Falle der Messerattacke im schleswig-holsteinischen Brokstedt. In einem Regionalzug nach Hamburg hatte dort vermeintlich der staatenlose Palästinenser Ibrahim A. Passagiere mit einem Messer angegriffen. Zwei Menschen hat er getötet, vier weitere zum Teil schwer verletzt.

Ibrahim A. war eine Woche zuvor aus der Untersuchungshaft in Hamburg entlassen worden. Er hatte eine lange Liste an Straftaten vorzuweisen. Nach Aussage von Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hätte er deshalb abgeschoben werden können, wenn bekannt gewesen wäre, dass er in U-Haft sitzt.

Warum das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) den Aufenthaltsort nicht kannte, ist unklar. Im Januar 2022 hatte es zumindest Unterlagen zu Ibrahim A. in Kiel angefordert, wo er vor seiner Haft zuletzt gewohnt hatte. Zudem war das Bamf nach Aussage der Hamburger Justizsenatorin Anna Gallina (Grüne) im Mail-Verteiler der Kieler Ausländerbehörde.

Abschiebung aus dem Nichts Eine Asylsuchende soll abgeschoben werden, dabei hat sie der entsprechende Bescheid gar nicht erreicht, weil ihre Adresse nicht bekan....

End of Document

Widerstand gegen Abschottung; Beim Flüchtlingsgipfel am Mittwoch will das Kanzleramt den Ländern vorschlagen, das Asylrecht massiv zu verschärfen. Grüne in der Ampel sind dagegen. Auch Menschenrechtler*innen sind entsetzt. Ein Ergebnis am Mittwoch scheint fraglich

taz, die tageszeitung

Mittwoch 10. Mai 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: SCHWERPUNKT; S. 3

Length: 728 words

Byline: Frederik Eikmanns, Dinah Riese

Highlight: Beim **Flüchtlingsgipfel** am Mittwoch will das Kanzleramt den Ländern vorschlagen, das **Asylrecht** massiv zu verschärfen. Grüne in der Ampel sind dagegen. Auch Menschenrechtler*innen sind entsetzt. Ein Ergebnis am Mittwoch scheint fraglich

Body

Von Frederik Eikmanns und Dinah Riese

Die Grünen distanzieren sich von **Asylrechtsverschärfungen**, die das Bundeskanzleramt im **Flüchtlingsstreit** zwischen Bund und Ländern vorschlägt. Statt pauschaler Rufe nach mehr Abschiebungen braucht es die konkrete Unterstützung bei Maßnahmen für eine Integrationsoffensive vor Ort in den Kommunen, sagt die **Migrationsexpertin** der Bundestagsfraktion, Filiz Polat, der taz. Auch die Linke sowie **Flüchtlings-** und Menschenrechtsverbände sind entsetzt über die Vorschläge in dem Beschlussentwurf für den **Flüchtlingsgipfel** am Mittwoch.

Eine Einigung zwischen Bund und Ländern ist vor dem Gipfeltreffen auf Einladung von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nicht in Sicht. Die Kommunen ächzen seit Monaten, sie seien mit Aufnahme und Versorgung von Geflüchteten überfordert. Anders als von den Ländern gefordert ist die Bundesregierung aber nicht bereit, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Stattdessen soll laut dem Entwurf schneller und öfter abgeschoben werden.

Dafür soll die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Behörden und Polizeistellen bei Abschiebungen verbessert werden. Außerdem sollen Haftgründe im Asylrecht ausgeweitet, die Höchstdauer des sogenannten Ausreisegewahrsams soll von 10 auf 28 Tage erhöht werden. Die Behörden sollen bei Abschiebungen mehr Räume in den Unterkünften betreten dürfen als bisher.

Außerdem sollen mehr Länder zu sogenannten sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden. Konkret geht es um die EU-Beitrittskandidaten Georgien und Moldau. Dort drohe weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder

Widerstand gegen Abschottung Beim Flüchtlingsgipfel am Mittwoch will das Kanzleramt den Ländern vorschlagen, das Asylrecht massiv zu verschärfen. Grüne in der A....

erniedrigende Bestrafung oder Behandlung , heißt es in dem Papier. Menschen, die aus sicheren Herkunftsstaaten fliehen, erhalten in der Regel kein Asyl.

Eine weitere drastische Verschärfung der gegenwärtigen Asylpraxis wäre die im Entwurf vorgeschlagene Einrichtung zentraler Ankunftseinrichtungen , damit Rückführungen direkt aus diesen Einrichtungen heraus betrieben werden können . Unter dem Begriff Ankerzentrum gibt es solche Zentren in einigen Bundesländern bereits, etwa in Bayern. Neu angekommene Asyl-be-wer-be-r*in-nen werden hier zunächst festgehalten, nur Menschen mit guten Chancen auf Asyl werden auf lokale Einrichtungen verteilt. Die Geflüchteten in den Ankerzentren haben kaum Möglichkeiten, sich in die Gesellschaft einzufinden , sagt Franziska Sauer vom Flüchtlingsrat Bayern. Ohne Zugang zu Arbeitsmarkt und regulärem Bildungssystem seien sie in den Einrichtungen massiv isoliert. Das hat starke psychische und auch gesundheitliche Folgen für die Menschen. Die fluchtpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Clara Büniger, kritisiert: Statt langfristige Finanzierungskonzepte zu entwickeln, setzt die Bundesregierung auf Entrechtung und Abschottung. Als hanebüchen bezeichnet auch der auf Abschiebehaft spezialisierte Rechtsanwalt Peter Fahlbusch den Vorschlag des Kanzleramts. Wieder einmal zieht die Politik das Thema Abschiebehaft heran, um sich als handlungsfähig darzustellen auf Kosten von Menschen, die sich nicht wehren können. Allein unter den rund 2.400 Menschen, die er im Laufe der Jahre vertreten habe, sei mehr als die Hälfte rechtswidrig inhaftiert gewesen. Bisher braucht es für den Ausreisegewahrsam keinen Haftgrund, weil der eben nur maximal zehn Tage dauert , erklärt Fahlbusch. Menschen stattdessen für vier Wochen einzusperren, obwohl nicht mal Fluchtgefahr besteht das ist aus meiner Sicht ganz klar verfassungswidrig.

Wiebke Judith von Pro Asyl nennt die Vorschläge des Kanzleramts Augenwischerei : Weder Abschottung an den Außengrenzen noch mehr Härte bei Abschiebungen werden die akuten Probleme der Kommunen lösen. Auch Amnesty International zeigt sich besorgt über die Pläne. Am Mittwoch müssten tatsächliche und menschenrechtskonforme Lösungen gefunden werden anstatt Handlungsfähigkeit auf dem Rücken von Geflüchteten zu suggerieren , sagt Sophie Scheytt, Expertin für Asylpolitik bei Amnesty.

Die Länder dürften sich kaum auf den Deal einlassen, den das Bundeskanzleramt skizziert hat. Zwar hatten sich auch Mi-nis-ter-prä-si-den-t*in-nen für ein verschärftes Asylrecht ausgesprochen, dabei hatten sie aber betont, am Wichtigsten sei mehr Geld, um die Versorgungssituation vor Ort zu verbessern.

wirtschaft + umwelt

Es soll wieder mehr sichere Herkunftsstaaten geben und Auffanglager an den EU-Außengrenzen

flüchtlingsgipfel

Load-Date: May 9, 2023

Einig mit Italien, im Zwist mit Frontex; Griechenland prescht mit migrationsfeindlicher Politik vor. Die Grenzschutzagentur Frontex macht dem Land nun schwere Vorwürfe im Fall der Bootskatastrophe vor zwei Wochen

taz, die tageszeitung

Mittwoch 28. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 671 words

Byline: Ferry Batzoglou

Highlight: Griechenland prescht mit **migrationsfeindlicher** Politik vor. Die Grenzschutzagentur Frontex macht dem Land nun schwere Vorwürfe im Fall der Bootskatastrophe vor zwei Wochen

Body

Aus Athen Ferry Batzoglou

Sie können offenkundig gut miteinander, politisch wie auch persönlich: die italienische Regierungschefin Giorgia Meloni, 46, und ihr griechischer Amtskollege Kyriakos Mitsotakis, 55, der am Sonntag von den Griechen für weitere vier Jahre wiedergewählt wurde. Ich gratuliere @kmitsotakis zu seinem Wahlerfolg. Italien und Griechenland können gemeinsam wichtige Ergebnisse zum Wohle unserer Völker, unserer Nationen und unseres Kontinents erzielen, twitterte die Postfaschistin Meloni schon früh am Montag von Rom hinüber nach Athen. Dazu postete die Chef der Rechtsaußenpartei Fratelli d'Italia ein Foto von sich mit Mitsotakis auf einem EU-Gipfel. Die rechten Hände jeweils auf den linken Oberarm des anderen gelegt, schauen sie sich mit einem Lächeln tief in die Augen.

Mehr noch: So wie die offen migrantenfeindliche Meloni fährt auch Mitsotakis seit seiner Machtübernahme 2019 einen restriktiven Flüchtlings- und Migrationskurs. Vom Bau und Ausbau von Grenzzäunen an den EU-Außengrenzen bis zu geschlossenen Flüchtlingslagern: Meloni und Mitsotakis treten in Brüssel Hand in Hand auf. Ihr Ziel ist es, die Zahl der Schutzsuchenden in der EU so weit es geht zu drücken.

Dabei werden auch rote Linien überschritten: Griechenland scheut sich in der Ära Mitsotakis nicht, im großen Stil auf Pushbacks zu setzen, auf das Zurückdrängen von ankommenden Flüchtenden und Migranten hinter die eigenen Grenzen. Das harsche Vorgehen trägt Früchte. Im vorigen Jahr zählte Griechenland nur 17.122 Neuankömmlinge.

Die migrationsfeindliche Politik bringt Verluste mit sich, mitunter schlimme: Einen zugleich griechischen wie italienischen Bezug hatte das Bootsunglück am 14. Juni, 47 Seemeilen vor der griechischen Küstenstadt Pylos im

Einig mit Italien, im Zwist mit Frontex Griechenland prescht mit migrationsfeindlicher Politik vor. Die Grenzschutzagentur Frontex macht dem Land nun schwere Vo....

Südwesten der Halbinsel Peloponnes. Ein überfüllter Fischkutter mit Flüchtlingen und Migranten war im ostlibyschen Tobruk in See gestochen. Sein Ziel: Italien.

Er kenterte am 14. Juni um 2 Uhr und sank sofort an einer der tiefsten Stellen im zentralen Mittelmeer. Nur 104 Menschen retteten die griechischen Behörden, 82 Leichen wurden geborgen, schätzungsweise 646 Flüchtlinge und Migranten könnten ertrunken sein, darunter viele Kinder und Frauen.

Nun sind neue Details zum Vorschein gekommen. Die griechischen Behörden hätten ein Hilfsangebot der europäischen Grenzschutzagentur Frontex ignoriert. Frontex habe den Griechen einen Tag vor der Havarie, zusätzliche Luftunterstützung angeboten, aber keine Antwort aus Athen erhalten, erklärte Frontex am Montagabend. Obendrein habe man den Griechen die Entsendung einer Frontex-Drohne angeboten, hieß es. Athen hätte Frontex jedoch angewiesen, die Drohne statt vor Pylos bei einer anderen Rettungsaktion südlich von Kreta einzusetzen.

Offenbar ist Frontex nun der Kragen geplatzt. Die Agentur ziehe in Erwägung, ihre Aktivitäten in Griechenland nach der Kontroverse mit den Griechen über die Verantwortung für die Havarie vor Pylos auszusetzen, schrieb die französische Zeitung Le Monde. In einer Sitzung des Frontex-Verwaltungsrats am 20. und 21. Juni habe der Frontex-Grundrechtsbeauftragte Jonas Grimheden die vorübergehende Aussetzung der Frontex-Aktivitäten in Griechenland empfohlen.

Medienberichten zufolge hat Frontex mit Blick auf die Causa Pylos zudem einen Bericht über einen schwerwiegenden Vorfall in Auftrag gegeben. Darin soll der Frontex-Grundrechtsbeauftragte etwaige Menschenrechtsverletzungen dokumentieren.

Kritiker monieren, die griechischen Behörden hätten schneller handeln müssen, um das Kentern des Kutters zu verhindern. Es gibt Aussagen von Überlebenden, dass die Küstenwache das Boot festgebunden und versucht habe, es zu ziehen, wodurch es ins Schwanken geraten sein soll. Die griechischen Behörden bestreiten dies. Sie behaupten, ein Schiff der Küstenwache sei bereits Stunden vor dem Unglück bei dem Schiff eingetroffen. Die Bootsinsassen hätten aber Hilfsangebote wiederholt abgelehnt. Eine plausible Erklärung, wie das Flüchtlingsboot gekentert ist, konnte die Küstenwache bisher nicht liefern.

Load-Date: June 27, 2023

Kanonen statt Schwimmwesten; 646 Menschen könnten bei dem Bootsunglück vor Pylos gestorben sein. Am Sonntag will der Konservative Mitsotakis durch Neuwahlen die absolute Mehrheit erreichen

taz, die tageszeitung

Montag 19. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 1725 words

Byline: Ferry Batzoglou

Highlight: 646 Menschen könnten bei dem Bootsunglück vor Pylos gestorben sein. Am Sonntag will der Konservative Mitsotakis durch Neuwahlen die absolute Mehrheit erreichen

Body

Aus Athen Ferry Batzoglou

Das verheerende Bootsunglück vor der griechischen Küste, vor Pylos, kommt für die Griechen zur Unzeit. Laut der griechischen Küstenwache werden schätzungsweise 568 Menschen vermisst. Das Gros der **Flüchtlinge** und **Migranten** maßgeblich Frauen, Kinder und Alte dürfte eingepfercht im Zwischendeck und Rumpf des etwa 30 Meter langen Fischkutters am vergangenen Mittwoch schnell auf dem Meeresgrund in einer Tiefe von an dieser Stelle mehr als 5.000 Metern gelandet sein. So könnten 646 Menschen bei dem verheerenden Bootsunglück gestorben sein.

Am kommenden Sonntag finden in Griechenland, das derzeit von einer Interimsregierung geführt wird, Parlamentswahlen statt. Der bis zum 25. Mai regierende Premier Kyriakos Mitsotakis, der nach dem Urnengang mit seiner konservativen Partei Nea Dimokratia (ND) weiter alleine in Athen regieren will, bezeichnete bei einer Wahlkampfrede in einer ND-Hochburg auf dem Peloponnes die Schlepper des gekenterten Fischkutters als Dreckskerle.

Unerwähnt blieb, dass die Regierung Mitsotakis auf eine demonstrativ restriktive **Flüchtlings-** und **Migrationspolitik** mit all ihren Facetten, mutmaßliche Pushbacks inklusive, und ihrem Augenmerk auf die See- und Festlandsgrenze zur Türkei im Osten des Landes setzt.

Mitsotakis und Co. sind sogar stolz auf ihre strenge, aber gerechte Migrationspolitik, wie sie immer wieder hervorheben. Die meisten Griechen stimmen Mitsotakis Politik unverhohlen zu. Die Athener Opposition, namentlich linke Parteien wie Syriza oder Mera25, die das dubiose Vorgehen der Behörden in scharfer Form kritisiert, riskiert Beobachtern zufolge beim bevorstehenden Urnengang sogar Stimmenverluste.

Kanonen statt Schwimmwesten 646 Menschen könnten bei dem Bootsunglück vor Pylos gestorben sein. Am Sonntag will der Konservative Mitsotakis durch Neuwahlen die

Unterdessen hat die zuständige Staatsanwaltschaft in der südgriechischen Stadt Kalamata Ermittlungen in der Sache Bootsunglück aufgenommen. Auffällig ist dabei, dass Griechenlands oberster Staatsanwalt, Isidoros Dio-gakos, kurzerhand intervenierte. In einem Rundschreiben wies er die lokalen Staatsanwälte darauf hin, dass die Ermittlungen unter strenger Geheimhaltung durchzuführen seien.

Ob Dogiakos, der von der Regierung Mitsotakis ins Amt gehievt wurde, darauf erpicht ist, dass die griechische Strafjustiz in der Causa Bootsunglück zeitnah Ergebnisse erzielt, die womöglich die griechischen Behörden in die Bredouille bringen könnten, bleibt abzuwarten. Im gewaltigen Athener Abhörskandal, in dem die Regierung Mitsotakis im Fadenkreuz ist, hat Dogiakos wohl eher nicht vor, sich mit Ruhm zu bekleckern. Seit fast einem Jahr sind keinerlei Fortschritte bei der juristischen Aufklärung bekannt. Ende Juni wird Dogiakos turnusgemäß in Pension gehen. Gewinnt Mitsotakis erwartungsgemäß die Wahlen am 25. Juni, wird er seinen Nachfolger bestimmen.

Der Sprecher der griechischen Küstenwache, Nikos Alexiou, der selbst Offizier ist, prahlte im griechischen Fernsehen damit, man habe bei der Katastrophe vor Pylos 104 Menschen gerettet. Kein Wort der Selbstkritik kam über seine Lippen. Ob Handelsschiffe, Kreuzfahrtschiffe, Kriegsschiffe oder Schmugglerboote mit Drogen, Waffen oder eben Flüchtlingen und Migranten: die Griechen kontrollieren unter massivem Einsatz von Personal und Material sowohl Tag und Nacht als auch flächendeckend die von ihr kontrollierte SAR-Zone, auch wenn es sich dort teilweise um internationale Gewässer handelt. Der Fischkutter war aus Ägypten kommend im ostlibyschen Tobruk in See gestochen. Sein Ziel: Italien.

Es ist kaum zu glauben, dass die Griechen erst am Dienstag um etwa 11 Uhr und damit etwa 15 Stunden vor der Havarie von dem Eindringen und der Fahrt des Fischkutters im für die Such- und Rettungsaktionen relevanten griechisch kontrollierten Seeraum im Mittelmeer, die Search and Rescue Area Greece oder kurz SAR Greece, wussten. Zu jenem Zeitpunkt hätten die italienischen Behörden ihre griechischen Kollegen davon in Kenntnis gesetzt, so die offizielle Version der griechischen Behörden.

Die Griechen ließen den Fischkutter, kein Sprinter auf dem Meer, in der von ihr kontrollierten SAR-Zone mutmaßlich lange in Richtung Norden einfach weiterfahren, statt einzugreifen. Die offenkundige Strategie: Immerhin will das Migrantenboot die griechische SAR-Zone nur durchqueren. Das Wirken der Griechen kam einem unsichtbaren Durchwinken auf hoher See gleich. Getreu dem Motto: Freie Fahrt! Auf Nimmerwiedersehen!

Offenbar hatte Italien, das von der Postfaschistin und migrantenfeindlichen Giorgia Meloni regiert wird, etwas dagegen. Daher kam der Bescheid aus Rom nach einem Hinweis der italo-marokkanischen Sozialarbeiterin Nawal Soufi, einer Aktivistin für Menschenrechte, die seit Tagen Kontakt mit den Bootsinsassen des Fischkutters hatte.

Doch worauf setzte Griechenland fortan? Auf Verzögerung. Erst um 13.50 Uhr Ortszeit, fast drei Stunden nach der offiziellen Information aus Rom, sei ein Hubschrauber der griechischen Küstenwache abgehoben, um das Fischerboot angeblich zum ersten Mal ausfindig zu machen. Dies teilte das zuständige Athener Koordinationszentrum für die Suche und Rettung (LS-ELAKT) mit. Und der dafür angewiesene Helikopter startete auf einem Stützpunkt in Lesbos, ausgerechnet im äußersten Osten der Ostägäis, um ein Fischerboot mit Flüchtlingen und Migranten im äußersten Westen des von Griechenland kontrollierten Seeraums zu lokalisieren.

Von 15.35 Uhr Ortszeit an begleiteten Patrouillenboote der griechischen Küstenwache und eine Fregatte der griechischen Marine das Schiff. Bei der Fregatte handelt es sich um die Kanaris F-464 der griechischen Kriegsmarine. Das verfügbare Seenotrettungsboot Aigaion Pelagos, das als eines der besten Rettungsboote in Griechenland und in ganz Europa gilt und sogar über ein eigenes Krankenhaus verfügt, blieb hingegen im unweit von Pylos gelegenen Hafen der Stadt Gytheion, im Süden des Peloponnes. Es erfolgte offensichtlich zu keinem Zeitpunkt eine Anweisung von der Athener Koordinationsstelle LS-ELAKT, zum Fischkutter zu eilen, sehr zur Verwunderung von Experten wohlgemerkt.

Die Flüchtlinge und Migranten auf dem Fischkutter sahen somit ein griechisches Kriegsschiff mit Kanonen statt Rettungsboote. Das dürfte bei ohnehin gefährdeten Bootsinsassen eher Angst geschürt als Vertrauen geschaffen haben, eine unabdingbare Voraussetzung für jede Seenotrettung, wie Fachleute betonten. Ferner erhielten die

Kanonen statt Schwimmwesten 646 Menschen könnten bei dem Bootsunglück vor Pylos gestorben sein. Am Sonntag will der Konservative Mitsotakis durch Neuwahlen die

Bootsinsassen von einem Frachtschiff Wasser und Nahrung statt Schwimmwesten. Keiner der Bootsinsassen hatte bis zuletzt Schwimmwesten. Auch das mutmaßlich ein klares Signal der Griechen an die Besatzung des Fischkutters: Fahrt weiter nach Italien!

Schließlich wies das Athener Koordinationszentrum LS-ELAKT nach der Lokalisierung des Fischkutters durch ihren von Lesbos aus gestarteten Hubschrauber ausgerechnet das 40 Meter lange Schiff 920 der griechischen Küstenwache auf, den Fischkutter zu begleiten. Dabei hatte die 920 nicht nur einen sehr langen Weg vor sich. Sie musste dem weit entfernten Fischkutter sogar hinterherfahren.

Denn das Schiff 920 lag zum Zeitpunkt der Anweisung aus Athen viel weiter südlich im Hafen der westkretischen Stadt Chania. Das ist so, als ob man einen Polizeiwagen von München aus losschickt, um ein nördlich von Hannover befindliches schrottreifes Auto auf seiner Fahrt nach Hamburg zu erreichen.

Folgerichtig erreichte das Schiff 920 der griechischen Küstenwache erst am Dienstag um 22.40 Uhr den Fischkutter, etwa zweieinhalb Stunden vor der Havarie mit vielfacher Todesfolge, so die offizielle Angabe. Es sei jedoch auf Distanz geblieben und beobachtete den Fischkutter diskret.

Somit fand wieder keine, nicht einmal eine versuchte, Seenotrettung statt. Um 1.40 Uhr am Mittwochmorgen habe der Kapitän des Fischkutters einen Maschinenschaden gemeldet, so die offizielle Darstellung aus Athen. 20 Minuten später habe das Schiff plötzlich eine starke Schlagseite bekommen, sei gekentert und innerhalb weniger Minuten gesunken.

Stimmen zudem die jüngsten Aussagen von Geretteten, wonach das ominöse Schiff 920 der griechischen Küstenwache versucht haben soll, mit einem Schlepptau den Fischkutter in die nahegelegenen italienischen oder maltesischen SAR-Zonen zu ziehen, dann wäre dies ein versuchter Pushforward, ein Vorwärtsdrängen von der SAR-Zone des EU-Landes Griechenland in diejenige eines anderen EU-Landes.

Athen dementiert. Es habe keinen Versuch eines Abschleppens des Migrantenbootes gegeben. Gebetsmühlenartig erklärt die griechische Küstenwache hingegen dazu, man habe dem Fischkutter wiederholt Hilfe angeboten. Die Hilfsangebote seien indessen abgelehnt worden. Daher habe man nicht eingegriffen.

Ein Unding, wie das UNHCR und die Internationale Organisation für Migration (IOM) finden. In einer gemeinsamen Erklärung stellen sie fest: Sowohl die Kapitäne als auch die Staaten sind verpflichtet, Menschen in Seenot zu helfen, unabhängig von ihrer Nationalität, ihrem Status oder den Umständen, unter denen sie aufgefunden werden, einschließlich derjenigen an Bord seeuntüchtiger Schiffe, und unabhängig von den Absichten der Menschen an Bord. Es sei die Pflicht, Menschen in Seenot unverzüglich zu retten, eine grundlegende Regel im internationalen Seerecht.

Gerettet wurden nur 104 Menschen, alles Männer. Sie hatten Glück im Unglück. Sie fielen oder sprangen vom Außendeck ins Meer, als der heillos mit Flüchtlingen und Migranten überfüllte Fischkutter am frühen Mittwochmorgen um 2.04 Uhr Ortszeit kenterte und vollständig unterging.

Nicht einmal die im Meer geborgenen Leichen konnten die griechischen Behörden richtig zählen. Erst waren es 78, dann seien es 79, plötzlich wurde die Zahl wieder auf 78 korrigiert. Wir haben uns verzählt, so sinngemäß die lapidare Begründung.

Die meisten der Geretteten sind bereits mit Bussen von der südgriechischen Stadt Kalamata in das Flüchtlingslager in Malakasa nördlich von Athen gebracht worden. Etwa zwei Dutzend blieben vorerst noch in ärztlicher Behandlung im Krankenhaus von Kalamata. Unter den 104 Geretteten sind auch neun Ägypter, die von den griechischen Behörden verdächtigt werden, als Schlepper auf dem verrosteten Fischerboot fungiert zu haben. Einer habe gestanden, der Rest gibt an, unschuldig zu sein, berichteten griechische Medien. Alle neun werden am Montag dem Staatsanwalt in der südgriechischen Stadt Kalamata vorgeführt. Ihnen drohen hohe Haftstrafen. Die übrigen 95 Geretteten kommen in ein Asylverfahren in Griechenland.

Kanonen statt Schwimmwesten 646 Menschen könnten bei dem Bootsunglück vor Pylos gestorben sein. Am Sonntag will der Konservative Mitsotakis durch Neuwahlen die

Load-Date: June 18, 2023

End of Document

Hinweise auf Pushbacks in Bayern; Geflüchtetenorganisationen warnen vor illegalen Rückweisungen an der deutsch-österreichischen Grenze

taz, die tageszeitung

Donnerstag 01. Juni 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 618 words

Byline: Frederik Eikmanns

Highlight: **Geflüchtetenorganisationen** warnen vor illegalen Rückweisungen an der deutsch-österreichischen Grenze

Body

Von Frederik Eikmanns

Mehrere **Flüchtlingsorganisationen** berichten, dass deutsche Po-li-zis-t*in-nen systematisch **Geflüchtete** nach Österreich zurückschieben obwohl diese in Deutschland einen **Asylantrag** stellen wollen. Solche sogenannten Pushbacks sind klar rechtswidrig. Grüne und Linke fordern jetzt Aufklärung.

Die Vorwürfe stammen von dem Bayerischen Flüchtlingsrat, der Organisation Pushback Alarm Austria und dem Border Violence Monitoring Network. Sie haben sechs Fälle syrischer Geflüchteter dokumentiert, die im November und Dezember 2022 aus Österreich kamen und in bayrischen Städten aufgegriffen wurden. Alle sechs Geflüchteten berichten, sie hätten gegenüber den Po-li-zis-t*in-nen klar geäußert, dass sie einen Asylantrag in Deutschland stellen wollen. Auch Dol-met-sche-r*in-nen seien dabei gewesen. Trotzdem seien die Geflüchteten innerhalb weniger Tage zurück nach Österreich gebracht worden, wo sie an die dortige Polizei übergeben oder sogar einfach auf der Straße ausgesetzt worden seien.

Treffen die Berichte zu, dann haben die Po-li-zis-t*in-nen klar gegen Gesetze verstoßen. Zwar kann in ein anderes Land zurückgeschickt werden, wer unerlaubt nach Deutschland einreist. Das gilt aber nur, solange die Eingereisten kein Asyl in Deutschland wollen. Beabsichtigt eine Person dagegen, einen Asylantrag in Deutschland zu stellen, müssen die Behörden sie ausnahmslos an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Bamf) weiterleiten. Eine direkte Rückweisung ist verboten.

Die Rechte der Geflüchteten wurden klar missachtet, sagt Katharina Grote vom Bayerischen Flüchtlingsrat. Mit Sicherheit oder professioneller Polizeiarbeit hat das nichts zu tun. Sie verweist auf weitere Indizien, die für ein systematisches Vorgehen der Bundespolizei sprechen: Die Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Abgeordneten Clara Bünger zeigt, dass 2022 auffallend wenige Asylanträge von Personen dokumentiert sind, die aufgegriffen wurden. Bei den insgesamt 22.824 unerlaubten Einreisen soll nur in 12 Prozent der Fälle ein Asylantrag gestellt worden sein, im November und Dezember sollen es gar nur 0,6 Prozent gewesen sein. Auffällig

Hinweise auf Pushbacks in Bayern Geflüchtetenorganisationen warnen vor illegalen Rückweisungen an der deutsch-österreichischen Grenze

ist auch, dass fast zwei Drittel der Zurückgewiesenen aus den 15 wichtigsten Asylherkunftsländern stammten. Dass diese Personen angeblich kein Asylgesuch an der Grenze stellen, was einer Zurückweisung entgegenstehen würde, ist kaum glaubhaft, sagt Bürger. Die Bundesregierung muss verhindern, dass rechtswidrige Zurückweisungspraktiken an der Grenze zur Normalität werden.

Ähnlich äußerte sich am Mittwoch auch der Grünen-Abgeordnete Julian Pahlke gegenüber der taz: Die Vorwürfe, die damit im Raum stehen, sind schwerwiegend. Gerade, da es sich nicht um einen Einzelfall zu handeln scheint, sondern ein systematisches Vorgehen der Bundespolizei sein könnte. Es sei an Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD), für Aufklärung zu sorgen, so Pahlke.

Ein Sprecher von Faesers Ministerium wies die Vorwürfe am Mittwoch auf Anfrage zurück. Die Maßnahmen der Bundespolizei richten sich nach den einschlägigen europa- und nationalrechtlichen Bestimmungen des Ausländer- und Asylrechts. Wer einen Asylantrag stellen wolle, werde von den Po-li-zis-t*in-nen wie vorgesehen an die zuständige Behörde weitergeleitet, so der Sprecher.

Die Grenzkontrollen in Bayern sind schon länger umstritten, weil sie eigentlich gegen das Schengenabkommen verstoßen und nur durch eine Sonderregelung möglich sind. Im Jahr 2015 durch CDU-Bundesinnenminister Thomas de Maizière eingeführt, werden die Kontrollen seitdem regelmäßig für eine kurze Zeitspanne verlängert. Zuletzt entschied Bundesinnenministerin Faeser im April, die Regelung für weitere sechs Monate in Kraft zu lassen.

Load-Date: May 31, 2023

Niger öffnet Migrationsroute; Die Militärregierung setzt ein 2015 verhängtes Verbot des Transports von Migranten Richtung Libyen wieder aus. Es war die Grundlage der Partnerschaft Nigers mit der EU zur Flüchtlingsabwehr

taz, die tageszeitung

Dienstag 28. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: AUSLAND; S. 11

Length: 596 words

Byline: Christian Jakob

Highlight: Die Militärregierung setzt ein 2015 verhängtes Verbot des Transports von **Migranten** Richtung Libyen wieder aus. Es war die Grundlage der Partnerschaft Nigers mit der EU zur **Flüchtlingsabwehr**

Body

Von Christian Jakob

Die durch einen Putsch an die Macht gekommene Militärregierung Nigers hat ein wichtiges Gesetz gegen die irreguläre **Migration** Richtung Europa aufgehoben. Lokale Medien berichteten am Sonntag, dass Übergangspräsident General Abdourahmane Tchiani diesen Schritt mit den Sanktionen der EU gegen sein Land begründet habe.

Das nun aufgehobene Gesetz aus dem Jahr 2015 stellte es unter Strafe, Menschen in Niger, die weder nigrische noch libysche Staatsangehörige sind, in Richtung Norden zu transportieren. Das griff in dem Gebiet nördlich der zentralnigrischen Stadt Agadez. Aus diesem Handelsknotenpunkt mitten in der Wüste starteten früher Konvois mit Hunderten Pick-Ups voller Reisender aus anderen afrikanischen Ländern in Richtung Süd-Libyen, die auf dem mehrtägigen Weg durch die Zentral-Sahara oft von nigrischem Militär eskortiert wurden. Es handelte sich dabei nicht um Schlepperei, denn in Niger hielten sich die Fahrgäste legal auf. Gleichwohl wurde das Transportgeschäft verboten – offiziell, um zu verhindern, dass die Menschen in Libyen gefangen genommen werden oder im Mittelmeer ertrinken.

Niger galt mit diesem harten Kurs gegen Transitmigration lange als Musterschüler der EU im Sahel. Das Land liegt im Zentrum der wichtigsten Migrationsroute aus Westafrika nach Europa. Hunderttausende zogen jedes Jahr auf dem Weg zum Mittelmeer aus Westafrika durch Agadez. Seit 2016 hatte die EU deshalb versucht, Niger bei der Migrationsabwehr auf seine Seite zu ziehen – und dafür die Hilfszahlungen um insgesamt weit über eine Milliarde Euro aufgestockt.

Eine der wichtigsten Gegenleistungen der Regierung in Niamey bestand darin, das 2015 beschlossene Gesetz ab Herbst 2016 auch tatsächlich umzusetzen. Hunderte Fahrer wurden festgenommen, ihre Pick-Ups beschlagnahmt.

Niger öffnet Migrationsroute Die Militärregierung setzt ein 2015 verhängtes Verbot des Transports von Migranten Richtung Libyen wieder aus. Es war die Grundlage....

Wer seither nach Libyen will, muss erheblich mehr Geld auf den Tisch legen und deutlich längere und gefährlichere Wege durch die Wüste in Kauf nehmen.

Die Folgen sind dramatisch gewesen. Vincent Cochetel, Sondergesandter des UNHCR, sagte 2019: Wir gehen davon aus, dass vermutlich mindestens doppelt so viele Menschen auf dem Weg zum Mittelmeer sterben wie im Mittelmeer selbst. Auch die wirtschaftlichen Folgen des Gesetzes sind im Norden Nigers einschneidend gewesen und führten zu Unmut in der Bevölkerung, den die Regierung mit EU-finanzierten Hilfsprojekten aufzufangen versuchte.

Doch seit dem Putsch im Juli hat sich das Verhältnis der EU zur Regierung in Niamey massiv verschlechtert. Das Einfrieren von EU-Budgethilfen hatte unter anderem zur Folge, dass auch viele nigrische Staatsbeamte keine Gehälter mehr bekommen. Die Regierung ihrerseits ist mit einer scharfen antikolonialen Rhetorik auf Distanz zur EU gegangen muss allerdings auch mit den Folgen der Sanktionen ihrer Nachbarn in der westafrikanischen Staatengemeinschaft Ecowas kämpfen. Die Sanktionen des Energielieferanten Nigerias etwa treffen die Stromversorgung des Landes empfindlich.

Nach dem Putsch wurden EU-Kooperationsprojekte, Militärkooperation und in weiten Teilen des Landes auch die Arbeit von Hilfsorganisationen eingefroren. Eingeschränkt wurde auch die Arbeit der EU-Unterstützungsmission Eucap, bei der Sicherheitskräfte ausgebildet werden. Seit Ende Juli seien alle operationellen Aktivitäten der Mission bis auf Weiteres suspendiert, zitierte kürzlich der Spiegel den deutschen Eucap-Sprecher. Eucap hatte ab 2019 unter anderem eine neue Grenzschutzeinheit für Nigers Grenzregion mit Nigeria aufgebaut.

Die wirtschaftlichen Folgen des Gesetzes sind in Nord-Niger einschneidend gewesen

migration

Load-Date: November 27, 2023

Die schwarze Null am Bündel, normale Deutsche, possierliche Gesellen, erfolgreiche Kapitalisten und phlegmatischer Mist; wie geht es uns, herr küppersbusch?

taz, die tageszeitung

Montag 13. November 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: GESELLSCHAFT; S. 14

Length: 802 words

Byline: Friedrich Küppersbusch

Body

wie geht es uns, herr küppersbusch?

Herr Küppersbusch, was war schlecht vergangene Woche?

Friedrich Küppersbusch: Früher wusste man mitunter nicht recht, wem man glauben soll.

Und was wird besser in dieser?

Heute weiß ich es durchgehend nicht.

Für **Asylsuchende** soll es künftig erst nach 36 statt wie bisher nach 18 Monaten Leistungen in Höhe des Bürgergelds geben. Gleichzeitig prüft die Bundesregierung, ob Deutschland **Asylverfahren** in Drittstaaten auslagern kann. Auf einer Skala zwischen 18 und 36 wie hoch bewerten Sie den jeweiligen Abschreckungseffekt?

Höflich gesagt atmen die Entscheidungen den Geist des Gestischen. Und keinen frischen. **Asylbegehren** sollen binnen 6 Monaten beschieden sein, man bestraft aber schonmal die, die viel länger warten müssen. Sie bekommen höchstens 410 Euro im Monat, und wer davon noch etwas in die Heimat überweist, sollte von Christian Linder in einer kleinen Zeremonie mit Streichertzett die Schwarze Null am Bündel überreicht bekommen. Stattdessen suggeriert die geplante bargeldlose Karte Prasserei in der **Flüchtlingsbaracke**. Es ist organisierter Neid. **Flüchtlingsorganisationen** nennen Menschenrechte, Chancengleichheit oder auch blankes Überleben als wahre Pull-Faktoren. Wir projizieren ein Selbstbild, nach dem an uns nur unser Geld interessant ist.

Eine Erhebung zeigte letzte Woche, dass die Zahl der wohnungslosen Menschen 2022 von 383.000 auf 607.000 gestiegen ist. Wer hat hier versagt?

Der Markt. Ein possierlicher Gesell, der schon in Pflege, Krankenhäusern, ÖPNV und Bildung allerhand Schabernack angerichtet hat. Längst hat er auch ein stattliches Gebirge aus überteuerten Luxusbudon

Die schwarze Null am Bändel, normale Deutsche, possierliche Gesellen, erfolgreiche Kapitalisten und phlegmatischer Mist wie geht es uns, herr küppersbusch?

herbeigepumuckelt, und wenn man in diese Not ordentlich Migration reinkippt, gehen die Leute auf die Migranten los statt auf den Markt.

Am 9. November gedachte Deutschland der Novemberpogrome, heute leben Jü-d:in-nen wieder in Angst. Wie konnte es so weit kommen?

Das normalste an Deutschland ist, dass wir nicht normal sind. Und keine größere Sehnsucht haben, als es zu sein. Inzwischen leben hier Millionen Deutsche ohne Nazivergangenheit ein Geschenk, das wir lange nicht annehmen wollten. Sie müssen unsere Lehren aus unseren Verbrechen an Jüdinnen und Juden mittragen, ohne die als Scham fortgepflanzte Schuld. Das ist ganz schön kompliziert und verlangt allen Beteiligten etwas ab. Leichter ist es da, uns für genesen, geläutert und normal zu erklären, und alle anderen für bescheuert. Das endet so, dass wir unsere Last auf andere schieben und den Schizo, der uns im Spiegel anschaut, normal finden. Na endlich.

In Ohio wird das Recht auf Abtreibung in der Verfassung verankert, in Virginia gewinnen die Demokraten eine Mehrheit im Landesparlament. Doch keine zweite Runde für Trump?

Die Hoffnung wählt zuletzt. Vielleicht sind das Indizien, dass es wirklich schon zwei sehr weiße, sehr alte Männer braucht, damit ein im Grunde noch nicht zu Ende gefallter state doch sauber vor die Wand läuft.

Till Lindemanns Solo-Tournee ist fast ausverkauft, Taylor-Swift-Fans zelteten bis Freitag fünf Monate vor einem Stadion in Buenos Aires. Beides gleich grenzenlose Fanliebe?

Swift hat sich über mehrere schüchterne Raupenphasen zu einem regenbogenbunten Schmetterling entpuppt. Nach Ihrer Erzählung musste sie viel Erfolg erarbeiten, um sich mit einer Meinung vorwagen zu können. Bei Lindemann war die Suggestion irgendeiner verquastenen Meinung immer Methode, ein bisschen Alarm und Tabubruch zu machen, um der Karriere aufzuhelfen. Das ergibt die überraschende Gemeinsamkeit: Erfolgreiche Kapitalisten sollten nicht zu authentisch sein.

Das türkische Parlament boykottiert Nestlé und Coca Cola, da die Konzerne angeblich Israel unterstützen. Was ist da los in Ankara?

Erdoğan sucht auch in dieser Katastrophe seinen Vorteil und hier eine Führungsrolle für viele Muslime in der Region. Diese Woche kommt er nach Berlin dank seines Zöllnerjobs, seiner vielen zugetanen Landsleute hier und seiner irrlichternden Äußerungen zu Israel wieder mal der Peinliche Schwager, den man nicht ausladen kann. Ob es eine Pressekonferenz geben wird mit der Option, für Scholz, dem Gast nach jedem zweiten Satz widersprechen zu müssen lässt das Protokoll offen. Wenn die Welt in Ordnung wäre, gingen die beiden am Samstag mit friedlich feiernden Fans zum Länderspiel Deutschland-Türkei. Werden sie nicht, doch das Bild kann man mal als Ziel im Auge behalten.

In Leipzig begann der Verleumdungsprozess gegen Gil Ofarim. Verfolgen Sie das Geschehen?

Wie einen Verkehrsunfall, wo man nicht hingucken will.

Und was machen die Borussen?

Phlegmatischen Mist.

Fragen: Elisa Pfleger und Lara Ritter

Friedrich Küppersbusch ist Journalist, Produzent und hat nebenher ein Verhältnis mit Rot-Weiss Essen.

Nach Ihrer Erzählung musste Talyor Swift viel Erfolg erarbeiten, um sich mit einer Meinung vorwagen zu können

Die schwarze Null am Bändel, normale Deutsche, possierliche Gesellen, erfolgreiche Kapitalisten und phlegmatischer Mist wie geht es uns, herr küppersbusch?

End of Document

**Faeser forciert Abschiebungen; Die Bundesinnenministerin legt einen
Gesetzentwurf vor, der Rückführungen beschleunigen soll. Vor der
Ministerpräsident*innenkonferenz fordern Länder Arbeitspflicht und
Sachleistungen für Geflüchtete**

taz, die tageszeitung

Donnerstag 12. Oktober 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: INLAND; S. 7

Length: 605 words

Byline: Frederik Eikmanns

Highlight: Die Bundesinnenministerin legt einen Gesetzentwurf vor, der Rückführungen beschleunigen soll. Vor der Mi-nis-ter-prä-si-den-t*in-nen-kon-fe-renz fordern Länder Arbeitspflicht und Sachleistungen für **Geflüchtete**

Body

Von Frederik Eikmanns

Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat Mittwochnachmittag einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem Abschiebungen aus Deutschland beschleunigt werden sollen. Faeser sagte, es gehe darum, Straftäter und Gefährder konsequenter und schneller auszuweisen und abzuschieben.

Der Entwurf sieht unter anderem vor, das Ausreisegewahrsam von derzeit 10 Tagen auf bis zu 28 Tage zu verlängern. Für Straf-tä-te-r*in-nen soll das Ausweisungsinteresse zudem besonders schwer wiegen, sodass diese Menschen leichter abgeschoben werden können. Auch Mitglieder in kriminellen Vereinigungen sollen einfacher in ihr Herkunftsland zurückgezwungen werden können. Verstöße gegen Einreise- und Aufenthaltsverbote sollen ein eigenständiger Haftgrund werden. Po-li-zis-t*in-nen sollen zudem mehr Räume in Flüchtlingsunterkünften betreten und Privatwohnungen durchsuchen dürfen, um die Identität von Personen festzustellen. Subsidiär Schutzberechtigte sollen künftig jeweils für drei Jahre eine Aufenthaltserlaubnis bekommen, statt nur für eines. So sollen Behörden entlastet werden. Ebenfalls vorgesehen ist, das Arbeitsverbot für Geflüchtete in Erstaufnahmeunterkünften von 9 auf 6 Monate zu reduzieren. Viele andere Arbeitsverbote bleiben bestehen.

Der Vizevorsitzende der SPD-Fraktion im Bundestag, Dirk Wiese, sagte zu Faesers Gesetzesentwurf: Heute senden wir ein deutliches Signal an diejenigen, die unser Land wieder verlassen müssen: Menschen, die vollziehbar ausreisepflichtig sind, müssen gehen. Ohne Wenn und Aber.

Die Grünen-Abgeordnete Filiz Polat begrüßte gegenüber der taz zwar die Verkürzung des Arbeitsverbots, kritisierte aber: Die Verschärfungen im Abschiebungsrecht, verbunden mit massiven Eingriffen in die Grundrechte der Betroffenen, entbehren jeglicher sachlichen Grundlage und sind unverhältnismäßig.

Faeser forciert Abschiebungen Die Bundesinnenministerin legt einen Gesetzentwurf vor, der Rückführungen beschleunigen soll. Vor der Ministerpräsident*innenkonfe....

Derweil machen die Länder andernorts in der Flüchtlingspolitik Druck auf die Bundesregierung. Vor der Konferenz der Ministerpräsident*innen am Donnerstag fordern mehrere Landesregierungen von der Bundesregierung, die Bedingungen für Geflüchtete in den Kommunen zu verschlechtern. Nach einer Beschlussvorlage, aus der zuerst die Augsburger Allgemeine zitierte und die auch der taz vorliegt, sollen Geflüchtete zur Arbeit verpflichtet werden. Außerdem soll ihnen kein Geld mehr ausgezahlt, sondern ihr Bedarf direkt über Sachleistungen gedeckt werden. Die Augsburger Allgemeine berichtet, alle SPD-geführten Länder stützten das Papier.

Als Begründung für die Arbeitspflicht wird im Papier der Fachkräftemangel angeführt. Außerdem solle so die Integration der Geflüchteten beschleunigt werden. Von den im Papier ebenfalls geforderten Sachleistungen statt Geldzahlungen erhoffen die Verfasser*innen sich die Reduzierung von Fehlanreizen für irreguläre Migration.

Es gibt allerdings erhebliche Bedenken, ob solche Maßnahmen durch einen bürokratischen Mehraufwand am Ende statt Entlastung der Kommunen eher eine zusätzliche Belastung bedeuten würden. Das Asylbewerberleistungsgesetz erlaube den Ländern schon jetzt, Sach- statt Geldleistungen auszugeben, sagte etwa Rasha Nasr, migrations- und integrationspolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, der taz: Sie tun es nicht, da der finanzielle, administrative und personelle Aufwand zu groß ist. Ihr Fraktionskollege Hakan Demir sprach sich gegen eine Arbeitspflicht aus. Die Menschen, die zu uns kommen, wollen arbeiten und dürfen es nicht. Die Arbeitsverbote müssten enden.

Politiker*innen der FDP dagegen befürworteten die Umstellung auf Sachleistungen. Auch CDU und CSU fordern dies seit Jahren immer wieder.

meinung + diskussion

Load-Date: October 11, 2023

Bürokratie und Transiträume; In Christiane Mudras Theaterstück Hotel Utopia machen Zusehende Erfahrung mit dem Alltag von Asylsuchenden im Berliner Flughafen Tempelhof

taz, die tageszeitung

Freitag 01. Dezember 2023

Copyright 2023 Contrapress media GmbH Vervielfältigung nur mit

Genehmigung des taz-Verlags All Rights Reserved



Section: KULTUR; S. 18

Length: 677 words

Byline: Amelie Sittenauer

Highlight: In Christiane Mudras Theaterstück Hotel Utopia machen Zu-sehende Erfahrung mit dem Alltag von Asylsuchenden im Berliner Flughafen Tempelhof

Body

Von Amelie Sittenauer

Überall klingelt und gongt es. In dem riesigen Treppenhaus des THF Towers am alten Flughafengebäude in Berlin-Tempelhof laufen Menschen auf und ab. Durchsagen tönen: Sprachkurse, Ebene 3 . Dazwischen Zahra, 30 Jahre alt, aus Afghanistan geflohen. In der Erstaufnahmeeinrichtung drückt man ihr ein Handtuch entgegen. Wo Sie hier schlafen, ist mir eigentlich egal , sagt ihr der Beamte, gespielt von Richard Manualpillai, unberührt und schickt sie eine Etage weiter.

In der interaktiven Theaterarbeit Hotel Utopia wechselt das Publikum für einen Abend die Perspektive. Beim Check-In wird je-de*r Teil-neh-me-r*in mit einem Pass und einer Nationalität ausgestattet, so auch die Autorin dieses Textes, mit jenem von Zahra Naseri. Plötzlich befindet sie sich wie etwa 30 andere Menschen in den Transitzonen des internationalen Grenzsystems, mitten im Dickicht des Behördenschungels zwischen Jobcenter, Bamf, Erstaufnahmeeinrichtung, Botschaft, Integrationskurs und Ausländerbehörde. Anhand ihres afghanischen Passes (Pass-Index Nummer 93) wird sie dort vermessen, befragt und bewertet.

Die 30-jährige Zahra, 1993 in Kabul geboren, reiht sich also ein in die Schlange vor dem Bamf Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und wartet, während die Monate im Minutentakt verstreichen. Mit ihr warten an diesem Abend eine Person mit eritreischer, eine andere mit irakischer Staatsangehörigkeit. Ein ebenfalls wartender Besucher des Theaterstücks ist überwältigt von der Akkuratheit der Darstellung. Vor zwölf Jahren floh er selbst aus Afghanistan nach Deutschland: Es war genauso. Wir haben tage- und monatelang gewartet.

Im Bamf beantragt Zahra schließlich Asyl, welches man ihr nicht gewähren wird, auch wenn sie wohl kaum verstehen kann, was Sebastian Gerasch in der Rolle des Bamf-Beamten in Behördensprache herunterrattert, während er mit der EDV zu kämpfen hat. Sie wird weitergeschickt zum Sprachkurs, in dem ihr von dem

Bürokratie und Transiträume In Christiane Mudras Theaterstück Hotel Utopia machen Zusehender Erfahrung mit dem Alltag von Asylsuchenden im Berliner Flughafen T....

vielsprachigen Ensemble Tamil, Arabisch, Türkisch und Hebräisch beigebracht wird. Danach Integrationskurs Leben in Deutschland. Die Formulare beginnen sich in ihren Armen zu stapeln.

Nicht zum ersten Mal steht hinter Regisseurin Christiane Mudras investigativem Theater die Frage nach der De-facto-Bewertung von Menschen in einer Wertegemeinschaft. Wurde in der letzten -Inszenierung Selfie & Ich der Umgang mit psychischen Erkrankungen thematisiert, ist es in Hotel Utopia nun die Auseinandersetzung mit dem Pass. Dem edelsten Teil von einem Menschen, wie Brecht in den frühen 1940ern schrieb. Immer basieren die Arbeiten dabei auf extensiver Recherche. Das zusammen mit dem immensen organisatorischen Aufwand, originellen Schauplätzen, technisch und zeitlich minutiös ausgearbeiteten Abläufen zeichnen die Inszenierungen Mudras aus. Erfahrungsberichte von Geflüchteten und Migrant*innen, Gespräche mit Ex-per-t*in-nen und Sach-be-ar-bei-te-r*in-nen werden verwebt mit Informationen zu Grenztechnologien und der historischen Entstehung von Pässen. Zwischendurch schlüpfen auch die Schau-spie-le-r*in-nen in ihren weinroten Uniformen hinter den Schreibtischen hervor, brechen mit ihren Rollen und kontextualisieren, erzählen von der Entstehung des preußischen Staatsangehörigkeitsrechts, dem sanguinischen Abstammungsrecht oder Kolonia-lis-mus. Obwohl die schiere Menge an Informationen beeindruckt, wirkt die Inszenierung dadurch teils überfrachtet. Da vermitteln die eigens gemachten Erfahrungen des Publikums mit der bürokratischen Gewalt des Grenzregimes die Thematik viel deutlicher und direkter. Denn angesichts der zahllosen Formulare, der Beamtensprache und der unverständlichen Regelungen kann man der Ohnmacht und Überforderung gar nicht entkommen.

Einmal mehr verlangt Regisseurin Christiane Mudra ihrem Publikum einiges ab an diesem Abend in den Transiträumen des alten Flughafens. Ein Ort, der kaum besser passen könnte, um sich mit Grenzen, Bürokratie und Staatsangehörigkeit auseinanderzusetzen und der Frage, was ein Pass und der Mensch dahinter wert ist.

Weitere Vorstellungen: 1. 3. Dezember

Load-Date: November 30, 2023